

Das Parlament

Berlin, Montag 14. September 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 38-39 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Appell an die Europäer

Jean-Claude Juncker Es war seine bisher vielleicht größte Rede vor dem Straßburger Europaparlament – viel Beifall erhielt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch für seine Ansprache zur Lage der EU, als er die Einheit der Union bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise beschwor. Angesichts hunderteausender Menschen, die vor allem aus den Krisenländern des Nahen Ostens nach Europa strebten, sei jetzt „nicht die Zeit für Angst“, sondern für Taten. Dazu plädierte der 60-Jährige für einen Verteilungsmechanismus in der EU für 160.000 Flüchtlinge zugunsten besonders belasteter Staaten. Es müsse auch ein permanentes Verteilungsverfahren geben, sagte der Präsident. Juncker erhielt bei seinem Auftritt auch Beileidsbekundungen – er hatte an der Rede festgehalten, obwohl am Sonntag seine Mutter gestorben war. (Seite 3) kru |



streben, sei jetzt „nicht die Zeit für Angst“, sondern für Taten. Dazu plädierte der 60-Jährige für einen Verteilungsmechanismus in der EU für 160.000 Flüchtlinge zugunsten besonders belasteter Staaten. Es müsse auch ein permanentes Verteilungsverfahren geben, sagte der Präsident. Juncker erhielt bei seinem Auftritt auch Beileidsbekundungen – er hatte an der Rede festgehalten, obwohl am Sonntag seine Mutter gestorben war. (Seite 3) kru |

ZAHLE DER WOCHE

1.986

Minuten oder 33 Stunden und sechs Minuten hat der Deutsche Bundestag vergangene Woche über den Haushalt 2016 und die Flüchtlingssituation beraten. Die Plenarsitzungen begannen am Dienstag um 10 Uhr und endeten am Freitag um 14.38 Uhr.

ZITAT DER WOCHE

»Die größte nationale Herausforderung seit der Einheit.«

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister, über die Bewältigung der Flüchtlingskrise in der Haushaltsdebatte im Bundestag über sein Ressort

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Chef-Haushälter Eckhardt Rehberg (CDU) im Gespräch Seite 2

Brüssel Die Europäische Union und das Flüchtlingsproblem Seite 3

Arbeit und Soziales Mehrausgaben bei Ministerin Andrea Nahles (SPD) Seite 4

Statistik Der neue Bundeshaushalt und die einzelnen Ressorts Seite 9

KEHRSEITE
Bundestag Zehntausende besuchten den „Tag der Ein- und Ausblicke“ Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Einfach mal anpacken

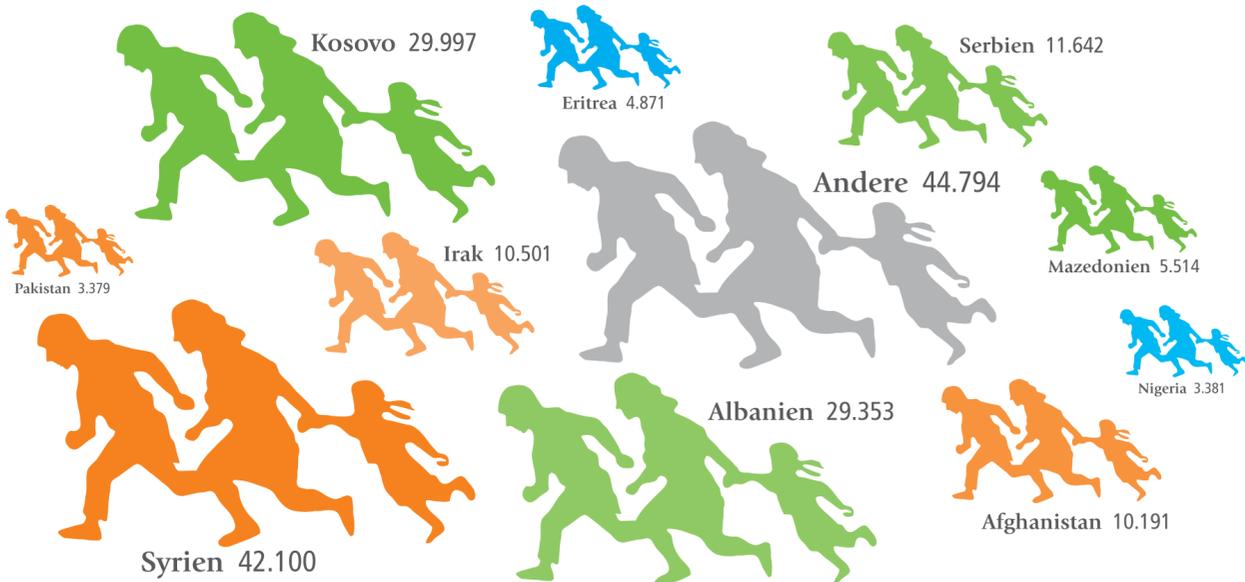
GENERALDEBATTE Die Flüchtlingskrise stellt Regierung und Parlament vor neue Herausforderungen

Einigkeit, Anteilnahme und große Gefühle: Wann gibt es das schon einmal bei einer Haushaltsdebatte, in der so oft der routinierte Zank um Zahlen dominiert. In der vierstündigen Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2016 vergangene Woche im Bundestag sorgte die zu bewältigende Flüchtlingskrise für vergleichsweise große Einmütigkeit. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab mit einem schlichten Satz, der ein wenig an Flutkatastrophenzeiten erinnert, die Richtung vor: „Wir müssen jetzt einfach anpacken und alle konkreten Hindernisse aus dem Weg räumen.“

Dass dieser Flüchtlingsansturm historischen Ausmaßes nicht nebenbei zu bewältigen ist, machten Redner von Regierung und Opposition deutlich. Noch ist nicht klar, wie das sechs Milliarden Euro schwere Hilfspaket, das die Koalition beschlossen hat, aussieht und wie Aufgaben auf Bund, Länder und Kommunen verteilt werden. Auch die Auswirkungen auf den ausgeglichenen Bundeshaushalt sind noch nicht zu übersehen. Hier stehen vermutlich Sparmaßnahmen an. Einigkeit besteht aber darin, dass den Flüchtlingen schnell geholfen werden muss und die Integration Vorrang hat, so es eine realistische Bleibeperspektive gibt. Frühere Fehler aus der Zeit der Gastarbeiter in den 1960er Jahren sollen sich nicht wiederholen.

Hilfe und Solidarität Und noch eine bemerkenswerte Einigkeit zog sich durch die Redebeiträge: Stolz und Erleichterung darüber, wie viele Menschen in Deutschland bereit sind, Flüchtlingen zu helfen und so inmitten der Krise eine Botschaft der Humanität und Solidarität auszusenden. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte zu Beginn der Haushaltswoche diese spontanen Hilfsaktionen und sagte: „Dass heute Menschen in Not in unserem Land, in Deutschland, den freien und sicheren Ort erkennen, der ihnen Schutz und Hilfe gewährt, ist angesichts unserer Geschichte ebenso erstaunlich wie ermutigend. Und ein wirklicher Grund, stolz zu sein, ist die imponierende Bereitschaft der heute in Deutschland lebenden Menschen, diese humanitäre Herausforderung anzunehmen.“ (Wortlaut in der Debatte dokumentiert)

Die Regierung ist nun bemüht, schnell Lösungen zu finden, denn die Lage dürfte im Winter noch einmal schwieriger werden. Am 24. September soll mit den Ministerpräsidenten über die Ausgestaltung der Flüchtlingshilfe gesprochen werden. Im



Asylbewerber in Deutschland nach Herkunftsländern von Januar bis Ende Juli 2015. Vor allem Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien suchen hier Schutz. © Stephan Roters

Oktober, so hofft Merkel, steht dann der Masterplan. Merkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) machten derweil auch deutlich, dass Ausländer ohne Asylgrund nicht bleiben könnten, sondern in ihre Heimat zurückgehen müssten. Beide erinnerten daran, dass die gute Haushalts- und Wirtschaftslage die nötige umfassende Hilfe erst möglich mache. Merkel betonte: „Deutschlands Finanzen stehen auf einem soliden Fundament.“ Kauder fügte hinzu, mit der erfolgreichen Haushaltspolitik seien die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, nun nicht „kleinkariert“ über das nötige Geld sprechen zu müssen. Dass Europa in der Flüchtlingsfrage zerstritten ist, wurde in den Redebeiträgen nicht ausgespart. Merkel stellte dazu klar, die Bewältigung der Flüchtlingskrise sei eine Herausforderung für die gesamte EU. Sie mahnte, wenn Europa hier versagen würde, ginge „ein entscheidender Gründungsimpuls eines geeinten Europas verloren, nämlich die

enge Verbindung mit den universellen Menschenrechten, die Europa von Anfang an bestimmt hat.“ Sie kündigte an, Deutschland werde, wo nötig, „vorangehen“, um eine europäische Lösung zu finden. Die Opposition warf der Bundesregierung vor, zu spät und unzureichend reagiert zu haben. Gregor Gysi (Linke) begrüßte zwar die Botschaft der Regierung, dass die Flüchtlinge willkommen seien. Auch sei es richtig, sechs Milliarden Euro zusätzlich bereitzustellen. Das reiche aber nicht. Gysi forderte, den Solidaritätszuschlag beizubehalten und auf die Länder zu verteilen, um die Integrationskosten dauerhaft zu bewältigen. Er forderte die Regierung zugleich auf, auch die Fluchtursachen anzugehen und verurteilte Waffenlieferungen aus Deutschland, verbreitete Armut und die ungleiche Vermögensverteilung. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sprach angesichts der spontanen Hilfs-

aktionen von einem „September-Märchen“. In vielen Orten stünden Helfer an Bahnsteigen mit Essen und Trinken für Flüchtlinge. „Wir sind plötzlich Weltmeister der Hilfsbereitschaft.“ Sie sei erstmals „uneingeschränkt stolz“ auf ihr Land, militante Nazis seien in der Minderheit. Die Grünen-Politikerin gab jedoch zu bedenken, ohne die tausendfache ehrenamtliche Hilfe wäre es gar nicht möglich, die Flüchtlinge angemessen zu versorgen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt werteten die Hilfsaktionen von Bürgern und Behörden wie unlängst in München, als an einem Wochenende mehr als 20.000 Flüchtlinge kamen, als Beleg für eine funktionierende Krisenbewältigung. Oppermann sagte, nun zeige sich, wie wertvoll „eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft“ sei. Er mahnte, der Staat müsse nun zeigen, dass er die Lage im Griff hat. Hasselfeldt versprach, die Kommunen würden nicht allein gelassen. Es zeige sich nun auch, dass Innen-, Entwicklungs- und Außenpolitik nicht zu trennen seien. Andere Themen gerieten in der diesjährigen „Elefantenrunde“ schlicht zur Nebensache. Claus Peter Kosfeld |

EDITORIAL

Null mit Sprengeln

VON JÖRG BIALLAS

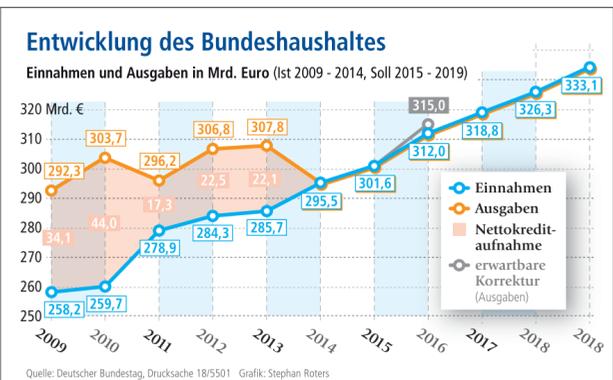
Wir müssen es uns leisten. Und wir können es uns leisten. Das jedenfalls ist die Botschaft aus dem Deutschen Bundestag zur Finanzierung der Flüchtlingshilfe, die derzeit ebenso nötig wie teuer ist und die Plenardebatten der vergangenen Woche prägte. Wie unmittelbar nach der Sommerpause üblich, behandelte das Parlament ausführlich die Einbringung des Haushaltes für das kommende Jahr. Dabei soll 2016 unter dem Strich die viel zitierte „Schwarze Null“ stehen. Für die Versorgung notleidender Menschen aus anderen Nationen werden allein aus Bundesmitteln wohl mindestens sechs Milliarden Euro zusätzlich aufzubringen sein. Dieses Geld ist dann aber nicht mehr als Rücklage nutzbar. Wie viele rote Sprengel die avisierte „Schwarze Null“ also am Ende verunzieren, ist von der Zahl der Menschen, die noch nach Deutschland drängen werden, abhängig und darum derzeit kaum seriös kalkulierbar.

Diese enorme finanzielle Herausforderung ist angesichts der ebenso notwendigen menschlichen Wärme nur ein Teil der zu bewältigenden Aufgabe. Sie trifft die Nation zum Glück in ökonomisch stabilen Zeiten. Die Wirtschaft verdient, die Beschäftigung ist konstant, die Löhne steigen, das Bruttoinlandsprodukt wächst und niedrige Zinsen garantieren ein gedeihliches Investitionsklima. Kurzum: Deutschland geht es gut. Abgesehen von den einfältigen Argumenten und Unbelehrbaren, erfahren die Migranten im ganzen Land eine große Solidarität. Und doch wächst die Zahl derer, die sich um die Asylpolitik sorgen, weil die aktuellen Flüchtlingsbewegungen nicht abreißen und schwer steuerbar sind. Darum ist es gut, dass jetzt endlich darüber diskutiert wird, wie die Migranten fairer unter allen Mitgliedsländern der Europäischen Union aufzuteilen sind. Dabei wird es darauf ankommen, neben einer vernünftigen Quotenregelung auch Mechanismen zu entwickeln, die diese Vereinbarung effektiv überwachen und bei Bedarf auch sanktionierend eingreifen können. Wenn Europa enger zusammensteht als bisher, wird es auch diese Prüfung bestehen. Dabei hilft die Gewissheit, dass Zuwanderung grundsätzlich eine Bereicherung ist. Zu jedem Zeitpunkt. Für jedes Land.

Trotz Mehrausgaben keine neuen Schulden

HAUSHALT Finanzminister Schäuble hält im Entwurf an seinen Zielen fest. Maßnahmenpaket für Asylbewerber beschlossen

Die Flüchtlingssituation stellt uns alle vor die größte Herausforderung seit langer Zeit.“ Dies erklärte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche zu Beginn der Bundestagsberatungen zum Haushalt 2016. Nach dem Regierungsentwurf (18/5500) sind bisher Ausgaben von 312 Milliarden Euro für das kommende Jahr eingeplant. Neue Schulden sind darin nicht vorgesehen (siehe Seite 9). Aber diese Planungen (siehe Grafik) sind zumindest bei den Ausgaben schon Makulatur. Schäuble kündigte an, dass wegen der Flüchtlinge und Asylsuchenden in den parlamentarischen Beratungen die Ausgaben für 2016 um drei Milliarden Euro auf dann 315 Milliarden Euro erhöht werden sollen; Länder und Kommunen sollen zudem die gleiche Summe erhalten. Trotzdem soll auch bei diesen Mehrausgaben von sechs Milliarden Euro „wenn möglich“ die schwarze Null bleiben. „Die Rechnungen sollten wir nicht an kommende Generationen weiterreichen“, betonte der Minister. Für Schäuble hat die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation absolute Priorität.



„Wir brauchen passgenaue Antworten, die allen Beteiligten gerecht werden“, sagte er. Deshalb habe sich die Koalition auf ein Maßnahmenpaket verständigt, das am 24. September beim „Flüchtlingsgipfel“ mit den Bundesländern besprochen werden soll. „Es macht jetzt wenig Sinn, in ei-

nen Überbietungswettbewerb einzutreten, wer wie viel konkret bezahlen soll, wenn nicht geklärt ist, was was konkret tun soll.“ Er kündigte an, bis zu 10.000 zusätzliche Stellen beim Freiwilligendienst des Bundes schaffen zu wollen, um sie in der Flüchtlingshilfe einzusetzen, und Ländern und

Kommunen eine Milliarde Euro pauschal zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Hinzu komme, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 190 Liegenschaften mit 38.000 Unterbringungsmöglichkeiten mietzinsfrei bereitgestellt habe. Mit 2.000 zusätzlichen Stellen soll das Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgestattet werden. Zudem soll das Personal in allen Bereichen der Bundesverwaltung „so flexibel wie möglich“ eingesetzt werden. So ist vorgesehen, dass Mitarbeiter der Zollverwaltung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundespolizei unterstützen. Es sei auch vereinbart worden, zusätzliche Stellen für Mindestlohn-Kontrolleure zu nutzen. Die Bundespolizei solle in den nächsten drei Jahren 3.000 zusätzliche Stellen erhalten. Michael Klein |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DIE QUOTE EIN BRAUCHBARES INSTRUMENT?

Zum Glück zwingen

PRO



Reinhard Breidenbach
»Allgemeine Zeitung«, Mainz

Deutschland 2015 – kein Sommermärchen. Die Nation zeigt extrem unterschiedliche Gesichter. Eines ist geprägt von überwältigender Solidarität mit den Flüchtlingen, ein anderes eine hässliche Fratze: unsägliche, oft kriminelle Aggressivität, gespeist aus Nazi-Gedankenmüll, keineswegs nur im Osten Deutschlands. Das seriöse Instrumentarium, wie die Problematik anzugehen ist, liegt auf dem Tisch – wobei nie in Vergessenheit geraten darf, dass es im Grunde nicht um „Probleme“, „Quoten“ oder „Kosten“ geht, sondern um Menschen. Eine Erkenntnis ist unumstößlich: Europa wird an der Flüchtlingsfrage wachsen oder als Idee scheitern. Selbst ein wohlhabendes und in seiner überlegenden Mehrheit wohlwollendes Land könnte einen alljährlichen Zustrom von 800.000 Flüchtlingen nicht bewältigen. An festen Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen in der EU führt deshalb kein Weg vorbei. Setzt sich der knallharte Egoismus und das wüste Geschachere, in dem sich einige Staaten derzeit besonders ergehen, fort, droht ein faktisches und psychologisches Desaster. Dass ausgerechnet Ungarn, das 1989 seinen Grenzzaun zerschnitt und damit die deutsche Einheit mitgestaltete, nun Stacheldrahtzäune türmt, ist ein Irrwitz der Geschichte. Europa ist eine Verantwortungsgemeinschaft, keine Zugewinnsgemeinschaft. Wohl wahr: Die Standards der Leistungsfähigkeit in der EU sind sehr unterschiedlich. Dem kann eine Quotenregelung aber Rechnung tragen. Die Quoten müssen kontrollierbar sein, verbindlich und mit Sanktionsdrohungen bewehrt. Manchmal muss man auch störrische Länder zu ihrem Glück zwingen.

Funktioniert nicht

CONTRA



Norbert Mappes-Niediek,
freier Journalist

Natürlich wäre es gerecht, die Flüchtlinge per Quote auf alle EU-Staaten zu verteilen. Nur ein Argument spricht dagegen: Es wird nicht funktionieren. Wie will man Menschen zwingen, in einem Land zu bleiben, in dem sie nicht sein wollen und das sie nicht will? Dublin hat es vorgemacht: Es gab klare Regeln, aber die Flüchtlinge haben sich nicht daran gehalten. Die Staaten, die sie hätten aufnehmen sollen, haben mitgespielt und sie weiterkomplimentiert. Warum sollten sie das mit einer Quote nicht mehr tun? Man muss dazu keine Verträge brechen. Ein bisschen Verwaltungschaos, ein versteckter Tipp, eine fremdenfeindliche Rede: Das reicht in einem Raum offener Grenzen als Anstiftung zum Umzug aus. Darf man erwarten, dass Menschen, die schon einmal geflüchtet sind und sich dabei Todesgefahren ausgesetzt haben, sich im Namen der europäischen Solidarität in ein Containerdorf in der Walachei schicken lassen? Wer sie zwingen wollte, bekäme es mit dem Mut der Verzweiflung zu tun. Eine Voraussetzung für die Quotenregelung, ist zu hören, seien „gleiche Standards“ in allen Aufnahmelandern. Die kann aber nur fordern, wer sich in Europa nicht auskennt. Glaubte wirklich jemand, Syrer, Iraker und Afghanen könnten etwa in Griechenland kostenlos krankenversichert sein, Griechen aber nicht? Es hat seinen Sinn, wenn Versorgungsstandards sich am Niveau der Umgebung orientieren. Das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland ist sechs Mal so hoch wie das in Bulgarien. Integration funktioniert nur, wenn beide Seiten wollen. Wenn die Flüchtlinge dorthin gehen, wo sie eine Perspektive haben, die Chance auf einen Arbeitsplatz und auf Bildung für ihre Kinder, dann ist das nicht nur verständlich. Es ist auch vernünftig.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 9.
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Rehberg, in der vergangenen Woche hat der Bundestag erstmals über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 beraten. Er sieht Ausgaben von 312 Milliarden Euro vor. Neue Schulden sollen keine gemacht werden, es wird sogar mit einem Überschuss gerechnet. Können Sie sich nun bequem zurücklehnen?

Nein, natürlich nicht. Die gute Ausgangslage haben wir uns in den letzten Jahren mit einer klugen Haushaltspolitik erarbeitet. Jetzt profitieren wir von der hervorragenden Situation am Arbeitsmarkt, von der robusten wirtschaftlichen Entwicklung und in diesem Jahr auch von einmaligen Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. Der dauerhafte Verzicht auf neue Schulden ohne Steuererhöhungen ist angesichts der aktuellen riesigen Herausforderungen der Flüchtlingskrise kein Selbstläufer.

Setzt die Vorlage der Regierung die richtigen Schwerpunkte?

Ja. Die Regierung setzt konsequent das um, auf was sich die Koalition verständigt hat: Verstärkte Zukunftsinvestitionen in die Bereiche öffentliche Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Entwicklungszusammenarbeit. Daneben sind im Haushalt die steuerlichen Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger um jährlich rund 5,5 Milliarden Euro enthalten und erhebliche Entlastungen der Länder und Kommunen. Im Zeitraum 2010 bis 2019 betragen die finanziellen Zugeständnisse des Bundes an die Länder und Kommunen rund 150 Milliarden Euro.

Es ist das Königsrecht des Parlaments, den Regierungsentwurf noch weiter zu verbessern. Können Sie jetzt schon Änderungsbedarf erkennen?

Die parlamentarischen Beratungen des Haushalts werden in diesem Jahr vor allem im Zeichen der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik stehen. Dazu werden wir in vielen Etats Änderungen vornehmen. Darüber hinaus werden wir wie in den vergangenen Jahren auch für Verbesserungen am Regierungsentwurf sorgen.

Von welchen Kosten gehen Sie bei den Flüchtlingen aus?

Gesamtstaatlich reden wir sicher von mehreren Milliarden Euro an zusätzlichen Ausgaben. Konkrete, belastbare Zahlen kann man gegenwärtig nicht nennen. Die Kostenentwicklung hängt im Wesentlichen davon ab, auf welche Maßnahmen sich Bund und Länder am 24. September zur strukturellen Krisenbewältigung einigen.

Was kann der Bund dazu beitragen, diese Kosten zu stemmen?

Der Bund wird Verantwortung übernehmen und sich fair an den zusätzlichen Kosten beteiligen. Anfang September hat sich die Koalition darauf verständigt, dass der Bund zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation im kommenden Jahr drei Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen und auch Ländern und Kommunen weitere drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen wird. Dabei muss klar sein, dass die Gelder des Bundes auch dort ankommen, wo die Kosten anfallen.

Werden diese Ausgaben schon bei den parlamentarischen Beratungen in den Etat 2016 eingearbeitet?

Das wird die zentrale Herausforderung der diesjährigen Haushaltsberatungen sein. Die Haushaltspolitiker der Koalition sind dazu bereit, bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuss am 12. November dieses Jahres alle relevanten Änderungen vorzunehmen.

Müssen dabei nicht wichtige andere Projekte zum Beispiel bei der Infrastruktur auf der Strecke bleiben?

»Bund beteiligt sich fair«

ECKHARDT REHBERG Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion zum Haushalt 2016 und zur Flüchtlingshilfe



© eckhardt-rehberg.de

Nein. Trotz der hohen Flüchtlingszahlen wird keine geplante Investition in die Infrastruktur oder sonstige Ausgabe gestrichen. Mit der Union wird es auch keine Steuererhöhungen zur Finanzierung der Flüchtlingskosten geben, was beispielsweise die grüne Finanzministerin Heinold aus Schleswig-Holstein fordert.

Ist jetzt überhaupt daran zu denken, nicht nur die „Schwarze Null“ zu halten sondern zusätzlich noch Schulden abzubauen?

Das Halten der „Schwarzen Null“ wird schwierig genug. Angesichts der riesigen aktuellen Herausforderungen rechne ich nicht damit, dass der Bund wie im Jahr 2014, als 2,5 Milliarden Euro getilgt wurden, Altschulden tilgen kann.

Wo sehen Sie die Möglichkeit einzusparen?

In Anbetracht der guten konjunkturellen Entwicklung ist es unrealistisch, in den Beratungen große Einsparungen durchzusetzen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn

die Wünsche nach Ausgabensteigerungen begrenzt und Verbesserungen durch kostenneutrale Umschichtungen in den einzelnen Haushalten erreicht werden können.

Muss der Bund nicht noch mehr investieren als bisher vorgesehen?

Der Bund ist auf einem guten Investitionspfad. Wir haben das Fünf-Milliarden-Euro-Paket aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und für den Zeitraum 2016 bis 2018 ein Zehn-Milliarden-Euro-Paket für Zukunftsinvestitionen beschlossen. Mehr wäre immer wünschenswert, setzt aber voraus, dass sie zum einen baureife Projekte und gleichzeitig die personellen Kapazitäten für die Umsetzung haben. Die Investitionen des Bundes liegen insgesamt stabil über 30 Milliarden Euro. Dabei stehen für die klassischen Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße rund 12,3 Milliarden Euro bereit. Diese Mittel für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur steigen bis zum Ende der Legislaturperiode auf rund 12,8 Milliarden Euro weiter an.

Insgesamt können Sie sich also bei den Herausforderungen nicht bequem zurücklehnen. Aber „Griechenland“ steht im kommenden Jahr nicht an?

Ich bin guter Dinge, dass die Verantwortlichen in Griechenland nach einem verlorenen ersten Halbjahr 2015 den Ernst der Lage erkannt haben und das ESM-Programm jetzt vernünftig umsetzen werden. Daran dürften auch die Neuwahlen nichts ändern. Natürlich verfolgen wir im Haushaltsausschuss die weitere Entwicklung im Land sehr genau. Und wenn nötig, werden wir uns auch offensiv einmischen. Schließlich haben wir für die Hilfsprogramme eine große Summe staatlicher Garantien bereitgestellt. Dieser Verantwortung gegenüber den deutschen Steuerzahlern kommen wir auch dann nach, wenn das Thema Griechenland nicht jeden Tag die Nachrichtenschlagzeilen beherrscht.

Sehen Sie anderswo Gefahren für den Euro?

Ich sehe derzeit zum Glück keine akuten Bedrohungen für den Euro. Aber wir sind noch nicht über den Berg. Die Währungsunion hat eine fragile Architektur und die Schuldenkrise hat einige ihrer Konstruktionschwächen offenbart. Nicht alle Mitgliedstaaten scheinen bereit zu sein, die richtigen Konsequenzen aus der Schuldenkrise zu ziehen und die notwendigen Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen im eigenen Land mit Nachdruck voranzubringen. Auch die Kommission hat an dieser Stelle ihre Rolle als Hüterin der Verträge noch nicht gefunden.

Herr Rehberg, Sie sind erst seit kurzem haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Was hat Sie in Ihrem neuen Amt überrascht?

Überraschungen sind nicht eingetreten. Meine langjährige Erfahrung als Fraktionsvorsitzender im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, meine über fünfjährige Mitgliedschaft im Haushaltsausschuss, zuletzt als Obmann der Unionsfraktion, und ein sehr gutes Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben bei dem Wechsel in das neue Amt sehr geholfen.

Das Gespräch führte Michael Klein. |

Der Mecklenburger Eckhardt Rehberg (61, CDU) sitzt seit 2005 im Bundestag und ist seit Februar 2015 haushaltspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Haushälterin: Anja Hajduk

Auf Thomas de Maizière (CDU) ist Anja Hajduk derzeit gar nicht gut zu sprechen. „Der Bundesinnenminister hat viel zu lange an falschen Zahlen bei den Flüchtlingen festgehalten“, sagt die Haushaltsexpertin der Grünen-Fraktion. Erst kürzlich musste de Maizière seine bisherige Prognose von 450.000 in diesem Jahr nach Deutschland kommenden Asylbewerbern drastisch auf 800.000 heraufschrauben, in Regierungskreisen wird sogar die Million für möglich gehalten. Hajduk: „Damit ist der vom Bundesfinanzminister vorgelegte Haushalt 2016 in wesentlichen Teilen Makulatur.“ Dennoch könne diese große Herausforderung gemindert werden, auch weil sich die „gesellschaftliche Bereitschaft hierzu“ derzeit so positiv darstelle.

Mit zehn Milliarden Euro Mehrkosten rechnet der Staat für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Asylbewerber. Sechs Milliarden davon sollen auf den Bund entfallen, von denen die Hälfte an Länder bzw. Kommunen weitergereicht werden sollen. „Das halte ich für zu knapp bemessen. Vor allem fehlt eine verlässliche Zusage des Bundes, sich strukturell und dauerhaft an den Kosten auch in den kommenden Jahren zu beteiligen“, moniert Hajduk. Aufgeschlossen zeigt sich die Abgeordnete für Ideen, das Grundgesetz zu ändern, damit der Bund den Kommunen auch direkt Gelder geben kann, was bisher nur die Bundesländer dürfen. „Dafür sollten sich die Länder öffnen.“ Sind für die immensen und noch unkalkulierbaren Flüchtlingskosten Steuererhöhungen nötig? Anja Hajduk verweist auf die gute Etatentwicklung in diesem Jahr mit hohen Überschüssen, die man 2016 für diese Aufgabe einsetzen könne. „Ich sehe hier nicht die Notwendigkeit

© DBT/Achim Meide



»Der Bundesinnenminister hat viel zu lange an falschen Zahlen bei den Flüchtlingen festgehalten.«

Etat 2016 sinke die Quote prozentual sogar knapp unter zehn Prozent der Etatvolumens. Dies sei besonders belastend, weil die öffentlichen Vermögen in den vergangenen Jahrzehnten ja stark geschrumpft seien. „Das sind große Erblasten für die Zukunft“, sagt Hajduk. Sollte der Bürger angesichts staatlicher Rekorderlöse nicht Steuern zurückbekommen? Hier verweist die Grünen-Politikerin auf die großen Aufgaben in der öffentlichen Infrastruktur, wo viel saniert und

in einen ordentlichen Zustand gebracht werden müsse. „Dies kommt auch dem Bürger zugute.“ Eine besondere Herausforderung sieht die 52-Jährige in der voranschreitenden Spreizung armer und reicher Regionen in Deutschland, was nicht nur ein Ost-West-Problem sei. Hier müsse es langfristig zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland kommen. Dies müsse bei der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen umgesetzt werden.

Die gebürtige Duisburgerin und studierte Diplom-Psychologin mit dem Hang zur Haushaltspolitik ist 2013 in den Bundestag zurückgekehrt, wo sie schon 2002 bis 2008 saß, zuletzt als haushaltspolitische Fraktionsvorsprecherin. 1997 bis 2002 und 2011 bis 2013 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, dort ebenfalls für Haushalt zuständig. 2008 bis 2010 war Hajduk Hamburger Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt in der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene. Die schnörkellose Realo-Frau mit präziser und konzentrierter Sprechweise galt neben dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust (CDU) als „Architektin“ dieses außergewöhnlichen Bündnisses. Auch wenn es nicht lange hielt, bewertet sie das Experiment in Hamburg auch heute im Rückblick als „gute und richtige Entscheidung“. Ein Modell auch nach der Bundestagswahl 2017? Da ist Hajduk eher zurückhaltend und spricht von „mehreren Optionen“ für eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen. Sie hält mehr vom Mitgestalten als vom Opponieren. In dieser Wahlperiode konzentriert sie sich auf ihre Arbeit im Fraktionsvorstand und als Parlamentarische Fraktions-Geschäftsführerin, was ihr „viel Freude macht“. Was bleibt Anja Hajduk als Hobby? „Bergsteigen und Skifahren in den Alpen.“ Hans Krump |

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. CvD
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CvD
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
11. September 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurzheisterstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Tausende Menschen strömten in den vergangenen Wochen über die serbische Grenze nach Ungarn. Die Regierung in Budapest setzt auf Abschreckung: Vorausgesetzt das Parlament stimmt dem zu, will sie Ende September einen 175 Kilometer langen Grenzzaun errichten lassen, um weitere Flüchtlingsströme zu unterbinden. © picture-alliance/AA

Schluss mit business as usual

EUROPA Die Kommission forciert eine einheitlichere Asylpolitik. Das EU-Parlament steht klar hinter Junckers Plänen

Jetzt ist nicht die Zeit für business as usual.“ In einer leidenschaftlichen Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Europäer in der vergangenen Woche zu schnellem Handeln in der Flüchtlingskrise aufgefordert. In seiner Ansprache zur Lage der Union appellierte er an die 28 EU-Mitgliedstaaten, die Asylpolitik europäischer zu gestalten. „Wir brauchen mehr Europa in unserem Asylsystem, wir brauchen mehr Union in unserer Flüchtlingspolitik“, mahnte er und legte auch gleich konkrete Vorschläge vor. Über sie werden die EU-Innenminister an diesem Montag entscheiden. Das Europäische Parlament billigte die Pläne bereits einen Tag später mit großer Mehrheit. Unter anderem will die EU-Kommission 120.000 Flüchtlinge aus Griechenland, Italien und Ungarn nach einem verbindlichen Schlüssel auf andere EU-Länder verteilen. Bereits im Mai hatte sie beschlossen, 40.000 Menschen umzuverteilen, die Teilnahme der Mitgliedstaaten war jedoch freiwillig. Bisher haben sie sich lediglich bereit erklärt, 32.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien aufzunehmen. Umgesiedelt wurde bislang noch keiner von ihnen. Die EU-Kommission will außerdem erreichen, dass sich die 28 Mitgliedstaaten auf eine einheitliche Liste sicherer Herkunftsländer einigen. Bisher entscheidet darüber jedes Land für sich. Mit einer gemeinsamen Liste soll es ihnen in Zukunft leichter fallen, sich auf jene Flüchtlinge zu konzentrieren, bei denen die Voraussetzungen für einen Asylanspruch gegeben sind. Doch sicher ist: Um diese einheitliche Liste, die nach dem Willen der Kommission etwa die Türkei und die Länder des westlichen Balkans umfassen soll, wird es Streit geben. Die Mitgliedstaaten sind sich beileibe nicht einig, ob die Türkei als sicher eingestuft werden sollen.

Weiterhin schlägt die EU-Kommission einen dauerhaften Umverteilungsmechanismus vor, der immer dann aktiviert werden soll, wenn ein Land mit außergewöhnlich vielen Asylanträgen konfrontiert wird. Kann ein Mitgliedstaat aus „gerechtfertigten Gründen“ nicht die geforderte Zahl an Flüchtlingen aufnehmen, soll er stattdessen einen Ausgleichsbetrag in den EU-Haushalt zahlen, der 0,002 Prozent seiner Wirtschaftsleistung entspricht. Geplant ist außerdem die Einrichtung eines Notfonds mit Mitteln in Höhe von 1,8 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt. Damit will die EU Krisen in der Sahelzone, in der Tschadregion, am Horn von Afrika und in Nordafrika bewältigen helfen. Die Kommission hofft, dass die Mitgliedstaaten dafür schnell ihre Zustimmung geben, so dass der Fonds im November einsatzbereit ist. Dann nämlich hat die Europäische Union auf Malta einen Gipfel mit afrikanischen Staaten einberufen, bei dem es um die Flüchtlingskrise geht. Juncker forderte in diesem Zusammenhang alle Mitgliedstaaten auf, ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe zu erhöhen. Außerdem müsse die europäische Außenpolitik „entschlüsselt“ werden, um die Krisen in Syrien und Libyen zu beenden. Anfang 2016 will die EU-Kommission Vorschläge zur legalen Zuwanderung vorlegen. Damit sollen legale Migrationswege eröffnet werden. Die Migration „muss von einem zu bewältigenden Problem zu einer gut verwalteten Ressource werden“, sagte Juncker. Die Vorschläge der Kommission sind letztendlich nur eine Zwischenlösung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat bereits gewarnt, dass die Umverteilung von

160.000 Flüchtlingen kaum ausreichen wird. Für sinnvoller hält sie eine grundsätzliche Quote, nach der Flüchtlinge auf die EU-Länder verteilt werden könnten. Doch davon ist bisher nicht die Rede. Der dauerhafte Umverteilungsmechanismus soll nur in Gang gesetzt werden, wenn der Zustrom in ein Land dort eine „krisenhafte Situation und extremen Druck auf das Asylsystem“ auslöst, wie die EU-Kommission betont. Wann genau eine solche Situation gegeben ist, darüber soll sie mit Blick auf die Asylbewerberzahlen und die illegalen Grenzübertritte in den vorausgegangenen sechs Monaten entscheiden. Damit ist noch keine grundsätzliche Abkehr vom Dublin-System erreicht, wie sie von vielen Kritikern seit langem gefordert wird. „Dublin II“ besagt, dass Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen müssen, in dem sie die EU betreten. Kanzlerin Merkel hatte das System, das aus einer Zeit stammt, in der wesentlich weniger Flüchtlinge in die EU strömten, als überarbeitungswürdig bezeichnet. Die EU-Kommission wies im Mai zudem darauf hin, dass ein einheitlicher Asylstatus in der EU wünschenswert sei. Bisher gilt die Ablehnung eines Asylantrags automatisch in der gesamten EU, nicht aber die Anerkennung.

»Die Migration muss zu einer gut verwalteten Ressource werden.«

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

Rückendeckung aus Straßburg Die Europa-Abgeordneten stehen hinter Junckers Plänen, das wurde in der Debatte am vergangenen Donnerstag deutlich. Sie fordern mehrheitlich einen „fairen, verbindlichen Verteilungsschlüssel“. Bei der Abstimmung über die Umverteilung von 40.000 Flüchtlingen wiesen sie außerdem darauf hin, dass die Asylsuchenden bei der Umsiedlung ihre Präferenzen auflisten können sollten, sodass etwa familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden könnten. Die Staaten sollten Möglichkeiten schaffen, damit Menschen im Ausland in Botschaften und Konsulaten Asyl beantragen können. Mit Nachdruck forderten die Europa-Abgeordneten, die Ursachen der Migration verstärkt anzugehen. So seien etwa strenge Sanktionen gegen Menschenhändler und Schleuser erforderlich. EU-Kommission und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sollten zudem eine internationale Konferenz zur Flüchtlingskrise einberufen, an der auch die USA und arabische Staaten sowie Einrichtungen der Vereinten Nationen teilnehmen sollten. Insbesondere aus seiner eigenen Partei bekam Jean-Claude Juncker uneingeschränkte Rückendeckung für seine Forderung nach einer europäischen Lösung. „In der Migrationskrise hat nicht Europa, sondern

der nationale Egoismus versagt“, sagte Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP). Der Vorsitzende der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament, Alexander Graf Lambsdorff, urteilte: „Es ist höchste Zeit, dass die EU-Staats- und Regierungschefs agieren und nicht nur reagieren.“ Die Liberalen begrüßten ausdrücklich die Pläne der EU-Kommission, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufzuheben. Vom Vorsitzenden der Sozialdemokraten, Gianni Pittella, erhielt die EU-Kommission ebenfalls ein großes Lob für ihre Vorschläge in der Flüchtlingspolitik, vor allem für den permanenten Umverteilungsmecha-

nismus. Ska Keller, stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion, gehen sie allerdings nicht weit genug: „Es darf nicht bei dieser einmaligen Umverteilung bleiben. Das Dublin-System muss dringend reformiert werden“, forderte sie. Die Vorsitzende der Linksfaktion, Gabi Zimmer, warnte davor, auf schnelle Abhilfe in der Flüchtlingsfrage zu hoffen. „Es wäre eine Illusion zu glauben, das Problem der Migration könnte kurzfristig gelöst werden.“ Sie unterstrich, dass das individuelle Recht auf Asyl verteidigt werden müsse. Der Vorsitzende der Europäischen Konservativen und Reformen, Syed Kamall, plä-

dierte indes – wie die Regierung seines Heimatlandes Großbritannien – dafür, den Flüchtlingen in den Lagern in Syrien und den angrenzenden Ländern zu helfen, anstatt sie nach Europa zu lassen. Ausdrücklich sprach er sich dagegen aus, die Mitgliedstaaten zur Aufnahme zu zwingen. Seit Jahresbeginn sind rund 500.000 Flüchtlinge in die Europäische Union gekommen. Knapp 40 Prozent aller Asylanträge wurden in Deutschland gestellt (siehe Grafik). *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

Verbindliche Regeln, faire Verteilung

KONFERENZ G7-Parlamentspräsidenten wollen sich für Flüchtlingsaufnahme einsetzen



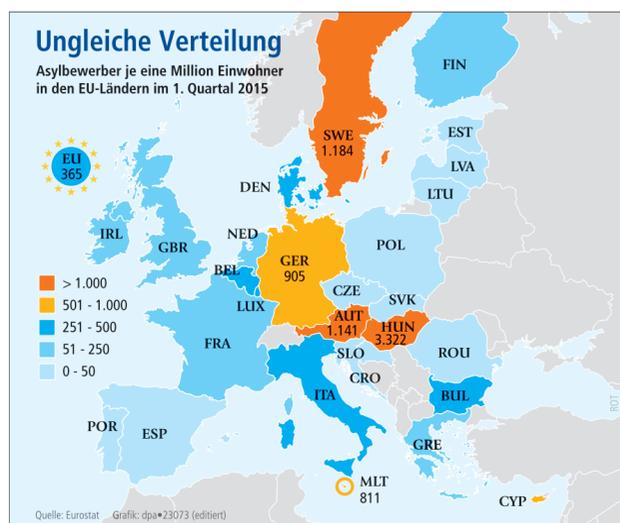
Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU, links) und der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz (SPD), in Leipzig © picture-alliance/dpa

„Viribus unitis“ – mit vereinten Kräften – ist im Zentrum der bemalten Decke im historischen Sitzungssaal des Neuen Rathauses in Leipzig zu lesen. Ein schönes Motto für eine Konferenz der Parlamentspräsidenten der sieben führenden Industriestaaten (G7), befand Gastgeber Norbert Lammert (CDU) zum Auftakt der offiziellen Gespräche. Der Bundestagspräsident hatte nicht zufällig in die sächsische Stadt eingeladen: Welchen passenderen Ort einer Zusammenkunft überzeugter und leidenschaftlicher Parlamentarier könnte es 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands geben als die Stadt, in der die friedliche Revolution 1989 ihren Anfang nahm und schließlich Weltgeschichte schrieb? Damals machte sich eine ganze Nation mutig wie entschlossen und voller Hoffnung auf den Weg in eine bessere Zukunft. Ähnlich wie die Flüchtlinge, die in diesen Tagen über Hunderttausenden in die wohlhabenden Staaten Europas drängen. Grund genug also, die Tagesordnung der G7-Konferenz spontan zu erweitern. Und so diskutierten Lammert und seine Amtskollegen Claude Bartolone (Frankreich), Laura Boldrini (Italien), John Bercow (Großbritannien), Tadadori Oshima (Japan), der deutsche Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz (SPD), sowie Marc Bosc, Leiter der kanadischen Parlamentsverwaltung, mit großem Engagement über die Frage, welche Herausforderungen gerade auch für Parlamente aus der gegenwärtigen Flüchtlingskrise erwachsen. Die Ergebnisse fasste Gastgeber Lammert im Anschluss vor der Presse so zusammen: „Wir brauchen in Europa ein verbindliches Regelsystem, damit sich alle Länder der europäischen Gemeinschaft nach ihren tatsächlichen Möglichkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingen engagieren.“ Er betonte, die Vertreter der G7-Parlamente seien sich einig, dass die große humanitäre Herausforderung der Flüchtlingsströme an das Selbstverständnis Europas und seine eigene Geschichte von Flucht und Vertreibung rühre. Eine faire und verbindliche Vereinbarung zur Lösung der Migrations-

folgen könne auf der Basis eines Quotensystems erfolgen. Dabei müsse Rücksicht auf die Größe, die Wirtschaftskraft und bereits vorhandene Belastungen eines Landes genommen werden, erläuterte Lammert. Die europäischen Konferenzteilnehmer hatten beteuert, sich in ihren Heimatstaaten auch gegen Widerstände für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen zu wollen. Wohlwissend, dass längst nicht in allen Nationen ein gesellschaftlicher oder ein politischer Konsens über die Notwendigkeit besteht, die Landesgrenzen für Flüchtlinge weiter zu öffnen.

Rolle der Parlamente Neben der Migrationsproblematik befasste sich die Konferenz mit der Rolle von Parlamenten bei bilateralen und multilateralen Beziehungen. Dabei ging es zuvorderst um die Verhandlung von Völkerrechtsverträgen und deren Ratifizierung in den Parlamenten. Wie Lammert zusammenfassend erklärte, hätten auch die transatlantischen Verhandlungen um das Freihandelsabkommen (TTIP) eine Rolle gespielt, besonders vor dem Hintergrund einer notwendigen parlamentarischen Beteiligung.

Die Rolle der Parlamente beim Klimaschutz komplettierte die Tagesordnung der Konferenz. Die G7-Runde war sich einig, dass es zwar wünschenswert und notwendig sei, bei der bevorstehenden 21. Klimakonferenz der Vereinten Nationen Ende November in Paris konkrete und verbindliche Vereinbarungen etwa zum Schadstoffausstoß zu treffen. Ebenso wichtig sei allerdings ein transparentes Verfahren, mit dem später überprüft werden kann, ob die Abmachungen auch tatsächlich eingehalten werden. Ob Flüchtlingsproblem, Völkerrecht oder Klimaschutz – nur gemeinsam lassen sich die Dinge zum Besseren wenden. Das war die Botschaft dieser Konferenz in Leipzig. Bundespräsident Joachim Gauck sieht das gewiss auch so. Er kam nach Sachsen, um mit der G7-Runde zu Abend zu essen. Viribus unitis. *Jörg Biallas*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Auf die Mitarbeiter der Jobcenter wartet eine zusätzliche Herausforderung: die möglichst schnelle Integration der Asylbewerber in den Arbeitsmarkt. Doch viele Jobcenter arbeiten schon jetzt am Limit.

© picture-alliance/dpa

Nachrechnen und Drauflegen

ARBEIT UND SOZIALES Der größte Einzelposten im Bundeshaushalt wird wohl noch deutlich angehoben

Die Referenten im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hatten schon fleißig gerechnet und so sicherten die ersten konkreten Zahlen über die Kosten des Flüchtlingsandrangs bereits Anfang September durch: Auf rund drei Milliarden Euro bezifferte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den dadurch auf ihren Etat zukommenden zusätzlichen Finanzbedarf allein im nächsten Jahr. Kein Wunder also, dass sie darauf in der vergangenen Woche, während der Debatte über den Haushaltsplan für 2016, noch einmal genauer einging.

»Es kann nicht sein, dass die Jobcenter-Mitarbeiter oft nur befristete Jobs haben.«

Ralf Kapschack (SPD)

Gleichzeitig war die Bundesregierung bemüht zu betonen, dass sie auch all die anderen noch anstehenden Projekte der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht aus dem Auge verlieren wird. Dazu gehört zum einen die Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, um deren Missbrauch zu bekämpfen. Es gehört dazu das Großprojekt Bundesteilhabegesetz, das die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen komplett neu regeln will. Ein Gesetzentwurf dazu soll 2016 vorliegen. Und es gehört

dazu natürlich auch der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, der die Bundesregierung mit verschiedenen Förderprojekten zu Leibe rücken möchte. Der Opposition reicht all dies nicht. Sie kritisierte, dass das Thema Armutsbekämpfung derzeit nicht auf der Agenda der Bundesregierung stehe und schon bisher die Mittel zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu gering angesetzt seien. Tatsächlich taucht in der

To-Do-Liste die armutsfeste Mindestrente nicht auf, obwohl es dazu schon vor Jahren Vorschläge aus dem BMAS gegeben hatte. Die Bundesregierung reagiert auf derartige Kritik zu meist mit dem Hinweis auf den gesetzlichen Mindestlohn und das Rentenpaket, das, wie SPD-Haushälter Ewald Schurer in der Debatte anmerkte, sehr wohl „ein manifester Beitrag“ zur Armutsbekämpfung sei.

Andrea Nahles freute sich, dass die „Horroszenarien“ in Bezug auf den Mindestlohn nicht eingetroffen seien und spannte damit auch gleich den Bogen zur Integration der Asylbewerber: „Der Mindestlohn stabilisiert den Arbeitsmarkt deutlich und wir brauchen ihn auch, um die Zuwanderung von Arbeitskräften nicht zu einem Wettlauf nach unten werden zu lassen“,

sagte sie. Sie bezifferte den dadurch erzeugten Mehrbedarf allein bei der Hilfe zum Lebensunterhalt auf ein bis zwei Milliarden Euro. Auch die aktiven Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt müssten erhöht werden, dazu gehörten auch zusätzliche Stellen in den Jobcentern. Nahles geht hier von einem Mehrbedarf von 600 Millionen bis zu rund einer Milliarde Euro für 2016 aus. Für die berufsbezogenen Sprachkurse seien rund 180 Millionen Euro zusätzlich nötig, so Nahles. „Flüchtlinge sollen möglichst schnell Nachbarn und Kollegen werden und der Sozialetat ist ein wichtiger Hebel, um das stemmen zu können“, bekräftigte die Ministerin.

Mehr Personal Die Parteivorsitzende der Linken, Katja Kipping, warf der Bundesregierung vor, „die großen sozialen Baustellen in unserem Land“ zu umgehen. „Dieser Etat lässt keinen Spielraum für Erhöhungen des Hartz-IV-Regelsatzes.“ Dabei seien die Bemessungen des Existenzminimums schon jetzt fragwürdig, kritisierte Kipping. Sie forderte darüber hinaus, die Sanktionen in diesem Bereich abzuschaffen und eine sanktionsfreie Mindestsicherung einzuführen. Gegen die steigende soziale Spaltung helfe nur eine echte Umverteilung, betonte Kipping. Der sozialpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling (CDU), stellte

demgegenüber klar, dass die Bundesregierung nicht das Ziel habe, willkürlich Hartz-IV-Sätze anzuhoben. „Kernthema bleibt die Integration der Menschen in den ersten Arbeitsmarkt“, sagte Schiewerling und kündigte eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente an, um zum Beispiel über 55-Jährigen oder „schwer erreichbaren“ jungen Menschen diesen Weg zu öffnen. Die Themen Langzeitarbeitslosigkeit und zukunftsfeste Gestaltung des Rentensystems blieben trotz der neuen Herausforderungen aktuell, versicherte der CDU-Politiker. Der SPD-Sozialpolitiker Ralf Kapschack forderte, die Personalsituation in den Jobcentern deutlich zu verbessern. „Was dort geleistet wird und angesichts der kommenden Aufgaben noch geleistet werden muss, ist enorm. Es kann nicht sein, dass diese Mitarbeiter oft nicht wissen, wie es mit ihnen weitergeht“, sagte er in Anspielung auf vielfach befristete Arbeitsverträge der Jobcenter-Mitarbeiter. Bündnis 90/Die Grünen kritisierten, dass schon nach den bisherigen Berechnungen viel zu wenig Geld und Personal für Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge zur Verfügung stünden. „Lassen Sie uns die Fehler bei der Integration der Gastarbeiter nicht wiederholen“, appellierte die Haushaltsexpertin der Grünen Ekin Deligöz. Die Mittel des Eingliederungsbudgets müssten für eine wirklich systematische

und bedarfsgerechte Förderung eingesetzt werden, forderte sie. Ihr Kollege Wolfgang Strengmann-Kuhn kritisierte den Vorschlag, bei den Asylbewerbern Geld- durch Sachleistungen zu ersetzen als „ziemlich bekloppt“. Dies erzeuge es eine enorme Bürokratie in den ohnehin schon überlasteten Aufnahmeeinrichtungen. Er forderte stattdessen, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen.

Rentenausgaben steigen Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sieht für 2016 Ausgaben von 127,29 Milliarden Euro (2015: 125,66 Milliarden Euro) vor. Damit sollen die Ausgaben für diesen Bereich erneut steigen. Gegenüber

dem Jahr 2015 plant das Ministerium 1,62 Milliarden Euro mehr ein, eine Zahl, die in den anstehenden Beratungen noch einmal nach oben korrigiert werden wird. Den größten Posten machen traditionell Leistungen an die Rentenversicherung aus, die um rund 1,7 Milliarden Euro gegenüber 2015 steigen. Diese Leistungen belaufen sich auf rund 86,62 Milliarden Euro (2015: 84,3 Milliarden Euro). Für die Beteiligung an den Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung will der Bund 6,46 Milliarden Euro ausgeben (2015: 6,05 Milliarden Euro). Für die Grundversicherung für Arbeitssuchende sind bisher 31,86 Milliarden Euro (2015: 32,96 Milliarden Euro) eingeplant. Diese Summe wird sich, nach den Ankündigungen von Andrea Nahles, erkennbar erhöhen. Davon entfallen 19,2 Milliarden Euro auf das Arbeitslosengeld II (2015: 20,1 Milliarden) und 4,7 Milliarden Euro auf die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung (2015: 4,9 Milliarden Euro). Nicht verändert haben sich – bisher – die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundversicherung für Arbeitssuchende (4,04 Milliarden Euro) und die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (3,9 Milliarden Euro). Für das Programm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit stehen 160 Millionen Euro zur Verfügung und damit 40 Millionen Euro mehr als 2015. *Claudia Heine*



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Ein Gespenst verbreitet wieder Schrecken

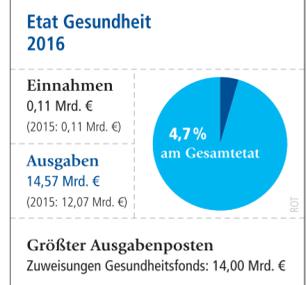
GESUNDHEIT Minister Gröhe ist zufrieden mit seinen Reformen. Opposition rügt falsche Weichenstellungen. Streit um Gesundheitskarte für Asylbewerber

Auf einmal lugt das Gespenst wieder durch den Spalt und verbreitet Schrecken: Beitragsanhebungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind unpopulär und werden von Regierungsvertretern gerne kleingeredet. Die Opposition zieht das Thema umso energischer hervor und setzt auf die Gerechtigkeitskarte. Die Haushaltsdebatte vergangene Woche über den Etat (18/5500) von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) bot insofern alle Voraussetzungen für ein interessantes parlamentarisches Kräftemessen, zumal zur Halbzeit der Wahlperiode gleich Bilanz gezogen wurde. Seit Jahresbeginn liegt der Beitragssatz bei 14,6 Prozent, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils 7,3 Prozent übernehmen. Jedoch ist der Arbeitgeberanteil festgeschrieben, während die Arbeitnehmer die fälligen Zusatzbeiträge komplett selbst tragen. Fachleute rechnen damit, dass die meisten Kassen ab 2016 ihren Zusatzbeitrag erhöhen, zumal mehrere große Projek-

te wie etwa die Pflege- oder Krankenhausreform viel Geld kosten. Noch liegen die Finanzreserven der Kassen bei über 15 Milliarden Euro, aber die stetig steigenden Gesundheitskosten müssen refinanziert werden. Nicht nur Linke und Grüne fordern daher eine Rückkehr zur Parität, sondern pikanterweise auch die SPD.

Koalition uneinig Während Gröhe erkennbar stolz über seine zahlreichen Reformen referierte, erntete er bei der Opposition neben Kritik nur Spott. So merkte Harald Weinberg (Linke) bissig an: „Ihr Ministerium hat geliefert und hält das Parlament in einer hohen Frequenz mit Gesetzentwürfen auf Trab.“ Allerdings gingen die Reformen in die falsche Richtung. Weinberg warnte, es sei für Gröhe „relativ unbedeutend“, dass die SPD in der Frage der Parität aufmucke. Sein Problem seien die Versicherten, die vor der nächsten Wahl merken, wie die Beiträge stiegen. Kordula Schulz-Asche (Grüne) warf dem Minister „Ideen- und Mutlosigkeit“ vor. An konfliktträchtige Reformen sowie eine stabile und gerechte Finanzierung traue er sich nicht heran. So würden die Versicherten 2016 erneut zur Kasse gebeten. Karl Lauterbach (SPD) räumte ein: „Wir haben Mehrausgaben, die bereits so hoch

sind, dass wir von einer Beitragssatzerhöhung ausgehen müssen.“ Das Gesundheitssystem müsse daher wohl „langfristig wieder paritätisch finanziert“ werden. Georg Nüßlein (CSU) argumentierte dagegen, manche Kassen hätten den Zusatzbeitrag anfangs zu niedrig angesetzt, das seien somit hausgemachte Probleme. Die Beiträge in der GKV seien seit Jahren stabil, die Rücklagen hoch. Der Arbeitgeberbeitrag sei aus gutem Grund festgeschrieben worden. Nüßlein warnte vor „verunsichernden Debatten über die Anhebung von Lohnnebenkosten“ und erklärte die „Beitragsdis-



kussion allgemeiner Art“ einschließlich der Frage der paritätischen Finanzierung der Beiträge sicherheitshalber für beendet. Laut Gröhe ist die GKV mit rund 24 Milliarden Euro an Reserven (Kassen 15,2 Milliarden Euro, Gesundheitsfonds 8,6 Milliarden) solide aufgestellt. Es sei richtig gewesen, den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds vorübergehend abzusenken und damit den Haushalt zu entlasten und das Wachstum zu fördern. Nun werde der Zuschuss planmäßig wieder aufgestockt. Inzwischen steht jedoch der Bundeshaushalt wegen der Flüchtlingskrise erneut unter Druck. Ob und wie sich das auf den Gesundheitsetat auswirkt, ist noch offen.

Hilfe für Flüchtlinge Die Gesundheitsexperten der Opposition wie auch der SPD fordern derweil, die elektronische Gesundheitskarte auch an Asylbewerber auszugeben, damit diese ohne bürokratischen Aufwand zum Arzt gehen können. Schulz-Asche sagte, es sei wichtig, den erschöpften, verletzten oder traumatisierten Flüchtlingen medizinisch und therapeutisch zu helfen. Die Gesundheitskarte für Asylsuchende hätte längst bundesweit eingeführt werden können, monierte sie und verlangte, umgehend eine solche gesetzliche Regelung vor-

zulegen. Lauterbach stellte für die SPD klar: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Gesundheitskarte für Flüchtlinge zur Verfügung steht.“ Dies zumal, da die Kosten dafür vom Steuerzahler übernommen würden und nicht zulasten der Krankenkassen gingen. Gerade den vielen Flüchtlingskindern und traumatisierten Menschen dürfe eine solche Lösung nicht verweigert werden. Die Union ist aber noch nicht überzeugt. Die neue gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Maria Michalk (CDU), erinnerte daran, dass die Länder Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen schon jetzt auf freiwilliger Basis mit den Krankenkassen eine solche Vereinbarung getroffen hätten. Andere Länder wollten das auch, dort sträubten sich die Kassen noch. Angesichts der neuen Probleme und ungeklärten Fragen sei es jedoch legitim, in der Koalition noch einmal darüber zu diskutieren. Nüßlein betonte, in der Union halte sich in dieser Frage eine „ausgeprägte Skepsis“. Die Union befürchtet vor allem, dass mit der Gesundheitskarte bei Flüchtlingen falsche Anreize gesetzt werden. Nach Angaben Gröhes laufen derzeit auch noch Gespräche mit dem Ländern, um die Erstuntersuchungen bei Flüchtlingen zeitnah zu ermöglichen. *Claus Peter Kosfeld*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die Aufgaben des Bundesinnenministeriums (BMI) decken ein breites Spektrum ab: „Der Bogen reicht von Sicherheitsaufgaben über Migration und Integration, IT- und Netzpolitik, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Verfassung, Sportförderung, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bis hin zur Verwaltungsmodernisierung sowie der Zuständigkeit für den öffentlichen Dienst“, heißt es im Vorwort zum Einzelplan 06, der den Etatentwurf des Ressorts für 2016 enthält. Selten jedoch fiel im Bundestag die erste Lesung des Innen-Etats so monothematisch aus wie vergangenen Woche: Fast jeder Beitrag war ganz oder überwiegend der Bewältigung der akuten Flüchtlingskrise gewidmet.

Ressortchef Thomas de Maizière (CDU) mahnte dabei, weder die „großen Herausforderungen“ zu leugnen noch „das Problem so groß zu beschreiben“, dass die Zuhörer „den Mut verlieren, an Lösungen überhaupt erst zu arbeiten“. Mit Blick auf das zwei Tage zuvor vom Koalitionsausschuss beschlossene Maßnahmenpaket sagte der Innenminister, zu den dahinter stehenden Grundsätzen zähle, zwischen den Flüchtlingen zu unterscheiden, „die wegen Krieg und Verfolgung Aussicht auf Asyl haben, und denen, die keine Chance auf eine Zukunft in Deutschland haben“. Die „vielen Hunderttausend“, die Schutz vor Krieg und Vertreibung bräuchten, werde man aufnehmen und ihnen bei der Integration helfen. Wer indes aus einem sicheren Land komme, solle während des Asylverfahrens anders behandelt werden können als jemand aus einem Kriegsgebiet. Er solle beispielsweise in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben müssen, damit sein Verfahren schnell bearbeitet werden kann, erläuterte de Maizière. Zugleich kündigte er an, beim EU-Innenministertreffen an diesem Montag auf eine faire Verteilung schutzbedürftiger Flüchtlinge zu drängen.

Schnellere Verfahren Für Die Linke wandte sich ihre Abgeordnete Ulla Jelpke entschieden gegen Koalitionspläne, weitere Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen und so Asylverfahren von Antragstellern aus diesen Ländern zu beschleunigen. Damit werde „einer ganzen Flüchtlingsgruppe das Recht abgesprochen, dass deren Asylanträge unvoreingenommen geprüft werden“, monierte sie. Die Linke werde bei der „geplanten Form der Aushöhlung“ des Asylrechts nicht mitmachen, sondern verlange „eine klare Prüfung



Stempel eines Entscheiders des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Sie sollen künftig schneller über die Asylanträge der Flüchtlinge urteilen.

jedes einzelnen Asylantrags statt pauschaler Verurteilungen von Flüchtlingsgruppen, die aus dem Westbalkan kommen“. Die Grünen-Parlamentarierin Anja Hajduk versicherte, dass ihre Partei an der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik „lösungsorientiert mitarbeiten“ werde. Sie wolle sich aber auch darauf verlassen können, dass diese Aufgabe „gut gemanagt“ wird. Zugleich bemängelte Hajduk, es werde nicht „mit dem nötigen Nachdruck“ an der Besetzung zusätzlicher Stellen im für die Asylanträge zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gearbeitet. Vor diesem Hintergrund hätten die Grünen nicht das Vertrauen, dass man sich bei der Einstufung sicherer Herkunftsländer auf die richtige Frage konzentriere. SPD-Fraktionsvize Eva Högl nannte es „unbedingt erforderlich“, die Asylverfahren zu

beschleunigen. Deutschland werde viele der weltweit 60 Millionen Flüchtlinge aufnehmen, doch könnten nicht alle hier bleiben. Sie müssten rasch erfahren, ob sie die Bundesrepublik wieder verlassen müssen oder nicht. Auch Unions-Fraktionsvize Thomas Strobl (CDU) drang auf eine Verkürzung der Verfahren beim Bamf. Er verwies darauf, dass 2014 und 2015 für dieses Amt 1.650 neue Stellen beschlossen worden seien und es 2016 zusätzlich mit bis zu 1.000 Stellen ausgestattet werde. Strobl mahnte ebenfalls zu unterscheiden zwischen schutzbedürftigen Flüchtlingen und solchen, die „in ihren Heimatländern keine wirtschaftliche Zukunft sehen“. Letzteres gelte insbesondere für Menschen vom westlichen Balkan, deren Schutzquote „gegen Null“ tendiere. Um den Schutzbedürftigen auch künftig

Schutz gewähren zu können, werde man Zehntausende abweisen müssen – „nicht aus Härtherzigkeit, sondern aus Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten“.

517 Millionen Euro mehr Nach dem Entwurf der Bundesregierung (18/5500) umfasst der BMI-Etat 2016 ein Ausgabenvolumen von 6,78 Milliarden Euro und damit 517 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Allein für die Bundespolizei sieht der Entwurf für 2016 Ausgaben in Höhe von 2,7 Milliarden Euro vor nach 2,61 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Für das Bamf sind für 2016 Ausgaben in Höhe von 303 Millionen Euro eingeplant. Das sind 69 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Davon soll der Großteil, nämlich 60 Millionen Euro, auf die Personalausgaben entfallen. *Helmut Stoltenberg* ||

Personalmittel aufgestockt

KULTUR Staatsministerin Grütters soll 1,28 Milliarden erhalten

Für Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) ist es ein „starkes kulturpolitisches Signal“. Im kommenden Jahr sollen ihr 1,28 Milliarden Euro in ihrem Geschäftsbereich zu Verfügung stehen. „Das sind 56 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf des Vorjahres“, sagte Grütters während der Beratungen ihres Etats in der vergangenen Woche. Allerdings ist dies nur eine Rechenart. Denn im laufenden Jahr standen ihr im vom Bundestag verabschiedeten Haushalt rund 1,32 Milliarden zur Verfügung. Erfahrungsgemäß werden aber die Haushälter den Regierungsansatz auch in diesem Jahr nach oben korrigieren. Übereinstimmend wurde von allen Fraktionen begrüßt, dass im kommenden Jahr in den von der Staatsministerin geförderten Kultureinrichtungen die Personalausgaben an die Tarifierhöhungen angepasst werden sollen. Dies schlägt mit 38 Millionen zu Buche, allein bei der Deutschen Welle mit zwölf Millionen Euro. Es sei positiv zu bewerten, dass die Tarifanpassungen nun auch bei den überwiegend projektfinanzierten Einrichtungen möglich seien, be-

fand die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sigrid Hupach. Als deutlich zu niedrig bezeichnete sie jedoch die Mittel für die Digitalisierung des kulturellen Erbes (1,3 Millionen Euro) und des Filmwesens (1 Million Euro). Ulla Schauws, kulturpolitische Sprecherin der Grünen, monierte eine fehlende inhaltliche Konzeption für das Humboldt-Forum in Berlin. Mit dem Gründungstendanten Neil MacGregor stehe zwar eine „herausragende Kompetenz“ zur Verfügung. Konzeptionell habe Grütters aber „noch nichts Substanzielles“ geliefert. Zudem sei die zukünftige Finanzierung nicht geklärt. Im kommenden Jahr will die Staatsministerin 3,5 Millionen Euro für das Humboldt-Forum bereitstellen. Positiv hingegen bewertete die SPD-Kulturpolitikerin die Entwicklung des Humboldt-Forums. Es sei „unter guter Regie“ und liege im Kosten- und Zeitplan. Der CDU-Haushaltsexperte Rüdiger Kruse mahnte die Bundesländer und Kommunen. Sie dürften ihre Kulturausgaben nicht immer dann kürzen, wenn der Bund die seinen erhöht. *aw* ||

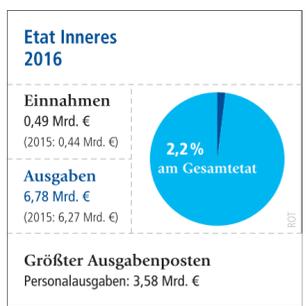
Betreuungsgeld im Blick

FAMILIE Elterngeld kostet den Bund 5,8 Milliarden Euro

Erneut sorgt das bereits bei seiner Einführung heftig umstrittene Betreuungsgeld für politischen Streit. Ende Juli dieses Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht befunden, dass der Bund nicht über die Kompetenz verfügt, um die familienpolitische Leistung auf den Weg zu bringen. Bereits vor Beginn der Haushaltsberatungen hatte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) deshalb gefordert, die frei werdenden Haushaltsmittel in den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu investieren. Doch bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) stößt das Ansinnen auf Ablehnung.

Im Regierungsentwurf des insgesamt 9,18 Milliarden Euro umfassenden Familienetats (18/5500, Einzelplan 17) sind die Ausgaben für das Betreuungsgeld noch mit einer Milliarde Euro veranschlagt. Selbst nach Abzug der Mittel, die gemäß des gewährten Bestandsschutzes an die derzeitige Betreuungsgeldbezieher fließt, steht eine gewaltige Summe zur Disposition. In der Debatte wiederholte Schwesig ihre Forderung jedoch nicht direkt, sondern formulierte deutlich vorsichtiger, sie wolle mit dem Geld die Familien in Deutschland unterstützen. Diese seien schließlich „die Leistungsträger in unserer Gesellschaft“. Eine Absage erteilte Schwesig allen Überlegungen, die Ausgaben für das Elterngeld zu deckeln. Sie reagierte damit auf Medienberichte, nach denen diesbezügliche Pläne im Finanzministerium existieren. Der Bund rechnet mit Ausgaben von 5,8 Milliarden Euro für das Elterngeld, 245 Millionen mehr als in diesem Jahr.

Unterstützung bekam Schwesig von der eigenen Fraktion und der stellvertretenden Unionsfraktionsvorsitzenden Nadine Schön (CDU). Erstes Ziel müsse es sein, das Elterngeld zu sichern. Allerdings müssten dafür auch die ungenutzten Mittel aus dem Betreuungsgeld eingesetzt werden, sagte Schön mit Blick auf Schwesigs Wunsch, die Gelder in den Kita-Ausbau zu investieren. „Wir können nicht riskieren, dass eine Leistung, die so anerkannt ist wie das Elterngeld, gefährdet ist, weil eine mögliche Kostenexplosion nicht tragbar wäre.“ Dieser Argumentation wollten die Oppositionsfraktionen nicht folgen. Die zusätzlichen Kosten für das Elterngeld seien schließlich absehbar gewesen, sagte Familienpolitikerin Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen). „Wenn wir Gesetze ändern und zusätzliche Elterngeldmonate vorsehen, dann wird das eben teurer.“ Das benötigte Geld müsse aber nicht zwangsläufig aus dem Familienetat stammen. Die ungenutzten Mittel für das Betreuungsgeld müssten in den Kita-Ausbau fließen, sagte Brantner und forderte Schwesig auf, in diesem Sinne innerhalb der Koalition zu verhandeln. Dieser Forderung schloss sich auch der jugend- und kinderpolitische Sprecher der Linksfraktion, Norbert Müller, an. Er monierte zudem, dass das Mindestelterngeld in Höhe von 300 Euro, das etwa jeder dritte Elterngeldempfänger beziehe, seit 2007 nicht angepasst wurde und dies auch nicht geplant sei. Dabei betrage die Kaufkraft heute nur noch 270 Euro. Eine Erhöhung auf 334 Euro wäre schon jetzt nötig, sagte Müller. *Alexander Weinlein* ||



Mehr Geld für Universitäten und Bildungschancen

BILDUNG UND FORSCHUNG Die Ausgaben steigen erneut. Ministerin Wanka mahnt, die Potenziale der Flüchtlinge zu nutzen

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) kann sich freuen: Erneut steigt der Etat des Haushaltes für Bildung und Forschung, und zwar um immerhin sieben Prozent. Für das Jahr 2016 sind nach derzeitigem Stand 16,4 Milliarden Euro eingeplant. Wenig überraschend also, dass sich Bundesregierung und Vertreter der Koalitionsfraktionen vor allem zufrieden präsentierten und eine richtige Prioritätensetzung lobten, als der Bundestag in der vergangenen Woche den Haushalt beriet. Dagegen bemängelte die Opposition einen ineffizienten Einsatz der Mittel. So betonte Roland Claus (Die Linke), dass steigende Ausgaben allein nichts über tatsächlich erreichte Ergebnisse und die Effektivität des Mitteleinsatzes aussagen würden. „Gemessen werden die Bienen nicht an ihren Flugkilometern, sondern an dem Honig, den sie nach Hause tragen“, so Claus.

Bildungsgerechtigkeit Wanka betonte hingegen, dass „Bildung und Forschung für die Bundesregierung weiter Priorität haben“. Einen Schwerpunkt legte die Ministerin auf das Thema Bildungsgerechtigkeit: „Wir sind ein reiches Land und Bildungschancen sind Lebenschancen. Diese Lebenschancen brauchen wir für die Einheimischen und die Zuwanderer.“ In den kommenden Jahren sollten Alphabetisierungsprogramme verstärkt dafür sorgen, dass Erwachsene lesen und schreiben lernen. Ein Viertel der Zuwanderer, die nach Deutschland kämen, seien zwischen 18 und 25 alt, sagte Wanka in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingsdebatte, die auch an den Beratungen ihres Haushaltes nicht vorbeiging. Man müsse nun dafür sorgen, ausreichend Deutschkurse und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten zu können. Wanka rief dazu auf, das Können der Asyl-

bewerber wert zu schätzen und dementsprechend schnell auch deren Potenziale zu nutzen.

Wettbewerbsfähigkeit Die höchsten Ausgaben sieht der Bildungsetat für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Innovationssystems vor. Die Bundesregierung will dafür rund 6,53 Milliarden Euro ausgeben, was eine Erhöhung um mehr als eine halbe Milliarde Euro gegenüber 2015 bedeutet. Um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu sichern, führt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die drei mit den Ländern beschlossenen Pakte fort. Schwerpunkt ist der Hochschulpakt 2020, für den im Haushalt 2016 rund 2,5 Milliarden Euro vorgesehen sind. Der zweite gro-

ße Posten ist für die Projektförderung für Forschung und Innovation veranschlagt. Der Etat steigt nach dem Entwurf von 5,42 Milliarden Euro auf 5,64 Milliarden Euro. Im Bildungswesen und in der Nachwuchsförderung, dem dritten großen Posten, steigen die Ausgaben von 4,12 Milliarden Euro auf 4,27 Milliarden Euro im Jahr 2016. Zudem übernimmt der Bund von den Ländern die vollständige Zahlung der Bafög-Leistungen.

Roland Claus warf Wanka vor, sie zeichne ein zu optimistisches Bild der Bildungslandschaft in Deutschland. Als „gravierendes Problem“ bezeichnete er die befristeten Arbeitsverträge im akademischen Bereich. Bei den unter 30-Jährigen liege der Anteil der Zeitarbeiter bei 80 Prozent der Beschäftigten, bei den unter 35-Jährigen bei 70 Prozent und bei den unter 40-Jährigen immer noch bei 60 Prozent. Zudem hätte die Hälfte der befristeten Verträge eine Laufzeit von unter einem Jahr, so Claus.

Kooperationsverbot Hubertus Heil (SPD) verteidigte die Haushaltsplanung. Es gebe einen Konsens in der Koalition, dass man sich unter anderem auf Bildungsgerechtigkeit konzentrieren wolle. Alle Menschen müssten „unabhängig von sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder religiösem Hintergrund die Chance zu einem selbstbestimmten Leben haben“, sagte Heil. Angesichts der aktuellen Aufgabe, Flüchtlinge durch Bildung zu integrieren, müsse der Bund schnell handeln. Dem seien aber „durch künstliche, auch verfassungsrechtliche Grenzen an der einen oder anderen Stelle die Hände gebunden“. Das Kooperationsverbot erschwere „neue gemeinsame Kraftanstrengung zum Ausbau von Ganztageschulen in diesem Land“, kritisierte Heil.

Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) würdigte die Steigerung des Etats, warnte aber, dies sei „noch lange kein Grund, sich auszuruhen“. Als Beispiel für Verschwendung nannte sie die Verdopplung der Mittel für den Rückbau kerntechnischer Forschungsanlagen auf 328 Millionen Euro und Defizite bei der Projektmittelüberwachung. „Wir haben keinen einzigen Cent, um ihn auf die Straße zu werfen, aber genau das machen Sie hier“, klagte sie. Albert Rupprecht (CSU) erinnerte daran, dass Deutschland bei der Regierungsbildung von Kanzlerin Merkel „als der kranke Mann in Europa“ gelolten habe. „Wir sind zehn Jahre später eines der innovativsten und begehrtesten Länder dieser Welt, wir erleben es bei den Flüchtlingen, mit allen Schwierigkeiten und Herausforderungen, wir erleben es aber auch bei den Studierenden, die zu uns kommen“. Ihre Zahl sei so hoch wie noch nie. Auch für Wissenschaftler werde Deutschland immer attraktiver. „Das ist ein tolles Ergebnis und darauf können wir auch stolz sein“, resümierte Rupprecht. *Annette Rollmann* ||



Die Zahl der Studenten steigt weiter.

Maas kritisiert Facebook

JUSTIZ Mehr Mittel für Rechts- und Verbraucherpolitik

Abgeordnete der Koalitionsfraktionen haben sich überwiegend zufrieden mit dem Etat-Entwurf für das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) gezeigt. Das geplante Budget für 2016 in Höhe von 736,2 Millionen Euro fällt im Vergleich zu 2015 um 40,8 Millionen Euro höher aus. Die Einnahmen sollen von 488,6 Millionen Euro auf 524,6 Millionen Euro steigen. Für das Feld Verbraucherpolitik sollen im kommenden Jahr 35,8 Millionen Euro zur Verfügung stehen; 2015 sind es 31,1 Millionen. Der Einzelplan 07 wurde vergangene Woche in erster Lesung im Bundestag beraten.

Es handele sich zwar um den kleinsten Etat aller Ministerien, doch werde damit eine „exzellente Rechtspolitik“ gewährleistet, sagte Patrick Sensburg (CDU). Dennis Rohde (SPD) betonte, dass der Etatentwurf etwa den Herausforderungen durch islamistischen Terrorismus und Rechtsextremismus Rechnung trage und neue Stellen bei der Generalbundesanwaltschaft vorsehe. In Hinblick auf den Verbraucherschutz befand Mechthild Heil (CDU), dass „gute Politik“ nicht viel kosten müsse.

Bei der Opposition sah man das anders: Der Entwurf werde den Herausforderungen, vor denen die Justiz- und Verbraucherpolitik stehe, „nicht gerecht“, sagte Harald Petzold (Die Linke). Er kritisierte unter anderem die aus seiner Sicht zu geringe Unterstützung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter. Nicole Maisch (Bündnis 90/Die Grünen) monierte, das für Verbraucherinformationen vorgesehen Budget falle in vielen Bereichen zu gering aus. Abseits der Frage der finanziellen Ausstattung drehte sich die Debatte um die künftigen rechts- und verbraucherpolitischen Schwerpunkte. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) kündigte an, „Gerechtigkeits-

lücken“ zu schließen, beispielsweise im Sexualstrafrecht oder bei der Korruption im Gesundheitswesen. Auch im Urheberrecht, etwa beim Recht der Verwertungsgesellschaften, bestehe Änderungsbedarf. Christdemokratt Sensburg verwies auf die Reform der Strafprozessordnung als eines der „großen Vorhaben“ der Legislaturperiode. Er verteidigte die geplante Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung. Diese sei auch in Hinblick auf den Industrie- und Internetstandort Deutschland wichtig. Roland Claus (Die Linke) kritisierte das Vorhaben hingegen. Als Konsequenz aus der Landesverrats-Affäre um zwei Journalisten des Blogs netzpolitik.org müsse auch dieses Projekt beendigt werden, sagte Claus. Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) mahnte Reformen im Bereich der Richterbesoldung an. Auch die Bundesrichterwahl müsse transparenter gestaltet werden.

Flüchtlinge Das Flüchtlingsthema spielte ebenfalls eine Rolle in der Debatte. Maas erneuerte seine Kritik an Facebook und Co. und rief die Sozialen Netzwerke dazu auf, konsequenter gegen Hass-Postings vorzugehen. Rechtsextreme Gewalttäter müssten zudem die ganze Härte des Rechtsstaates spüren. Dies dürfe keine „leere Drohung“ bleiben. Maas regte zudem an, neben der Bekämpfung von Schleusern auch über mehr Möglichkeiten zur legalen Einwanderung nachzudenken. „Beides zusammen kann mithelfen, Menschenleben zu retten“, betonte der Justizminister. *scr* ||



Mangelware Wohnung

BAUEN Umweltministerin Hendricks (SPD) will den Ländern eine Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Längst überfällig, meint die Opposition



Mindestens 350.000 neue Wohnungen müssten laut Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) jährlich gebaut werden, um den steigenden Bedarf vor allem an bezahlbarem Wohnraum decken zu können. Die Linksfaktion spricht sogar von zwei Millionen fehlenden Sozialwohnungen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will im Zuge der Haushaltsberatungen ein deutlich stärkeres Engagement des Bundes beim sozialen Wohnungsbau erreichen. In der Debatte über den Etatentwurf für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) am vergangenen Freitag forderte sie „mindestens“ eine Verdoppelung der Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder auf eine Milliarde Euro jährlich. Bisher belaufen sie sich auf 518,2 Millionen Euro pro Jahr bis 2019. Die Länder sind seit der Föderalismusreform 2006 allein für den sozialen Wohnungsbau verantwortlich. „Die steigende Nachfrage nach Wohnraum trifft in den Großstädten und Ballungsräumen auf Wohnungsmärkte, die bereits angespannt sind“, begründete Hendricks ihren Vorstoß. Deutschland müsse sich auf einen Bedarf von 350.000 zusätzlichen Wohnungen jährlich einstellen, sagte sie auch mit Blick auf die 800.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr erwartet werden. Die Ministerin stellte jedoch klar, dass der Staat nicht nur für Asylbewerber, sondern „für alle“ bezahlbaren Wohnraum schaffen müsse. Beispielhaft verwies sie auf Maßnahmen ihres Ministeriums: So fördere das BMUB den Bau zusätzlicher Studentenwohnungen mit mehr als 120 Millionen Euro. Außerdem habe es ein Investitionsprogramm für altersgerechte Wohnungen in Höhe von 27 Millionen Euro aufgelegt. Einkommensschwache Haushalte würden ab dem 1. Januar 2016 durch ein deutlich höheres Wohngeld entlastet. Die Ausgaben dafür steigen im kommenden Jahr um

200 Millionen Euro auf 730 Millionen Euro. Marie-Luise Dött (CDU) begrüßte darüber hinaus den Beschluss des Koalitionsausschusses vom 7. September, demzufolge der Bund eine steuerliche Förderung für den Wohnungsneubau in Gebieten mit Wohnungsmangel prüfen und außerdem mehr bundeseigene Liegenschaften verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen soll. Anders als Hendricks machte sie jedoch deutlich, dass sie hierbei in erster Linie den Beitrag der Länder erwartet. „Der Bund gibt seit 2007 mehr Geld an die Länder für den sozialen Wohnungsbau als vor der Föderalismusreform. Aber gebaut wurden weniger Sozialwohnungen als vorher“, konstatierte Dött und warnte: „Ohne gesetzlich fixierte Zweckbindung für die gesamten Kompensationsmittel werden die Enttäuschungen wachsen.“

Viel zu wenig Heidrun Blum (Die Linke) hingegen unterstützte Hendricks' Forderung ausdrücklich. Da in Deutschland mindestens fünf Millionen Sozialwohnungen und zwei Millionen altersgerechte Wohnungen fehlen würden, seien höhere Bundesmittel dringend erforderlich, urteilte sie. Darüber hinaus ließ Blum aber kein gutes Haar an der Politik der Ministerin. Wenn die Bau- und Wohnungswirtschaft einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten wolle, müsste die Quote für die energetische Gebäudesanierung „sofort auf mindestens zwei Prozent verdoppelt werden“, forderte sie. Außerdem sprach sich Blum für eine Dynamisierung des Wohngeldes und die Einführung einer Klimakomponente aus. Ihr Resümee: „Dieser Haushaltsansatz bleibt vieles schuldig.“

Peter Meiwald (Bündnis 90/Die Grünen) forderte die Bundesregierung erneut auf, ein Bundesbauprogramm aufzulegen. „Es hilft nicht, immer auf den Ländern herumzuhacken und ihnen zu sagen, was sie tun müssten“, kritisierte er. Vielmehr müsse der Bund jetzt Verantwortung für den Wohnungsbau übernehmen. Einig waren sich Redner von Koalition und Opposition in einem Punkt: Deutschland dürfe in seinem Engagement für den Klimaschutz angesichts des anstehenden Klimagipfels Ende des Jahres in Paris nicht nachlassen. In der französischen Hauptstadt will die Staatengemeinschaft ein neues und verbindliches Klimaabkommen beschließen, um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Der Etat des Umweltministeriums, der 2016 zunächst um 205 Millionen Euro auf 4,07 Milliarden Euro steigen soll, sieht vor diesem Hintergrund auch höhere Ausgaben für den Klimaschutz vor. 417,98 Mil-

lionen Euro sind dafür veranschlagt, 45,8 Millionen Euro mehr als 2015. Über ein besonders großes Plus von 75 Millionen Euro kann sich die internationale Klimaschutzinitiative freuen. Sie soll sich im kommenden Jahr mit einem Budget von 338,2 Millionen Euro dem Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland widmen können. „Das ist vor Paris ein wichtiges Signal für die Übernahme globaler Verantwortung und Solidarität“, urteilte Marie-Luise Dött. Hendricks sicherte überdies zu: „Insgesamt wird Deutschland seine Beiträge für die internationale Klimafinanzierung bis 2020 verdoppeln.“ Peter Meiwald warf der Bundesregierung dennoch vor, beim Kampf gegen den Klimawandel kaum mehr als Lippenbekenntnisse abzuliefern. „Der Deal von Bundeskanzlerin und Wirtschaftsminister mit der Kohleindustrie“ unterlaufe das deutsche Klimaengagement, kritisierte er und appellierte eindringlich an die Ministerin: „Die Zeit bis Paris ist knapp. Ziehen Sie der Kohleindustrie endlich den Stecker!“ Darüber hinaus mahnte der Grünen-Abgeordnete zahlreiche umweltpolitische Maßnahmen an, unter anderem die Einführung eines Wertstoffgesetzes mit dynamisch steigenden Recyclingquoten und einer ökologisch gestaffelten Ressourcenabgabe auf Rohstoffe. Heidrun Blum und Barbara Hendricks wiesen in ihren Reden auf den Zusammenhang zwischen Klimawandel und steigenden Flüchtlingszahlen hin. „Klimaschutzpolitik“, resümierte die Ministerin, „beugt Konflikten um Land, Nahrung und Wasser vor. Sie ist in diesem Sinne Friedenspolitik.“ *Johanna Metz*



Anzeige

Bundesverfassungsgerichtsgesetz
Hrsg. RiSG Dr. Christian Burkiczak, Karlsruhe, RiBVerfG Franz-Wilhelm Dollinger, Leipzig, und Prof. Dr. Frank Schorkopf, Göttingen, 2015. Ca. 1.900 Seiten. Gebunden. € 199,99. ISBN 978-3-8114-3815-6 (Heidelberger Kommentar)

Auch als ebook erhältlich: www.cfmuelle.de € 199,99. ISBN 978-3-8114-4253-5

www.cfmuelle.de C.F. Müller

Sorge um die Lage der Milchbauern

ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT Agrarhaushalt soll im kommenden Jahr um 140 Millionen Euro auf 5,49 Milliarden Euro steigen

Fast 5,5 Milliarden Euro sollen für den Agrarhaushalt im kommenden Jahr bereitgestellt werden. „Das ist eine gute Grundlage“, warb Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) am vergangenen Donnerstag für den Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, der um 140 Millionen Euro gegenüber dem aktuellen Haushalt (2015: 5,35 Milliarden Euro) höher ausfallen soll. Besorgt zeigte er sich jedoch über die Lage der Milchbauern, weil die Erzeugerpreise im Keller seien. „Wir müssen klug handeln“, sagte Schmidt. Im gleichen Atemzug warnte er

vor der Wiedereinführung der Milchquote zur Stützung der Marktpreise durch Regulierung. „Eine Rolle rückwärts zur Mengensteuerung alter Schule wird es mit mir nicht geben.“ Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) griff den Minister direkt an, der angekündigt haben soll, dass die Zukunft der Milchwirtschaft nach dem Wegfall der Milchquote im April 2015 golden sein werde. „Aber für die Milchbauern hat es ein böses Erwachen gegeben“, sagte Ostendorff. Der Minister hoffe nur, dass es irgendwann besser werde. „Doch kurzfristige Liquiditätshilfen werden nicht reichen“, sagte der Grüne. Eine Antwort, was danach kommen soll, bleibe Schmidt schuldig. Alois Gerig (CDU) wehrte sich gegen den Vorwurf der Grünen: „Wenn Sie beklagen, dass Höfe sterben und zugleich die Bauern beschimpfen, brauchen Sie sich nicht wun-



Bauern demonstrieren gegen den Verfall der Milchpreise.

dern, wenn niemand mehr Landwirt sein will.“ Es sei nun ein Krisenmanagement erforderlich, das unter anderem mit höheren

Mehr Steuereinnahmen erwartet

FINANZVERWALTUNG Im kommenden Jahr sollen die Bundeseinnahmen um 10,16 Milliarden Euro auf 299,13 Milliarden Euro (2015: 288,96 Milliarden Euro) steigen. Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2016 insgesamt 290,37 Milliarden Euro (288,96 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen hingegen von 7,24 Milliarden Euro auf 5,86 Milliarden Euro fallen. Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 84,2 Milliarden Euro auf 87,83 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 79,86 Milliarden Euro (75,71 Milliarden Euro) vorgesehen. Der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 10,88 Milliarden Euro (10,4 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 40,5 Milliarden Euro (39,5 Milliarden Euro) betragen. Leicht ansteigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,19 Milliarden Euro auf 14,28 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen gleichbleibend 1,02 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer sollen bei 12,8 Milliarden Euro (12,5 Milliarden Euro) liegen. Die Kfz-Steuer soll 8,5 Milli-

arden Euro (8,55 Milliarden Euro) bringen. Fast unverändert sollen mit 1,02 Milliarden Euro die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer sein. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2015 wie in diesem Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 44 Millionen Euro (898 Millionen Euro). Dazu gehört auch der Börsengang der Deutschen Bahn AG. Die Veräußerungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen, heißt es im Entwurf. Weiter gehören dazu unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn und München sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung. Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr beinahe unverändert 331,58 Millionen Euro betragen. Unverändert sollen auch die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds 200 Millionen Euro bleiben. Die Ausgaben des Einzelplans summieren sich auf 15,33 Milliarden Euro, 1,45 Milliarden Euro weniger als 2015. *mik*

Geld für die Künstler

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2016 über 34,32 Millionen Euro (2015: 33,74 Millionen Euro) verfügen können. Dabei sollen die Personalausgaben von 19,39 Millionen Euro auf 19,5 Millionen Euro steigen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 9,03 Millionen Euro auf 9,49 Millionen Euro steigen. Für Investitionen sind nach 1,35 Millionen Euro in diesem Jahr für kommendes Jahr 1,28 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 4,05 Millionen Euro (3,96 Millionen Euro) vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen beinahe unverändert 4,73 Millionen Euro betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen

Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen 227.000 Euro (226.000) betragen. Für das Bundespräsidialamt sind für 2016 insgesamt 19,9 Millionen Euro (20,02 Millionen Euro) vorgesehen. Davon geht der größte Teil mit 12,24 Millionen Euro (12,25 Millionen Euro) an das Personal. Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) soll im kommenden Jahr über 1,93 Millionen Euro verfügen können. Das sind 24.000 Euro mehr als 2015. *mik*

Kanzler-Etat steigt

BUNDESKANZLERAMT Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2016 über 2,25 Milliarden Euro verfügen. Das sind 15,56 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2015: 2,23 Milliarden Euro). Während für das Personal insgesamt 279,6 Millionen Euro (276,64 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 840,95 Millionen Euro (770,22 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 918,37 Millionen Euro für das Jahr 2016 insgesamt 922,61 Millionen Euro eingeplant. Für Investitionen sind 207,21 Millionen Euro (269,57 Millionen Euro) reserviert. Den größten Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen 1,1 Milliarden Euro (1,17 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen (siehe Seite 5). Für die Bundeskanzlerin und

ihre Amt sind 66,41 Millionen Euro (60,21 Millionen Euro) eingeplant. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 78,37 Millionen Euro auf 76,93 Millionen Euro fallen. Das Bundesarchiv soll über 63,25 Millionen Euro (58,06 Millionen Euro) verfügen können. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst (BND) beträgt 701,5 Millionen Euro (615,56 Millionen Euro). Der Etat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 104,91 Millionen Euro (108,97 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 5,08 Millionen Euro (5,17 Millionen Euro) bereitgestellt. Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen 994.000 Millionen Euro (1,07 Milliarden Euro) betragen. *mik*

Ausgaben für das Parlament

BUNDESTAG Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2016 über 827,81 Millionen Euro verfügen. Das sind 26,32 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2015: 801,49 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür 545,78 Millionen Euro (541,96 Millionen Euro). Für Investitionen sind 43,7 Millionen Euro (22,24 Millionen Euro) eingeplant und für sächlichen Verwaltungsaus-

gaben 135,05 Millionen Euro (135,34 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 103,28 Millionen Euro (101,95 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages betragen 2016 4,34 Millionen Euro (4,3 Millionen Euro). Für die 96 Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament stehen im kommenden Jahr insgesamt 6,65 Millionen Euro bereit. In diesem Jahr waren es noch 6,66 Millionen Euro *mik*

Viel zu wenig Initiative attestierte Karin Binder (Die Linke) Minister Schmidt im Bereich der Ernährung, weil die Fettleibigkeit in der Bevölkerung zunehmen würde. Doch das Ministerium gebe die Verantwortung an die Verbraucher ab, statt die Lebensmittelwirtschaft in die Pflicht zu nehmen. Wenige Millionen Euro für Präventionsmaßnahmen stünden zehn Milliarden Euro an Gesundheitskosten gegenüber. Deshalb forderte Binder verpflichtende Qualitätsstandards in Kantinen. Willi Brase (SPD) nahm die Situation auf den Schlachthöfen in den Fokus. Es sei nicht der Mindestlohn erkämpft worden, um mithilfe von Werkverträgern vernünftige Arbeitsbedingungen auszuhebeln. Brase prangerte „mafiose“ Zustände in der Branche an, die Menschen, die darauf aufmerksam machen, bedränge. „Das ist nicht akzeptabel.“ *Jan Eisel*

KURZ NOTIERT

23,81 Milliarden Euro für die Zinsen

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2016 rund 24,96 Milliarden Euro betragen. Das sind 624,32 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2015: 24,34 Milliarden Euro). Der Schuldendienst soll 23,81 Milliarden Euro (23,15 Milliarden Euro) betragen. Für Investitionen sind 1,12 Milliarden Euro (1,15 Milliarden Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen um drei Millionen Euro auf 39 Millionen Euro fallen.

Mehrausgaben beim Bundesrat

Der Etat des Bundesrates soll von 23,81 Millionen Euro in diesem Jahr auf 25 Millionen Euro im Jahr 2016 steigen. Dabei steigen die Personalausgaben von 15,08 Millionen Euro auf 15,53 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen 8,72 Millionen Euro (2015: 8,15 Millionen Euro) zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 245.000 Euro im Haushaltsjahr 2015 im kommenden Jahr 440.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sollen der Länderkammer 303.000 Euro (329.000 Euro) bereitstellen.

Weniger Ausgaben bei den Prüfungsämtern

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes sollen 2016 auf 148,61 Millionen Euro (2015: 141,48 Millionen Euro) steigen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 117,84 Millionen Euro auf 122,58 Millionen Euro steigen sollen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 17,14 Millionen Euro auf 18,61 Millionen Euro steigen. Die Investitionen sollen von 1,56 Millionen Euro auf 1,22 Millionen Euro fallen. Die Zuweisungen und Zuschüsse sollen von 4,94 Millionen Euro auf 6,21 Millionen Euro steigen. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes mit Sitz in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart sollen die Ausgaben 37,08 Millionen Euro (37,72 Millionen Euro) betragen.

Parlament entlastet Regierung für Etatjahr 2013

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag der Bundesregierung (18/1930, 18/1809) Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 erteilt. Er folgte damit einer Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/5387). Der Bundesrechnungshof hatte bei seiner Prüfung (18/3300) keine für die Entlastung der Bundesregierung wesentlichen Abweichungen zwischen den in den Rechnungen und in den Büchern aufgeführten Beträgen im Haushaltsjahr 2013 festgestellt. Im Haushaltsvollzug lagen danach die Gesamtausgaben 2013 mit 307,8 Milliarden Euro um 2,2 Milliarden Euro unter den eingeplanten 310 Milliarden Euro gelegen. Die Nettokreditaufnahme betrug 3,6 Milliarden Euro. Die Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) hätten um insgesamt 0,9 Milliarden Euro höher gelegen als veranschlagt. *mik*



Ein Asylbewerber in der Berufsausbildung: Flüchtlinge sollen schnell in Arbeit kommen.

© picture-alliance/dpa

Die Jahrhundertchance

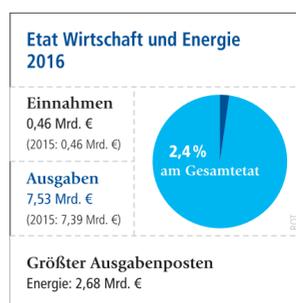
WIRTSCHAFT Sechs Millionen freie Arbeitsplätze bis 2030. Zuwanderer sollen die Lücke schließen

Von Routine ist keine Rede mehr, Alltag will derzeit nicht einkehren. „Zahl und Wucht dieser Menschenflucht hat historische Dimensionen“, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages in der letzten Woche. Auf mäkkelnde Kritik wegen angeblicher Überforderung oder Rufen nach einer Atempause ließ sich Gabriel nicht ein, sondern kam schnell auf die Chancen zu sprechen, die die Menschenflucht auch mit sich bringt. Die gegenwärtige Zuwanderung als „größte nationale, europäische Herausforderung seit der Wiedervereinigung“ bietet nach seiner Ansicht auch großartige Chancen. „Schaffen wir es, die Menschen, die zu uns kommen, schnell auszubilden, weiterzubilden und in Arbeit zu bringen, dann lösen wir eines unserer größten Probleme: den Fachkräftemangel.“ Aus der Flucht, die ein Jahrhundertereignis werden könnte, könnte so eine Jahrhundertchance für Deutschland werden. Denn Gabriel erinnerte an die Folgen des Geburtenrückgangs. Damit habe Deutschland ein „Experiment vor sich, das noch kein anderes Industrieland habe

schaffen müssen“. Bis 2030 fehlten sechs Millionen Arbeitskräfte, die nicht für die Erarbeitung des Wohlstands zur Verfügung stehen würden. Das sei nicht nur eine Gefahr für Unternehmen, sondern für die alternde Gesellschaft. „Die Zuwanderer, die jetzt kommen, können uns helfen, das wieder zu ändern“, erwartet Gabriel. Der Minister zeigte sich optimistisch, dass die Integration gelingen haben, zahlt sich jetzt aus: für die Flüchtlinge und für die Bürgerinnen und Bürger. „Deutschland sei gefordert, aber Deutschland sei auch stark.“ Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die soliden Finanzen würden Deutschland schwere Konflikte und Entscheidungen ersparen, wie Aufnahme und Integration so vieler Menschen zu schaffen und zu finanzieren sei. „Dass wir gemeinsam Kurs gehalten haben, zahlt sich jetzt aus: für die Flüchtlinge und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes“, erklärte Gabriel. Der Minister zeigte sich überzeugt, dass die Prognose des Wirtschaftswachstums von 1,8 Prozent realistisch sei und die Beschäftigungszahlen zunehmen würden. Das Wachstum werde auch von einer guten Binnenkonjunktur getragen. Der Mi-

nister ging auch auf die Entwicklung der Rüstungsexporte ein. Der Gesamtwert der Exporte sei 2014 um 1,8 Milliarden Euro gesunken. Besonders hob Gabriel hervor, dass der Verkauf von Kleinwaffen und die Ausfuhr in Entwicklungsländer jeweils halbiert worden seien. **Krieg als Fluchtursache** Mit diesen Angaben wollte sich Roland Claus (Linke) nicht abfinden: „Die gravierendste Ursache für Flucht und Vertreibung sind bekanntlich Kriege.“ Für Kriege würden Waffen gebraucht, und Deutschland liefere nach wie vor Waffen in Kriegsgebiete. Gabriels Wirtschaftsministerium sei für Waffenexporte zuständig. „Saudi-Arabien führt mit deutschen Waffen Krieg in Jemen“, beklagte Claus. Gabriel habe die Zahlen „im eigenen Sinne geschönt“. So seien im ersten Halbjahr 2015 für 6,5 Milliarden Euro Waffenexporte genehmigt worden: „Das sind genau so viel wie im ganzen Jahr 2014.“ Da helfe es nicht, wenn Gabriel sich einige Zahlen heraussuche. Eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen könne es nur mit einem Verbot von Waffenexporten geben. Eine weitere Konsequenz im Umgang mit dem Flüchtlingsproblem müsse sein, Flüchtlinge

schnell in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Zum Wirtschaftsetat sagte Claus, besonders in der Luftfahrt und im Innovationsprogramm Mittelstand gehe ein Drittel der Mittel an staatsnahe Monopolisten. Das sei keine vernünftige Mittelstandspolitik. Michael Fuchs (CDU) beschrieb die Dimension der in diesem Jahr erwarteten 800.000 Flüchtlinge. „Das ist so viel wie die Stadt Frankfurt an Einwohnern hat.“ Das sei eine gewaltige Herausforderung, und niemand könne garantieren, dass es im nächsten Jahr nicht wieder eine solche Herausforderung geben werde. Die Willkommenskultur in Deutschland zeige, „wie reif unser Demokratie ist und wie reif unser Land ist.“ Und sie zeige, „wie reich unser Land ist, weil wir uns das leisten können.“ Die Herausforderung sei aber nur zu meistern, „wenn die Wirtschaft gut läuft“, erinnerte Fuchs. Durch die haushalterischen Spielräume sei man in der Lage, ohne Neuverschuldung eine solche Herausforderung zu meistern. Oliver Krischer (Grüne) erinnerte Gabriel, dass er als Wirtschaftsminister bei der Integration der Flüchtlinge eine herausragende Aufgabe habe. Einwanderung sei eine Chance im demografischen



Wandel. Er hoffe, dass „der Minister hier anders als manche Populisten klare Kante zeigt und eine vernünftige Politik macht“. Krischer warf Gabriel vor, nichts zum Thema Investitionen gesagt zu haben: „Da gibt es ein riesiges Defizit.“ Hubertus Heil (SPD) bestritt dies: „Eine glatte Unwahrheit. Schauen Sie in den Haushalt.“ Der Entwurf des Etats für das Wirtschaftsressort sieht vor, dass die Ausgaben von rund 7,395 Milliarden Euro (2015 einschließlich Nachtragset) im kommenden Jahr auf 7,527 Milliarden Euro steigen. 2014 hatten die Ausgaben 7,418 Milliarden Euro betragen. Die Einnahmen des Ressorts sollen mit 462,225 Millionen Euro gegenüber diesem Jahr (462,909) fast unverändert bleiben. *Hans-Jürgen Leersch*

Mehr Geld für marode Brücken

VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR Investitionen sollen auf 13,78 Milliarden Euro erhöht werden

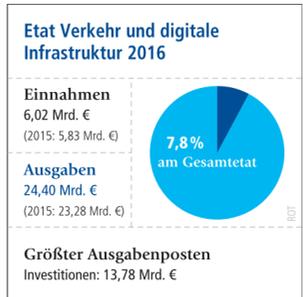
Die Brücken sind marode, die Staus auf den Straßen werden immer länger, die Pendler müssen in verspäteten und überfüllten Zügen zur Arbeit kommen. Dies soll sich jetzt ändern. Deshalb sprach Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU) am Freitag bei der Beratung des Etats 2016 des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur von einem notwendigen „Investitionshochlauf“, der mit dem Haushalt 2016 fortgesetzt werde. Dazu sollen die Investitionen im kommenden Jahr um 940,16 Millionen Euro auf insgesamt 13,78 Milliarden Euro steigen. Damit bleibt der Etat des Ministeriums der größte Investitionsetat des Bundes.

Hochlauf „Nur mit mehr Investitionen können wir das Wachstum und den Wohlstand sichern“, sagte Dobrindt weiter. Er kündigte an, dass die Ausgaben zur Brückenfinanzierung des Bundes im kommenden Jahr auf zwei Milliarden Euro verdoppelt werden sollen. „Jede Brücke, die Bau-recht hat, wird auch finanziert werden“, betonte er. Außerdem würden die Ausgaben für Erhaltungsmaßnahmen an Straßen von 2,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 3,3 Milliarden Euro ansteigen. Einen Investitions-hochlauf werde es auch beim Breitband-

ausbau geben, in den der Bund 2,7 Milliarden Euro investieren werde. Ziel sei es, dass bis 2018 jeder Haushalt über einen Anschluss mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen könne. „Es steht mehr Geld für die Infrastruktur zur Verfügung als jemals zuvor“, betonte der Minister. Dobrindt zeigte sich zuversichtlich, dass die Pkw-Maut doch noch in Deutschland eingeführt werde. „Brüssel irrt, die Maut kommt, Gerechtigkeit siegt“, sagte er. Das sah der haushaltspolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Roland Claus, anders. Dobrindt habe angekündigt, dass die

Pkw-Maut zum 1. Januar 2016 „scharf gestellt“ werde. Das sei nicht der Fall. Bei der Infrastruktur räumte Claus ein, dass mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stehen würde. „Das Problem ist nur, dass das viele Geld in schlechten Händen ist“, sagte er. Die Mittel würden nicht zielgerecht und wirtschaftlich eingesetzt. Dies gelte vor allem für den Verkehrsbereich. Er kritisierte weiter, dass nach der Versteigerung der Frequenzen von den 4,5 Milliarden Euro nur lediglich ein Drittel für den Bund und die Länder zur Verfügung stehen würden. „Das ist Schmalpur“, sagte er. Auch für Sören Bartol, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, ist es entscheidend, wie das Geld eingesetzt wird. Das Geld müsse da investiert werden, wo es den größten Nutzen bringe. Dafür müssten „klare Prioritäten“ gesetzt werden. Dann könne die bisherige Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur „Schritt für Schritt“ aufgelöst werden. Bei der Digitalisierung dürfe keine Region abgehängt werden. Für den haushaltspolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sven-Christian Kindler, wird weiterhin zu wenig in den Erhalt der Straßen investiert. Dagegen werde viel zu viel Geld für Neubau ausgegeben. Der Minister hänge weiterhin

der „alten Spatenstichideologie“ an. Dies sei jedoch die komplett falsche Antwort in der Verkehrspolitik. Auch beim Breitband-ausbau würde das Geld bei weitem nicht reichten. Kindler vermisste bei Dobrindt zukunftsweisende Ideen. Die vergangenen zwei Jahre seien nicht genutzt worden, weil sich Dobrindt vor allem mit der Einführung der Pkw-Maut beschäftigt habe, die nun gescheitert sei. **Mittel gezielt einsetzen** „Endlich werden die Ausgaben dem tatsächlichen Bedarf angepasst“, sagte Arnold Vaatz (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion. Jetzt müsse dafür gesorgt werden, dass das Geld an dem Platz ausgegeben werde, wo es hingehöre. Dazu sei eine Reform der Auftragsverwaltung notwendig. Zudem brauche der Bund eine eigene Infrastrukturgesellschaft, wie sie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Einbringung des Haushalts angekündigt habe. *Michael Klein*



Anarchistische Staatsverständnisse

Den Staat zerschlagen!
Anarchistische Staatsverständnisse
Herausgegeben von Dr. Peter Seyferth
2015, 306 S., brosch., 49,- €
ISBN 978-3-8329-7986-7
(Staatsverständnisse, Bd. 78)
www.nomos-shop.de/19978

Im Anarchismus werden alle Formen von Herrschaft radikal abgelehnt. Der Staat als dauerhafte Herrschaftsstruktur ist daher das zentrale Angriffsziel der Anarchisten. Sie sind von der Möglichkeit einer nichtstaatlichen politischen Ordnung überzeugt und streben diese Anarchie an. Wie beschreiben, kritisieren und bekämpfen sie den Staat? Antworten gibt es in diesem Buch.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



So viel Einigkeit ist selten: Die wichtigste Aufgabe der deutschen und europäischen Außenpolitik wird es nach Ansicht aller vier Bundestagsfraktionen in den kommenden Jahren sein, die Ursachen für Flucht und Vertreibung von derzeit fast 60 Millionen Menschen weltweit zu bekämpfen. Das machten Redner von Koalition und Opposition vergangene Woche in der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes deutlich. „Die Flüchtlingsströme werden kein Ende finden, wenn wir das Übel nicht an der Wurzel packen, wenn es nicht endlich mehr Sicherheit und Stabilität in den Regionen gibt, aus denen Menschen flüchten“, betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit Blick auf die Lage in Syrien, Libyen, Afghanistan, zahlreichen afrikanischen Staaten, aber auch im Osten der Ukraine. Michael Leutert (Die Linke) erinnerte an das Bild des ertrunkenen kurdischen Jungen am Strand von Bodrum, das weltweit für Entsetzen gesorgt hatte und mahnte: „Wir müssen alles dafür tun, dass solche grausamen Bilder nicht mehr entstehen können.“

Doch was kann Diplomatie wirklich ausrichten, angesichts eines endlos scheinenden syrischen Bürgerkrieges, der seit seinem Beginn vor mehr als vier Jahren schon zwölf Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat? Mit wem wollen die Diplomaten in Libyen eigentlich verhandeln, wenn dort faktisch keine Staatsgewalt mehr existiert, stattdessen aber unzählige Milizen gegeneinander kämpfen? Steinmeier übt sich in Optimismus. Er weigert sich „anzunehmen, dass alle außenpolitischen Bemühungen aussichtslos oder vergeblich sind“, sagte er und verwies auf den erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen mit dem Iran. „Das Beispiel zeigt, dass man selbst über zehn Jahre nicht die Geduld und vor allen Dingen nicht die Beharrlichkeit verlieren darf.“ Wenn sich der Iran in der Folge aus der Rolle zurückziehe, „Konfliktparteien finanziell und mit Waffen zu unterstützen, und andere es gleichgültig“, wäre die Initiative zudem „eine Chance für die gesamte Region“, zeigte sich Steinmeier überzeugt. Und auch Franz Josef Jung (CSU) urteilte: „Wir sollten eine solche Initiative auch mit Blick auf Syrien vorantreiben.“ Es gebe erstmals Signale dafür, dass es dort wieder zu einer friedlichen Entwicklung kommen könnte. „Sie gehen nicht nur vom UN-Sicherheitsrat aus, sondern auch von Russland und vom Iran.“

Fest steht in jedem Fall, dass Steinmeier und seine Diplomaten einen sehr langen Atem brauchen werden – und darüber hinaus viel Geld, um die Krisen besser bewältigen und neue verhindern zu können.

Frieden und Stabilität Diese Tatsache schlägt sich im Etatentwurf für das Auswärtige Amt bereits nieder: So sollen die Ausgaben des Ministeriums 2016 um 673 Millionen Euro auf insgesamt 4,39 Milliarden Euro im Vergleich zum laufenden Jahr steigen. Der größte Teil davon, nämlich 2,07 Milliarden Euro, soll in die „Sicherung von Frieden und Stabilität“ fließen – 623 Millionen Euro mehr als 2015. Vor allem die Vereinten Nationen (UN) und ihre Unterorganisationen werden von diesem satten Plus profitieren: 1,19 Milliarden Euro will Deutschland 2016 an sie überweisen. In diesem Jahr waren es lediglich 669,19 Millionen Euro. Wie dringend das Geld dort benötigt wird, machten zahlreiche Abgeordnete deutlich. So nannte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, es einen „Skandal, dass die Weltgemeinschaft es nicht schafft, diese wenigen Milliarden zusammenzukratzen, derer es bedarf, um die Operationen des Welternährungsprogramms, des Flüchtlingshilfswerks UNHCR und des Pa-

Neue Prioritäten

AUSWÄRTIGES Bekämpfung von Fluchtursachen wird wichtigste Aufgabe. Ausgaben für Krisenprävention und humanitäre Hilfe sollen sich verdoppeln



Das UN-Flüchtlingshilfswerk schlägt Alarm: Weil die Staaten bisher zu wenig Gelder zugesagt haben, wird die Lage in den Flüchtlingslagern rund um Syrien immer dramatischer. Lebensmittelrationen mussten bereits reduziert werden. © picture-alliance/ZUMAPRESS.com

lästinsensischen Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen auszufinanzieren.“ Zweiter Schwerpunkt des neuen Etats werden die Ausgaben für humanitäre Hilfe und Krisenprävention sein. Zwar sieht der Entwurf bisher nur einen Aufwuchs von 105 Millionen Euro auf 600 Millionen vor. Doch nachdem der Koalitionsausschuss am 7. September die Aufstockung des Titels um weitere 400 Millionen Euro be-

schlossen hat, steht fest, dass sich die Mittel mindestens verdoppeln werden. In den Haushaltsberatungen wird zu klären sein, in welche Projekte und Initiativen die Gelder konkret fließen sollen. Die Oppositionsfraktionen zeigten sich zwar erfreut über die Zuwächse im Etat, befanden sie aber noch immer für nicht ausreichend, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. So wies Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) darauf hin, dass sich der Bedarf an humanitärer Hilfe seit 2012 weltweit verdoppelt habe. Sein Fraktionskollege Frithjof Schmidt wandte sich mit einer Bitte an den Außenminister: Er solle die Beschleunigung der Antragsverfahren zur Familienzusammenführung „zur Chefsache“ machen. Es sei „skandalös“, dass Flüchtlinge, die alle Papiere zusammen hätten, zwischen sechs und neun Monaten auf einen Termin warten müssten, urteilte Schmidt. Die im Nachtragshaushalt 2015 und im Entwurf für 2016 vorgesehenen 50 neuen Stellen für die Visabehörden seien viel zu wenig. Michael Leutert forderte die Regierung auf, sich mit einer jährlich verbindlichen Quote

von 7,2 Prozent dauerhaft am Resettlement-Programm des UNHCR zu beteiligen und entsprechende Plätze zur Verfügung zu stellen. Das Programm ermöglicht besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen die Neuan-siedlung in einem Drittland. Wie der Linken-Abgeordnete vorrechnete, verfüge das UNHCR bisher nur über 80.000 Plätze. Der Bedarf liege allerdings bei 800.000 Plätzen.

Lage in der Ukraine Der Ukraine-Konflikt – vor einem Jahr das bestimmende Thema in der Debatte über Steinmeiers Haushalt – spielte diesmal nur eine Nebenrolle. Viele Abgeordnete betonten jedoch erste Erfolge des zweiten Minsker Abkommens vom 12. Februar 2015. So werde der Waffenstillstand seit dem 1. September weitgehend eingehalten. Nun müssten jedoch die weiteren Schritte folgen, mahnte unter anderem Franz Josef Jung. Die schweren Waffen müssten abgezogen und die Reformmaßnahmen umgesetzt werden, die OSZE Möglichkeiten zur Kontrolle erhalten. Schätzungen zufolge sind vor den Kämpfen in der Ostukraine schon zwei Millionen Menschen geflohen. *Johanna Metz*

Ein anderes Gewehr und acht Milliarden mehr

VERTEIDIGUNG Koalition begrüßt Ende der Sparpolitik

Die Nachricht kam zum passenden Zeitpunkt. Gleichzeitig mit dem Beginn der Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche ließ das Verteidigungsministerium wissen, dass das Sturmgewehr G36 der Bundeswehr wegen mangelnder Präzision bei längeren Schussfolgen und Erwärmung ausgemustert wird. Ein geeignetes Nachfolgemodell, so teilte das Ministerium mit, werde in einer europaweiten Ausschreibung ermittelt. Ab 2019 könnten Deutschlands Soldaten dann mit den neuen Waffen ausgerüstet werden.

Diese Vorlage ließ sich der grüne Haushalts- und Wehrexperte Tobias Lindner nicht nehmen und rechnete der Presse vor, dass die Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs samt Munition mit 300 bis 500 Millionen Euro zu Buche schlagen wird. Das Verteidigungsministerium wollte diese Zahl zwar nicht bestätigen. Fakt aber ist, dass die eh schon lange Beschaffungsliste der Bundeswehr um einen weiteren kostenintensiven Punkt erweitert wurde.

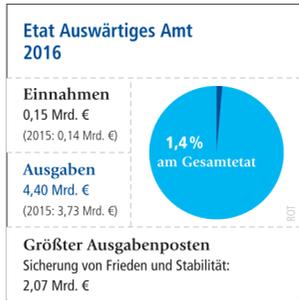
Neues Gerät und Materialerhalt Um so demonstrativer freute sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), dass ihr Etat im kommenden Jahr um 1,39 Milliarden auf 34,37 Milliarden Euro steigen soll. „Damit gelingt es uns, die jahrelange Abwärtsspirale zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten“, sagte die Ministerin. Dies sei allerdings auch „notwendig“, denn die Bundeswehr leide unter einem „enormen Nachholbedarf“ bei der Beschaffung von neuem Material, aber auch beim Materialerhalt. In der Tat konnten in den vergangenen Jahren bereitgestellte Haushaltsmittel nicht ausgegeben werden, weil sich die Lieferung von Großgerät wie dem Transportflugzeug A400M oder dem Schützenpanzer Puma verzögerte. Von der Leyen gab zudem die Marschrichtung für die weitere Entwicklung der Verteidigungsausgaben Deutschlands vor. Ersten müssten auch zukünftig mindestens 1,17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den Wehretat fließen und zweitens müssten mittelfristig 20 Prozent der Ausgaben in die materielle Ausstattung investiert werden. Immerhin hat das Bundeskabinett die Verteidigungsausgaben im neuen Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2019 (18/5501) deutlich nach oben korrigiert. Rund acht Milliarden Euro mehr als ursprünglich geplant sollen die Streitkräfte in den kommenden vier Jahren erhalten und der Verteidigungshaushalt bis 2019 auf 35,2 Milliarden Euro anwachsen.

Rüstungsprojekte Für Beschaffungen und Erhalt von Material und Anlagen stehen gemäß der Planungen im kommenden Jahr rund 10,13 Milliarden Euro zur Verfügung, 610 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Mit 594 Millionen Euro soll der Großteil dieser zusätzlichen Mittel in militärische Beschaffungsvorhaben wie das Kampfflugzeug Eurofighter, das Transportflugzeug A400M, den Transporthubschrauber NH90, den Kampfhubschrauber Tiger,

den Schützenpanzer Puma oder die neue Fregatten-Klasse 125 fließen. Insgesamt sollen 4,68 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen bereitgestellt werden. Den mit Abstand größten Posten im Verteidigungshaushalt 2016 stellen nach wie vor jedoch die Personalausgaben mit 16,99 Milliarden Euro dar. Hinzu kommen Verwaltungskosten von 5,76 Milliarden Euro. Unterstützung für den milliardenschweren Zuschlag im Wehretat kam aus den Reihen der Koalitionsfraktionen. Es gebe „die Bereitschaft, Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren, denn für jeden ist offensichtlich, dass einige Sparscheidungen der letzten Jahre schlichtweg falsch waren“, sagte die SPD-Haushalts-expertin Karin Evers-Meyer. Und der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion Henning Otte (CDU) fügte hinzu, der Staat müsse auf jedes Bedrohungsszenario eine Antwort haben. Dazu

zählten die „konventionelle Bedrohung durch militärische Landnahme wie durch Russland in der Ukraine, der Vormarsch des IS-Terrors im Nahen Osten, Terrorstrukturen in Nigeria, zerfallende Staaten wie Libyen und Jemen und eine zunehmende Cybergefahr durch Eingriffe in und Angriffe auf digitale Versorgungs- und militärische Sicherheitsstrukturen.“ Die Sozialdemokratin Evers-Meyer mahnte zugleich eine verstärkte Zusammenarbeit in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene an. Die Verteidigungshaushalte der 28 EU-Mitgliedsstaaten entspreche zwar rund einem Drittel des Militäraushaltes der USA. „Aber es gibt ja wohl niemanden, der behaupten würde, dass unsere Leistungsfähigkeit ebenfalls ein Drittel der Schlagkraft der USA entspricht.“

„Bedrohungsspannung“ Die Linksfraktion hingegen hält die deutschen Verteidigungsausgaben schon jetzt für deutlich überdimensioniert. Deren Sicherheitspolitiker Alexander Neu rechnete vor, dass Deutschland in der Nato über den viertgrößten Militäraushalt und weltweit über den achtgrößten verfügt. Die Bundesregierung und die USA würden einen „Bedrohungsspannung“ gegenüber Russland und China aufbauen, monierte Neu. Dabei gebe die Nato bereits jetzt das dreifache für Verteidigung aus als Russland und China zusammen. Die „Hocharüstung Deutschlands“ müsse beendet werden. „Wir brauchen keine neuen Panzer, auch keine Fregatten und Transportflugzeuge“, sagte Neu. Kritisch werden die steigenden Verteidigungsausgaben auch von den Grünen beurteilt. Die Bundeswehrreform sei „mit dem erklärten Ziel, 8,3 Milliarden Euro einzusparen“, vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) begonnen worden, erinnerte Tobias Lindner. Heute hingegen sei von den angestrebten Einsparzielen kein Wort mehr zu hören. „Das große Ziel der Bundeswehrreform, dass nämlich auch das Verteidigungsministerium seinen Beitrag zu Schuldenbremse leistet, ist krachend verfehlt worden.“ *Alexander Weinlein*



Die große Herausforderung

ENTWICKLUNG Das Ressort erhält mit einem Plus von 880 Millionen Euro den größten Zuwachs seiner Geschichte

Es ist der größte Zuwachs in der Geschichte des Ressorts, doch rundum zufrieden geben wollen sich damit weder die Entwicklungspolitiker noch der Minister: Der Etat von Gerd Müller (CSU) soll im kommenden Jahr um 880 Millionen Euro auf über 7,4 Milliarden Euro steigen. „Wir brauchen eine Verstärkung der Entwicklungspolitik zur Lösung der Probleme“, sagte Müller vergangene Woche in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für 2016 (18/5500). „Die dramatischen Flüchtlingsströme, die uns fordern und erschüttern, haben nämlich Ursachen und Gründe.“

Nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und die Weltgemeinschaft seien viel stärker als bisher gefordert, ihrer Verantwortung für Entwicklung, Stabilität und Sicherheit nachzukommen. Müller erneuerte seine Forderung, einen europäischen Sonderkommissar für Flüchtlinge einzusetzen sowie ein EU-Nothilfeprogramm von zehn Milliarden Euro aufzulegen. Sein Ressort habe bislang eine Milliarde Euro eingesetzt und damit etwa 200 Projekte in der Region um Syrien unterstützt – mit dem Aufbau von Schulen, Unterkünften, Krankenhäusern und Trauma-Zentren. „Wir konzentrieren unsere Mittel“, sagte der Minister und widersprach zugleich jenen Stimmen, die sagen würden, „der Mil-

ler könne doch jetzt alles in die Bekämpfung von Fluchtursachen investieren“. Die Entwicklungspolitik könne ihre klassischen Aufgaben nicht vernachlässigen und müsse mittel- und langfristige Ansätze – etwa in der Klimapolitik – weiterentwickeln. Der Minister markierte damit einen Dissens, der in der Debatte auch über Fraktionsgrenzen hinweg sichtbar wurde: Hier die Haushälter, die eine stärkere Konzentration der Mittel auf die Bekämpfung von Fluchtursachen forderten, dort die Entwicklungspolitiker, die betonten, dass ihr Politikfeld sich nicht auf die kurzfristige Krisenbewältigung reduzieren lasse.



Entwicklungszusammenarbeit sei kein „Reparaturdienst“, der wieder aufbaue, was eine „verfehlte Politik“ eingerissen hätte, sagte etwa Heike Hänsel (Die Linke). „Auf einen Dollar in der Entwicklungszusammenarbeit kommen zwei Dollar an legalen und illegalen Geldströmen, die wieder in den Norden zurückfließen. Wenn wir an diesen Strukturen nicht grundsätzlich etwas ändern, dann brauchen wir nicht vom Bekämpfen von Fluchtursachen zu sprechen“, sagte Hänsel. Uwe Kerkeritz (Bündnis 90/Die Grünen) warnte vor der Verschlechterung der globalen Einkommensverteilung, der Zunahme zerfallender Staaten, dem Vormarsch autoritärer Systeme und der Bedrohung der Artenvielfalt auf der Welt: „Genauso entwickeln sich potentielle Fluchtursachen.“ Entwicklungspolitik könne hier nur gegensteuern, wenn sie eingebettet sei in eine Neuordnung des internationalen Finanzsystems und in grundlegende Änderungen der globalen Agrarwirtschaft und der Handelsstrukturen.

Gabriela Heinrich (SPD) warnte davor, Entwicklungszusammenarbeit nur auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise abzustellen: „Der Anspruch ist und bleibt, Krisen zu vermeiden und die Lebensumstände von Menschen deutlich zu verbessern.“ Ihre Fraktionskollegin Bärbel Kofler zählte auf, was da-

zu gehöre, insbesondere um Konflikte und Kriege gar nicht erst ausbrechen zu lassen: Die Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen, der Aufbau von Gesundheitssystemen und sozialer Absicherung, Transparenz bei Rohstoffgeschäften, die Bekämpfung von Steuer- und Gewinnverlagerung im internationalen Maßstab. Wenn Staaten nur eine schwache institutionelle und finanzielle Basis hätten, „dann ist die Flucht vorprogrammiert“, sagte Kofler. Volkmars Klein (CDU) wollte indes nicht das „schiere Ausgaben von Geld bereits für das Erreichen des Erfolgs halten“. Ein Verteilen nach dem „Gießkannenprinzip“ reiche nicht aus. Der afrikanische Kontinent brauche wirtschaftliche Perspektiven, effizientere Steuersysteme, weniger korrupte Regierungen und auch eine „klare Konditionalität“ der Hilfen: „Wir geben Hilfe, aber wir erwarten eine bessere Regierungsführung. Das müssen wir wahrscheinlich ein bisschen robuster angehen, als wir bisher bereit gewesen sind.“ *aha*

Anzeige



Deutscher Bundestag

Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages ausgeschrieben

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2014 und dem 30. September 2015 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2015.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers erfolgt durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik –
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-38630, Fax: (030) 227-36464
Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will trotz unerwarteter Milliardenausgaben auf schuldenfreiem Kurs bleiben.

© picture-alliance/dpa

Richtschnur »Schwarze Null«

HAUSHALT Trotz hoher Kosten für Flüchtlinge soll der Bundeshaushalt bis 2019 ohne neue Schulden auskommen

Die ruhigen Jahre sind schon lange vorbei. Einen „permanenten Ausnahmezustand“ für die Haushaltspolitik erkannte der stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus in der Finanzdebatte des Bundestages in der vergangenen Woche. Der CDU-Politiker erinnerte an Bankenkrise, Wirtschaftskrise, Euro-Schuldenkrise, Ukraine-Konflikt und Griechenland-Hilfen. Und jetzt gehe es um die vielen Menschen, „die vor unseren Türen stehen, weil sie zu uns wollen, weil sie an unserer Freiheit, an unserem Rechtsstaat, aber auch an unserem Sozialstaat und unserem Wohlstand partizipieren wollen.“

Ohne neue Schulden Allerdings gibt es in diesen unruhigen Zeiten eine Konstante, und auf die wies nicht nur Brinkhaus, sondern auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hin. Die „Schwarze Null“, also der Verzicht auf eine Nettokreditaufnahme, bleibt. „Wir wollen das ohne neue Schulden schaffen“, kündigte Schäuble an. Finanziert werden müssen für die zusätzliche Unterbringung von Flüchtlingen in diesem Jahr sechs Milliarden Euro. Erleichtert wird

die Umplanung durch noch nicht eingelebte Steuermehreinnahmen. Dass Deutschland in der Lage sei, auf diese Herausforderungen angemessen zu reagieren, führte Schäuble auf die „konsequente Sanierung des Bundeshaushalts“ zurück. Auch die Konjunktur sei robust. Diese Ansicht vertrat auch Brinkhaus: „Obwohl wir uns seit sieben Jahren im Ausnahmezustand befinden, ist es so, dass die Wirtschaft in Deutschland brummt wie nie.“ Das schlage sich auch im Etatentwurf für 2016 wieder. Seit 2014 sei der Haushalt ausgeglichen – ohne Steuererhöhungen, aber bei zugleich höheren Investitionen. Die Ausgaben für Bildung und Forschung seien in einem nie gekannten Ausmaß gestiegen worden, während zugleich Steuererleichterungen auf den Weg gebracht würden, sagte Brinkhaus mit Blick auf kalte Progression und Kindergeld. Auch wenn sehr viel mehr Mittel für die Menschen, die nach Deutschland kommen, aufgewendet werden müssten, dürfe es keine neuen Schulden geben.

»Die Wirtschaft in Deutschland brummt wie nie.«

Ralph Brinkhaus (CDU)

Der ein oder andere Wunsch müsse daher zurückgestellt werden. Der eingebrachte Haushalt werde so keinen Bestand haben, „weil neue Herausforderungen zu meistern sind“, sagte der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider, der die vorsichtige Haushaltspolitik und die Reservenbildung der letzten Jahre würdigte. Dass der Haushalt ausgeglichen sei, liege aber nicht an einem rigiden Sparkurs, sondern am guten Arbeitsmarkt in Verbindung mit dem Mindestlohn und der starken Binnennachfrage. Neben dem binnengeführten Aufschwung seien die niedrigen Zinsen eine weitere wichtige Ursache. Im Vergleich zu 2010 „sparen wir 20 Milliarden Euro Zinsen.“ Schneider verteidigte daher die Interventionen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der internationalen Notenbanken in die Finanzmärkte: „Ohne diese Interventionen der Notenbanken weltweit hätten wir die Finanz- und Wirtschaftskrise niemals bewältigt, weil wir als Staatengemeinschaft gar

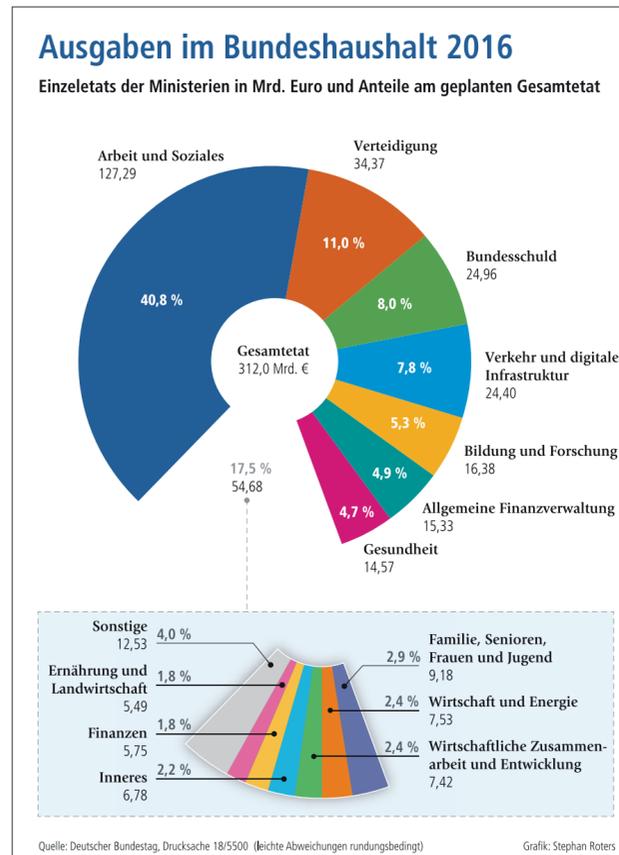
nicht handlungsfähig wären.“ Die Instrumente dafür seien nicht vorhanden, was Schneider als Grundfehler der Euro-Politik bezeichnete. Gut für die wirtschaftliche Entwicklung seien natürlich auch der niedrigere Euro-Kurs und die gesunkenen Ölpreise gewesen. „Aber das sind alles Außenfaktoren.“ Auch Sven-Christian Kindler (Grüne) hatte den Haushaltsüberschuss auf Außenfaktoren wie historisch niedrige Zinsen, den stabilen Arbeitsmarkt und die gute Konjunktur zurückgeführt: „Das hat alles eher weniger mit der Bundesregierung und der Haushaltspolitik zu tun. Das ist keine große Leistung.“ Er wünsche sich weniger Selbstlob und mehr Blick nach vorne. In der Flüchtlingspolitik habe die Regierung keine Vorsorge getroffen. Notoperationen würden den Kommunen nicht helfen, sondern sie müssten dauerhaft und strukturell entlastet werden. Dietmar Bartsch (Linke) hatte die ankommenden Flüchtlinge als Herausforderung, aber auch als Chance bezeichnet. „Die Flüchtlinge sind Botschafter des schreienden Unrechts und der Kriege in dieser Welt“, stellte Bartsch fest. Die hohen Flüchtlingszahlen seien ein Ergebnis des Versagens der europäischen und auch der

deutschen Außenpolitik. Bartsch verlangte einen Stopp der Waffenexporte: „Die Waffenexporte von heute produzieren die Flüchtlinge von morgen.“ Während der Finanzkrise habe es Gipfel auf Gipfel in Europa gegeben, aber ihm sei nicht bekannt, dass die Kanzlerin oder der Finanzminister ihren Einfluss für eine moderne europäische Flüchtlings- und Asylpolitik mit der gleichen Hartnäckigkeit geltend gemacht hätten wie sie das bei den Griechenland-Hilfen gemacht hätten. „Hier sollte Deutschland Führungsstärke zeigen“, forderte Bartsch. Die „Schwarze Null“ soll nicht nur in diesem und im nächsten Jahr stehen, sondern laut Finanzplan (18/5501) mindestens bis 2019 durchgehalten werden. Zuletzt hatte der Bund im Jahr 2013 mit 22,1 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Der Haushalt 2014, der zunächst eine Nettokreditaufnahme von 6,5 Milliarden Euro vorgesehen hatte, konnte letztlich ohne Neuverschuldung ausgeglichen werden. Zugleich konnten rund 2,5 Milliarden Euro der Schulden des Sondervermögens Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) getilgt werden. Und 2015 sind erstmals sogar schon bei der ersten Planung Ausgaben und Einnahmen des Bundes ohne neue

Schulden ausgeglichen. Die Ausgaben des Bundes sollen im kommenden Jahr auf 312 Milliarden Euro steigen, was gegenüber 2015 eine Zunahme von 3,4 Prozent bedeuten würde. Ab 2017 sind Steigerungsraten um zwei Prozent vorgesehen. 2019 sollen sich die Ausgaben des Bundes auf 333,1 Milliarden Euro belaufen. Die Ausgaben für Investitionen sollen pro Jahr bei etwa 30 Milliarden Euro liegen. Leicht steigen sollen die Personalausgaben von 29,2 Milliarden (2014) auf 31,2 Milliarden (2019). Der Bundestag überwies den Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Verabschiedet werden soll der Haushalt in der Woche vom 23. bis 27. November 2015. Bis dahin wollen die Abgeordneten die Erhöhungen und Änderungen in den Etat einarbeiten. Hans-Jürgen Leersch



Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2016		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2016 in 1.000 €	Veränderungen zu 2015 in 1.000 €	2016 in 1.000 €	Veränderungen zu 2015 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	34.320	+ 586
02	Deutscher Bundestag	1.653	- 232	827.805	+ 26.319
03	Bundesrat	69	- 27	24.996	+ 1.185
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.165	-	2.250.356	+ 15.558
05	Auswärtiges Amt	148.792	+ 4.697	4.399.874	+ 673.410
06	Bundesministerium des Innern	486.543	+ 43.417	6.783.310	+ 517.274
07	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	524.634	+ 36.000	736.231	+ 40.779
08	Bundesministerium der Finanzen	334.550	+ 10.039	5.750.345	+ 169.724
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	462.225	- 684	7.527.014	+ 132.327
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	67.815	- 17.302	5.491.534	+ 140.818
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.930.071	+ 28.821	127.286.690	+ 1.626.772
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	6.018.409	+ 184.476	24.403.991	+ 1.122.557
14	Bundesministerium der Verteidigung	242.070	- 50.043	34.366.285	+ 1.392.102
15	Bundesministerium für Gesundheit	110.936	+ 3.900	14.574.175	+ 2.507.255
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	659.305	- 62.092	4.070.227	+ 205.030
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	69.399	+ 959	9.182.971	+ 647.409
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	29.191	- 4.133
20	Bundesrechnungshof	1.685	+ 1.670	148.610	+ 7.128
21	Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	11	+ 11	13.246	+ 13.246
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	620.175	+ 54.009	7.423.707	+ 880.245
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	83.876	- 5.550	16.383.601	+ 1.108.641
32	Bundesschuld	1.108.420	+ 4.995	24.961.362	+ 624.315
60	Allgemeine Finanzverwaltung	299.125.964	+ 10.162.936	15.330.159	- 1.448.547
	SUMME	312.000.000	+ 10.400.000	312.000.000	+ 10.400.000



Tsipras entzaubert

GRIECHENLAND Der linke Ex-Premier setzt bei den Neuwahlen am Sonntag auf Sieg, doch die Konservativen sind ihm dicht auf den Fersen



Der im August zurückgetretene linke Ex-Premier Alexis Tsipras (rechts) und der Chef der Konservativen, Evangelos Meimarakis, in einer Wahldebatte in der vergangenen Woche im griechischen Fernsehen

© picture-alliance/dpa

damit eine möglichst stabile Regierung gebildet wird. Lange Jahre profitierten davon abwechselnde Konservative (Nea Dimokratia) und Sozialdemokraten (Pasok), nun will auch Tsipras in den Genuss der Bonusregelung kommen. Sein Kalkül: Selbst mit nur einer Stimme Vorsprung gegenüber den Konservativen bekäme seine Partei den Zuschlag von 50 Sitzen und könnte dadurch eine breite Mehrheit im Parlament sichern, vielleicht sogar im Alleingang regieren.

Noch im Juni schien die Rechnung aufzugehen, denn Tsipras hatte sich bei allen Umfragen einen scheinbar uneinholbaren Vorsprung verschafft. Doch seitdem ist einiges passiert: Die Schließung griechischer Banken, das neue Sparpaket, die Spaltung von Syriza. Zudem konnten sich die Konservativen von ihrer jüngsten Wahlschlappe einigermaßen erholen, nicht zuletzt dank der Führung des neuen Parteichefs Evangelos Meimarakis, der als Übergangs-

lösung eingesprungen war, aber mittlerweile mit seiner direkten Sprache bei vielen Griechen gut ankommt. Die Folge: Linke und Konservative lagen Anfang September etwa gleichauf bei allen Umfragen, bei der jüngsten Erhebung gewann Syriza allerdings wieder etwas an Boden. Sieben weitere Parteien machen sich Hoffnungen auf den Einzug ins Parlament, unter ihnen die rechtsradikale Goldene Morgenröte, die den Oppositionschef stellen will, sollten Tsipras und Meimarakis nach der Wahl notgedrungen eine Allianz eingehen. An einer Großen Koalition zeigt sich allerdings derzeit nur der Konservativen-Chef stark interessiert. Die Konservativen stünden für politische und wirtschaftliche Stabilität, erläutert Politikwissenschaftler Tzogopoulos. Ihr Hauptargument laute: „Hätten wir ganze vier Jahre regieren können, dann wäre Griechenland über den Berg. Aber selbst in der heutigen Lage sind wir die einzi-

ge, die für eine Umsetzung der Reformen und die Rückkehr an die Märkte bürgen können.“ Zudem spricht Parteichef Meimarakis immer wieder die Flüchtlingskrise an. „Vermutlich sehen die Konservativen da eine Möglichkeit, den Rechtsradikalen Stimmen abzugeben“, sagt Tzogopoulos. Fast gereizt reagiert Tsipras auf Kritik bei diesem Thema: „Es reicht mit der Heuchelei“, donnerte der Linkspolitiker neulich eine Journalistin an. „Ich und (der italienische Ministerpräsident) Renzi haben die Flüchtlingsproblematik erst auf die EU-Agenda gesetzt. Wir brauchen keinen Populismus, sondern verantwortliche Lösungen.“ Wie diese Lösungen aussehen, wollen die Wahlkämpfer nicht verraten.

Jannis Papadimitriou

Der Autor ist freier Korrespondent in Griechenland.

In bester Kampfstimmung zeigte sich Ex-Premier Alexis Tsipras auf der internationalen Handelsmesse im nordgriechischen Thessaloniki Anfang September. Seine Grundsatzrede zum Wirtschaftsprogramm der Linkspartei Syriza war sein wichtigster Wahlkampftermin. In gewohnt leidenschaftlicher Rhetorik verteidigte Tsipras die jüngste Vereinbarung mit den Gläubigern Griechenlands: Der Kampf des hart arbeitenden griechischen Volkes hat Europa erschüttert, beteuerte er. Seine Regierung sei einen Kompromiss eingegangen, aber nicht eingeknickt. Immerhin sei der „Kampf“ um Änderungen des Abkommens offen. Der Linkspolitiker erklärte, er wolle sich insbesondere für die Umstrukturierung der griechischen Schulden einsetzen und außerdem gegen die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und den „Ausverkauf“ von Staatsvermögen kämpfen. Wahlgewinne hatte der Syriza-Chef auch zu vergeben: Unterstützung von Sozialunternehmen und Agrargenossenschaften, ABM-Maßnahmen für 150.000 Arbeitslose und mehr.

Kritische Geister erinnerten daran, dass Tsipras nicht mehr als eine deutlich abgepeckte Version früherer Wahlversprechen liefert. Bei seinem letzten Auftritt auf der Messe Thessaloniki im September 2014 hatte er nämlich viel mehr zu bieten: 300.000 Jobs, Anhebung des Mindestlohns auf Vorkrisenniveau, Rücknahme von Rentenkürzungen, Privatisierungsstopp, Steuererleichterungen. Von alledem war im Wahlkampf zur den vorgezogenen Neuwahlen am kommenden Sonntag nicht mehr die Rede. Hat der Linkspolitiker eine Wende vollzogen? „Von einer Wende zu sprechen, wäre unternommen, heute verfolgt Tsipras eine völlig andere Politik“, sagt etwa Jorgos Tzogopoulos, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter des Athener Think Tank ELIAMEP. Noch vor einem Jahr sei Wahlkämpfer Tsipras gegen das verhasste „Memorandum der Sparpolitik“ ins Feld gezogen, doch mittlerweile habe er selbst ein Memorandum unterzeichnet und müsse dies im Fall eines Wahlsiegs auch umsetzen. Der Radikale von damals führt heute eine gemäßigte, linksgerichtete Partei, glaubt der Analyst.

Spaltung Im Eilverfahren wurden die Sparauflagen Mitte August im Parlament verabschiedet – mit den Stimmen von Linken, Konservativen und Sozialdemokraten. Weitere Reformen im Gegenzug für neue Kredite, so lautet der Deal. Doch Dutzende Abgeordnete der damals regierenden Syriza-Partei weigerten sich, das Sparpaket mitzutragen und gründeten ihre eigene linksradikale Fraktion, die „Volkseinheit“. Das alles hat Konsequenzen für Tsipras, sagt Tzogopoulos: „In der Hoffnung, dass die Sparauflagen und insbesondere die hohen Immobiliensteuern abgeschafft würden, haben beim letzten Mal viele gemäßigte Wähler für Tsipras gestimmt, aber sie wurden enttäuscht. Nun entscheiden sich die Älteren vermutlich für die konservative Opposition, während die Jüngeren für kleinere Parteien stimmen oder gar nicht wählen gehen.“

Insgesamt 300 Sitze sind bei der Abstimmung am Sonntag zu vergeben, für die Tsipras mit seinem Rücktritt Ende August den Weg freigemacht hat. 288 Volksvertreter werden über die in 56 Wahlkreisen gewonnenen Mandate gewählt, die übrigen zwölf über landesweite Listen bestimmt. Seit 1993 gilt eine Sperrklausel von drei Prozent. Eine Besonderheit des Systems: Die Partei mit den meisten Stimmen erhält einen Wahlbonus von 50 Parlamentssitzen,

Die Sammelwut des BND

NSA-AFFÄRE Auch die Europäische Union war vor 2013 im Visier deutscher und amerikanischer Geheimdienste

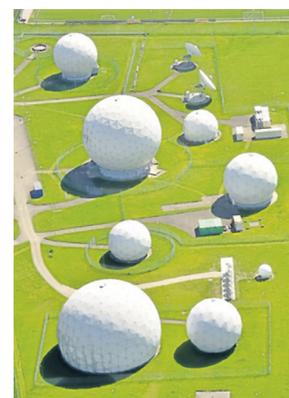
Modellfall Günther Oettinger: Nicht, dass der Mann durch besondere Nähe zum Schlapphut-Milieu bisher aufgefallen wäre. Bekanntlich ist er EU-Kommissar, Inhaber einer E-Mail-Adresse mit der Kennung „eu“, und allein deswegen in der ersten Sitzung nach der Sommerpause des 1. Untersuchungsausschusses (NSA) nachhaltig virtuell präsent. Hätte es dem EU-Kommissar Oettinger mit dieser E-Mail-Adresse vor 2013 zustoßen können, ins Netz der Datenfischer des Bundesnachrichtendienstes (BND) und der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) in der Abhöranlage in Bad Aibling zu geraten? Das war die Frage, die gleich mehrere Abgeordnete umtrieb. Und die zwei Mitarbeiter des BND jedenfalls nicht rundheraus verneinten.

Der Zeuge W.O. ist ausgebildeter Funktechniker und seit 1983 als technischer Angestellter beim BND beschäftigt. Er betreut seit 2005 die Datenbank, in der die Selektoren, die Suchaufträge der NSA an den BND, gespeichert sind. In der Sitzung sagte

er klipp und klar: „Eine eu-Adresse wäre scharf gestellt worden vor 2013.“ Sein Ex-Kollege T.B. war von November 2003 bis Oktober 2007 in Bad Aibling beschäftigt und später bis 2014 in der BND-Zentrale für den Gesamtbereich der technischen Aufklärung zuständig. In der Befragung lag ihm viel daran, den Eindruck zu erwecken, dass in Bad Aibling fast durchweg alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Doch zum fiktiven Modellfall Oettinger sagte auch er: „Unter das G10-Regime fällt diese Adresse nicht, und damit wäre sie nicht aufgefallen.“

Erstaunen „G10“ steht für den einschlägigen Artikel im Grundgesetz, der das Post- und Fernmeldegeheimnis für „unverletzlich“ erklärt. In der Kooperation mit der NSA bei der gemeinsamen Ausspähung des satellitengestützten Datenverkehrs aus dem Nahen und Mittleren Osten war zunächst für den BND das „oberste Gebot“: deutsche „Grundrechtsträger“ aus dem Überwachungsprogramm herauszuhalten.

Umso erstaunter war der Zeuge W.O., als er im Spätsommer 2013 die Weisung erhielt, in der Selektoren-Datenbank auch jene Suchbegriffe, die sich gegen Ziele in Europa richteten, zu ermitteln und unschädlich zu machen. Auf einmal sollte der Auslands-Nachrichtendienst Auslän-



Die BND-Abhörstation in Bad Aibling

© picture-alliance/dpa

© Peter Kreftel

der nicht mehr bespitzeln dürfen? Auch T.B. weiß sich auf den Sinneswandel seiner Behörde noch immer keinen rechten Reim zu machen. Vielleicht, mutmaßte er am Donnerstag, hatte es mit dem damaligen Kanzlerin-Satz zu tun: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.“ So begann der Ausschuss den parlamentarischen Herbst mit der Frage, die ihn seit April des Jahres beschäftigt: Wie hat

es geschehen können, dass in dem Überwachungsprogramm in Bad Aibling auch Suchmerkmale zum Einsatz kamen, die theoretisch die Ausspähung europäischer Partner ermöglichen? Und ist das heute wirklich anders? Zweifel daran konnte die Aussage des Zeugen W.O. erwecken, der damals mit dem Ausmistern der Datenbank betraut war, aber einräumen musste: „Ich denke, dass meine Kontrolle nicht zu 100 Prozent gegriffen hat.“

»Schweizer Käse« Das habe damit zu tun, dass etwa bei der Durchsicht des Bestandes an E-Mail-Adressen lediglich die Domain-Kennungen der einzelnen europäischen Länder – „fr“ für Frankreich, „it“ für Italien, „be“ für Belgien – als Suchmerkmal zugrunde lagen. Bei diesem Verfahren fielen „generische“ Domain-Kennungen wie „com“, „net“, „gov“ natürlich durchs Raster. „Mir drängt sich der Eindruck auf, dass diese ganze Filterung löchrig wie ein Schweizer Käse war“, ätzte SPD-Obmann Christian Flisek, nachdem auch T.B. erklärt hatte, eine „hundertprozentige Filterung“ gebe es nicht. Immerhin konnte T.B. auch mit einem beruhigenden Hinweis dienen: In der Praxis seien die auf europäische Ziele bezogenen Selektoren nie zum Einsatz gekommen.

Winfried Dolderer

HELMUT ORTNER
FREMDE
FEINDE
SACCO UND VANZETTI
EIN JUSTIZMORD

Helmut Ortner

Fremde Feinde

Sacco und Vanzetti – Ein Justizmord

296 Seiten

Gebunden mit Schutzumschlag

13,5 x 21,5 cm

€ 24,90

Jetzt im
Buchhandel

»Ortner's Buch ist ein Lehrstück für alle, die mit Andersdenkenden und Außenseitern zu tun haben. Wir alle.«

Frankfurter Allgemeine Zeitung

nomen
Verlag

nomen@nomen-verlag.de
www.nomen-verlag.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Politiker mit legendärem Redetalent: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) im Juni 1988 beim Bundesparteitag der Schwesterpartei CDU in Wiesbaden

© picture-alliance/dpa

Politisches Urgestein

FRANZ JOSEF STRAUSS Vor 100 Jahren wurde der CSU-Matador geboren. Er war eine der prägenden Figuren der Nachkriegszeit

Wenn jemand sagt, früher waren die Bundestagsdebatten besser, nennt er meist Franz Josef Strauß (CSU) und Herbert Wehner (SPD). Nun war Wehner nicht der brillianteste Redner, sondern brachte vor allem mit bissigen Zwischenrufen Leben in den Plenarsaal. Strauß aber war zweifellos ein rhetorisches Naturtalent. Der Mann, der am 6. September 1915 vor 100 Jahren geboren wurde, konnte mit dem Säbel wie mit dem Florett hantieren. Er konnte wuchtig auf den Gegner eindreschen und schwierige Themen fein durchziselieren. So derb seine Sprache oft war, so sehr legte er andererseits Wert darauf, mit Ausflügen in die Geschichte und eingestreuten Zitaten, gerne auf Latein, seine umfassende Bildung hervorzuheben. Mehr noch als im Plenarsaal lief Strauß in Bierzelten und auf Marktplätzen zur Hochform auf. Keine Redezeitbegrenzung engte ihn dort ein, über zwei Stunden und mehr brachte er seine Anhänger zum Toben und seine Gegner zum Schäumen. Dass er dabei oft dasselbe Thema mehrfach ansprach, störte wenig, da er es in freier Rede immer wieder variierte. Dabei wippte er auf den Fußballen auf und ab, zog die Schultern über den kaum vorhandenen Hals und wischte sich immer wieder den Schweiß von der Stirn. Irgendwann gehörte diese Redeweise zur Grundausbildung jedes Kabarettisten.

Industriepolitik Strauß hatte in den Anfangsjahren der CSU wesentlichen Anteil daran, dass in heftigen innerparteilichen Kämpfen der klerikal-konservative Flügel um Alois Hundhammer an Einfluss verlor. Dies half zugleich, die eher säkular-liberale Bayernpartei, die zeitweise zu fast gleicher Stärke herangewachsen war, zurückzudrängen. Der alles andere als zimperlich geführte Kampf gegen diese unliebsame Konkurrenz war eine der Voraussetzungen für die ein halbes Jahrhundert lang gehaltene absolute Mehrheit der CSU im bayerischen Landtag. Eine andere war der konsequente Einsatz für die Modernisierung des Industriestandorts Bayern bei Wahrung des ländlich-traditionellen Erbes – das, was Edmund Stoiber später mit dem Slogan „Laptop und Lederhose“ auf den Punkt brachte. Dabei folgte die CSU keineswegs der reinen marktwirtschaftlichen Lehre, sondern betrieb eine eher französisch anmutende Industriepolitik. Dass Europa heute mit Airbus einen Global Player in der Luft- und Raumfahrt stellt, ist eine der Folgen dieser maßgeblich von Strauß geprägten Politik. Keinen leichten Stand hatten die wenigen Sozialpolitiker in der CSU, aber letztlich verschloss sich Strauß Sozialreformen auch nicht. Seine Frau Marianne konnte ihn sogar dafür gewinnen, sich für Erziehungsgeld – Vorläufer des heutigen Elterngelds – und Erziehungsurlaub stark zu machen.

Das eigentliche Interesse von Strauß galt aber immer den großen Fragen der internationalen Politik und der Sicherheitspolitik. Selbst in seiner letzten Funktion als bayerischer Ministerpräsident drängte er, wo immer sich die Gelegenheit bot, auf diese Bühne. Schon in

der ersten Legislaturperiode tat sich der junge Bundestagsabgeordnete in der heftigen Debatte um die Wiederbewaffnung hervor und empfahl sich damit in den Augen vieler Fraktionskollegen für höhere Aufgaben. Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) war der vorlaute und rechthaberische Bayer allerdings etwas suspekt. Nach der zweiten Bundestagswahl 1953 ernannte er Strauß zunächst nur zum Minister für besondere Aufgaben („ohne besondere Aufgaben“, sagte Strauß dazu), später dann zum ersten Atomminister. Ein Hintergedanke war wohl, ihm etwas zum Knabbern zu geben. Strauß büffelte daraufhin die Fachliteratur, traf sich mit führenden Atomphysikern und war nach kurzer Zeit mit dem Thema vertraut.

Atompolitik 1956 schließlich überantwortete Adenauer Strauß das Ressort, auf das er von Anfang an geschielt hatte: Er wurde Bundesminister der Verteidigung. Während Strauß zuletzt bei der atombegeisterten SPD-Opposition recht beliebt geworden war, änderte sich das nun wieder grundlegend. Die Sozialdemokraten standen, so wie große Teile der Bevölkerung und der Medien, der von Adenauer betriebenen Westintegration und vor allem dem von den Verbündeten geforderten Aufbau umfangreicher Streitkräfte ablehnend gegenüber, nicht zuletzt, weil sie damit die deut-

sche Teilung zementiert sahen. Strauß war nun Exponent dieser Politik. Und nicht nur das, er bemühte sich sogar um eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr zusammen mit Frankreich und Italien und, nachdem das am neuen französischen Präsidenten Charles de Gaulle gescheitert war, um Mitwirkung bei der Einsatzplanung für die amerikanischen Atomwaffen im Rahmen der Nato. Dabei waren zwei Überlegungen maßgeblich. Da Strauß klar war, dass bei einem Atomkrieg von Deutschland nichts übrig bleiben würde, wollte er einen Fuß in die Tür bekommen und nicht nur im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe Bomber und Piloten für amerikanische Atomwaffen stellen. Vor allem aber wollte er die USA so eng binden, dass die Sowjetführung keine Hoffnung haben könnte, bei einem konventionellen Angriff auf Westeuropa könnten die USA auf das letzte Mittel verzichten, um keinen Atomangriff aufs eigene Territorium zu riskieren. Es ging ihm also um glaubwürdige Abschreckung, um den seit dem Koreakrieg befürchteten Krieg in Europa zu verhindern. Vielen Menschen konnten und wollten solchen Gedankengängen freilich nicht folgen. Ihnen machten die nuklearen Ambitionen nur Angst. Und auch wenn diese weitgehend erfolglos blieben, der Eindruck, Strauß sei

Das große Interesse von Strauß galt immer der Außen- und Sicherheitspolitik.

gefährlich, setzte sich auf der Linken und teilweise bis in bürgerliche Kreise hinein fest. Seine impulsive Persönlichkeit tat ein Übriges, so, als er gegen einen kleinen Polizeibeamten vorgehen versuchte, der seinen Fahrer wegen eines Verkehrsdelikts belangt hatte. Zahlreiche Publizisten machten es sich zur Aufgabe, zu verhindern, dass dieser „gefährliche Mann“ Bundeskanzler wird, allen voran der Chefredakteur des „Spiegel“, Rudolf Augstein, dessen Blatt ein Feuerwerk an Skandalgeschichten über Franz Josef Strauß zündete. Auch wenn keine genug Substanz hatte, um justiziabel zu werden, verfestigte sich doch weithin der Eindruck einer nicht vertrauenswürdigen Persönlichkeit. Für seine Bewunderer dagegen war Strauß ein Held, der hinterhältigen Angriffen mannhaft standhält. Dass er privat engen Umgang mit Wirtschaftsgrößen pflegte, sich als ihr Gast oder beim Herumkurven mit einem geschenkten Geländewagen fotografieren ließ, wurde längst nicht so allgemein als anstößig empfunden, wie das heute der Fall wäre. Vorwürfe, Strauß würde sich unrechtmäßig bereichern, etwa durch die Beteiligung an Rüstungsgeschäften, blieben unbewiesene Vorwürfe.

„Spiegel-Affäre“ Was Strauß schließlich als Verteidigungsminister zu Fall brachte, war etwas ganz Anderes. „Der Spiegel“ hatte unter der Schlagzeile „Beding abwehrbereit“ mit einer Fülle interner Details über Unzulänglichkeiten bei der Bundeswehr berichtet. Daraufhin ermittelte der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts auf Landesverrat und ließ mehrere Personen verhaften, darunter Augstein und den Verfasser des Artikels, den späteren Regierungssprecher Conrad Ahlers. Bei der nicht rechtmäßigen Festnahme von Ahlers in Spanien hatte Strauß, wie sich erst später herausstellte, den Kontakt zum deutschen Militärattaché in Madrid spielen lassen. Beim Versuch der Opposition im Bundestag, das aufzuklären, wand sich Strauß derart um eine wahrheitsgemäße Darstellung herum, dass es später weithin hieß, er habe das Parlament belogen. Wegen dieses Auftritts weigerten sich die FDP-Minister, weiter mit Strauß in einem Kabinett zu dienen, weshalb dieser schließlich nach qualendem Hin und Her zurücktrat. In seiner gerade erschienenen Strauß-Biografie schreibt Peter Siebenmorgen, weniger das relativ kleine Vergehen selbst sei für Strauß verhängnisvoll gewesen, sondern dass sich in dieser Affäre „stures, autoritäres Staatsdenken einerseits und liberales Aufbegehren einer nach Mündigkeit strebenden Gesellschaft andererseits in einer Art Entscheidungsschlacht“ gegenübergestanden hätten.

Kanzlerkandidat Später, als Finanzminister in der Großen Koalition, konnte Strauß viel Ansehen zurückgewinnen. Mit dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Karl Schiller arbeitete er so harmonisch zusammen, dass beide nach Figuren von Wilhelm Busch „Plisch und Plum“ genannt wurden. Spätestens als Strauß bei der Bundestagswahl 1980 gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) antrat, war die alte Polarisierung aber wieder da. „Stopp Strauß“ war das Motto von Wahlkämpfern, die zum Teil ernsthaft glaub-

ten, eine neue „Machtergreifung“ verhindern zu müssen. Strauß hatte sich die Kanzlerkandidatur in einer harten Auseinandersetzung mit dem CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl er kämpft. Kohl war vier Jahre zuvor trotz eines Stimmenanteils der Union von 48,6 Prozent nicht Kanzler geworden, weil die FDP fest zur SPD hielt. Die CSU wollte daraufhin nach dem Motto „getrennt marschieren, vereint schlagen“ die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufkündigen und bundesweit antreten, um ein breiteres Wählerspektrum zu erreichen. Als sich aber herausstellte, dass sich ein erheblicher Teil der CSU-Mitglieder einem CDU-Landesverband anschließen würde, machte Strauß einen Rückzieher. Bei der folgenden bayerischen Landtagswahl ließ er sich als Spitzenkandidat aufstellen und, nachdem die CSU mit 59,1 Prozent ein Traumergebnis erzielt hatte, zum Ministerpräsidenten wählen. Aus dieser Position heraus erklärte Strauß erstmals in seiner Laufbahn den Anspruch auf die Kanzlerkandidatur. Nach heftigem Streit vor allem in der CDU stimmte schließlich eine knappe Mehrheit in der CDU/CSU-Fraktion für Franz Josef Strauß und gegen den von Kohl favorisierten niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Doch mit 44,5 Prozent erzielte die Union das bis dahin zweit-schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl – in Bayern dagegen war es mit 57,6 Prozent das zweitbeste. Verbittert über den – nicht nur von ihm so empfundenen – halbherzigen Wahlkampfentsatz mancher CDU-Großen blieb Strauß fortan in München.

Pragmatiker Eines war Franz Josef Strauß gewiss nicht: populistisch. „Man muss dem Volk aufs Maul schauen, aber darf ihm nicht nach dem Mund reden“, lautete einer seiner Lehrsätze. Was er für richtig hielt, tat er meist auch. So irritierte er die einen mit seinen Besuchen bei Links-Diktatoren wie Mao Zedong und Syriens Hafis el Assad, stieß andere durch Kontakte zu Rechts-Diktatoren wie dem Chilenen Augusto Pinochet und zum Apartheid-Regime Südafrikas vor den Kopf. Zu einer innerparteilichen Zerreißprobe wurde im Jahr 1983 die Einfädelung eines Milliarden-Kredits für die in ernsten Zahlungsschwierigkeiten steckende DDR. Viele Mitglieder verließen die CSU, darunter die beiden Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt, die dann durch die Gründung der „Republikaner“ der CSU und nicht minder der CDU zu schaffen machten. Strauß und seine Partei bekämpften die Republikaner, so wie einst die Bayernpartei, gnadenlos und letztlich erfolgreich. Franz Josef Strauß war Politiker durch und durch. Wenn seine Kinder Schulfreunde mit nach Hause brachten und der Vater war da, konnten diese miterleben, wie auch in der Familie politisch diskutiert wurde. Und als ein Sohn in den 1970er Jahren einmal erzählte, dass sein Religionslehrer im Unterricht linke Thesen vertrete, ging Strauß in die Elternsprechstunde und stellte den Tode erschrockenen Pädagogen zur Rede. Über sich selbst sagte Strauß einmal: „Ich habe Fehler gemacht, aber nicht die, die man mir vorwirft.“

Peter Stütze



Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (Mitte, mit dunklem Hut) neben Kanzler Konrad Adenauer (links von Strauß) 1958 bei der Präsentation des Panzermodells HS30

© picture-alliance/dpa

LEBENS DATEN

6.9.1915 Franz Josef Strauß wird als zweites Kind des Metzgermeisters Franz Josef Strauß und dessen Frau Walburga in München geboren.

März 1935 Strauß legt das beste Abitur Bayerns ab und beginnt ein Lehramtsstudium der Althilologie und Geschichte, das von Wehrdienst und Krieg unterbrochen wird.

2.6.1945 Die US-Besatzungsmacht ernannt Strauß zum stellvertretenden Landrat von Schongau. 1946 wird der CSU-Kandidat Strauß Landrat von Schongau (bis 1949).

18.12.1948 Strauß amtiert als erster CSU-Generalsekretär (bis August 1953).

14.8.1949 Wahl in den Deutschen Bundestag, dem er bis 1978 angehört.

20.10.1953 Für vier Jahre wird Strauß Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

20.10.1953 Strauß kommt als Minister für besondere Aufgaben ins Bundeskabinett.

20.10.1955 Kanzler Adenauer (CDU) überträgt Strauß das neue Atomministerium.

16.10.1956 Strauß wird Verteidigungsminister.

4.6.1957 Die 27-jährige Unternehmertochter Marianne Zwicknagl heiratet Strauß.

18.3.1961 Die CSU wählt Strauß zum Vorsitzenden, was er bis zum Tod bleibt.

30.11.1962 Wegen der „Spiegel-Affäre“ tritt Strauß als Verteidigungsminister zurück.

1.12.1966 Rückkehr ins Kabinett als Finanzminister der Großen Koalition.

21.10.1969 In der oppositionellen Unionsfraktion wird Strauß Finanz-Sprecher.

6.11.1978 Der bayerische Landtag wählt Strauß zum Ministerpräsidenten.

2.7.1979 Die Unions-Fraktion wählt Strauß zum Kanzlerkandidaten; 1980 verliert er die Bundestagswahl.

22.6.1984 Marianne Strauß stirbt bei einem Autounfall.

3.10.1988 Strauß stirbt nach einem Herzstillstand in einer Regensburger Klinik. pst

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

»Eddie« in Kreuzberg

Kennen Sie eigentlich „Eddie the head“? Vermutlich nicht beim Namen, aber vom Sehen. Das Maskottchen der britischen Heavy-Metal-Senioren-Band „Iron Maiden“ wird dem geneigten Flaneur schon einmal aufgefallen sein, da es auf den T-Shirts der Band prangt, die Fans – warum auch immer – gern tragen. Denn die T-Shirts sind auffallend hässlich. Das liegt vor allem daran, dass „Eddie“ hässlich ist. Er guckt auch immer böse, was wohl zusammenhängt. Googeln Sie ruhig mal. „Eddie“ hat zudem eine ständige Identitätskrise, mal erscheint er als Cyborg, mal als Zombie, mal als Mumie, allesamt Figuren, die nicht durch Anmut und Schönheit bestechen. „Eddie“ ist aber nicht nur ein anti-ästhetischer Terror-Anschlag auf die Idee der Schönheit, sondern offenbar eine Gefahr für die schreckbaren Kinder von Berlin-Kreuzberg. Dort ist „Eddie“ nämlich großformatig auf Werbeplakaten zu sehen. Hässlich wie er und je wirbt er für das inzwischen 15. Studioalbum der Band. Das wollte ein unbekannter Kinderschützer nicht hinnehmen und klebte die „Eddie“-Fratze mit einem Plakat über, auf dem auf die räumliche Nähe zu Grundschule und Kindergärten hingewiesen wurde. „Dieses Plakat hat hier nichts zu suchen!“, folgerte der Schutzpatron der Kreuzberger Kinderseelen. Diese wohl gut gemeinte Aktion zur Vermeidung nächtlicher Alpträume der Jüngsten stieß im alternativen, rebellischen Kreuzberg auf wenig Gegenliebe. Wenig später war der Hinweis wieder ab und in den Sozialen Netzwerken wurde kräftig über die stets besorgten „Helikopter-Eltern“ gelästert. „Eddie“ darf also weiter hässlich dreinblicken. Gut für „Eddie“, schlecht für die Kids. Schöne Träume! *Sören Christian Reimer*

VOR 45 JAHREN...

Die erste »hib«-Meldung

15.9.1970: Premiere für „heute im bundestag“ Für Schlagzeilen sind andere zuständig. Nüchtern kommen die Ausgaben von „heute im bundestag“ daher. Dennoch werden sie nicht nur von Abgeordneten, sondern gerade von vielen Politik-Journalisten geschätzt – von denen, die dann die Schlagzeilen erkennen sollen, die sich mitunter hinter den „hib“-Meldungen verbergen. Produziert



Kai-Uwe von Hassel 1976

wird „heute im bundestag“ von den Journalisten der Parlamentsnachrichten des Deutschen Bundestages. Die Gegenstände der Berichterstattung sind seit der ersten Ausgabe am 15. September 1970 dieselben geblieben: die Arbeit in den Ausschüssen und Gremien, auch den nicht-öffentlichen, sowie die Drucksachen – von der Kleinen Anfrage bis zum Gesetzentwurf. Aufgabe der „hib“-Meldungen, schrieb Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) anlässlich der Erstausgabe, ist es, „Abgeordneten und Journalisten praktische Arbeitshilfe“ zu geben und „der Öffentlichkeit die Funktion unseres Parlaments zu verdeutlichen“. Die Mitarbeiter der ersten „hib“-Redaktion produzierten im Jahr 1971 über 300 Ausgaben. Im Jahr 2014 war die Anzahl auf fast 700 Ausgaben mit mehr als 3000 Einzelmeldungen angewachsen, die auf bundestag.de abonniert werden können. Und auch Schlagzeilen wurden ab und an selbst produziert. 1995 zum Beispiel, als Finanzminister Theo Waigel (CSU) in einer nicht-öffentlichen Finanzsachverständigenkommission erklärte, Italien würde an der Währungsunion nicht teilnehmen, weil das Land die Stabilitätskriterien nicht erfüllte. Die entsprechende „hib“-Meldung sorgte für große Aufregung. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: BEIM »TAG DER EIN- UND AUSBLICKE«



Spielerisch und interaktiv konnte beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ der Bundestag entdeckt werden.

© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek

Ein etwas anderer Trubel

Es herrscht viel Trubel auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes. Das wäre in der Sitzungswoge, insbesondere dienstags, wenn die Fraktionen tags, nichts Ungewöhnliches. Doch es ist ein Sonntag und der Trubel wird nicht von herumeilenden Abgeordneten verursacht, sondern von Tausenden Männern, Frauen und Kindern, die sich am „Tag der Ein- und Ausblicke“ einen Eindruck vom Bundestag verschaffen. Auch die Fraktionen können dabei erkundet werden. CDU/CSU und SPD fahren dafür mit Spielen, Info-Ständen und Getränke-Bars groß auf. Bei den Grünen hält man sich präsentationsmäßig etwas zurück, bei den Linken setzt man auf Minimalismus und Info-Tafeln zu TTIP. Gemein ist allen Fraktionen, dass sie das Gespräch mit den Bürgern suchen – ob nun bei moderierten Diskussionen oder im direkten Austausch. Zu entdecken gibt es an diesem Tag viel, nicht nur im Reichstagsgebäude samt Kuppel und Plenarsaal. Auch im Paul-Löbe-Haus, hier tagen normalerweise die Ausschüsse, und im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, dort sitzt unter anderem die Bibliothek, wird ein Blick hinter die Kulissen

geboten. Wie funktioniert Ausschussarbeit? Was macht eigentlich der Petitionsausschuss? Und welche Informationsangebote betreibt das deutsche Parlament? Fragen, auf die sich an diesem Tag Antworten finden lassen, ob nun in multimedialen Präsentationen oder im direkten Gespräch. „Das ist schon einer sehr interessante Veranstaltung“, sagte Frank Meyer aus Hamburg, der übers Wochenende Berlin besucht. „Man kennt den Bundestag ja sonst nur aus dem Fernsehen.“ Auch den ganz normalen Politikalltag können die Besucher erleben. Inmitten des bunten Treibens auf der Fraktionsebene bauen sich plötzlich Kamerateams auf, Mikrofone werden angeschossen. Journalisten checken ihre Laptops. Wenige Augenblicke später tritt der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann vor die Kameras. Hatte er davor noch mit Besuchern geplaudert, schaltet er nun auf Spitzenpolitiker-Modus. Vor den Kameras spricht er routiniert über die am Tag zuvor verkündete Aufnahme der in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge und den am selben Abend geplanten Koalitionsgipfel im Kanzleramt.

Rundherum zücken die Besucher ihre Smartphones, um Schnappschüsse zu machen. Oppermann präsentiert sich großkolloniar und verteidigt die Aufnahme gegen Kritik der CSU, ohne direkt auf die Christosozialen einzugehen. Das tut dafür wenig später Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) in der gegenüberliegenden Ecke der Fraktionsebene. Dorthin sind die Kameras inzwischen gewandert, der Grünen-Fraktionsvorsitzende greift in seinem Statement, ebenfalls von einigen interessierten Zuschauern umgeben, die CSU direkt an. Ohnehin haben es die Bündnis-Grünen an diesem Tag mit der CSU. Ihre Fraktions-„Ecke“ grenzen sie mit einem in bayrischen Landesfarben gehaltenen Schlagbaum vom Stand der bayrischen Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion ab. „CSU-Maut“ steht auf dem dazugehörigen Schild und soll wohl als Stichelei gegen das aktuell auf Eis gelegte Herzensprojekt der Christosozialen dienen. Die geben sich davon aber wenig beeindruckt. Vielmehr sind die Fraktions-Mitarbeiterinnen im Dirdl geschäftig dabei, Brezeln an die Besucher zu verteilen. *Sören Christian Reimer*

PERSONALIA

->Heinz Eyrich † Bundestagsabgeordneter 1969-1978, CDU

Am 28. August starb Heinz Eyrich im Alter von 86 Jahren. Der promovierte Jurist aus Freiburg trat 1955 der CDU bei, war von 1965 bis 1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union und gehörte von 1979 bis 1991 dem CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Von 1986 bis 1991 stand er an der Spitze des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen. Von 1962 bis 1969 war er Mitglied des Freiburger Gemeinderats. Eyrich, stets Direktkandidat des Wahlkreises Lörrach-Müllheim, engagierte sich im Bundestag im Rechtsausschuss. Von 1978 bis 1991 amtierte er als Justizminister von Baden-Württemberg und gehörte von 1980 bis 1992 dem dortigen Landtag an.

->Hermann Josef Unland † Bundestagsabgeordneter 1969-1990, CDU

Hermann Josef Unland starb am 3. September im Alter von 86 Jahren. Der promovierte Jurist und Diplom-Volkswirt, der zuletzt in Münster lebte, war von 1954 bis 1958 Assistent des ehemaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning im Seminar für Politische Wissenschaften in Köln und von 1967 bis 1978 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Bekleidungsindustrie. 1946 schloss er sich der CDU an und amtierte 1966/67 als stellvertretender CDU-Bundesgeschäftsführer. Unland, stets Direktkandidat der Wahlkreise Ahaus – Bocholt bzw. Borken, engagierte sich im Bundestag zuletzt im Wirtschaftsausschuss, dessen Vorsitz er von 1983 bis 1990 inne hatte. Von 1981 bis 1991 gehörte er der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU an. Unland, der CSU-Abgeordnete Ernst Hinken und der CDU-Abgeordnete Franz Sauter hatten am Abend des 9. November 1989, als die Nachricht von der Öffnung der „Berliner Mauer“ im Bundestag bekannt wurde, das Deutschlandlied angestimmt. Danach erhob sich nahezu das gesamte Plenum und sang die Hymne mit.

->Jürgen Koppelin Bundestagsabgeordneter 1990-2013, FDP

Jürgen Koppelin wird am 14. September 70 Jahre alt. Der Rundfunk-Redakteur aus Bad Bramstedt im Kreis Segeberg schloss sich 1962 der FDP an und stand von 1993 bis 2011 an der Spitze seiner Partei in Schleswig-Holstein. Dem FDP-Bundesvorstand gehörte er von 1979 bis 1983 sowie von 1993 bis 2007 an und war von 2003 bis 2005 Präsidiumsmitglied. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion amtierte Koppelin von 1998 bis 2009 und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender von 2009 bis 2011. Der langjährige haushaltspolitische Sprecher seiner Partei war von 1990 bis 1994 Mitglied des Verteidigungsausschusses und engagierte sich danach stets im Haushaltsausschuss.

->Ekkehart Eyrer Bundestagsabgeordneter 1976-1980, 1981-1983, CDU

Am 22. September begeht Ekkehart Eyrer seinen 70. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Lübeck wurde 1973 in den Bundesvorstand der Jungen Union gewählt und amtierte dort als Schatzmeister und Justitiar. Von 1972 bis 1975 stand er an der Spitze des CDU-Kreisverbands Lübeck. Von 2003 bis 2008 gehörte er der dortigen Bürger-schaft an. Im Bundestag arbeitete Eyrer im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, im Forschungs- sowie im Innerdeutschen Ausschuss mit. Seine Ehefrau Anke, gleichfalls CDU, war von 1990 bis 2009 Mitglied des Bundestages.

->Klaus Reichenbach Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU

Klaus Reichenbach wird am 22. September 70 Jahre alt. Der Ingenieur und Rechtsanwalt aus Hartmannsdorf b. Chemnitz trat 1969 der CDU in der DDR bei, war dort Kreis- und Bezirksverbandsvorsitzender und stand 1990/91 an der Spitze des CDU-Landesverbands Sachsen. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Parallel dazu bekleidete Reichenbach das Ministeramt im Amt des Ministerpräsidenten. Im Bundestag war er Mitglied des Sportausschusses sowie des EG-Ausschusses. Seit 25 Jahren ist Reichenbach Präsident des sächsischen Fußballverbands und gehört dem Vorstand des Deutschen Fußball-Bunds an.

->Horst Jungmann Bundestagsabgeordneter 1976-1994, SPD

Am 24. September vollendet Horst Jungmann sein 75. Lebensjahr. Der Beamte der Bundeswehrverwaltung aus Wittmoldt im Kreis Plön trat 1966 der SPD bei, war von 1970 bis 1976 Vorsitzender des Ortsvereins Ratjenhof-Wittmoldt und gehörte 1970/71 sowie von 1974 bis 1976 dem Kreistag in Plön an. 1975/76 amtierte er dort als Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag arbeitete der langjährige Verteidigungsexperte seiner Partei in allen fünf Wahlperioden im Verteidigungsausschuss mit. Nach seiner Abgeordnetenezeit engagierte sich Jungmann im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung als Berater in Afrika. *bmh*

LESERPOST

Zur Ausgabe 33-35 vom 10. August 2015, Thema „Russland“: Warum Russland? Die Frage ist legitim und sie muss gerade jetzt gestellt werden. Am 1. September haben wir an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erinnert und es war gerade die Sowjetunion, die an Menschenleben und Potenzial beispiellos die Folgen dieses mörderischen Krieges zu tragen hatte. In wenigen Wochen könnten wir die 25. Wiederkehr des Tages festlich begehen, an dem Deutschland wieder ein Land wurde, dessen Einheit und weit mehr über gerade diesen Zweiten Weltkrieg aus dem Verschulden seiner damaligen Führung verloren gegangen war. Neben der tatkräftigen Unterstützung aus Washington war es gerade Moskau, das uns Deutschen diesen Weg eröffnete. Es war Michail Gorbatschow, der von einem „gemeinsamen Haus“ Europas gesprochen hatte. Das gemeinsame Haus Europa schien ein tragfähiges Fundament zu haben, denn die Konferenz von Helsinki, die auch im Kern auf sowjetisch/polnische Vorstellungen un-

mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, erwies sich als ungemein erfolgreich. Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken und an den 1. September denken, dann sind uns die Feiern zum 3. Oktober schon vergällt. Statt des großen Festes in Berlin mit denen, die nicht nur damals dabei gewesen sind und heute von anderen Staatsmännern repräsentiert werden, beschleicht uns die bange Sorge, ob wir den 1. September des nächsten Jahres überhaupt noch erleben? Was ist mit uns eigentlich in all den Jahren passiert, um wieder so gegen ein Land und seine Menschen gestellt zu werden, das noch bei den Winterspielen in Sotschi eindrucksvoll unter Beweis ge-

stellt hatte, wie sehr es ein Ankerplatz für die gemeinsame europäische Kultur ist? *Willy Wimmer, Staatssekretär a.D.* **Zur Ausgabe 35-37 vom 31. August 2015, Thema: 25 Jahre „Deutsche Einheit“:** Gestatten Sie, dass ich Ihnen zur letzten Ausgabe von „Das Parlament“ nachdrücklich gratuliere. Rechtzeitig zum 3. Oktober, dem „Tag der Deutschen Einheit“, bringen Sie eine Reihe sehr nachdenklicher Beiträge zur Entwicklung in den neuen Ländern. Auch für mich und meine Kinder bedeutet Ostdeutschland längst nichts Fremdes, Neues mehr. Dort ist manches anders als bei uns in

Westdeutschland, aber nicht anders für uns als Bayern oder Nordfriesland. Auch dort erscheint uns manches fremd und sonderbar. Wir machen darüber Friesenwitze und lachen über Krachlederne. Was fremd daran für uns ist, trennt aber längst nicht mehr, sondern scheint interessant und bereichernd. Als gebürtiger Mecklenburger weiß ich besonders um das Geschenk der deutschen Einheit. Nach 25 Jahren erscheint mir die Einheit ebenso gelungen, wie ein Mensch mit 25 Jahren groß und stark ist. *Dieter Scheven, Düsseldorf* **Zur Ausgabe 35-37 vom 31. August 2015, »Trump macht weiter Tempo« auf Seite 18:** So sehr gerne ich die Artikel „Aufgekehrt“ lese, erwarte ich in der Regel leicht verständliche Texte. In diesem Sinne frage ich Sie: Was, bitte sehr, ist ein „24/7-Nachrichtenstrom“? *Rudolf Blick, Münster*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@
bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 28. September.

BUNDESTAG LIVE

Themen vom 21. – 25.9.2015
Post-2015-Gipfel (Do)
Pflanztag (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das Parlament

DOKUMENTATION

Worte des Bundestagspräsidenten zur Flüchtlingssituation / 119. Sitzung des 18. Deutschen Bundestags am 8. September 2015

Prof. Dr. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident

Engagement ist überzeugendste Antwort auf Fremdenhass



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Seit unserer letzten Plenarsitzung haben die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge sowie die Reaktionen auf ihre Nöte die öffentliche Diskussion bestimmt. Wir sehen verzweifelte Menschen auf ihrem Fluchtweg nach und durch Europa und erschütternde, kaum erträgliche Bilder derer, die diesen Weg mit dem Leben bezahlt haben – darunter auch viele Kinder.

In unser Mitgefühl und unsere Trauer mischen sich berechtigte Sorgen, wie wir mit dem weiter anhaltenden Zustrom in unseren Kommunen fertig werden und die

Kontrolle über das eigene Land, seine Grenzen und seine Rechtsordnung behaupten können. Wir sprechen jetzt in Deutschland und in Europa über unseren Umgang mit diesem humanitären Ausnahmezustand. Wir dürfen und müssen, auch in der Haushaltsdebatte, gewiss streiten über nötige und mögliche Maßnahmen, über rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, über vorrangige und nachrangige Aufgaben.

Dass heute Menschen in Not in unserem Land, in Deutschland, den freien und sicheren Ort erkennen, der ihnen Schutz und Hilfe gewährt, ist angesichts unserer Geschichte ebenso erstaunlich wie ermutigend. Ein wirklicher Grund, stolz zu sein, ist die imponierende Bereitschaft der heute in Deutschland lebenden Menschen, diese humanitäre Herausforderung anzunehmen.

Viele Bürgerinnen und Bürger helfen spontan, freiwillig, ehrenamtlich, häufig mit bewundernswertem Einsatz an Zeit und Geld. Sie ermöglichen Sprachunterricht, sie geben Nachhilfestunden, sie helfen im Umgang mit Behörden und bei Arztbesuchen, sie über-

nehmen Vormundschaften für unbegleitete Kinder, die in Deutschland buchstäblich gestrandet sind, sie laden zu Nachbarschaftstreffen und Ausflügen ein; manche leisten Bürgschaften und bieten die Unterbringung von Flüchtlingen in der eigenen Wohnung an. Diesen vielen Tausend haupt- und ehrenamtlichen Helfern überall in Deutschland möchte ich im Namen aller Mitglieder des Bundestages ausdrücklich danken und unseren Respekt bezeugen.

Ihr Engagement ist die überzeugendste Antwort auf dumpfe Vorbehalte und offenen Fremdenhass, die und den es auch gibt.

Auch das gehört leider zur Realität unseres Landes: beschämende gewalttätige Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, Unterkünfte und Polizisten, verübt von einer kleinen lautstarken Minderheit, um eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung zu schüren. Nicht selten werden auch diejenigen unter Druck gesetzt, die sich vor Ort um eine Willkommenskultur bemühen.

Ja, es gehört zur Freiheit dieses Landes, auch gegen politische Entscheidungen zu protestieren und

zu demonstrieren, die man falsch oder gar unzumutbar findet. Aber es darf keine Toleranz geben für Pöbeleien, persönliche Beleidigungen, anonyme Hass-Mails oder gar tätliche Angriffe.

Dies ist die gemeinsame, unmissverständliche Position aller im Parlament vertretenen Parteien und ihrer Abgeordneten. Das Asylrecht ist und bleibt die unantastbare Selbstverpflichtung unserer Verfassung und unserer Geschichte, und die Menschenwürde gilt ausnahmslos für alle, die hier leben, unabhängig davon, wie lange sie hier sind und wie lange sie bleiben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa kann weder die Grenzen für alle öffnen noch seine Grenzen hermetisch abriegeln. Es ist ein Gebot der Redlichkeit, auch deutlich zu machen: Nicht alle, die aus ihrer Heimat vor Not und Armut flüchten, werden nach Deutschland kommen oder in Deutschland bleiben können. Zur Redlichkeit gehört im Übrigen auch, deutlich zu sagen, dass die humanitäre Herausforderung, vor der wir aktuell stehen, keine schnell vorübergehende Aufgabe ist. Das hat die Bundeskanzlerin wie viele andere in den letzten Tagen aus guten Gründen immer wieder als große gemeinsame nationale Aufgabe beschrieben. Dabei werden wir nicht nur staatlichen Behörden und gesellschaftlichen Einrichtungen in den nächsten Monaten einiges abverlangen

müssen, sondern auch den Flüchtlingen, wenn die Integration gelingen soll.

Vorrangig bedarf es einer gemeinsamen politischen Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um so flexibel wie möglich und so zügig wie nötig eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen. Aber es braucht auch eine verbindliche europäische Lösung. Wir müssen von allen, ausnahmslos allen, Mitgliedstaaten der Europäischen Union erwarten, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran beteiligen – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Das haben auch die europäischen Parlamentspräsidenten aus den G-7-Staaten bei ihrer Konferenz am vergangenen Samstag in Leipzig einvernehmlich festgestellt. Diese große humanitäre, politische und kulturelle Herausforderung wird Deutschland verändern. Ich bin sicher, dass dies letztlich zum Vorteil unseres Landes geschieht, wenn wir so mutig und entschlossen handeln, wie das auch bei anderen großen Herausforderungen wie zuletzt der Finanz- und Bankenkrise geschehen ist.

Dieses Bewusstsein sollte unsere Debatte in dieser Woche prägen, vor allem aber unser weiteres gemeinsames Handeln in Staat und Gesellschaft.

(Beifall im ganzen Hause)

Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert bei der Weltparlamentspräsidentenkonferenz in New York am 1. September 2015

Demokratie ist mehr als nur ein Begriff

In den vergangenen 15 Jahren – seit der Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele – hat die Weltgemeinschaft in einigen wichtigen Bereichen bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Leider gilt dies nicht für die Entwicklung der Demokratien in der Welt. Im Gegenteil: Das vergangene Jahr 2014 war das 9. Jahr in Folge, in dem es gravierende Rückschläge für die bürgerlichen und politischen Rechte in einigen Ländern gab. Wissenschaftliche Studien weisen darauf hin, dass heute weniger als die Hälfte der Weltbe-

völkerung in stabilen, funktionierenden demokratischen Staaten lebt.

Wir sind uns hoffentlich einig, dass Demokratie mehr ist als nur ein Begriff. Wir stimmen hoffentlich darin überein, dass Demokratie mehr bedeutet als die bloße Existenz eines Parlaments und mehr als freie und faire Wahlen und die Herrschaft der Mehrheit: Demokratie umfasst den Schutz von Minderheiten, die Kontrolle von Regierung und Verwaltung, Rede-, Presse- und Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und unab-

hängige Gerichte. Lediglich zwei Dutzend von etwa zweihundert Staaten werden diesen Ansprüchen in vollem Umfang gerecht. Und auf der anderen Seite gibt es über fünfzig Staaten, in denen autoritäre Regime an der Macht sind. Heute beobachten wir sogar, wie sich die Idee einer so genannten „illiberalen Demokratie“ ausbreitet, wobei dies natürlich ein Widerspruch in sich ist, denn entweder reden wir über liberale Lebensbedingungen oder wir haben eben keine funktionierende Demokratie.

Wir sind alle Parlamentarier, wir haben als Sprecher und Präsidenten unsere Verpflichtungen in unseren Heimatländern, aber wir sind uns hoffentlich alle bewusst, dass wir unter deutlich unterschiedlichen Arbeitsbedingungen agieren: In manchen Ländern gibt es freie Wahlen, in anderen nicht; es gibt Länder, in denen ein fairer Wettbewerb zwischen mehreren Parteien und Kandidaten herrscht, und Länder, in denen dieser Wettbewerb nicht stattfindet. Es gibt Länder, in denen alle Zugang zu öffentlichen Ämtern und Parlamentsmandaten haben, und es gibt Länder, in denen das nicht der Fall ist. Es gibt Länder mit unabhängigen Gerichten und Länder ohne unabhängige Gerichte, Länder mit Pressefreiheit und Länder, in denen Zensur herrscht. In vielen Ländern wird die Regierung vom Parlament kontrolliert; in einigen anderen kontrolliert umgekehrt die Regierung das Parlament.

Die Stärkung der Grundsätze der Demokratie beginnt damit, dass wir die Wirklichkeit so schildern, wie sie ist, und sie ändern, wo immer es notwendig ist. Fünfundzwanzig Jahre nach der gewaltigen Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder in parlamentarische Demokratien gibt es zurzeit nur ein ermutigendes Beispiel für den erfolgreichen demokratischen Wandel: Tunesien. Und dieses Land sollte nicht nur unseren Beifall und unsere Glückwünsche erhalten, sondern auch unsere nachdrückliche Unterstützung für seine weitere Entwicklung.

Es ist einfach, eine neue Entschlossenheit zu verabschieden, die „die Demokratie in den Dienst von Frieden und Entwicklung“ stellt. Es ist viel mehr Ehrgeiz nötig, um das umzusetzen, „was das Volk will“. Ich hoffe sehr, dass wir diesen Ehrgeiz und die Stärke entwickeln, die wir brauchen, um das umzusetzen, was wir beschreiben.

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Wir stehen vor gewaltigen Problemen



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Zunächst muss ich Ihnen natürlich eine falsche Hoffnung nehmen: Es ist nicht meine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Sie müssen mich schon noch einmal ertragen.

Das wollte ich Ihnen nur vorher schon sagen, damit Sie nicht falsch strahlen.

Aber kommen wir einmal zu der Frage, wie die Welt heute aussieht. Ich glaube, die Situation ist sehr ernst. Wir stehen vor gewaltigen Problemen. Kriege und kriegsähnliche Auseinandersetzungen finden in Syrien, im Jemen, im Irak, in der Türkei, in der Ukraine und in anderen Ländern statt. Kriege töten, vernichten und zerstören, und die Menschen fliehen, um nicht getötet, nicht vernichtet zu werden.

Wie sehen die Staaten aus, in denen auch der Westen Krieg geführt hat? Afghanistan – eine einzige Katastrophe: Armut, undemokratische Verhältnisse, terroristische Selbstmordanschläge und zunehmend Flüchtlinge. Alle anderen Fraktionen waren für den Krieg in Afghanistan, nur die Linke war dagegen und hat vor den Folgen gewarnt.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Wir hatten recht.

Glücklicherweise hat sich Deutschland nicht unmittelbar an den Kriegen gegen den Irak und

gegen Libyen beteiligt, aber die USA, Großbritannien, Frankreich und andere Länder. Hussein war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Gaddafi war schlimm und ist weg. Aber ist die Situation jetzt besser? Krieg muss überwunden werden, wenn man ernsthaft will, dass Menschen diesbezüglich nicht gezwungen werden, zu fliehen.

Deutschland ist aber der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und verdient an jedem Krieg. Waffen werden auch an Diktaturen wie Saudi-Arabien und Katar verkauft. Saudi-Arabien führt einen Krieg gegen Jemen, bezieht dennoch Waffen aus Deutschland. Diese unheilvolle Politik muss überwunden werden. Verhindern Sie doch wenigstens Waffenverkäufe an Diktaturen und in Krisengebiete.

Das ist doch nur ein Minimum. Wenigstens die Sozialdemokratische Partei Deutschlands müsste darauf bestehen.

Not, Elend, also Armut, nehmen weltweit ebenso zu, wie der Reichtum anwächst.

Wir erleben darüber hinaus eine Entstaatlichung von Staaten. Wir haben zunehmend Länder, in denen Regierung, Polizei, Justiz, Bildung und Gesundheitswesen nicht funktionieren. Oft ist es die Folge der vom Westen geführten Kriege. Wenn es keine funktionierenden Regierungen gibt, gibt es auch keine Verhandlungspartner, die etwas durchsetzen können. Die Bürgerinnen und Bürger können so nicht geschützt werden. Entstaatlichte Staaten sind Syrien, Libyen, Irak, Jemen, Somalia. In den ersten vier Ländern sind inzwischen 9 000 Schulen geschlossen worden. Lehrerinnen und Lehrer fliehen, und auch die Eltern mit ihren Kindern fliehen, weil diese ohne Schulbildung in ihrem Leben chancenlos wären. Was tut die Bundesregierung dagegen? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort, Frau Bundeskanzlerin. Und warum erfahren wir eigentlich in den Medien so wenig über die mörderi-

schen Auseinandersetzungen in diesen Ländern? Ich finde, dass Information wichtig ist.

Ich wiederhole mich: Jährlich sterben auf der Erde etwa 70 Millionen Menschen. Die häufigste Todesursache ist der Hunger. Jährlich sterben etwa 18 Millionen Menschen auf der Erde an Hunger. Wir haben aber weltweit eine Landwirtschaft, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Menschen, die Angst haben, zu verhungern, fliehen. Was tut die Bundesregierung dagegen, dass der Profit von Konzernen Vorrang vor dem Überleben von Menschen hat? Auch darauf, Frau Bundeskanzlerin, müssten Sie eine Antwort geben.

Not, Elend, also Armut, nehmen weltweit ebenso zu, wie der Reichtum anwächst. Nur ganz wenige Zahlen:

Seit 2008 hat sich die Zahl der Milliardäre auf der Erde verdoppelt. Die reichsten 80 Personen auf der Erde besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit, das heißt wie 3,5 Milliarden Menschen. 80 Menschen besitzen genauso viel wie 3,5 Milliarden Menschen! Vor fünf Jahren waren es noch 388 Personen. Interessant ist: Aus 388 Personen werden nicht 400, 500 und dann 600, sondern daraus werden 80, weil der Reichtum sich ganz anders konzentriert. Eine Milliarde Menschen haben ein Einkommen von einem Dollar pro Tag. Armut, bittere Armut führt ebenso zur Flucht.

Dagegen unternimmt die Bundesregierung nichts. Denn auf wesentlich höherem Niveau passiert in Europa und Deutschland das Gleiche. Die OECD stellte jetzt fest, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland sich deutlich vergrößert hat, übrigens immer mit einer SPD in der Regierung; ich kann es doch nicht ändern.

– Sie müssen es sich einfach anhören. – Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verdienten Mitte der 80er-Jahre fünfmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent unserer Bevölkerung. Inzwischen verdienen sie siebenmal so viel.

Ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt 32 Prozent des gesamten Vermögens, und die finanziell schwächere Hälfte der Haushalte, also 50 Prozent unserer Haushalte, besitzt ein Prozent des Vermögens. 50 Prozent besitzen ein Prozent des Vermögens! Das Interessante ist: 1998 besaß diese Hälfte noch vier Prozent des Vermögens. Aus vier Prozent werden nicht fünf Prozent und dann sechs Prozent und sieben Prozent, sondern aus vier Prozent wird ein Prozent. Das ist eine Katastrophe. Damit machen Sie die Gesellschaft kaputt.

Ein Staat, der selbst so ungerecht verteilt, kann sich auch nicht weltweit wirksam gegen Armut einsetzen und organisiert mithin schon wieder Flüchtlinge.

Nachgewiesen wird von der OECD übrigens auch, wie schädlich für die Binnenwirtschaft die Schwächung der Kaufkraft eines großen Teils unserer Bevölkerung ist. Der Generalsekretär der OECD sagte – ich zitiere wörtlich –:

Der Kampf gegen Ungleichheit muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken.

Die Linke wird genau das versuchen.

Weltweit muss auch ein entschiedener Kampf gegen Rassismus geführt werden. Sinti und Roma sind zum Beispiel die in vielen europäischen Ländern erheblich benachteiligten Teile der Bevölkerung. Sie fliehen in der Hoffnung, endlich irgendwo hinzukommen, wo sie gleichberechtigt behandelt werden. Gerade in diesen viel diskutierten westlichen Balkanländern findet eine menschenrechtsverletzende und menschenrechtsverachtende Politik gegenüber Sinti und Roma statt. Außerdem ist die Politik von Orbán in Ungarn schlicht indiskutabel. Dagegen muss ganz entschieden Stellung genommen werden.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereden Sie eigentlich auf den G-

7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen? Das wäre doch wohl das Mindeste.

Nun erwarten wir in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge in Deutschland, die eigentlich kein Problem, sondern eine Chance sind.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich begrüße es ausdrücklich, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie für die Flüchtlinge in Ungarn hier die Türen geöffnet haben. Aber ich sage: Auch die Zustände in Ungarn müssen ganz deutlich verbessert werden. Dazu komme ich noch. Also: Es ist eigentlich fantastisch, dass viele Tausende Menschen zu uns kom-

men, aber es ist noch fantastischer, wie viele Tausende Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind, sie begrüßen und sie unterstützen. Ich glaube, das hätte es so vor zehn Jahren noch nicht gegeben. Das ist eine sehr gute Entwicklung.

Aber man darf das auch nicht überziehen. Auch ehrenamtliche Helfer sind irgendwann müde, sind irgendwann abgespannt. Das heißt, der Bund muss eingreifen und vor allen Dingen die strukturellen Probleme lösen.

Auf der anderen Seite haben wir einen rechtsextremen Mob, der rassistisch hetzt, hasst und Flüchtlingsunterkünfte in Brand setzt. Ich sage Ihnen: Dagegen müssen wir geschlossen auftreten, egal wie groß ansonsten unsere Meinungsunterschiede sind.

Aber es gibt auch Menschen, die Ängste damit verbinden, die glauben, dass es ihnen besser ginge, wenn es weniger Flüchtlinge gäbe. Ich habe sie gefragt, ob es ihnen

Auch die Zustände in Ungarn müssen ganz deutlich verbessert werden.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

trakten Ängste abzubauen. Und wir sind verpflichtet, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen. Ich sage Ihnen: Wenn Verhältnisse so sozial ungerecht sind, dann nutzt das der Rechtsextremismus aus, um Leute für sich zu gewinnen mit schlichten rassistischen und anderen Losungen. Also kämpfen wir nicht nur aus materiellen Gründen, sondern auch aus wichtigen ideellen Gründen für deutlich mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

Im Übrigen: Der ärmere Teil der Bevölkerung ist der Teil, der immer seltener zur Wahl geht. Das ist demokratiegefährdend. Wir müssen also auch mehr soziale Gerechtigkeit gestalten, damit diese Menschen wieder die Demokratie begrüßen und sich an Wahlen beteiligen.

Die Flüchtlinge sind schon deshalb eine Chance, weil uns immer mehr Arbeitskräfte fehlen. Der Arbeitgeberpräsident begrüßt deshalb den Zustrom an Flüchtlingen. Jedes Jahr sterben bekanntlich mehr Deutsche als geboren werden. Da es ja handwerklich nicht verlernt worden ist, müssen wir uns doch einmal Gedanken darüber machen, woran das liegt. Ich sage Ihnen: Das liegt daran, dass wir keine kinderfreundliche Gesellschaft sind. Es liegt daran, dass wir ein Bildungssystem aus dem 19. Jahrhundert haben, dass es keinen chancengleichen Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur bei Kindern gibt. Von einem solchen Zugang kann nicht einmal im Ansatz die Rede sein.

Die umfassende prekäre Beschäftigung dank Agenda 2010 verhindert, dass die Menschen verantwortungsbewusst Kinder in die Welt setzen können. Massenhaft kriegen junge Leute nur befristete Arbeitsverträge von einigen Monaten. Sie wissen nicht einmal, was aus ihnen wird, geschweige denn, was aus ihren Kindern werden soll. All das sind die Ursachen dafür.

Aber selbst wenn wir – das muss ich so deutlich sagen – Flüchtlinge wirtschaftlich nicht brauchen, sind wir verpflichtet, sie anständig zu behandeln, sie anständig unterzubringen und sie zu integrieren.

Deshalb ist es gut, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie im kommenden Jahr sechs Milliarden Euro im Bundeshaushalt dafür einsetzen wollen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Geld genügt nicht, und vor allem ist das keine strukturelle Lösung. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Wir müssten den Solidaritätszuschlag nicht abschaffen, sondern beibehalten und das Aufkommen

daraus gerecht unter den 16 Bundesländern verteilen, damit diese die Aufgaben bei der Unterbringung und bei der Integration der Flüchtlinge meistern können.

Das Asylverfahren ist übrigens Bundesrecht. Insofern müssen die Kosten meines Erachtens auch vom Bund getragen werden, aber nicht von den Ländern und Kommunen.

Es ist richtig, dass Sie mehr Deutschkurse anbieten. Ihre Überlegungen, Flüchtlinge schneller loszuwerden, gehen aber eindeutig in die falsche Richtung.

Sie erweitern die Zahl sicherer Herkunftsländer, um schneller abschieben zu können. So soll nun der Kosovo ein sicheres Herkunftsland sein, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sie begründen uns doch immer die Notwendigkeit der Bundeswehr im Kosovo damit, dass es dort so unsicher ist. Was stimmt denn nun? Braucht man dort die Bundeswehr, oder ist das ein sicheres Land? Sie müssen auch einmal Logik in Ihre Politik bringen.

Übrigens: Der Vorschlag, Bargeld für Flüchtlinge abzuschaffen und durch Gutscheine zu ersetzen, widerspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Gehen Sie doch keinen grundgesetzwidrigen Weg. Er ist immer falsch.

Flüchtlinge sollen nach drei Monaten Aufenthalt Leiharbeit verrichten dürfen. Sie wollen also einen neuen Sektor für Niedriglohn eröffnen. Auch das ist indiskutabel. Darunter sind übrigens oft viele qualifizierte Kräfte. Mir wird immer gesagt, dass man nicht weiß, ob die Qualifikation stimmt. Mein Gott, wir haben doch immer eine Probezeit. Da weiß beispielsweise ein Arzt so-

fort, ob die Qualifikation stimmt oder nicht stimmt. Hier müssen wir einmal etwas lockerer, etwas unbürokratischer werden und dafür sorgen, dass die Menschen so schnell wie möglich Beschäftigung finden.

Sechs osteuropäische Länder erklärten, niemals mit Flüchtlingsquoten einverstanden zu sein: Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen und Lettland. Nun bin ich auch gegen Quoten, weil es sich nämlich um Menschen handelt und nicht um Sachen; die kann man nicht einfach verteilen.

Aber eine gerechte Kostenverteilung innerhalb der Europäischen Union halte ich für zwingend erforderlich. Wenn dann Länder, die kaum Flüchtlinge aufnehmen, nicht bereit sind, ihren Kostenanteil zu zahlen, müssen ihnen die

Zuschüsse von der EU entsprechend gekürzt werden. Da muss man jetzt einmal mehr Mumm zeigen, Frau Bundeskanzlerin.

Übrigens erklärt die polnische Regierung, dass Polen für muslimisch gläubige Flüchtlinge ungeeignet sei. Nun ist dieses Land bekanntlich schwer katholisch geprägt. Es kann doch nicht wahr sein, dass ich denen jetzt schon wieder die Bergpredigt von Jesus Christus erklären muss.

Wenn diese Mitglieder der polnischen Regierung zur Beichte gehen, müssen sie so viele Rosenkränze beten, dass sie gar nicht mehr aus der Kirche herauskommen. Ich kann nur sagen: Führen Sie mit denen mal eine scharfe und deutliche Auseinandersetzung.

Ungarn. Orban schafft Schritt für Schritt die Demokratie ab und strebt eindeutig autoritäre Strukturen an. Das verkündet er sogar. Die USA haben bereits Sanktionen ausgesprochen. Und was macht unsere Bundesregierung? Sie mault etwas vor sich hin. Das reicht nicht. Hier müssen wirklich Maßnahmen ergriffen werden, aber nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von der EU.

Und noch etwas, das interessiert mich, Frau Dr. Merkel, Herr Kauder und Frau Hasselfeldt. Orbans Partei ist Mitglied der konservativen Fraktion im Europäischen Parlament. Das heißt, die Abgeordneten der CDU und der CSU sitzen gemeinsam in einer Fraktion mit den Mitgliedern von Orbans Partei. Meinen Sie nicht, es ist höchste Zeit, diese Partei aus Ihrer europäischen Fraktion rauszuschmeißen, und zwar achtkantig?

Insgesamt sieht man die unzureichenden Strukturen der EU. Nichts Wirksames geschieht gegen Orbans unerträgliche Politik.

Russland. Russland ist eine Weltmacht, und nicht, wie Obama meinte, eine Regionalmacht. Russland ist eine Vetomacht. Russland ist das militärisch stärkste Land in Europa. Obama verlangte Wirtschaftssanktionen durch die EU, auch durch die Bundesrepublik. Wie immer sind Sie den Forderungen der US-Administration artig gefolgt und haben alles gemacht, was sie wollte. Wir haben dadurch deutliche Wirtschaftseinbußen. Ich kenne mittelständische Unternehmen, die an Russland geliefert haben und jetzt nicht wissen, wie sie die Insolvenz verhindern sollen.

Nun lese ich, dass nach russischen Angaben der Handel zwischen den USA und Russland um sechs bis elf Prozent zugenommen hat. Ich meine, es wäre doch eine sagenhafte Frechheit, von uns Sanktionen zu verlangen und selbst den Handel zu steigern.

Deshalb sage ich Ihnen: Hören Sie endlich damit auf! Sie müssen eine eigenständige Interessenpolitik machen. Es gibt keinen Frieden in Europa ohne oder gegen Russland. Das müssen wir beachten.

Noch etwas: Jetzt höre ich plötzlich, dass Russland Waffen und Truppen um Syrien zusammenzieht. Dann lese ich, das sei alles mit den USA abgestimmt. Dann lese ich wiederum, dass die US-Regierung die russische Regierung warnt. Jetzt frage ich mich: Ist die Warnung auch abgestimmt, indem man sagt: „Macht das mal, aber wir müssen so tun, als ob wir dagegen sind“? Ich hoffe, Frau Bundeskanzlerin, Sie können uns einmal aufklären und sagen, wie es da wirklich aussieht. Es wird Zeit, dass unsere Bevölkerung diesbezüglich informiert wird.

Noch etwas: Ich verstehe sehr gut, dass man Assad nicht mag; das kann ich alles nachvollziehen. Er verletzt Menschenrechte in vielfacher Hinsicht. Aber man wird einen Frieden ohne Assad doch wirklich nicht finden. Ist die Friedensfrage nicht wichtiger als die Frage, wen man aus Menschenrechtsgründen ablehnt oder nicht ablehnt?

Letztlich müssen wir begreifen und danach handeln: Frieden und Sicherheit brauchen wir überall auf der Erde. Deutschland darf nicht der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sein.

Türkei. Es gab einen Friedensprozess zwischen der Regierung der Türkei und den Kurdinnen und Kurden. Dann hat sich die Regierung entschieden, gegen die PKK Krieg zu führen. Jetzt sagt Erdogan, es gibt für ihn nur noch eine militärische Lösung. Er marschiert sogar in den Irak ein. Aber gerade die syrischen und irakischen Kurdinnen und Kurden, wenn ich darauf einmal hinweisen darf, führen den einzig wirklich wirksamen Kampf am Boden gegen den „Islamischen Staat“. Die werden jetzt aber bekriegt, und zwar von einem NATO-Partner. Und was machen Sie dagegen? Nichts. Geben Sie doch einmal dieses Schweigen auf und suchen Sie die wirkliche Auseinandersetzung mit Erdogan, weil das nicht mehr hinnehmbar ist!

Griechenland. Herr Schäuble, vielleicht haben Sie Ihr Ziel erreicht, und die linke Regierung ist gestürzt. Wir warten das Ergebnis der Wahlen ab.

Aber eines hat die linke Regierung von Griechenland erreicht: eine Diskussion in ganz Europa über den Euro und über die EU-Strukturen, wie wir sie noch nie hatten. Jetzt stellt sich die Frage,

ob die EU weiter in Richtung Demokratie- und Sozialabbau oder endlich umgekehrt in Richtung mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit gestaltet wird. Wir brauchen die EU für den Frieden in Europa, aber eben auch für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Ich sage Ihnen, Herr Schäuble, Sie haben leider mit Ihrer Politik erreicht – Sie natürlich auch, Frau Bundeskanzlerin –, dass der Rechtspopulismus und der Rechtsextremismus, die zu den alten Nationalstaaten zurückwollen, in den europäischen Ländern Erfolge zeigen. Schon das müsste Sie wachrütteln und die Politik gänzlich ändern.

TTIP. Wir haben immer die mangelnde Transparenz bei dem sogenannten Freihandelsabkommen, das da zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelt wird, kritisiert. Es hat sich ein kleines bisschen verbessert, aber nicht viel. Jetzt nenne ich Ihnen drei Probleme:

Erstens. Wir kennen ein Vorsorgeprinzip, das in den USA unbekannt ist. Die kennen ein Nachsorgeprinzip. Das heißt, wenn man in Deutschland ein neues Lebensmittel auf den Markt bringen will, muss man beweisen, dass das nicht schädlich ist.

Dass wir da manchmal falsche Beweise kriegen, ist eine andere Frage. Man muss es aber beweisen. In den USA ist es genau umgekehrt. Da kann man jedes Lebensmittel auf den Markt bringen. Wenn man dann aber Schaden anrichtet, wird man irgendwann zu ein paar Milliarden Schadenersatz verurteilt. Das ist eine völlig umgekehrte Herangehensweise.

Die mittelständischen Unternehmen sagen mir, sie liegen damit zwei bis drei Jahre zurück und haben dadurch einen ganz großen Nachteil. Das sollte Sie doch eigentlich interessieren. Zweitens. Die Schiedsgerichte sind abenteuerlich. Sie müssen sich einmal Folgendes überlegen: Da kommt ein kanadischer oder amerikanischer Konzern, klagt vor einem Schiedsgericht und bekommt dann 200 Milliarden Euro Schadenersatz durch die Bundesregierung zugebilligt, und man kann nichts mehr machen. Es gibt kein weiteres Gericht, weder ein deutsches noch ein europäisches. Die eigenen Unternehmen müssen bis zum Europäischen Gerichtshof oder bis zum Bundesverfassungsgericht gehen, um irgendetwas durchzusetzen. Das ist wiederum eine schwere Benachteiligung.

Ich weiß, dass die Wirtschaft für ein Freihandelsabkommen ist. Wir sagen dazu Nein. Ich weiß

**Aber man
wird einen
Frieden
ohne Assad
doch wirklich
nicht finden.**

**Orban schafft
Schritt für Schritt
die Demokratie
ab und strebt
autoritäre
Strukturen an.**

auch, welche Kritik Sie daran üben, und die sollten Sie ernst nehmen.

Drittens.

Das für uns entscheidende Kriterium ist das Verbot von Investitionshemmnissen. Ich bitte Sie: Wissen Sie, was das heißt? Das heißt Folgendes: Ein amerikanischer Konzern gründet zu irgendeinem Zeitpunkt, als es eine bestimmte rechtliche Situation gab, seinen Sitz in Deutschland. Danach gibt es Neuwahlen in der Bundesrepublik Deutschland, und – sagen wir einmal – es entsteht eine vernünftige Regierung, also aus oder mit Linken; nur einmal angenommen.

Passen Sie auf: Jetzt erlaubt diese Regierung sich, die Mitbestimmung in Unternehmen zu erweitern, vielleicht sogar ein kleines bisschen die Steuern für die Konzerne zu erhöhen. Und dann sagen die: Das verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen. – Wenn Sie das unterschreiben, dann sagen Sie, dass eine Politik in einer bestimmten Richtung verboten ist und dass die Verhältnisse nur noch reaktionärer werden dürfen. Da kann doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Anbetracht ihrer Geschichte eigentlich niemals zustimmen; aber Sie organisieren das Ganze noch.

Ich komme zur prekären Beschäftigung. Wir haben in Deutschland nach wie vor den

größten Niedriglohnsektor in Europa. Wir hatten einmal – vor 20 Jahren – 26 Millionen Menschen in Vollzeitbeschäftigung, jetzt nur noch 22 Millionen. Der Anteil der prekären Beschäftigung, das heißt erzwungenen Teilzeit, Befristung, Leiharbeit und geringfügigen Beschäftigung, ist um 70 Prozent gestiegen und beträgt jetzt 21 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. Ich sage Ihnen ganz klar: Leiharbeit ist für mich eine moderne Form der Sklaverei und muss verboten werden.

Aber wenn Sie schon Ausnahmen machen, dann müssen Sie wenigstens dafür sorgen, dass eine Leiharbeiterin oder ein Leiharbeiter ab der ersten Stunde der Beschäftigung Anspruch auf 110 Prozent des Lohnes hat, den ein anderer Beschäftigter in dem Unternehmen für die gleiche Tätigkeit bezieht, damit diese Leiharbeit endlich zur Ausnahme wird und nicht zu einem Nötigungsmittel, um der eigenen Belegschaft das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld und vieles andere zu entziehen.

Befristung darf es nur noch mit Sachgrund geben und nicht – wie heute – willkürlich.

Auch die erzwungene Teilzeit müssen wir loswerden. Wenn es Teilzeit schon gibt, dann muss sie freiwillig sein, aber mit dem Recht auf Rückkehr zur Vollbeschäftigung. Übrigens, die Frauen trifft es besonders hart. Die Vollzeitbeschäftigungsquote bei Frauen sank

von 55 Prozent auf 40 Prozent, und die Zahl der Teilzeitjobs für Frauen nahm zu von 3,8 auf 6,3 Millionen. Ich sage Ihnen: Armut ist immer weiblich. Deshalb war der Streik der Erzieherinnen und Erzieher und der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter so wichtig, um wenigstens zu erreichen, dass diese klassischen Frauenberufe endlich nicht mehr so grotten-schlecht bezahlt werden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Wir brauchen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Übrigens, Frau Nahles, wann setzen Sie Ihre – aus unserer Sicht völlig unzureichenden – Gesetze zur Begrenzung von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Werkverträgen endlich um? Das wird Zeit, das kann man doch nicht bloß beschließen.

Also, ich sage Ihnen ganz klar: Wir werden einen entschiedenen Kampf gegen die prekäre Beschäftigung und den Niedriglohnsektor in Deutschland führen.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen Folgendes:

Wenn wir jetzt über die Halbzeit der Großen Koalition reden, dann darf ich doch drei Dinge bewerten:

Erstens. Immer wieder wird behauptet, dass Sie, Frau Dr. Merkel, die CDU sozialdemokratisiert haben. Welches Bild muss inzwischen eigentlich von der Sozialdemokratie herrschen, wenn Ihre Politik als sozialdemokratisch

gilt?

Aber ich frage mich, welche Projekte Sie eigentlich in den nächsten zwei Jahren anfangen wollen. Leider glaube ich nicht, dass Sie wirksam die Fluchtursachen bekämpfen, die Rüstungsexporte wesentlich und deutlich beschränken, einen Kampf führen gegen den Niedriglohnsektor, gegen die prekäre Beschäftigung und gegen die Altersarmut und endlich eintreten für Chancengleichheit, insbesondere für Kinder beim Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur. Dazu gehört übrigens auch ein deutlich billigerer öffentlicher Nahverkehr. Aber was haben Sie stattdessen vor? Erzählen Sie es uns.

Zweitens. Die CSU ist ein besonders trauriger Fall.

– Ja, Frau Hasselfeldt, ich muss es Ihnen sagen. Sie hatten aus Ihrer Sicht zwei tolle, aus meiner Sicht zwei ganz besonders blöde Projekte. Das war einmal das Betreuungsgeld, mit dem Sie Eltern dafür bezahlten, dass sie das Lernen ihrer Kinder in Kindertagesstätten unterbinden.

Wir haben Ihnen gesagt, dass es grundgesetzwidrig ist. Sie haben es uns nicht geglaubt. Inzwischen hat es das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt.

Und dann die Maut! Liebe CSU, ich habe Ihnen gesagt, mit Tricks kann man Europarecht nicht umgehen. Sie wollten es mir nicht glauben und mussten nun alles

stoppen, nachdem in der EU ein Verfahren gegen unser Land eingeleitet wurde. Ich werde Sie nicht inhaltlich überzeugen können.

Aber glauben Sie mir: Wenn Sie diesbezüglich nicht über solche Mitglieder verfügen, müssen Sie sich wenigstens Beraterinnen und Berater suchen, die sich im Europarecht und im Grundgesetz auskennen. Glauben Sie mir das!

Drittens: die SPD. Die SPD sitzt, auch wenn sie es gelegentlich vergisst, ebenfalls in der Bundesregierung. Viel zu spüren ist das allerdings nicht.

Sie stehen vor einer spannenden Frage: Wollen Sie ein Anhängsel der Union bleiben oder doch zu einem Gegenüber werden?

Die Depressionen bei Ihnen gehen ja schon so weit, dass in Ihren Reihen, lieber Herr Gabriel, diskutiert wird, ob man überhaupt noch eine eigene Kanzlerkandidatin oder einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellen sollte. Mein Gott! Wann kehrt in die Sozialdemokratie endlich mal wieder Leidenschaft, Kampfgeist, und zwar für Frieden und soziale Gerechtigkeit, zurück?

Mein letzter Satz: Viel Hoffnung für die Bevölkerung entsteht durch die – übrigens wegen der großen Mehrheit – demokratiegefährdende Große Koalition für die nächsten beiden Jahre nicht, aber wer weiß, was 2017 passiert!

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin

Deutschland kann die Herausforderung bewältigen



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Unsere Wirtschaft ist stark, unser Arbeitsmarkt robust. In vielen Branchen werden Fachkräfte sogar regelrecht gesucht. Das heißt, man kann sagen, Deutschland ist in diesen Monaten in guter Verfassung.

Ein entscheidender Grund – bei Weitem nicht der einzige –, warum Deutschland stark ist, liegt in der soliden Finanz- und Haus-

haltspolitik dieser Bundesregierung.

Wir sind den Weg der wachstumsorientierten Konsolidierung gegangen, und er hat sich bewährt. Das gibt uns den nötigen Rückhalt und macht uns voll handlungsfähig. Wir haben im vergangenen Jahr mit dem Haushalt für 2015 einen historischen Wendepunkt erreicht: keine neuen Schulden. Und das gilt auch weiter für die mittelfristige Finanzplanung.

Das heißt, Deutschlands Finanzen stehen auf einem soliden Fundament. Das ist wiederum einer der Gründe dafür, dass sich auch die wirtschaftspolitische Halbzweibilanz der Bundesregierung mehr als sehen lassen kann. Die Wirtschaft wächst deutlich. Wir haben eine Rekordbeschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Juli auf knapp 43 Millionen Personen gestiegen. Das waren 160 000 mehr als im Vorjahr. Was ich be-

sonders bemerkenswert und wichtig finde: Der Anstieg geht auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurück. Das ist ja genau unser Ziel.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 1991 nicht mehr. Die bundesweite Arbeitslosenquote lag im August bei 6,4 Prozent und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Wir haben mit einer Quote von 7,7 Prozent – immer noch zu hoch, aber immerhin – die niedrigste Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen in der Europäischen Union.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mehr Geld in der Tasche. Seit Amtsantritt dieser Bundesregierung sind die Löhne in jedem Quartal stärker gestiegen als die Inflation. Die deutschen Exporte erreichen einen neuen Höchststand. Das alles geschieht in einem Umfeld, das ja bei Weitem nicht nur als stabil bezeichnet werden kann. Die Weltwirtschafts-

lage ist nicht völlig ohne Risiken. Die Schwellenländer gehen durch eine schwierige Phase. Aber wir als Bundesregierung rechnen mit einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent in diesem und auch im nächsten Jahr.

Solide Finanzen – das zeigt sich in diesen Tagen – machen es möglich, dass wir auf plötzlich auftretende neue Herausforderungen reagieren können, wie jetzt im Haushaltsplan für 2016. Es sind sechs Milliarden Euro Mehrausgaben vorgesehen, davon drei Milliarden Euro für den Bund und drei Milliarden Euro für die Unterstützung von Ländern und Kommunen.

Nachhaltige Haushaltspolitik – das hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt – eröffnet eben auch Spielräume, Möglichkeiten für zukunftsorientierte Investitionen. Wir haben wichtige Impulse gesetzt: in der Infrastruktur, bei Forschung und Entwicklung, in der Energie- und Klimapolitik und im digitalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Vor allem die Verkehrsinfrastruktur sind deutlich erhöht worden. Wir geben in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich für Verkehrsinfrastruktur aus. An einigen Stellen sind die Planun-

gen noch gar nicht so weit fortgeschritten, dass das Geld auch ausgegeben werden kann. Aber es gibt Bundesländer, die Reserven haben.

Hinzu kommen weitere 4,35 Milliarden Euro aus dem Investitionspaket 2016 bis 2018.

Wir haben 2009 die Breitbandstrategie der Bundesregierung gestartet, und sie zahlt sich aus: Fast 70 Prozent der Haushalte haben heute Bandbreiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde – Anfang 2010 waren es nur 39 Prozent –, und bis 2018 wird es eine flächendeckende Breitbandversorgung geben, auch im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur an Bundesinvestitionen gedacht. Wir wissen, dass die Kommunen die wichtigste Ebene für öffentliche Investitionen sind. Die Kommunen haben auch Steuermehreinnahmen, aber die Finanzlage der Kommunen insgesamt ist unterschiedlich. Deshalb unterstützen wir die Kommunen so sehr, wie das nie zuvor geschehen ist. Aber wir haben noch einen besonderen Schwerpunkt gesetzt: Der Bund wird gerade die finanzschwachen Kommunen mit einem Sonderfonds für Zukunftsinvestitionen unter-

stützen. Für die Jahre 2015 bis 2018 sind dafür, zusätzlich zu den normalen und für alle Kommunen geltenden finanziellen Hilfen, 3,5 Milliarden Euro vorgesehen. Ich glaube, das ist ein absolut richtiger Akzent.

Eines der zentralen Vorhaben dieser Bundesregierung ist und bleibt die Energiewende. Wir haben mit dem Kabinettsbeschluss vom 1. Juli dieses Jahres wichtige Weichen gestellt, damit die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden kann. Wir haben den Strommarkt zu einem Strommarkt 2.0 weiterentwickelt. Wir haben klare Entscheidungen getroffen und damit auch für Berechenbarkeit der Investitionen bezüglich des Netzausbaus gesorgt. Wir haben mehr finanzielle Mittel für den Klimaschutz bereitgestellt und die entscheidenden Weichen gestellt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Und wir haben im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie noch einmal deutlich gemacht, dass die Sicherheit während der Restbetriebslaufzeit und beim Abbau von Kernkraftwerken unbedingt zu gewährleisten ist. Das gilt auch für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Die Bundesregierung geht dabei vom Grundsatz aus, dass die Kosten von den Verursachern zu tragen sind.

Unbeschadet aller uns in diesen Tagen beschäftigenden Herausforderungen dürfen wir nicht vergessen, dass wir einen qualitativen Wandel unseres Arbeitslebens, unseres gesellschaftlichen Lebens durchlaufen, und zwar durch die Digitalisierung. Und die Bundesregierung antwortet darauf. Wir wissen, dass das Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen betrifft. Mit dem Regierungsprogramm „Digitale Agenda 2014–2017“ wird die Bundesregierung den digitalen Wandel aktiv mitgestalten. Wir werden auf der Kabinettsklausur am Dienstag der kommenden Woche die Digitalisierung als Schwerpunkt haben und über Themen wie Industrie 4.0, automatisiertes Fahren, Cybersicherheit und E-Health sprechen wie über viele andere Themen.

Nur wenn wir wirklich verstehen, was durch die Digitalisierung passiert, wird es auf Dauer gelingen, hochprofitable Wertschöpfungsketten in Deutschland zu halten. Unser Plus in diesen Tagen ist, dass der Anteil der industriellen Produktion in Deutschland im internationalen Maßstab nach wie vor vergleichsweise hoch ist. Aber in Zukunft werden sich die Wertschöpfungsketten ändern. Die Fra-

ge der Datenverarbeitung wird eine wesentliche Rolle spielen. Wenn wir diesen Prozess der Wertschöpfung aus Daten nicht zeitnah mitgestalten, wenn wir nicht die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dann laufen wir Gefahr, mit unserer industriellen Produktion zu einer verlängerten Werkbank zu werden, und das muss verhindert werden. Ich glaube, das können wir schaffen. Auf der europäischen Ebene werden mit der Datenschutzgrundverordnung, die jetzt beraten wird, wichtige Weichen gestellt. Im Übrigen brauchen wir eine europäische Strategie für die Digitalisierung. Glücklicherweise gibt es auch diesbezüglich erste Fortschritte.

Wir arbeiten genauso beharrlich daran, die europäische Staatsschuldenkrise zu überwinden. Wir haben in diesem Sommer ein umfassendes Programm auf den Weg gebracht, das Griechenland eine Chance bietet, in der klassischen Herangehensweise – Solidarität und Eigenverantwortung – wieder zu Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu kommen. Wenn wir auf den Euroraum insgesamt blicken, können wir sagen: Es gibt eine wirtschaftliche Erholung, die Wirtschaftslage ist besser als noch vor einem Jahr, und insbesondere reformstarke Euroländer wie Spanien und Irland wachsen überdurchschnittlich. Spanien wächst jetzt so schnell, wie es vor der Krise gewachsen ist. Man kann hier nur sagen, dass sich der Reformweg gelohnt hat.

Ermutigend ist, dass die sogenannte Staatsschuldenquote 2015 erstmals abnehmen wird, im Euroraum auf 94 Prozent des BIP, im gesamten EU-Raum auf 88 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn wir uns die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts anschauen, müssen wir ehrlich sagen: Auch Deutschland hat noch eine Wegstrecke vor sich. Länder wie Polen, Schweden und Dänemark haben wesentlich weniger Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt als wir. Also müssen auch wir uns weiter anstrengen.

Ich halte es zur Schaffung von Wachstumsvoraussetzungen für absolut wichtig, dass wir die Freihandelsabkommen intensiv weiterverhandeln. Wir sehen die Chancen dieser Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Ich will darauf hinweisen, dass wir Punkt für Punkt – das ist hier nicht der Rahmen dafür – all das, was darüber erzählt wird, entkräften. Es handelt sich um ein Freihandelsabkommen zwischen zwei

Wirtschaftsräumen der Welt mit den höchsten Standards, sowohl was Verbraucherschutz als auch was Umweltschutz anbelangt. Wenn diese Regionen es schaffen, ein faires gemeinsames Abkommen zu schließen, wird dies Wirkung haben auf alle anderen Handelsabkommen weltweit, die sich heute fast gar nicht um Verbraucherschutzstandards, um soziale Standards oder um Umweltschutzstandards kümmern. Das könnte ein Freihandelsabkommen der Zukunft sein, weil es darin nicht einfach nur um Zölle geht, sondern um sehr viel mehr. Damit können wir Maßstäbe setzen.

Auch wenn wir viel über Infrastrukturprojekte sprechen, über die Energiewende, über die Digitalisierung und über die Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise, so steht doch im Zentrum unserer Politik immer auch die Frage: Was bedeutet das für die Menschen? Der einzelne Mensch in seiner Lebenssituation in unserem Land zählt für uns. Deshalb möchte ich heute ein Thema herausgreifen, bei dem die Große Koalition exemplarisch gezeigt hat, dass sie sich gerade auch um die Sorgen und Nöte der Menschen kümmert. Es geht um die Pflege alter oder kranker Menschen, die – das gilt für fast jede Familie – die Angehörigen vor gewaltige Herausforderungen stellt. Wir haben mit dem Pflegestärkungsgesetz, das zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, einen ersten Schritt gemacht. Damals haben wir unter anderem deutliche Verbesserungen im Bereich der ambulanten Pflege beschlossen.

Jetzt unternehmen wir einen zweiten Schritt, und das ist ein revolutionärer Schritt. Viele werden sich erinnern, wie lange wir über den neuen Pflegebegriff diskutiert haben.

Es war eine lange, ausführliche Diskussion – einen Teil der Verzögerungen nehme ich auf meine Kappe –, weil uns wichtig war, dass wir sicherstellen, dass der neue Pflegebegriff körperliche, geistige und psychische Einschränkungen gleichermaßen berücksichtigt.

Wir hatten ja schon einen ersten Schritt im Hinblick auf Demenzerkrankungen gemacht. Aber genauso wichtig war mir und uns, dass niemand durch den neuen Pflegebegriff in eine Situation kommt, in der er sich schlechter stellt und nicht versteht, warum wir eine Pflegebedürftigkeit gegen eine andere ausspielen. Das haben wir sorgsam geprüft, und jetzt liegt ein Gesetzentwurf vor, der mit Sicherheit für alle, die der Pflege bedürfen, eine Verbesserung mit sich bringt. Wir haben dafür auch eine Beitragserhöhung von 0,2 Prozent beschlossen. Aber ich glaube, das ist gut investiertes

Geld für Menschen in einer schwierigen Lebenslage und ihre Familien. Deshalb halte ich das für einen ganz wichtigen Schritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle überhaupt nicht in Abrede, dass noch viel zu tun ist in Deutschland. Aber wenn wir sehen, was um uns herum in der Welt passiert, dann möchte ich heute hier auch einmal sagen: Es ist ein Privileg, und es ist ein Glück, in guten demokratischen Verhältnissen zu leben und über einen Haushaltsentwurf wie diesen zu sprechen. Ich sage das auch mit Blick auf 25 Jahre deutsche Einheit, meine Damen und Herren.

Das ist wirklich nicht überall auf der Welt so. Denken wir zum Beispiel nur an die Lage vor unserer eigenen Haustür, nämlich in der Ukraine, die uns unverändert Sorgen macht. Die Achtung des Rechts ist unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben. Durch die Annexion der Krim und den von Russland unterstützten Separatismus in der Ostukraine hat Russland diese Ordnung fundamental verletzt.

Wir haben uns in den letzten Monaten immer und immer wieder dafür eingesetzt, dass die Krise in der Ukraine auf diplomatischem Weg gelöst werden kann. Das Ziel dabei ist, dass die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt werden kann. Das Maßnahmenpaket von Minsk wurde im Februar beschlossen. Es ist nach wie vor Richtschnur auf diesem Weg. Wir haben seit Anfang September nach vielen Rückschlägen einen immer noch fragilen, aber etwas verbesserten Waffenstillstand. Aber wir wissen, wir sind längst nicht am Ziel.

Ich darf Ihnen sagen, dass die Bundesregierung, der Bundesaußenminister und auch ich, gemeinsam immer und immer wieder – auch im Normandie-Format – zusammen mit dem französischen Außenminister und dem französischen Präsidenten darüber wachen werden und Anstrengungen unternehmen werden, um diesen Prozess voranzubringen, der jetzt auch in eine entscheidende politische Phase gekommen ist, was Verfassungsänderungen anbelangt, was die Frage von Lokalwahlen anbelangt. Wir sind da längst nicht über den Berg. Aber wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, weil wir nur diesen diplomatischen Weg sehen, meine Damen und Herren, und den zu gehen müssen wir immer und immer wieder versuchen.

Ich möchte mich in diesem Zu-

sammenhang auch bei der OSZE bedanken. Die Beobachter der OSZE leisten hier eine herausragende Arbeit. Manch einer hatte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit schon ein bisschen sozusagen in die Reihe der auslaufenden Organisationen gestellt. Ich kann nur sagen: Wenn wir sie nicht hätten, wären wir in diesem Prozess mit der Ukraine längst nicht an dem Punkt. Deshalb ist es auch gut, dass Deutschland im nächsten Jahr den Vorsitz übernimmt. Wir arbeiten heute schon mit der Schweiz und Serbien in der Troika zusammen und werden das nächste Jahr fortsetzen.

Meine Damen und Herren, trotz dieses tiefgreifenden Konflikts mit Russland gibt es in diesem Jahr in der internationalen Politik auch manches, das positiv überrascht und das Mut macht, zum Beispiel die Einigung der E3+3, also unter Beteiligung Russlands und Chinas, mit dem Iran auf einen gemeinsamen umfassenden Aktionsplan im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm. Dieser Aktionsplan beruht nicht auf Vertrauen oder der Vermutung, wie der Iran in zehn oder 15 Jahren aussehen könnte, sondern auf sehr detaillierter Kontrolle, um den Weg Irans zu einer Nuklearwaffe zu stoppen.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier ganz herzlich danken. Er hat wirklich Stunden und Aberstunden und Tage in Genf verbracht. Danke für Ihr Mit-

Positives sehen wir auch bei den Vereinten Nationen; denn die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben sich in New York auf eine 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung verständigt. Übernächste Woche sollen die Texte von den Staats- und Regierungschefs offiziell verabschiedet werden. Erstmals haben wir einen universell gültigen Aktionsplan mit 17 konkreten Zielen. Armutsreduzierung wird mit dem Ziel weltweiter nachhaltiger Entwicklung verbunden. Das ist ein Fortschritt.

Ich glaube, gerade diese Verabschiedung der 2030-Agenda gibt auch einen Impuls zu einer anderen wichtigen internationalen Tagung in diesem Jahr, nämlich der Klimakonferenz in Paris. Hier arbeiten Deutschland und Frankreich sehr eng zusammen. Wir wollen alles tun, damit die französischen Gastgeber eine erfolgrei-

Der einzelne Mensch in seiner Lebenssituation in unserem Land zählt für uns.

Fortsetzung auf nächster Seite

che Konferenz durchführen können. Nach Kopenhagen brauchen wir diesen Erfolg. Auf der Welt geschieht vieles, was uns optimistisch stimmt.

Aber die wenigen internationalen Lichtblicke können nun wirklich nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Jahr 2015 für so viele Länder und vor allen Dingen für so viele Menschen bislang ein furchtbares Jahr ist. Nur wenige Flugstunden von Europa entfernt gibt es Krieg, Terror, Tod und Verzweiflung. Nie nach dem Zweiten Weltkrieg hat es so viele Flüchtlinge weltweit gegeben wie im Augenblick. In Syrien hat der Krieg inzwischen 250 000 Menschenleben gekostet. Innerhalb des Landes sind über sieben Millionen Menschen auf der Flucht. Vier Millionen Syrer haben in den Nachbarländern, in Jordanien, im Libanon, in der Türkei, Zuflucht gefunden.

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ kontrolliert weite Gebiete im Osten Syriens und im Nordwesten des Iraks. Deutschland hat hier Verantwortung übernommen. Ich erinnere an unseren Beschluss, den Peschmerga im Norden des Iraks zu helfen. Das war ein völlig neuer Schritt in unserem Herangehen, weil wir nicht die Augen verschließen konnten vor der Verfolgung der Jesiden, vor der Verfolgung anderer, auch vor der Verfolgung von Muslimen. Wir haben uns entschlossen, zu helfen, und diese Hilfe wird auch anerkannt. 3 000 irakisch-kurdische Sicherheitskräfte wurden ausgebildet. Sicherlich werden wir in Zukunft auch weiter über Möglichkeiten der Ausbildung sprechen.

Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ ist eine der großen Herausforderungen. Es ist noch nicht sicher, dass er erfolgreich sein wird, aber wir müssen daran arbeiten. Der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ bringt uns auch immer wieder in Erinnerung, dass Kämpfer dort aus unseren Ländern kommen, aus den Ländern Deutschland, Großbritannien, Frankreich, aus europäischen Ländern. Das heißt, wir können nicht sagen: „Das ist da irgendwo ein Problem“, sondern es beschäftigt auch uns. Das ist ein Element davon, dass wir insgesamt nachdrücklich spüren, dass diese Konflikte in Syrien, im Irak nicht irgendwo stattfinden, sondern letztlich vor den Toren Europas. Diese verheerenden Konflikte sind nicht etwas, das man nur im Fernsehen sieht, sondern ihre Folgen erreichen uns.

Eine dieser Folgen ist, dass vo-

raussichtlich bis zu 800 000 Menschen einen Antrag auf Status als Bürgerkriegsflüchtling oder auf politisches Asyl stellen werden. Das wäre die höchste in Deutschland jemals registrierte Zahl. So weit die Zahlen. Doch dahinter stehen ja Schicksale. Wir alle verfolgen, welche Tragödien sich abspielen, ob es Fotos von toten Kindern sind, die auf entsetzliche Art und Weise umgekommen sind, oder ob es das entsetzliche Leid und der Tod der Menschen in dem Lkw waren. Sie stehen exemplarisch für viele, viele Schicksale.

Deshalb sind wir in der Verantwortung. Diese Verantwortung nehmen wir wahr. Sie fordert uns. Bund, Länder und Kommunen wollen das in guter Zusammenarbeit schaffen und arbeiten daran. Heute findet ein weiteres Bundesländer-Treffen statt. Wir haben bereits im Juni gesagt: Das ist eine nationale Aufgabe. Am 24. September werden wir dann eine Sonder-MPK mit der Bundesregierung durchführen, auf der wir hoffentlich die notwendigen Beschlüsse fassen.

Die Koalition hat im Koalitionsausschuss am Sonntag gemeinsame Positionen erarbeitet, wie wir die richtige Antwort auf die augenblickliche Asyl- und Flüchtlingssituation geben. Es ist klar: Wir werden nicht einfach weitermachen können wie bisher, sondern wir werden Regelungen überdenken müssen, wir werden Regelungen zeitweise außer Kraft setzen müssen, wir müssen Abläufe verbessern, wir müssen Entscheidungen schneller fällen. Wir brauchen uns auch nicht gegenseitig die Schuld zuzuschieben, wer dies und jenes noch nicht gemacht hat, sondern wir müssen jetzt einfach anpacken und alle konkreten Hindernisse aus dem Weg räumen, um den Menschen, die zu uns kommen, zu helfen und ein friedliches Zusammenleben in unserem Land zu gewährleisten.

So wie wir schnell auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert haben, werden wir auch schnell – das ist mit den Fraktionen besprochen – auf die Herausforderungen in diesem Zusammenhang reagieren. Wir wollen noch im Oktober dieses Jahres das Paket beschließen, das die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Ich will hier nicht die einzelnen Maßnahmen referieren; die kennen Sie. Wichtig ist, dass wir in dieser Situation über ein paar grundsätzliche Gedanken sprechen.

Erstens. Diejenigen, die als Asylsuchende zu uns kommen oder als Kriegsflüchtlinge anerkannt

werden, brauchen unsere Hilfe, damit sie sich schnell integrieren können. Sie brauchen Hilfe, um schnell Deutsch zu lernen. Sie sollen schnell eine Arbeit finden. Viele von ihnen werden Neubürger unseres Landes werden. Wir sollten aus den Erfahrungen der 60er-Jahre, als wir Gastarbeiter zu uns gerufen haben, lernen und von Anfang an der Integration allerhöchste Priorität einräumen.

Wenn wir es gut machen, dann birgt das mehr Chancen als Risiken.

Zweitens. Diejenigen, die nicht vor politischer Verfolgung oder Krieg flüchten, sondern aus wirtschaftlicher Not zu uns kommen, werden nicht in Deutschland bleiben können.

So schwer ihr persönliches Leben auch sein mag, so gehört dies dennoch zur Wahrheit, und wir sprechen sie auch aus. Wir werden die Anerkennungs- und Registrierungsverfahren und auch die Rückführungen deutlich schneller und konsequenter durchführen müssen als bislang.

Drittens. Ein Land, das viele, die neu zu uns kommen, willkommen heißt, das auch viele willkommen heißt, die aus ganz anderen Kulturkreisen kommen, muss auch deutlich machen, welche Regeln bei uns gelten. Auch das gehört zu einer offenen Gesellschaft. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn sich Milieus verfestigen, die Integration ablehnen, oder wenn sich Parallelgesellschaften herausbilden. Hier darf es keine Toleranz geben; auch das müssen wir von Anfang an sagen.

Viertens. Wir werden nicht zulassen, dass unsere Grundwerte und unsere Menschlichkeit von Fremdenfeinden verraten werden. Abstoßend und beschämend ist es, wenn Flüchtlingsheime angegriffen werden, wenn Menschen angepöbelt werden, wenn Menschen angegriffen werden und wenn dumpfe Hassbotschaften wo auch immer verbreitet werden. Wir werden mit der ganzen Härte des Rechtsstaates dagegen vorgehen – auch im Internet, was der Justizminister jetzt ja tut.

Fünftens. Die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise gelingt nicht allein auf nationaler Ebene. Sie ist eine Herausforderung für die Europäische Union, für jeden Mitgliedstaat in der Europäischen Union, und das nicht nur in praktischer Hinsicht, weil wir vielleicht sagen: Wir haben sehr viele Flüchtlinge und andere wenige. – Nein! Wenn Europa in der Flüchtlingsfrage versagen würde, dann ginge ein entscheidender Gründungsimpuls eines geeinten Europas verloren, nämlich die enge Verbindung mit den universellen Menschenrechten, die Europa von Anfang an bestimmt hat und die auch weiter gelten muss. Dafür

werden wir gemeinsam kämpfen, meine Damen und Herren.

Deshalb müssen wir in Europa zu tragfähigen und solidarischen Lösungen kommen. Die Westbalkankonferenz in Wien vor wenigen Tagen war ein guter Beitrag.

Tragödien, wie die ersticken Flüchtlinge, die in einem Lkw in Österreich gefunden wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Wir müssen die Situation auf dem Mittelmeer, aber auch die zwischen der Türkei und Griechenland viel besser unter Kontrolle bekommen. Wir müssen effektiv gegen Schlepperbanden vorgehen. Hierfür gibt es jetzt den Einstieg in die zweite Phase der entscheidenden Operationen auf dem Mittelmeer.

Die deutschen Schiffe haben sich an der Rettung von Flüchtlingen beteiligt, und ich möchte den Soldatinnen und Soldaten der Marine, die bereits mehr als 7 200 Flüchtlinge aus Seenot gerettet haben, ausdrücklich einen herzlichen Dank sagen.

Wir müssen viel enger mit den Transit- und Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Auch sie müssen sichtbar Verantwortung übernehmen. Wir werden im November einen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs mit den Vertretern der Afrikanischen Union auf Malta haben und darüber reden. Die Europäische Kommission wird das vorbereiten. Daneben werden wir auch das Gespräch mit der Türkei intensivieren müssen. Denken wir nur einmal an die Route, die von der Türkei in Richtung Ungarn und dann nach Österreich und Deutschland führt.

Ich habe gestern mit dem türkischen Ministerpräsidenten telefoniert. Wir werden die Gespräche fortsetzen. Donald Tusk ist heute als Ratspräsident in der Türkei, um Gespräche mit dem Präsidenten Erdogan und mit dem Ministerpräsidenten zu führen. Hierbei wird es auf der einen Seite darum gehen, zu sagen: „Ja, die Türkei hat in den letzten Jahren sehr viel Verantwortung übernommen, und vielleicht haben wir das auch für selbstverständlich genommen und einfach gedacht, das werde schon so weitergehen“, auf der anderen Seite müssen wir aber auch eine vernünftige Kooperation mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage finden. Denn es kann nicht sein – die Türkei und Griechenland sind NATO-Mitgliedstaaten –, dass Schlepper sozusagen das bestimmende Element in einer Region sind, in der diese beiden Länder ihre Grenze haben. Das muss verändert werden.

Wir brauchen innerhalb Europas natürlich Solidarität. Zur Stunde hält Jean-Claude Juncker seine Rede zur Lage der Union. Er wird Vorschläge für einen ersten Schritt der fairen Verteilung unterbreiten. Insgesamt brauchen wir aber eine verbindliche Einigung über eine verbindliche Verteilung von Flüchtlingen nach fairen Kriterien zwischen allen Mitgliedstaaten, also eine andere Verteilung als jetzt noch. Es wäre ja schon ein wichtiger Schritt, wenn wir das erreichen würden, was Jean-Claude Juncker heute vorschlägt, zum Beispiel eine erste Diskussion auf dem Rat der Innen- und Justizminister am nächsten Montag.

Wir können nicht nur sagen: „Wir verteilen eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen“, sondern wir müssen auch überlegen, wie wir mit den Flüchtlingen, die bei uns ankommen, umgehen. Man kann hier keine Höchstgrenze setzen und sagen, dass man sich darüber hinaus nicht darum kümmert, sodass dies die Sache von zwei, drei oder vier Ländern ist, sondern es muss hier eine europäische Verantwortung geben. Nur so werden sich alle Mitgliedstaaten auch um die Behebung von Fluchtursachen und internationalen Konflikten kümmern. Auch das ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Sechstens. Die geopolitische Situation, ob es der Bürgerkrieg in Syrien ist, ob es der islamistische Terror im Nordirak ist, ob es die politischen Systeme in Eritrea oder Somalia sind, wird sich nicht über Nacht ändern. Selten haben wir in diesem Haus gespürt, wie eng die Innenpolitik, die Entwicklungspolitik und die Außenpolitik zusammenhängen. In Europa wird oft gesagt, es gebe keinen Unterschied mehr, ob die europäische Politik ein wenig mehr Innen- oder mehr Außenpolitik ist. Die Globalisierung bringt uns in eine Situation, in der wir plötzlich merken: Wenn wir – auch über die europäischen Grenzen hinaus – außen- und entwicklungspolitisch etwas nicht tun, dann kann das innenpolitisch gravierende Folgen haben. Das – davon bin ich zutiefst überzeugt – wird die Realität des 21. Jahrhunderts sein. Das ist der Anfang und nicht das Ende einer Entwicklung, und wir müssen lernen, darauf zu reagieren. Daran arbeiten wir.

Siebtens. Wir erleben immer wieder, dass es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke. Sehr oft haben wir diese

Wir dürfen nicht wegsehen, wenn sich Milieus verfestigen, die Integration ablehnen.

Es ist klar: Wir werden nicht einfach weitermachen können wie bisher.

Herausforderungen zusammen mit Frankreich bewältigt. Auch jetzt haben wieder der französische Präsident und ich, nach Vorarbeit der Innenminister, Vorschläge an die Kommission gemacht, wie wir die Flüchtlingssituation besser meistern können. Aber wir erleben auch Situationen wie jetzt am Wochenende, als wir zum Beispiel gemeinsam mit Österreich eine Entscheidung ge-

fällt haben. Und wir haben diese Entscheidung aus humanitären Gründen gefällt.

Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben – das sollte uns Mut machen –, ist, dass es genau diese Bereitschaft

und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht.

Nicht, wenn wir uns verweigern, wird es wahrscheinlich, dass wir eine europäische Lösung finden. Vielmehr wird es dann, wenn wir mutig sind und manchmal vorgehen, wahrscheinlicher, dass wir eine europäische Lösung finden.

Das ist aller Anstrengungen

wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so groß die Herausforderung auch ist – diese Herausforderung ist lang andauernd, und sie ist groß; ich mache mir da überhaupt keine Illusionen –, so sehr bin ich überzeugt, dass Deutschland sie bewältigen kann. Mehr noch: Ich bin überzeugt, dass wir es nicht nur können, sondern dass wir, wenn wir es gut machen, wenn

wir es mutig angehen, wenn wir nicht verzagt sind, sondern Ideen suchen, wenn wir kreativ sind, letztlich nur gewinnen können. Das sollte uns leiten bei der Bewältigung dieser Herausforderung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir erleben ein echtes Septembermärchen



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Bevor ich auf die Flüchtlinge in unserem Land und in Europa und ihre Situation zu sprechen komme, will ich gern auf zwei Dinge eingehen, Frau Bundeskanzlerin, die Sie hier in Ihrem Rechenschaftsbericht erwähnt haben und die vielleicht wenigstens eines Faktenchecks bedürfen.

Der erste Punkt. Sie haben gesagt, die Bundesregierung hätte einen Schwerpunkt auf Investitionen gelegt. Wir haben in der Tat einen gigantischen Investitionsstau in unserem Land. Schienen, Straßen, Brücken, Schulen und vieles andere liegen im Argen. Diese Last wird vor allen Dingen von den Kommunen und Ländern getragen. Frau Bundeskanzlerin, wenn Sie sich Ihren Haushalt anschauen und wenn Sie sich die mittelfristige Finanzplanung anschauen, dann sehen Sie: Investitionsquote unter 10 Prozent mit sinkender Tendenz bis 2019. Sie sollten hier ehrlich sein, Frau Bundeskanzlerin.

Der zweite Punkt. Sie haben sich in einem Nebensatz regelrecht verraten, indem Sie gesagt haben, TTIP wäre jetzt in diesem Haus nicht das Thema.

Den Eindruck haben wir auch. Die Unterlagen zu den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen sind nämlich keinem einzigen Bundestagsabgeordneten zugänglich. Aber 139 Personen kön-

nen diese Unterlagen im Auftrag der Bundesregierung in der amerikanischen Botschaft einsehen. Das verstehe ich nicht unter Parlamentarismus, und das verstehe ich nicht unter Transparenz. Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Leute dagegen auf die Straße gehen.

Wir erleben in Deutschland derzeit ein echtes Septembermärchen: Am Münchner Hauptbahnhof, in Dortmund, in Saalfeld

Und auch in vielen anderen Orten stehen Menschen an den Bahnsteigen mit Essen und Trinken, mit Rat und Tat. Wir sind plötzlich Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe. „Die Welt zu Gast bei Freunden“ – das bekommt plötzlich eine ganz andere Bedeutung. Und ich kann zum ersten Mal sagen, dass ich uneingeschränkt stolz auf mein Land bin, wären da nicht schon wieder Unterkünfte angezündet worden. Doch die Nazis sind in der Minderheit, und sie bleiben es auch.

Was mich bewegt, ist der Ruck, der durch die Zivilgesellschaft geht. Es gibt Menschen, die bei der Bereitstellung von Unterkünften anpacken und Flüchtlinge bei sich zu Hause aufnehmen – wie unser Kollege Martin Patzelt. Sie bringen ihnen Deutsch bei, vermitteln sie in Arbeit und binden sich sogar lebenslang mit Bürgerschaften. Sie zeigen, dass Deutschland ein starkes und funktionsfähiges Land ist. Davon, Frau Bundeskanzlerin, haben Sie die ganze Zeit geredet; aber eigentlich müssten diese Menschen Sie auch beschämen. Denn ohne die tausendfache Hilfe, die gerade landauf, landab geleistet wird, wären wir nicht in der Lage, die Flüchtlinge angemessen zu versorgen.

Sie bemühen sich hier, den Eindruck zu erwecken, als hätten Sie alles im Griff, als würde der Innenminister einen guten Job machen, als hätten die Koalitionspartner an diesem Wochenende

weitreichende Beschlüsse gefasst, als könnten Sie die Defizite im Umgang mit den Flüchtlingen sozusagen „wegmerkeln“. Doch Sie stecken in einem echten Dilemma und in einer Politikkrise. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie waren vor Heidenau kein einziges Mal in einer Flüchtlingsunterkunft. Ich gebe zu, ich konnte es gar nicht glauben, dass Sie bis dahin einen Bogen um die Schicksale derer gemacht haben, deren Verwandte im Mittelmeer ertrunken sind, deren Geschwister in Aleppo sitzen und am Telefon Schüsse hören.

Sie haben, als Sie in der Schweiz diskutierten, spät, sehr spät, aber dann die richtigen Worte gefunden – auch zum Islam in unserem Land und zum Christentum. Viele sehen das Filmchen jetzt im Internet. Sie haben letzte Woche Worte gefunden und am Wochenende auch deutlich gemacht: Wir sind aufnahmebereit. Als ich Sie heute hier gehört habe, habe ich gedacht, dass Sie schon wieder im Verwaltungsmodus sind. Jetzt müssen aber Taten folgen, deutsche Flexibilität, ja, aber noch viel wichtiger deutsche Schnelligkeit. Es kann nicht sein, dass jetzt wieder Wochen verstreichen, bis verhandelt wird.

Packen Sie bitte in die Konzepte für morgen nicht schon wieder die Rezepte von gestern: Sachleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Ja, sollen denn demnächst tatsächlich Drogeriegutscheine, Fahrkarten oder Zigaretten als Sachleistung ausgegeben werden? Haben die Helfer denn wirklich nichts anderes zu tun, meine Damen und Herren?

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben gesagt: Wir stehen vor einem Problem von der Dimension der deutschen Einheit. Da gebe ich Ihnen auch recht. Deshalb dürfen wir aber die Fehler von damals nicht wiederholen. Der Osten besteht heute nicht nur aus blühen-

den Landschaften, und es hat auch mehr als ein paar Pfennige gekostet. Genauso wenig lässt sich die Flüchtlingshilfe jetzt mit einer Einmalzahlung von 3 Milliarden Euro an die Länder irgendwie begleichen. Das ist eine wirklich große Aufgabe.

Es ist nicht einfach. Zu uns kommen Menschen, die einen Bürgerkrieg, Diktatur und Verfolgung erlebt haben, Menschen aus anderen Kulturen, mit einem viel strengeren Religionsverständnis, mit Vorstellungen zu Gleichstellung und Homosexualität, die nicht die unsrigen sind. Heute geht es darum, winterfeste Quartiere zu organisieren, aber morgen schon darum, zu vermitteln, was unser Grundgesetz ausmacht. Ja, wir werden auch über unsere Werte, über unsere Identität diskutieren müssen. Und wir werden klarmachen müssen: Unsere Gesetze gelten in diesem Land.

Integration, das geht nicht per Koalitionsbeschluss an einem Wochenende. Deutschland funktioniert auch nicht nach dem Motto „Alte Bundesrepublik, neue Bundesländer und Flüchtlinge – und das war's dann“. Unser Land wird sich verändern, und es hat sich schon verändert. Heute haben bereits 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund, und dabei habe ich die „Ossis“ noch nicht mitgerechnet.

Welche Aufmerksamkeit, welche Energie und welche Ressourcen lassen wir denen zukommen, die heute schon in unserer Gesellschaft chancenlos sind? Auch diese Frage müssen Sie beantworten. An den Langzeitarbeitslosen in unserem Land droht der Zug der Koalitionsbeschlüsse nämlich gänzlich vorbeizuziehen. Ich halte das für unverantwortlich mit Blick auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Frau Merkel und die Koalition, Sie haben ein Sofortprogramm vorgelegt. Aber das reicht nicht. Bei Migration und Integration geht es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deswegen brauchen wir mehr: Wir brauchen einen nationalen Flüchtlingspakt. Setzen Sie sich mit allen zusammen, die Verantwortung haben und übernehmen: mit den Ländern, den Kommunen, den Ge-

werkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und den Arbeitgebern! Es muss jetzt um die Frage gehen, wie Deutschland in 20 Jahren aussieht und was unsere Identität ausmacht, statt darum, zu verwalten und zu „merkeln“.

Warum – diese Frage muss ich stellen, weil ich finde, aus der Vergangenheit zu lernen, kann auch einen Erfolg für die Zukunft bedeuten – sind wir jetzt in diesem Krisenmodus? Wegen der 800 000 Menschen, die dieses Jahr zu uns kommen sollen, wie der Innenminister prognostiziert? Vermutlich werden es mehr sein, wie Hannelore Kraft zu Recht sagt. Ja, aber diese Menschen sind schon lange unterwegs. Nur ist das der Bundesregierung nicht aufgefallen.

Ich greife willkürlich ein Jahr heraus: 2008 verzeichnete Deutschland 28 000 Anträge auf Asyl. So viele kommen derzeit in drei Tagen zu uns. Für 2008 meldete der UNHCR 42 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Heute sind es 60 Millionen. Sie hätten es sehen können.

Frau Bundeskanzlerin, die Flüchtlingspolitik ist in der Krise. Aber Sie haben den Grund dafür bisher nicht benannt. Deswegen will ich das tun: Das deutsche Sankt-Florians-Prinzip ist in sich zusammengebrochen.

Das Prinzip, Flüchtlinge sollten möglichst weit weg von Deutschland bleiben, am besten in den Herkunftsländern, deren Nachbarländern oder jedenfalls in den Staaten der EU-Außengrenzen, ist wie ein Dominospiel zusammengeklappt.

Bevor Deutschland in die Krise kam, haben wir andere Staaten in dieselbe geschickt. Im Libanon ist heute jeder vierte Einwohner ein Flüchtling. In der Türkei leben fast 2 Millionen Flüchtlinge. Als Sie mit Herrn Erdogan geredet haben, Frau Merkel, haben Sie, hoffe ich, auch etwas zum Umgang mit der Halklarin Demokratik Partisi (HDP) und den Kurden gerade in diesem Land gesagt.

Bei uns wird ein Flüchtling auf 100 Einwohner kommen. Wie lange konnte dieses Ungleichgewicht noch weitergehen? Dieser Dominostein kippte als erster. Im letz-

Fortsetzung auf nächster Seite

ten Jahr kamen schon 170 000 Flüchtlinge nach Italien und 43 500 nach Griechenland. Das war ein Anstieg um 280 Prozent. Jedem kritischen Beobachter war klar: Hier bahnte sich ein Kollaps an, und das europäische und deutsche Asylsystem kann nicht mehr funktionieren. Hier kippte der nächste Dominostein.

Ich will daran erinnern, was die Antworten des Innenministers waren: mehr Frontex, mehr scheinbar sichere Herkunftsstaaten und eine tödliche lange Zeit keine Unterstützung der italienischen Marine bei Mare Nostrum und der Seerettung. Es mussten erst an einem Wochenende 1 000 Menschen ertrinken, bevor die Bundesregierung bereit war, Schiffe und Bundesmarine zu mobilisieren. Das war beschämend. Daran muss erinnert werden, damit es nie wieder passiert, auch wenn die Bilder von den ersten Seiten der Zeitungen verschwinden.

In dieser Zeit wurde übrigens auch nicht über gerechte Verteilung innerhalb Europas diskutiert. Ich will Sie nur daran erinnern: 2013 konnte man sich nicht einigen, ob man in Deutschland nun 5 000 oder 10 000 Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt. Wer heute mit dem Finger auf andere Länder zeigt, darf sich zumindest daran erinnern.

Hat sich eigentlich das Bundesinnenministerium jemals gefragt, was passiert, wenn dieser Asylschutzschirm zusammenbricht, den Sie über Deutschland gespannt hatten? Wie haben Sie die Länder und Kommunen in der Vorbereitung unterstützt? Welche Krisenpläne hatte das BMI eigentlich ausgearbeitet? Die Antwort ist ein vielfaches Nichts. Stattdessen hat Deutschland gerade einmal so viele Entscheider für Asylverfahren wie die Niederlande: 500. 250 000 Anträge liegen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Hinter jedem dieser Anträge steht ein Mensch, der nicht weiß, was die Zukunft für ihn bringt. Dieses Versagen von Verwaltung, diese Langsamkeit und dieses Sich-nicht-darum-Kümmern, dass Menschen dort eingestellt oder dahin versetzt werden – das müssen Sie sich sagen lassen, Herr Innenminister –, hat diese Krise, in der wir sind, und die Schwierigkeiten, in denen die Länder und Kommunen jetzt sind, verstärkt herbeigeführt.

Wenn Sie jetzt nicht umkehren und nicht ganz schnell dafür sorgen, dass Hunderte zusätzliche Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Bearbeitung der Anträge eingestellt werden, dann werden wir in eine zunehmend schwierigere Situation kommen. Das wird dann auf dem Rücken der Flüchtlinge sowie der Kommunen und Länder aus-

getragen. Das geht so nicht.

Es geht um Flexibilität, wie die Bundeskanzlerin gesagt hat. Ja, ich bin dafür. Ich bin dafür, Standards abzusenken, wenn es um den Bau von Quartieren geht. Das ist nun einmal so in dieser Situation, auch wenn uns das nicht gefällt und das nicht von Dauer sein darf. Bund und Länder sollen nun 3 Milliarden Euro bekommen. Wofür soll das eigentlich reichen? Mit welchen Flüchtlingszahlen rechnet man? Soll dieser Betrag für 150 000 Flüchtlinge, für 300 000 Flüchtlinge, von denen wir zu Beginn dieses Jahres ausgingen, oder für 800 000 bzw. 1 Million Flüchtlinge, von denen andere ausgehen, reichen? Was wir jetzt brauchen, ist Verlässlichkeit. Die Kommunen müssen wissen, welchen Betrag pro Flüchtling sie erhalten und dass sie diesen Betrag vom Bund auf jeden Fall bekommen, egal wie viele Flüchtlinge kommen; darauf kommt es jetzt an. Es darf kein Geschenk geben, nur weil alle wieder einmal laut schreien. Wichtig ist Verlässlichkeit. Diese kann man von der Bundesregierung erwarten.

Sie haben die Entwicklungen in Europa und die außenpolitische Situation angesprochen. Aber es kann doch nicht sein, dass wir noch immer keine sicheren Wege nach Europa haben. Es kann doch nicht sein, dass man noch immer einem Schlepper 1 000 oder sogar 4 000 Euro zahlen muss, obwohl ein Flug von Bodrum nach Berlin nur 77 Euro kostet. Schlepperbekämpfung betreibt man am besten mit sicheren Wegen. Das macht man nicht, indem man nur so tut, als würde man Schlepper bekämpfen, aber letztendlich „Schiffe versenken“ spielt. Schlepper bekämpft man, indem man sichere Wege nach Europa schafft und diesem Unwesen endlich ein Ende setzt.

Ich will noch ein Wort zu den sogenannten Anreizen und zur CSU sagen, die von dieser fixen Idee nicht lassen will. Ob nun Zäune errichtet werden, Gutscheine eingesetzt werden oder abgelehnte Asylbewerber schlechter behandelt werden – ich glaube übrigens, dass dieser Vorschlag verfassungswidrig ist –, all das ist den Kriegs- und Armutsflüchtlings keinen einzigen Gedanken wert. Wenn Horst Seehofer einmal mit den Flüchtlingen in den Erstunterkünften gesprochen hätte, wüsste er das. Angesichts der Äußerungen der CSU am Wochenende habe ich mich gefragt: Warum steht der bayerische Ministerpräsident eigentlich nicht am Hauptbahnhof in München? Gibt es momentan wichtigere Aufgaben als das?

Herr Steinmeier, im April letzten Jahres – ich habe das extra nachgeschaut – haben wir Sie auf den Schwarzhandel mit Visa in

Beirut aufmerksam gemacht. Seither ist die dortige Visastelle etwas ausgebaut worden.

Aber die Wartezeit auf ein Visum beträgt in Beirut noch immer ein halbes und in Ankara fast ein ganzes Jahr. Hier geht es um Familienzusammenführung und Menschen, die unter fürchterlichen Bedingungen leben und zu uns kommen dürfen. Sie müssen warten, weil die Administration nicht funktioniert. Ich akzeptiere das nicht und erwarte von Ihnen, dass Sie dort Abhilfe schaffen.

Frau Bundeskanzlerin, in der Finanzkrise haben Sie bemerkenswerte Ruhe und Schnelligkeit – darauf haben Sie selbst hingewiesen – an den Tag gelegt. Aber dann kam erst einmal nichts, keine Bankenregulierung und keine effiziente Aufsicht. Kurze Zeit später stolpert Europa in die Griechenland-Krise. Beispiel Atomausstieg: Unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima korrigierten Sie Ihren Fehler beim Atomausstieg. Aber seither dümpelt die Energiewende vor sich hin. Ich kann nur hoffen, dass es diesmal anders ist und dass Sie nun vorausschauend und auf Dauer handeln.

Ein starkes Land wie unseres kann die Aufnahme von Schutzsuchenden stemmen. Wir können das Zusammenleben organisieren und die Menschen mit ihren Befürchtungen und Ängsten mitnehmen. Aber dafür braucht es mehr als technokratisches Administrieren, nämlich Empathie, Überzeugungskraft und eine entschlossene Haltung gegenüber fremdenfeindlichen Tendenzen, wie Sie selber gesagt haben. Ich hoffe sehr, dass das so bleibt. Dafür kann ich Ihnen auch die Mitarbeit der Grünen zusagen.

Da gibt es ein paar Grundsätze: Jede und jeder hat das Recht, überprüfen zu lassen, ob er oder sie Anspruch auf Asyl hat. Weil es dieses Grundrecht gibt, meine Damen und Herren, kann es schon rechtslogisch gar keinen Asylmissbrauch geben. Deswegen: Hören Sie auf, solche Worte zu benutzen.

Herr Kollege Straubinger, Ihnen kann ich nur sagen: Gehen Sie doch rüber. Gehen Sie einmal nach Damaskus, und schauen Sie sich an, wie es sich dort gerade lebt.

Treffen Sie doch einmal ein paar Flüchtlinge, statt vom Schreibtisch aus die Welt zu erklären. Jetzt zu sagen, man könne auch nach Syrien abschieben, das finde ich der Situation nicht angemessen. Ich finde, das ist den Flüchtlingen gegenüber eine Katastrophe. Sie schüren Unsicherheit, und Sie schüren damit zugleich noch Ressentiments. Hören Sie damit sofort auf!

Das, was uns die Bürgerinnen und Bürger jetzt gerade vorma-

chen, können wir nutzen, etwa als Aufbruch. Ich meine die Humanität, die Freundlichkeit und auch die Bereitschaft, etwas über die eigene Kraft hinaus zu tun. Wir können es aber auch nutzen, um klarzumachen: Das geht weiter. Ja, wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, damit die Neubürger, von denen Sie gesprochen haben, Frau Bundeskanzlerin, irgendwann zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern werden können. Ich frage mich, wie viel Unterstützung hat eigentlich Ihr Generalsekretär dafür?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, so groß Ihr Fortschrittsvorsprung gefühlt auch sein mag, leider ist Ihnen recht spät aufgefallen, dass Sie wenigstens ein „Einwanderungsgesetz light“ wollen. Lieber Sigmar Gabriel, da müssen Sie sich vielleicht fragen: WwTSt? – Was würde Til Schweiger tun? Wir werden einen entsprechenden Entwurf hier noch einmal zur Abstimmung stellen, und dann können auch Sie für ein Einwanderungsgesetz stimmen.

Meine Damen und Herren, Flüchtlingspolitik, ja, das ist eine europäische Aufgabe. Wir sind das potenteste Land in Europa, und aus dieser Stärke folgt dann eben auch Verantwortung. Die Verantwortung darf aber eben nicht heißen: „Was ist gut für Deutschland?“, sondern muss heißen: Was ist gut für Europa? Das ist der qualitative Schritt, um den es geht. Wir können hier nicht über die Lasten der Flüchtlingsaufnahme stöhnen und weiter jeden Elan bei der Bekämpfung der Fluchtursachen vermissen lassen.

Das gilt aber übrigens auch für die Bekämpfung der Fluchtursachen auf dem europäischen Kontinent. Wer Geld in Staaten mit korrupter Verwaltung gibt, muss kontrollieren, wo und wie dieses Geld ankommt, und zwar erst recht, wenn es um die Verbesserung der Situation der Schwächsten, nämlich der Roma in einigen Balkanstaaten, geht.

Wer, wie Herr Juncker das getan hat, das Signal an den Westbalkan sendet, dass Europa nicht dorthin kommt, muss sich nicht wundern, dass sich die Menschen aufmachen, um in dieses Europa zu kommen. Deswegen ist der Arbeitsmarktzugang für diese Menschen so wichtig. Wir helfen an dieser Stelle ja gern mit Ideen. Haben Sie sie aufgenommen? Ich hoffe, Sie setzen sie auch so um, dass es nicht nur bei Überschriften bleibt, die eine Beruhigungsspielle sein sollen.

Herr Gysi, vielleicht können Sie das Ihrer Fraktion als Abschiedsgeschenk ins Stammbuch schreiben: Wer Europa immer nur schlechtredet, kann auf der anderen Seite nicht an die europäische Solidar-

gemeinschaft appellieren.

Es ist immer viel leichter, das Böse in den USA zu sehen, als sich selber Gedanken über Fluchtursachen und über eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu machen.

Meine Damen und Herren, vor eineinhalb Jahren begann die Debatte über mehr Verantwortung in der Welt. Zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung war das sehr schnell eine Debatte über den Einsatz militärischer Mittel. Da passt es ja ganz prima, wenn der Wirtschaftsminister munter im Namen der Wirtschaftsförderung Rüstungsgüter in autokratische Staaten und in Krisenregionen exportiert. Ich weiß, dass Sie das sehr nervt, Herr Gabriel. Ich werde es trotzdem immer wieder sagen. Ich werde es auch laut sagen, weil Sie sich an dem messen lassen müssen, was Sie selber überall versprechen und wie einen heiligen Gral mit sich herumtragen.

Dazu gehört es auch, dass wir mit unseren Exportüberschüssen verhindern, dass schwächere Länder eigene rentable Wirtschaftsstrukturen aufbauen können; vielmehr zerstören wir vielerorts die kleinbäuerliche lokale Landwirtschaft und lassen durch unser „Geiz ist geil“ im Fleischkonsum ganze Weltregionen über die Klinge springen.

Vielleicht hoffen Sie ja, dass angesichts der gegenwärtigen Situation und wegen der Aufnahme der Flüchtlinge die Klimakrise aus dem Blick gerät. Falsch! Während Barack Obama trotz des beginnenden Wahlkampfes sein politisches Gewicht mit Blick auf die Klimaschutzabkommen in die Waagschale wirft, verharrt die Bundesregierung im Mittelmaß.

Es gibt viele Lichtblicke auf der Welt. – Das haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, vorhin gesagt. Das stimmt – nur leider nicht bei uns. Auf dem internationalen Parkett reden Sie von Klimaschutz, aber dann vergessen Sie auf dem Heimweg immer, dass Sie zu Hause auch liefern müssen. Jetzt ist die Gefahr riesig, dass Paris auf die letzte Minute ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt, weil es eben nicht ordentlich vorbereitet ist.

Sie reden von Dekarbonisierung der Wirtschaft, aber Sie scheinen davon auszugehen, dass das irgendwie von allein passiert. Stattdessen finden sich auch in diesem Haushaltsentwurf wieder und wieder Milliarden für umweltschädliche Subventionen. Energiewende im Verkehrsbereich? Anstieg statt Reduzierung des Verbrauchs! Nur halb so viel Strom aus Erneuerbaren – nicht wie wir, wie Sie sich vorgenommen haben –, ja, hat das irgendwas mit Energiewende zu tun? Das ist das Gegenteil von Energiewende!

Wenn man das Klimaschutzpro-

gramm der Bundesregierung liest, dann muss man Aktionen schon mit der Lupe suchen. Prüfauftrag, Prüfauftrag, Gutscheine für Sprit-Spar-Training bei Neuwagenkauf – eine wirklich sehr schöne Maßnahme. Wen soll das eigentlich beeindrucken? Stattdessen subventionieren Sie weiter Kohledreckschleudern, obwohl die ordentlichen Gaskraftwerke

dastehen. Das ist eine Subvention der Kohleindustrie. Das hat nichts mit Versorgungssicherheit für die Menschen und Stromkunden zu tun, sondern mit Versorgungssicherheit für die Kohleindustrie. Nein, wir werden dieses Thema nicht vergessen und werden Ihnen immer wieder sagen: Sie haben auch hier eine Verantwortung.

Ich bleibe dabei, trotzdem: Die Flüchtlingsfrage wird die größte Aufgabe sein und bleiben. Ich habe mir den Clip angeguckt, Frau Bundeskanzlerin. Sie haben in Zürich, als Sie über den Islam sprachen, auch über das Christentum geredet und beklagt, dass man in Deutschland zu wenig Kenntnisse darüber habe, was das Pfingstfest bedeutet. Diese Chan-

ce kann ich mir jetzt nicht entgehen lassen.

Als der Heilige Geist erschien, begannen die hebräisch sprechenden Jünger, plötzlich fremde Sprachen zu verstehen. Ich schlage vor: Wir nehmen dieses Bild für genau das, was Deutschland als Vision gut gebrauchen kann. Wir verstehen einander: unterschiedliche Kulturen, Religio-

nen, Herkunft, Geschichten. Damals war es der Geburtstag der Kirche. Ehrlich gesagt, wenn wir es schaffen könnten, das Ganze jetzt als Chance zu betrachten, dann wäre das vielleicht der Geburtstag eines neuen Deutschland – wenn Sie es ernst meinen, wenn Sie es tun und wenn Sie es nicht nur verwalten.
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Diese Aufgabe ist so groß, auch die Opposition muss mithelfen



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Katrin Göring-Eckardt, ich fand nicht alles falsch, was Sie als Kritik gesagt haben, aber angesichts der Größe der Aufgabe, mit der wir es zu tun haben, fand ich Ihre Kritik insgesamt doch ein bisschen kleinteilig.

Vor allen Dingen habe ich vermisst, dass Sie wenigstens an einer Stelle sagen: Wir schaffen das. – Diese Aufgabe ist so groß, dass auch die Opposition mithelfen muss.

Meine Damen und Herren, was wir in diesem Sommer, was wir insbesondere am letzten Wochenende erlebt haben, das wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Nachdem Tausende von Flüchtlingen tagelang, zum Teil ohne Trinkwasserversorgung, in Budapest auf öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen ausharren mussten, immer verzweifelter wurden, einige sich schon aufgemacht hatten, um in Fußmärschen über die Autobahn nach Deutschland und Österreich zu kommen, hat die Bundesregierung die Entscheidung getroffen, diese Flüchtlinge aufzunehmen. Ich finde, das war eine absolut richtige, das war die einzig mögliche Entscheidung, die getroffen werden konnte.

20 000 Flüchtlinge an einem Wochenende! Ich finde, München hat diese Situation hervorragend gemeistert. Während in Budapest das Chaos und die Hilflosigkeit dominierten, gab es aus München Bilder der Hilfsbereitschaft, der Solidarität und des gegenseitigen

Respekts. Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und bei allen Ehrenamtlichen, die das geleistet haben, ganz herzlich bedanken.

Dank dieser Helfer zeigt sich Deutschland in diesen Tagen der ganzen Welt von seiner besten Seite.

Als am Sonntagmorgen um 6 Uhr ein Zug aus München mit 900 Flüchtlingen in Braunschweig ankam, hatten Stunden zuvor schon die Malteser, die Johanniter, das Rote Kreuz und die freiwillige Feuerwehr aus den Braunschweiger Ortsteilen mitten in der Nacht dafür gesorgt, dass die Flüchtlinge aufgenommen werden können, dass sie versorgt werden können, bis sie weiterverteilt werden. Ich finde, das ist großartig.

In der Griechenland-Krise haben wir gelernt, wie unerlässlich ein funktionierendes Staatswesen ist. In der Flüchtlingskrise sehen wir jetzt, wie unschätzbar wertvoll eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft ist.

Diese Hilfsbereitschaft gehört zu den wertvollsten Tugenden, zu den wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft. Sie macht unser Land stark, sie hält es zusammen, und sie zeigt uns allen: Wir können es schaffen. Ich bin überzeugt: Auf Dauer kann diese Kraft weit über die Flüchtlingsfrage hinaus unser Land positiv verändern.

Deutschland ist gewiss ein starkes Land. Daraus erwächst eine besondere Verantwortung. Wir werden auch in Zukunft mehr Flüchtlinge aufnehmen als andere. Aber zu einer realistischen Bewertung unserer Kräfte gehört auch, dass wir sagen: Allein mit Schweden und Österreich an unserer Seite können wir es nicht schaffen. Ganz Europa muss sich der Verantwortung für die Flüchtlinge stellen. Das können nicht einzelne Länder schaffen.

Ich finde, der schwedische Premierminister Stefan Löfven, der gestern bei der Kanzlerin war, hat recht, wenn er sagt: Die Flücht-

lingskrise ist eigentlich in Europa keine Flüchtlingskrise, sondern eine Verantwortungskrise.

Jedem muss doch klar sein: Wenn sich die Europäische Union nicht auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge nach festen Quoten einigen kann, dann steht eine der größten Errungenschaften dieser Union infrage, nämlich die offenen Grenzen. Wir wollen die offenen Grenzen verteidigen. Aber dafür brauchen wir eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

Zehntausende Flüchtlinge auf der Balkan-Route, überfüllte griechische Inseln – all das zeigt: Die alte Ordnung funktioniert nicht mehr, und zwar nicht erst, seitdem Deutschland die Anwendung von Dublin III auf syrische Flüchtlinge ausgesetzt hat. Es ist doch schon länger klar, dass die Ankunftsländer wie Italien, Griechenland oder jetzt auch Ungarn damit überfordert sind, die große Zahl der Flüchtlinge allein zu bewältigen. Darüber – das muss man ehrlicherweise sagen – haben wir selber lange genug hinweggesehen.

Ein erster richtiger Schritt ist es jetzt, dass die EU Aufnahmезentren zur Registrierung der Flüchtlinge in den Ankunftsändern zusammen mit dem UNHCR aufbaut. Aber im Grunde genommen brauchen wir einheitliche Asylregeln in ganz Europa; denn nur wenn Flüchtlinge innerhalb Europas gleichbehandelt werden, wird der Verschiebehahnhof für Flüchtlinge in Europa enden. Ich finde, dieser Verschiebehahnhof muss aufhören, meine Damen und Herren.

Ich glaube auch, dass Deutschland mit seinem mutigen Vorgehen viele in Europa wachgerüttelt hat. Viele Menschen schauen auf Deutschland und fragen sich: Warum sind unsere Regierungen nicht dabei? Immerhin will jetzt auch David Cameron Flüchtlinge aufnehmen: 20 000 Syrer in vier Jahren, so viel wie am vergangenen Wochenende in München angekommen sind. Ich finde, das

darf nicht das letzte Wort von David Cameron sein.

Mit aller Entschlossenheit müssen wir jetzt auch die Fluchtursachen bekämpfen; denn Menschen auf der Flucht in Europa Asyl zu gewähren, ist immer nur die zweitbeste Lösung. Die bessere Lösung ist, dafür zu sorgen, dass sie gar nicht erst fliehen müssen.

Dabei brauchen vor allem die Anrainerstaaten der Herkunftsländer dringend Hilfe. In Jordanien, im Libanon, in der Türkei verlassen jeden Tag Tausende Menschen die Flüchtlingslager, weil dort katastrophale Verhältnisse herrschen. Das UN-Flüchtlingswerk braucht in diesem Jahr 4,5 Milliarden Euro, um die Menschen in den Lagern um Syrien herum angemessen zu versorgen. Aber im Augenblick stehen nur 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung. Wenn der UN-Flüchtlingskommissar aus Finanznot die Lebensmittelrationen kürzen muss, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn immer mehr Flüchtlinge aus diesen Lagern weiterziehen nach Europa.

Diese Lücke muss die internationale Staatengemeinschaft schließen. Ich bin froh, dass die Koalition dafür 400 Millionen Euro bereitstellen will. Aber das wird nicht reichen. Deshalb bitten wir den Entwicklungshilfeminister, zu prüfen, welche Umschichtungen in seinem Etat möglich sind. Dieser wächst in diesem Jahr um 880 Millionen Euro. Aber für die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ sind bisher nur 40 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Ich finde, wir müssen in der Entwicklungspolitik einen deutlich stärkeren Akzent auf die Fluchtursachen setzen.

Meine Damen und Herren, mit ihrer großartigen Hilfsbereitschaft sind die Menschen in Deutschland in den vergangenen Wochen und Monaten bei der Flüchtlingsaufnahme quasi in Vorleistung gegangen. Jetzt müssen auch die notwendigen staatlichen Entscheidungen getroffen werden. Wir müssen zeigen, dass der Staat die Lage im Griff hat und fähig ist, die Aufnahme der Flüchtlinge so zu gestalten, dass der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht verloren geht.

Deshalb hat die Koalition am vergangenen Wochenende ein kräftiges Paket beschlossen. Wir werden die Unterbringung der

Flüchtlinge verbessern und die Asylverfahren beschleunigen. Unser Ziel ist es, dass nur noch Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden, damit sich diese von Anfang an voll und ganz auf die Integration konzentrieren können.

Wir werden neue Erstaufnahmepplätze finanzieren und das Abweichen von Baustandards erlauben, um jetzt schnell handeln zu können. Am wichtigsten ist natürlich, dass wir die Länder und Kommunen mit 3 Milliarden Euro unterstützen. Denn wir dürfen die Sorgen der Menschen, die hier leben, nicht vergessen. Die Kommunen müssen trotz der Aufnahme von Flüchtlingen handlungsfähig bleiben. Das ist der entscheidende Faktor für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir haben am Sonntag auch entschieden, dass unser Bildungssystem und der Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge schnell geöffnet werden müssen. Das ist von großer Bedeutung. Wir dürfen die Fehler nicht wiederholen – darauf hat die Bundeskanzlerin auch hingewiesen –, die wir bei den Gastarbeitern gemacht haben. Bei ihnen haben wir auf schnelle Integration verzichtet in dem Glauben, sie würden uns bald wieder verlassen. Das war ein schwerer, ein folgenreicher Irrtum.

Auch die meisten Flüchtlinge aus Kriegsgebieten werden auf Dauer bei uns bleiben. Das dürfen wir nicht nur als Belastung sehen. Das müssen wir auch begreifen als eine große Chance für eine alternde Gesellschaft, junge Fachkräfte zu gewinnen.

Wenn wir es dieses Mal besser machen, dann können nicht nur die Flüchtlinge von Deutschland, dann kann auch Deutschland von den Flüchtlingen profitieren.

Deshalb müssen wir jetzt unsere volle Konzentration richten auf Kita, Schule, Spracherwerb, Ausbildung, Beschäftigung. Bei den Flüchtlingen, die ohne Ausbildung zu uns kommen, ist es genauso wie bei denen, die bei uns leben und keine Ausbildung haben. Ich bin davon überzeugt, dass sich jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und Qualifizierung stecken, in Zukunft um ein Vielfaches auszahlen wird. Die Frage, wie lebenswert Deutschland in 10 oder in 20 Jahren sein wird, hängt davon ab, wie wir heute mit den

Flüchtlingen umgehen, wie wir sie aufnehmen und wie wir sie integrieren.

Zur Wahrheit dieses Sommers gehört aber auch, dass nicht nur Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte zu uns kommen, sondern auch viele Menschen, insbesondere aus dem Balkan, die Arbeit und ein besseres Leben suchen. Dafür habe ich ganz viel Verständnis. Aber diese Leute haben keine Chance, bei uns Asyl zu bekommen. Deshalb, finde ich, ist es auch ein Gebot der Fairness, ihnen das ganz klar zu sagen, damit sie nicht weiterhin immer wieder ihre gesamten Ersparnisse den Schleusern anvertrauen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir über die Anträge aus diesen Ländern in einem vereinfachten Verfahren entscheiden.

Bei der Frage der sicheren Herkunftsländer geht es nicht darum, die Flüchtlinge in gute und schlechte Flüchtlinge einzuteilen, sondern es geht um unterschiedliche Grade der Schutzbedürftigkeit. Weil wir nicht alle aufnehmen können, müssen wir uns auf die besonders Schutzbedürftigen konzentrieren.

Die richtige Antwort ist deshalb ein Einwanderungsgesetz, ein Ein-

wanderungsgesetz, mit dem wir die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern steuern können. Ich bin froh, dass wir uns immerhin darauf verständigt haben, in begrenzter Zahl Arbeitsvisa für qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Westbalkan zu vergeben, die in Deutschland einen tarifgebundenen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben. Auch wenn es in der Koalition noch keine Einigung über ein Einwanderungsgesetz gibt – das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Sosehr uns die Hilfsbereitschaft in unserem Land in den letzten Wochen beeindruckt hat, so besorgt macht uns die rechte Hetze, die sich derzeit in den Kommunen und in den sozialen Medien ausbreitet. Das ist unerträglich, und dagegen müssen wir mit aller rechtsstaatlich gebotenen Härte vorgehen. Ich finde gut, dass Heiko Maas, unser Justizminister, jetzt auch die Hetzparolen im Internet zum Thema gemacht hat. Facebook und Twitter müssen stärker prüfen, was gelöscht werden muss.

Das Internet darf nicht zu einem Ort des Hasses und der Hetze gegen Ausländer werden.

Die Chancen, rechtsextreme Gewalttäter in Deutschland politisch

zu isolieren, sind heute größer als vor 20 Jahren. Die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen empfindet eine tiefe Abscheu gegen Menschen, die Brandsätze in Flüchtlingswohnheime werfen. Viele dieser Gewaltakte werden von der NPD organisiert oder gefördert. Das sollte sorgfältig dokumentiert werden, damit bei den anstehenden Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht keine falschen Vorstellungen über den gewalttätigen Charakter dieser Partei existieren.

Aber es genügt natürlich nicht, nur die NPD zu verbieten. Jeder einzelne von uns muss sich den Rechtsextremen entgegenstellen, so wie es der Bürgermeister von Heidenau gemacht hat, als der rechte Mob durch die Straßen seiner Stadt zog und Polizei und Asylbewerber bedrohte. Das ist ein vorbildliches Verhalten. Solche mutigen Menschen wurden in Sachsen viel zu lange alleingelassen. Ich hoffe, das ändert sich jetzt.

Auch wenn die gesamte öffentliche Aufmerksamkeit im Augenblick der Flüchtlingsfrage gilt, dürfen wir darüber die anderen politischen Fragen nicht vergessen. Deutschland ist ein Land mit sta-

bilem Wachstum. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und den höchsten Stand der Beschäftigung seit der deutschen Einheit; wir haben wachsende Steuereinnahmen. Aber die Börsenturbulenzen in China zeigen, wie schnell die internationale konjunkturelle Lage sich ändern und wie schnell damit auch die deutsche Exportwirtschaft unter Druck geraten kann. Deshalb ist es gut, dass wir in dieser Koalition mit dem Mindestlohn, mit den hohen Tarifabschlüssen und mit Investitionen eine starke Binnenwirtschaft als zweites wirtschaftliches Standbein geschaffen haben. Der Export bleibt natürlich für unser Land eminent wichtig; aber wir haben jetzt durch wachsende Kaufkraft eine starke Binnenwirtschaft, und das hilft uns sehr.

Mit unserem Haushaltsentwurf für 2016 zeigen wir, dass diese Koalition die Infrastruktur unseres Landes weiter im Auge hat. Wir investieren in Verkehrswege, in schnelle Netze, in unsere Kommunen, in die Sicherheit, und ich hoffe, dass sich die Bundesregierung bei ihrer Klausur in Meseberg auch darauf verständigen kann, dass wir die Finanzierung von jungen, wachsenden Unternehmen

verbessern. Berlin ist inzwischen bei Unternehmensgründungen dynamischer als London. Aber mit der Gründung ist es nicht getan. Die Unternehmen brauchen auch Kapital, um sich zu größeren mittelständischen Unternehmen entwickeln zu können. Das Wachstum neuer Ideen ist von entscheidender Bedeutung für unsere Wettbewerbsfähigkeit, und deshalb müssen wir dringend etwas tun, um diese Start-ups auch in späteren Phasen gut mit Kapital auszustatten.

Der Haushaltsentwurf 2016 ist der dritte ausgeglichene Haushalt in Folge. Wir sind zuversichtlich, dass das auch am Ende des Jahres so bleibt. Das zeigt, wie richtig es war, in guten Jahren für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen. Damit sind wir heute in der Lage, zusätzliche Herausforderungen wie die Ankunft der Flüchtlinge ohne neue Schulden zu bewältigen. Das schafft Spielräume, die wir nutzen können. Wirtschaftliche Stärke schafft Kraft für Solidarität. Ich finde, diesen Weg sollten wir weitergehen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Flüchtlinge in den Lagern brauchen eine Perspektive



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Die Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2016 stehen ganz im Zeichen der vielleicht größten Herausforderungen, die wir im Nachkriegsdeutschland zu bewältigen haben. Der Bundesfinanzminister hat gestern darauf hingewiesen, dass dies nun die Priorität der nächsten Zeit ist, der wir uns zuwenden müssen. In der Vergangenheit wurde er manchmal kritisiert: Er sehe nur die schwarze Null, er sehe nur Haushaltskonsolidierung. Aber heute, auch in dieser Debatte, nehme ich wahr, dass alle froh sind, dass wir in dieser

Koalition die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, jetzt nicht kleinkariert über das notwendige Geld reden zu müssen, sondern das Geld zu haben, das notwendig ist, und zwar als Ergebnis einer hervorragenden Haushalts- und auch Wirtschaftspolitik.

Gestern habe ich die eine oder andere Stimme gehört, die sagte, das sei das Ergebnis einer gut laufenden Wirtschaft. Dazu muss ich sagen: Ja, wir haben eine stabile Konjunktur, und die Wirtschaft ist stark. Aber: Wenn wir einen Blick in die Welt werfen, dann sehen wir: Wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, dann kann die Wirtschaft auch keine richtigen Ergebnisse produzieren. Wenn daher der Satz fällt, ein Teil des Ergebnisses, das wir haben, sei bedingt durch eine florierende Wirtschaft, dann möchte ich, dass wir auch in Zukunft und gerade jetzt, da die Herausforderungen groß sind und wo es nicht nur eine gesamtpolitische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gibt, zu der die Wirtschaft gehört, alles dafür tun, dass diese Wirtschaft entsprechende Rahmenbedingungen hat und dass sie weiter so erfolgreich

arbeiten kann.

Das heißt, dass es nun ernst wird mit dem von uns auf den Weg gebrachten Bürokratieabbau. Da sollten wir jetzt die Chance nutzen, die diese Herausforderung bietet, und überlegen, ob alles, was wir in der Vergangenheit an Bürokratie aufgebaut haben, tatsächlich notwendig ist. Bei den jetzt anstehenden Gesetzesvorhaben – es sind ja einige bereits angekündigt: aus dem Arbeitsministerium, aus anderen Ministerien – werde ich schon noch mal darauf hinweisen: Wir haben den Grundsatz mit dem schönen, neuen deutschen Wort „One in, one out“ beschlossen. Wenn ein neues Gesetz mehr Bürokratie bringt, muss sie an anderer Stelle abgebaut werden. Da bin ich mal sehr gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Großen Koalition, ob wir dazu die Kraft haben. Wir müssen sie haben, damit der Satz auch in Zukunft stimmt: Jawohl, es ist ein Gesamtergebnis – gute Haushaltspolitik und eine funktionierende Wirtschaft –, das uns zum Erfolg bringt und uns jetzt die Aufgaben lösen lässt, die wir haben.

Also: Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, bleibt ein zentrales Thema.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe schon in meiner letzten Rede darauf hingewiesen: Das, was Griechenland anbelangt, ist schon eine Aufgabe, aber das, was bei der Flüchtlingsthematik auf uns zukommt, könnte eine noch wesentlich größere Herausforderung werden. – Dies trifft jetzt ja auch zu. Aber wir können es schaffen. Ja, ich bin sicher, dass wir dies in der Großen Koalition zusammen mit den Bundesländern und der Opposition – ich finde, bei den ganz großen Fragen sollte sich auch eine Opposition nicht verweigern, wenn es um eine gesamtpolitische, gesamtgesellschaftliche Aufgabe geht – schaffen können.

Ich finde, es müssen ein paar zentrale Botschaften gesagt werden:

Erstens. Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, einen Asylgrund haben und damit über eine längere Zeit in unserem Land bleiben werden, müssen nicht nur menschenwürdig in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht werden, sondern es muss auch alles getan werden, damit sie sehr schnell den Weg mitten in unsere Gesellschaft und auf den Arbeitsmarkt schaffen. Das ist die große Herausforderung.

Die zweite Botschaft. Thomas Oppermann hat es auch klar gesagt: Man kann ja aus persön-

chen Gründen verstehen, wenn der eine oder andere sagt: Ich suche mir ein Land, in dem ich mit meiner Familie größere Chancen habe als in meiner Heimat. – Ich weiß, wovon ich rede: Vor über 100 Jahren sind die Menschen aus der Schwäbischen Alb nach Amerika ausgewandert, weil die Scholle sie nicht mehr ernährt hat. Aber es ist auch klar, dass wir sagen müssen: Diejenigen, die keinen Asylgrund haben und trotzdem kommen, müssen so schnell als möglich wieder in ihre Heimat zurückkehren. – Diese Botschaft muss klar sein, und da darf man auch keine Kompromisse machen. Um diejenigen, die einen Grund haben, zu bleiben, kümmern wir uns mit ganzer Kraft, und die anderen können eben nicht in diesem Land bleiben. –

Das ist eine weitere Botschaft.

Drittens. Europa steht mit dieser Aufgabe vor einer noch größeren Herausforderung als wir in Deutschland. Denn da geht es nicht nur darum, ob Europa jetzt eine Aufgabe lösen kann, sondern es geht ganz konkret darum, ob wir alle den Eindruck gewinnen, dass Europa nicht nur stark ist, wenn es um kleine Fragen geht, sondern dass Europa auch gerade dann stark ist, wenn es um große Herausforderungen geht.

Ich kann nicht erkennen, dass sich bisher in Europa etwas signifikant geändert hat. Jede kleinkarierte Frage, ob nun etwas in einem Nationalstaat in Ordnung ist

oder nicht, wird von den Kommissaren verfolgt und vor Gericht gebracht. Ich finde aber, dass es jetzt nicht um die Frage geht, ob da ein bisschen mehr oder weniger an Bürokratie oder an Konsequenzen zu fordern ist, sondern darum, dass wir uns alle miteinander sagen: Dieses Europa ist nicht nur die größte Friedenssicherung, sondern dieses Europa ist auch in der Lage, größte Herausforderungen zu bewältigen, für die der eine oder andere Nationalstaat vielleicht tatsächlich zu klein ist.

Und darum sage ich, dass es bei Europa um die Frage geht, ob die Menschen den Eindruck gewinnen: Wenn es wirklich ernst und schwierig wird, dann ist dieses Europa tatsächlich da.

Viertens. Wir alle erkennen in diesen Tagen, dass außenpolitische Konflikte und außenpolitische Fragen, die wir als weit weg betrachtet haben, für die wir uns nicht zuständig fühlten, auf einmal ganz nah an uns heranrücken und wir uns deshalb mehr um diese Fragen kümmern müssen. – Um diese vier Botschaften geht es in der nächsten Zeit.

Lassen Sie mich auf die erste Botschaft zurückkommen: für die da zu sein, die ein Bleiberecht haben und über längere Zeit in Deutschland bleiben werden. Hier geht es darum, dass wir die notwendigen Aufgaben gemeinsam lösen, und zwar jeder die Aufgabe, die er hat. Wir haben uns in der Großen Koalition zunächst einmal darauf verständigt, darüber zu sprechen: Was muss getan werden? Wer muss es tun? Welche Instrumente brauchen wir? Erst dann reden wir über das Geld. Ich muss schon sagen: Vor diesem Hintergrund kann ich manche Einlassung aus dem einen oder anderen Bundesland nicht nachvollziehen. Wir wollen uns doch auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern darüber verständigen, welche Aufgaben von wem erledigt werden müssen. Aber bevor darüber überhaupt eine Einigung erzielt ist, kommen schon einige und sagen: Die 3 Milliarden Euro reichen nicht aus. – Ja, woher wollen die das denn wissen? Wir müssen uns doch erst darüber verständigen, was gemeinsam zu tun ist. Im Übrigen: Nicht nur der Bund hat Steuererhöhungen, auch die Länder und Kommunen. Wenn es heißt: „Wir alle müssen uns konzentrieren“, dann gilt das nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder und Kommunen.

Ich bin mir sicher, dass wir darüber in den nächsten Tagen eine Verständigung erzielen werden.

Frau Göring-Eckardt, Sie haben darauf hingewiesen, dass alles viel schneller gehen müsse.

Da kann ich nur sagen: Ihre Partei ist in den vergangenen Jahren

nicht gerade als diejenige Partei aufgefallen, die alles viel schneller gemacht hat. Sie haben davon gesprochen, dass wir einen Investitionsstau haben.

Das stimmt; das wissen wir. Deswegen wollen wir mehr Geld für Investitionen ausgeben, die notwendig sind, um unseren Wirtschaftsstandort voranzubringen. Aber ich kann mich noch sehr gut erinnern, dass Investitionen von Ihrer Partei geradezu aufgehalten worden sind. Alle Plätze für die Schnecke, und der Rest bleibt auf der Strecke – so hieß es doch immer, wenn wir über den Straßenbau gesprochen haben.

Deswegen bin ich froh, dass Sie jetzt von diesem Pult aus anmahnen, dass Investitionen schneller vorangetrieben werden müssen. Richtig! Ich hoffe, dass Sie bei den Planungen für den Straßenbau und den Leitungsbau für schnelles Internet mit mir an der Spitze stehen, und zwar nicht, um die Proteste zu unterstützen, sondern die Investitionen. Herzlichen Dank für diese Bereitschaft.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, nicht nur Bürokratie abbauen, sondern auch Standards senken müssen. Als ich vor 35 Jahren im Landratsamt tätig war, stand ich vor einer großen Aufgabe, als Hunderttausende von Menschen zu uns gekommen sind. Auch damals mussten konkrete Aufgaben gelöst werden. Wir haben nicht danach gefragt, ob jemand hundertprozentig qualifiziert ist, etwa durch ein pädagogisches Studium, um Kinder zu betreuen oder Sprachkurse durchzuführen. Gestern Abend habe ich gehört, wir müssten schnellstens 20 000, 30 000 Lehrer ausbilden. Ich kann nur sagen: So lange, bis diese Lehrer ausgebildet sind, können die Menschen, die jetzt Hilfe brauchen, nicht warten. Menschen, die bisher qualifizierten Sprachunterricht an einer Volkshochschule gegeben haben, können doch auch Deutschunterricht in Integrationskursen geben. Sie müssen kein akademisches Studium absolviert haben.

Ich bitte darum, dass wir die Standards auch in diesem Bereich reduzieren; denn wir brauchen jetzt eine große Kraftanstrengung.

Herr Kollege Oppermann, ja, wenn es um die Stärkung der Wirtschaft geht, muss auch die Frage „Wo bekomme ich qualifizierte Arbeitskräfte her?“ beantwortet werden. Jetzt muss ich aber einmal Folgendes sagen: Ich kann nicht verstehen, wenn jetzt, da in diesem Jahr 800 000 Menschen erwartet werden – im letzten Jahr sind 400 000 gekommen –, so getan wird, als seien unter diesen 800 000 Menschen keine 10 000, 20 000, 30 000 oder 40 000 Menschen, die in den Arbeitsmarkt in-

tegriert werden können. Bevor wir uns lange Diskussionen und Kraftanstrengungen leisten, um auf der Welt Arbeitskräfte zu suchen, ist es zuvörderst unsere Pflicht und Aufgabe, uns darum zu kümmern, dass von den jungen Menschen, die jetzt in unser Land gekommen sind, so viele wie möglich in Arbeit kommen und qualifiziert werden. Das ist die Aufgabe der Stunde. Darüber sind wir uns einig.

Sicher sind wir uns auch darüber einig, dass noch eine andere Aufgabe angepackt werden muss, die ich seit Jahren anmahne und bei der es im Ergebnis nicht zu Verbesserungen gekommen ist – und dafür ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht der Bund zuständig. Ich finde, dass wir es nicht hinnehmen können, dass Jahr für Jahr etwa 70 000 junge Menschen aus unseren Schulen ohne Abschluss in die Gesellschaft entlassen werden.

Jeder weiß: Wer bei uns keinen qualifizierten Abschluss hat, hat bei uns kaum eine Chance. Das können Sie in Thüringen ja jetzt besser machen.

Deswegen kann ich nur sagen: Bevor wir über Einwanderung reden, sollten wir über diese 70 000 und über die Tausende, die jetzt in unser Land gekommen sind, reden. Sie brauchen eine Chance, um auf eigenen Füßen stehen zu können.

Wenn wir darüber reden, wer einen Beitrag leisten kann, bin ich immer einigermaßen erstaunt darüber, dass die reichen arabischen Länder bisher nur einen geringen Beitrag leisten.

In einem Filmbericht gestern Abend sagten Muslime in Ägypten: Gott sei Dank gibt es das christliche Deutschland; denn von unseren Glaubensbrüdern in der arabischen Welt werden wir nicht aufgenommen. – Dazu muss ich sagen: Da müssen sich die islamischen Staaten einmal etwas überlegen. Das ist kein gutes Bild in der Welt. Wenn ihre Glaubensbrüder sagen: „Außer dem christlichen Europa hilft uns niemand in dieser Welt“, dann muss in der arabischen Welt einmal darüber nachgedacht werden, ob das der richtige Weg ist.

Ich nehme die Meldung nicht besonders ernst; trotzdem möchte ich darauf hinweisen, damit nicht etwas Falsches auf den Weg gebracht wird: Ein Hilfsangebot aus der arabischen Welt, das da lautet: „Wir bauen in Deutschland 200 Moscheen“, können wir als Hilfe nicht akzeptieren.

Wir brauchen schon ein bisschen mehr als so etwas.

Eine Ausnahme muss man allerdings machen: Jordanien leistet einen großartigen Beitrag. Wir hatten in der letzten Woche den jordanischen Außenminister bei uns zu Gast. Er hat gesagt, was Jorda-

nien trägt. Dieses Land mit 6 Millionen Einwohnern hat dauerhaft bereits 2,5 Millionen Palästinenser im Land und nimmt jetzt noch 1,5 bis 2 Millionen Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, auf. Das ist ein großartiges Beispiel dafür, dass auch ein kleines Land – zwei Drittel des Landes sind Wüste – in der Lage ist, Flüchtlinge aufzunehmen.

Jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt. Als ISIS letztes Jahr im August die große Stadt Mosul gestürmt und eingenommen hat, als die Menschen zu Hunderttausenden geflohen sind, als sie vertrieben wurden, vor allem Christen und Jesiden – sie sind nach Kurdistan, insbesondere nach Erbil und Dohuk, gegangen –, war ich in dieser Region. Ich habe Tausende von Menschen in der katholischen Kirche und noch viel mehr in den Regionen vor Dohuk gesehen. Diese Menschen – Sie saßen dort in Zelten bei Hitze – haben gesagt, dass sie ganz genau wissen, dass sie in absehbarer Zeit nicht in ihre Heimat zurückkönnen. Sie haben gesagt, sie wünschten sich so sehr, dass sie eines Tages wieder in ihre Heimat können. Da war nicht pauschal die Rede von „Wir hauen alle ab“, sondern eher: Vielleicht können wir in unsere Dörfer zurück. – Viele Fragen wurden diskutiert, auch Flugverbotszonen. Aber sie haben auch gesagt – ich habe es hier im Deutschen Bundestag gesagt; das war ein schwerfälliger Gang –: Wenn wir in unseren Flüchtlingslagern keine Perspektive für ein einigermaßen angemessenes Leben sehen, dann machen wir uns auf den Weg.

Ich war in Jordanien in dem großen Flüchtlingslager, in dem schon einige andere Kolleginnen und Kollegen waren. Dort sind 80 000 bis 100 000 Menschen, viele aus dem Süden Syriens, einfache Bauern, die sagen: Wir können mit unserer Qualifikation in Europa gar nicht viel anfangen. Wir möchten wieder zurück. Wir warten hier jetzt einmal. – Aber wenn die erkennen, dass die Versorgung von Tag zu Tag schlechter wird, dann werden sie nicht dort bleiben. Deswegen kann ich nur sagen: Flüchtlingspolitik, die wir in unserem Land betreiben, kann sich nicht darin erschöpfen, denen zu helfen, die da sind. Vielmehr müssen wir alle, die Weltgemeinschaft und Europa, stärker als bisher dafür sorgen, dass die Menschen, die zu Millionen in den Lagern sitzen, eine Perspektive haben und sich nicht auch noch auf den Weg machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch dafür muss Geld zur Verfügung gestellt werden.

In wenigen Tagen, Frau Bundeskanzlerin, tagt die Vollversammlung der UNO in New York. Vielleicht wäre es auch einmal ein

Thema, sich damit zu beschäftigen, dass die Weltgemeinschaft hier Unterstützung leistet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir uns auch darum kümmern – deswegen wird Außenpolitik so wichtig –, dass die Bedingungen in einzelnen Staaten besser werden. Ich finde, wir dürfen nicht mehr schweigen, wenn in Ländern, denen wir Entwicklungshilfe geben, die Bedingungen so miserabel sind, dass die Menschen das Land verlassen. Da müssen wir sagen: Jede Regierung, jeder Staatschef eines Landes, aus dem die Menschen weggehen, weil sie keine Perspektive haben, muss sich dafür schämen, dass das Land in einem solchen Zustand ist. Das muss einmal gesagt werden.

Deswegen glaube ich schon, dass wir jetzt nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt vor einer großen Herausforderung stehen. Ich bin sicher, dass wir sie meistern werden.

Zur Zeit der letzten Großen Koalition haben in einer Phase wie heute viele gefragt: Was macht ihr eigentlich noch in den nächsten zwei Jahren? Jetzt ist Halbzeit, und ihr habt den Koalitionsvertrag abgearbeitet. – Als wenn sich eine Regierungskoalition ausschließlich darauf verständigt, einen Koalitionsvertrag abzuarbeiten! Während der letzten Großen Koalition kam die Finanz- und Wirtschaftskrise, und wir mussten handeln und haben, ohne dass es im Koalitionsvertrag stand, gemacht, was richtig war und Deutschland wieder auf den Weg gebracht hat. Jetzt haben wir wieder eine Aufgabe, die wir uns nicht gesucht haben, aber annehmen. Ich habe so manchen Koalitionsausschuss erlebt, nicht nur in der letzten Großen Koalition, sondern auch in der letzten kleinen Koalition, auch schon in dieser Großen Koalition, und ich muss sagen: Selten waren wir uns so einig wie am vergangenen Wochenende, was gemacht werden muss. Wenn dies in Zukunft so weitergeht, Thomas, dann bin ich ganz sicher, dass wir sagen können: Wir schaffen es.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Bettina Hagedorn (SPD), Gerade Hasselfeldt (CDU/CSU), Martin Gerster (SPD), Ewald Schurer (SPD), Monika Grütters (CDU), Sigrid Hupach (SPD), Burkhard Blienert (SPD), Anja Hajduk (B90/Die Grünen), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Ulla Schauws (B90/Die Grünen) und Eva Högl (SPD).

Einbringung des Haushaltes 2016 und allgemeine Finanzdebatte / 119.. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 8. September 2015

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesminister der Finanzen:

Streit um Milliardenbeträge würde nur schaden



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Wie Sie, Herr Präsident, eben schon eindrucksvoll gesagt haben, steht auch diese Haushaltsdebatte im Zeichen der aktuellen Flüchtlingssituation. Sie ist eine Bewährungsprobe für Deutschland und für Europa, und sie stellt uns alle, Staat und Gesellschaft, vor die größte Herausforderung seit langer Zeit. Deshalb hat die Bewältigung dieser anspruchsvollen Aufgabe absolute Priorität. Die Aufgabe stellt sich jetzt, und wir werden sie jetzt bewältigen, und wir müssen sie auch jetzt finanzieren – wenn möglich, ohne neue Schulden. Dem haben sich dann andere Ausgabenwünsche unterzuordnen. Es kommt jetzt darauf an, die Flüchtlingssituation durch eine enge Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen zu meistern. Wir brauchen passgenaue Antworten, die allen Beteiligten gerecht werden, und danach entscheidet sich, welche staatliche Ebene welche Aufgabe wahrnehmen soll. Aus den Antworten darauf muss sich die Finanzierung ableiten und nicht umgekehrt.

Wir haben uns im Koalitionsausschuss am Sonntagabend auf ein umfassendes Paket verständigt. Auf dem Flüchtlingsgipfel mit den Regierungschefs der Länder am 24. September sollen die Maßnahmen dieses Pakets abschließend besprochen werden. Deswegen macht es jetzt wenig Sinn, in einen Überbietungswettbewerb einzutreten, wer wie viel konkret bezahlen soll, bevor nicht abschließend geklärt ist, wer was konkret tun soll. Ein solcher Streit um Mil-

liardenbeträge würde im Ergebnis auch nur schaden. Er würde die öffentliche Akzeptanz der Flüchtlingssituation nicht verbessern, sondern gefährden.

Wir werden dieser Aufgabe nur gerecht, wenn wir uns auf die drei wesentlichen Punkte konzentrieren:

Erstens: die Aufnahme der Flüchtlinge. Jetzt geht es darum, die Zahl der Erstaufnahmeplätze auszubauen. Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von rund 150 000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützen.

Zweitens: die zügige Klärung des Duldungsanspruchs und gegebenenfalls die Rückführung in das Heimatland. Asylbewerber sollen so lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis über ihren Antrag entschieden worden ist. Wenn der Antrag abgelehnt wird, soll die Rückführung direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgen. Das wäre für die Kommunen eine große Entlastung.

Drittens: die Integration der Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive. Wir werden die Integrationskurse und die Programme zum Spracherwerb weiter ausbauen. Wir müssen die Menschen so schnell wie möglich in die Lage versetzen, Arbeit aufzunehmen, ihre Kinder in die Schule zu schicken, ihren Unterhalt selbst zu bestreiten. Wir werden auch mehr Bundesfreiwillige und mehr Hauptamtliche in die Flüchtlingshilfe einbeziehen. Wir haben verabredet, beim Freiwilligendienst des Bundes bis zu 10 000 zusätzliche Stellen einzurichten.

Übrigens hat der Bund schon zuvor einiges auf den Weg gebracht, um die Situation zu verbessern. Länder und Kommunen erhalten in diesem Jahr pauschal 1 Milliarde Euro zusätzlich. Wir werden diese Mittel angesichts der steigenden Zahl der Flüchtlinge natürlich erheblich aufstocken müssen.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat schon rund 190 Liegenschaften mit rund 38 000 Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylsuchende zur

Verfügung gestellt, und das mietzinsfrei. Der Bund ist auch bereit, die für die Herrichtung von Bestandsgebäuden notwendigen Kosten und die erforderlichen Erschließungskosten für diese Gebäude zu übernehmen, und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar 2015. Wir werden das auf alle verfügbaren Bundesliegenschaften ausweiten. Damit werden übrigens nicht nur Länder und Kommunen unterstützt, die die erste Anlaufstelle für die Flüchtlinge sind, sondern wir helfen vor allem den Menschen selbst, die nach teilweise lebensbedrohlicher Reise hier vor Ort eine feste Unterkunft benötigen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält zur schnelleren Bearbeitung der Asylverfahren 2 000 zusätzliche Stellen. Für die Integrationskurse werden die Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf erhöht. In anderen Bereichen der Bundesverwaltung soll das Personal so flexibel wie möglich eingesetzt werden. Man muss sich immer im Klaren sein: Zusätzliche Stellen heißt noch nicht, dass man schon die Menschen hat, die die Stellen auch ausfüllen können. Erst muss man sie finden, und dann muss man sie oft auch noch ausbilden. Deswegen werden geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zolls Übergangsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundespolizei unterstützen. Ich kann mit großem Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Zollverwaltung sagen, dass dort eine große Bereitschaft vorhanden ist, sich freiwillig für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen übrigens die zusätzlichen Stellen für die Mindestlohnkontrolle, die wir verabredet haben, pragmatisch dazu nutzen, die derzeitige Situation kurzfristig zu bewältigen. Das bedeutet natürlich – das muss man klar sagen –, dass wir das für den Ausbau der Mindestlohnkontrollen durch den Zoll ursprünglich vorgesehene Tempo verlangsamen werden.

Wir haben im Übrigen verabredet, bei der Bundespolizei in den nächsten drei Jahren 3 000 zusätzliche Stellen zu schaffen.

Wir haben schon im Haushaltsentwurf und im Entwurf für die mittelfristige Finanzplanung die Mittel für die öffentliche Entwick-

lungszusammenarbeit beträchtlich erhöht. Damit können und sollen die Fluchtursachen in den wichtigsten Herkunftsländern zusätzlich bekämpft werden. Auch im Haushalt des Auswärtigen Amtes sollen die Unterstützungsmittel für die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingslagern in den Krisenregionen und für die Stabilisierung von Herkunfts- und Transitländern um 400 Millionen Euro aufgestockt werden.

Die Integration von Menschen aus unterschiedlichen Ethnien, mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen, mit unterschiedlichen, teils auch traumatischen Erfahrungen wird ein Kraftakt für unser Land und unsere Gesellschaft sein; das sollte niemand kleinreden. Aber wir sollten diese Situation auch als Chance für uns selbst begreifen. Wir dürfen Flüchtlinge und Asylsuchende nicht nur unter Kostengesichtspunkten betrachten.

Wir sehen in diesen Tagen: Manchmal sind große Teile der Bevölkerung weiter als die verfasste Politik. Auch die Wiedervereinigung vor 25 Jahren ist ein Beispiel dafür, was Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Verwaltung schaffen können, wenn es wirklich darauf ankommt. Die zur Bewältigung der Flüchtlingssituation diskutierten Änderungen etwa im Bau- oder Vergaberecht sind Beispiele dafür, wie Deutschland seine Anpassungsfähigkeit verstärken muss. Wir erhalten dadurch in diesen Rechtsbereichen eine Flexibilität, mit der wir uns bisher sehr schwertun, die wir aber dringend brauchen. Auch darin liegt eine Chance zur Erneuerung und Fortentwicklung insgesamt für uns.

Wir können diese Herausforderung meistern. Unser Land hat die Kraft dazu. Unsere wirtschaftliche Lage ist gut, nicht zuletzt aufgrund unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren. Das spiegelt sich übrigens in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden. Vor ein paar Wochen war von hohen gesamtstaatlichen Überschüssen im ersten Halbjahr die Rede. Es handelt sich dabei nicht um Haushaltszahlen, und Halbjahreszahlen sagen nicht allzu viel aus; außerdem wurden gesamtstaatliche Zahlen, also von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, errechnet. Aber immerhin: Angesichts unserer guten wirtschaftlichen Entwicklung haben wir eine gute Entwicklung bei den Steuereinnah-

men. Die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte sind weiterhin niedrig. Das gilt, was man angesichts der öffentlichen Debatte gelegentlich gar nicht glauben mag, für den Bund gleichermaßen wie für Länder und Gemeinden.

Im Bund gewinnen wir in diesem Jahr zusätzlichen Handlungsspielraum. Den können und müssen wir zur Bewältigung der großen Aufgabe nutzen. Diesen Handlungsspielraum sollten wir gegebenenfalls mit einem Nachtrags-

Manchmal sind große Teile der Bevölkerung weiter als die verfasste Politik.

haushalt auch für die nächsten Jahre erschließen, damit wir ihn in den nächsten Jahren ebenfalls nutzen können. Wir haben in der Koalition am Sonntagabend verabredet, dass wir zur Bewältigung dieser prioritären Aufgabe die Ansätze im Bundeshaushalt, wie er im Entwurf vorliegt, um insgesamt 3 Milliarden Euro erhöhen und zugleich Ländern und Kommunen die gleiche Summe zur Bewältigung ihres Anteils an den Aufgaben zur Verfügung stellen werden. Wir wollen das ohne neue Schulden schaffen. Die Rechnung für die Aufgaben, die sich uns jetzt stellen, sollten wir nämlich nicht an kommende Generationen weiterreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in der Lage, jetzt auf diese große Herausforderung angemessen zu reagieren, weil wir uns in den letzten Jahren finanzielle Handlungsfähigkeit erarbeitet haben. Das darf man, weil das so oft kritisiert worden ist, auch einmal sagen. Das ist das Resultat der konsequenten Sanierung des Bundeshaushalts.

Wie wichtig es ist, dass wir diese Handlungsfähigkeit zurückgewonnen haben, hat sich übrigens schon bei der Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen prioritären Maßnahmen, bei der weiteren Stärkung von Investitionen des Bundes und der Kommunen und bei der Finanzierung der Energiewende gezeigt.

Unsere erfolgreiche Finanz- und Haushaltspolitik hat im Übrigen maßgeblich dazu beigetragen, dass es uns wirtschaftlich gut geht. Unsere Wirtschaft wächst seit 2010, dem Startjahr der Schuldenbremse, zuletzt um 1,6 Prozent in 2014. Wir haben eine robuste Konjunktur, trotz aller Risiken im weltwirtschaftlichen Umfeld. Dieses und nächstes Jahr ist weiterhin mit gutem Wachstum zu rechnen, übrigens vor allem getragen durch die hohe Inlandsnachfrage, und diese gründet maßgeblich auf Ver-

wird ja gelegentlich unterschätzt, insbesondere international; aber man sollte ihn nicht unterschätzen. Ohne Vertrauen gehen Investitionen wie Konsumnachfrage schnell zurück. Die Europäische Kommission sagt übrigens auch für den Euro-Raum für dieses und die beiden folgenden Jahre ein Wachstum von 1,5 bis 2 Prozent voraus. Das ist nicht überragend hoch, aber es ist solide. In Deutschland hat die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr mit fast 43 Millionen erneut ein Rekordhoch erreicht. Das zeigt, dass es uns in den letzten Jahren gelungen ist, eine Reihe zusätzlicher Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöht sich weiter, und die Reallöhne sind seit 2010 deutlich gestiegen, allein im vergangenen Jahr im Durchschnitt um 1,7 Prozent. Vermutlich steigen sie in diesem Jahr noch stärker. Dies sind reale Steigerungen, nicht nominale. Sie kommen den Menschen zugute. Das stärkt nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern auch den Wohlstand der Bevölkerung in unserem Lande. Auch das ist unserer Haushaltspolitik geschuldet.

Die Finanz- und Wirtschaftskrisen seit den 80er-Jahren haben doch vor allem eins gezeigt: Ein zu stark auf Krediten, also privaten und öffentlichen Schulden, beruhendes Wachstum ist niemals nachhaltig. Zu starkes Kreditwachstum löst keine strukturellen Probleme, sondern führt zu Finanz- und Schuldenkrisen. Geldpolitische Maßnahmen der Zentralbanken können daran übrigens auf Dauer wenig ändern. Heftige Finanzkrisen verringern nicht nur das aktuelle Wachstum, sondern eben auch die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten, weil heftige Krisen die Erwartungen von Investoren und Konsumenten verschlechtern und die Investitions- und Konsumbereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verringern.

Eine stetige Finanz- und Wirtschaftspolitik, die nicht darauf aus ist, kurzfristiges Wachstum mit Gewalt erzwingen zu wollen, sondern die sich daran orientiert, die Chancen für nachhaltiges Wachstum zu verbessern, ist der gesündere und erfolgreichere Ansatz. Indem wir in Deutschland für solides und nachhaltiges Wachstum sorgen, kommen wir auch unseren Verpflichtungen gegenüber Europa und gegenüber der Weltwirtschaft nach. Welche Lage hätten wir eigentlich in Europa und außerhalb, wenn auch Deutsch-

land nicht für Stabilität stehen würde?

Im internationalen Rahmen hat endlich eine Diskussion über die Frage begonnen, warum eigentlich in den letzten 30 Jahren – so lange geht das – trotz stark steigender Schulden das Wachstum in den entwickelten Volkswirtschaften so mäßig ausfällt und langfristig immer stärker zurückgeht. Es wird international immer klarer, dass nachhaltiges Wachstum auch nachhaltige Finanzen voraussetzt.

So werden auch in den internationalen Debatten die Stimmen lauter, die dafür stehen, dass das Übergewicht des Finanzsektors gegenüber der Realwirtschaft, verursacht insbesondere durch die immens hohen kurzfristigen Gewinnchancen, eine Gefahr für nachhaltiges globales Wachstum ist.

Es ist unbestritten, dass weltweit hohe Liquidität und Verschuldung die Risikobereitschaft im Finanzsektor und die Gefahr neuer Blasen fördern, weitere Verschuldungen erleichtern und zu Fehlinvestitionen führen. Das steigende Verschuldungstempo verringert gleichzeitig den Glauben der Anleger an die dauerhafte Tragfähigkeit der Schulden. Auch da kommt wieder der psychologische Faktor ins Spiel, der, wie gesagt, leider oft unterschätzt wird.

So ist es übrigens auch nicht verwunderlich, dass wir uns womöglich auf eine noch längere Phase niedriger Zinsen einstellen müssen, auch wenn natürlich das Ziel bleiben muss, die weltweit außergewöhnlich expansive Geldpolitik der Notenbanken schrittweise abzubauen.

Wir arbeiten im Rahmen unserer – allerdings begrenzten – Möglichkeiten daran, dass Sparner und Unternehmer in Deutschland mit der Niedrigzinsphase zurecht kommen können. Wir haben mit dem Lebensversicherungsreformgesetz einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen verschiedener Kundengruppen geschaffen. Wir bereiten aktuell ein Gesetz vor, mit dem den Bausparkassen mehr Spielräume, etwa in der Immobilienfinanzierung, ermöglicht werden sollen, um diese bewährte Sparform auch unter den veränderten Zinsbedingungen zukunftsfest zu machen. Ferner suchen wir gemeinsam für die betriebliche Alterssicherung nach Lösungen. Es geht bei alledem darum, in einem schwierigen Zinsumfeld Stabilität zu wahren.

Was wir in Deutschland machen und was wir in Europa wollen, ist, dass die Schuldenstände sich an die wirtschaftliche Leistungsfähig-

keit des jeweiligen Landes anpassen. Dabei dürfen die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nicht wachsen. Sie sollen vielmehr, abhängig vom Schuldenprofil, schrittweise zurückgeführt werden. So haben wir das zuletzt wieder beim G-20-Finanzministertreffen in Ankara formuliert, und so steht es in allen europäischen Regeln. Das ist auch nicht zu viel verlangt, und es liegt im Interesse jedes einzelnen Landes. Es hat rein gar nichts mit sogenannter Austeritätspolitik zu tun. Deutschland muss sich nicht dafür rechtfertigen, dass es sich selbst – wenn auch leider im Gegensatz zu manch anderem – an die auf globaler und europäischer Ebene gemeinsam getroffenen Vereinbarungen hält, zumal wenn diese von allen Beteiligten für richtig gehalten werden.

Die Ökonomen im In- und Ausland – eigentlich eher Politiker und Journalisten als Ökonomen –, die die Nachfrage in Deutschland jetzt schuldenfinanziert noch weiter steigern wollen und sich dabei natürlich auf Keynes berufen, den sie, wie ich vermute, alle nicht gelesen haben, möchte ich dann doch darauf hinweisen, dass man Keynes nur verstanden hat, wenn man in konjunkturell guten Zeiten keine neuen Schulden macht.

Wahrscheinlich liegen wir in Deutschland viel näher an John Maynard Keynes als so mancher sogenannte Starökonom auf internationalem Parkett.

In nahezu jeder wirtschaftlichen Lage – es ist ja manchmal schon langweilig –, ob sie nun gerade besser oder schlechter ist, für immer mehr Schulden und für eine weitere Flutung der Märkte mit Geld der Notenbanken zu sein, ist weder originell noch seriös. Ich würde mir manchmal schon mehr Substanz in diesen Diskussionen wünschen. Zumal sich genau dies in den vergangenen Jahren eben nicht als besonders erfolgreiche Wirtschaftspolitik erwiesen hat.

Die Frage, die uns wirklich umtreiben sollte, ist: Wie bekommen wir Europa wieder in Form – wirtschaftlich wie politisch? Die institutionellen Regeln und Verfahren in Europa – das haben wir in den letzten Jahren und Monaten genügend erlebt – sind dafür noch nicht ausreichend. Die Entscheidungsfähigkeit Europas muss verbessert werden.

Ein starkes Europa lebt von Vertrauen und Solidarität: Vertrauen darauf, dass die Mitgliedstaaten die gemeinsam vereinbarten Regeln auch einhalten, gepaart mit Solidarität bei nichtvorhersehbaren Herausforderungen.

Wir hatten als Reaktion auf die Krisen der letzten Jahre die Wirtschafts- und Währungsunion Schritt für Schritt stabiler ge-

macht. Wir werden diesen Weg weitergehen, ohne Europa zu überfordern. Der Bericht der fünf Präsidenten von Kommission, Zentralbank, Euro-Gruppe, Europäischem Rat und Parlament zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion bietet dazu Gelegenheit. Es ist richtig, jetzt die Debatte über eine stärkere europäische Integration zu führen, aber solange Mitgliedstaaten nicht in der Lage sind, europäische Regeln einzuhalten –

- Wir halten uns daran. Ich habe gerade erläutert, dass wir uns im Gegensatz zu anderen an die Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts halten und dass wir uns dafür auch nicht kritisieren lassen, sondern uns gegen solche Kritik wehren.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Wir alle sind der Überzeugung, dass eine Bankenunion zur weiteren Stabilisierung der Währungsunion jetzt ganz zwingend ist. Deswegen haben wir mit großem Hochdruck an der Bankenrestrukturierungsrichtlinie gearbeitet. Wir haben verabredet – das wurde auch so festgeschrieben –, dass sie spätestens zum 1. Januar 2015 in nationales Recht umzusetzen ist. Es gibt aber elf Mitgliedsländer, die sie bis heute nicht umgesetzt haben. Es wären zwölf, wenn wir Griechenland nicht gezwungen hätten, sie als „Prior Action“ umzusetzen. Solange wir solche Regeln nicht rechtzeitig in nationales Recht umsetzen, so lange sollten wir nicht über neue Ansätze zur weiteren Vergemeinschaftung von Risiken reden. Wir dürfen den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Jeder muss seinen ersten Schritt gehen.

Das ist keine legalistische Petitesse; ich werde es dem Zwischenrufer gleich noch einmal erklären. Nur wenn das Regelwerk zur Bankenabwicklung im nationalen Recht jedes Mitgliedstaats verankert ist, können die Eigentümer und Gläubiger der Banken im Falle einer Pleite auch zur Kasse gebeten werden. Das haben wir doch alle in großen Reden seit 2008 immer gesagt: Die sollen selber haften und nicht die Steuerzahler. – Dazu braucht man aber die Umsetzung der Bankenrestrukturierungsrichtlinie. Es reicht nicht, wenn wir sie nur beschließen und große Reden halten. Vielmehr müssen wir sie umsetzen und anwenden.

Ich sagte schon: Elf Mitgliedstaaten – ich sage nicht welche; aber das kann man nachlesen – haben sie bisher noch nicht um-

gesetzt. Dem Argument, die Steuerzahler sollten nicht für das Risiko der Banken haften, stimmen alle zu. Aber es ist eben kein Argument, das Risiko vom Steuerzahler eines Landes auf die Steuerzahler anderer Länder zu verschieben, was zu viele unter dem Stichwort „Vergemeinschaftung“ verstehen.

Wenn man also über die Vergemeinschaftung von nationalen Systemen redet, dann muss man zuerst die vereinbarten nationalen Systeme ausbauen und den Bankenrestrukturierungsfonds aufbauen. Ich habe eine Übersicht angefordert, wer eigentlich schon eingezahlt hat. Die deutschen Banken zahlen seit 2011 in einen solchen Restrukturierungsfonds ein. Bevor wir solche Fonds vergemeinschaften, sollten bitte auch die anderen erst einmal anfangen, ein bisschen einzuzahlen. Sonst untergräbt man Vertrauen in die Verlässlichkeit. Verlässlichkeit ist aber die Grundlage für Solidarität.

Es kann übrigens auch nicht sein, dass manche in Europa meinen – und dies auch noch in deutschen Zeitungen sagen –, sie würden die in ihrem Land notwendigen Reformen für uns in Deutschland machen, und deswegen sollen wir bezahlen, wenn sie solche Reformen durchführen.

Ich finde, jedes Land muss die notwendigen Reformen im Eigeninteresse machen. Dass die wirtschaftlich Stärkeren im Interesse eines starken Europas mehr als andere bezahlen müssen, ist klar. Dass Solidarität eine Selbstverständlichkeit ist, ist auch wahr. Aber es darf eben keine Ausrede geben. Man muss auch selbst das Notwendige tun. Ein jeder muss insofern vor seiner eigenen Tür gehen.

Von Deutschland wird zu Recht erwartet, dass es Europa voranbringt. Damit wir das tun können, müssen wir selbst dauerhaft stark sein und stark bleiben. Dafür ist es notwendig, dass wir gezielt in die Zukunft investieren. Das klingt fast schon banal. Aber, meine Damen und Herren, es ist eben doch nicht banal, dass die Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gegenüber dem Vorjahr wieder um gut 1,1 Milliarden Euro auf knapp 16,4 Milliarden Euro erhöht werden. Seit dem Beginn meiner Zeit als Finanzminister sind die Mittel im Haushalt für Bildung und Forschung damit um 60 Prozent gesteigert worden.

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben Deutschlands ha-

Ich finde, jedes Land muss die notwendigen Reformen im Eigeninteresse machen.

ben bereits 2012 das EU-Ziel von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht. Wir liegen damit weltweit auf dem fünften Platz, vor den Vereinigten Staaten von Amerika und weit vor Frankreich oder Großbritannien.

Natürlich beruhigt es in diesem Zusammenhang besonders, Herr Kollege Gabriel, dass sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin festgestellt hat, dass die seit 2007 steigenden Forschungsausgaben vor allem an den gestiegenen öffentlichen Investitionen liegen.

Aber natürlich sind neben Investitionen in Bildung auch Investitionen in klassische Infrastruktur notwendig, um Deutschlands wirtschaftliche Stärke zu sichern. Folgerichtig liegen die Ausgaben im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Haushalt für 2016 mit rund 24,4 Milliarden Euro um 1,1 Milliarden Euro über denen des Vorjahrs. Dieser Ausgabenanstieg spiegelt in erster Linie die Ausweitung der Verkehrsinvestitionen.

Andererseits wird auch im Bundeshaushalt 2016 gut jeder zweite Euro für soziale Leistungen ausgegeben, und das trotz der guten Arbeitsmarktlage. Ich sage es in jeder Haushaltsdebatte: Wir müssen mittelfristig über die richtige Ausrichtung und Prioritätensetzung in unseren Haushalten verstärkt nachdenken.

Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung stellen nach wie vor den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Sie erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um rund 2,3 Milliarden Euro und belaufen sich in 2016 auf insgesamt 86,6 Milliarden Euro. Auch der Bundeszuschuss für die gesetzliche Krankenversicherung bleibt mit 14 Milliarden Euro auf einem hohen Niveau.

Der Bund unterstützt die Kommunen trotz der grundgesetzli-

chen Zuständigkeitsverteilung, nach der die Länder für die Kommunen zuständig sind, seit der letzten Legislaturperiode so stark wie nie zuvor. Bei sozialen Leistungen entlastet der Bund die Kommunen um mehr als 42 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2017. Beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige hat der Bund allein bis 2014 5,4 Milliarden Euro übernommen, und er unterstützt die Kommunen auch bei den laufenden Betriebskosten.

Wenn die Kommunen vom Bund zur Bewältigung der Flüchtlingssituation nun weitere Mittel erhalten werden, so kann ein Teil dieser Mittel für die Bereitstellung von zusätzlichen Kitaplätzen verwendet werden. Da der Bund die Länder und Kommunen bei der Bewältigung der gestiegenen Asylbewerberleistungen so massiv, wie es die Koalition beschlossen hat, unterstützt, ist der Streit darüber, wie die Mittel für die Betreuung unserer Kinder verwendet werden sollen, wirklich müßig.

Im Übrigen bleibt es bei der Zusage, dass die Kommunen ab dem Jahr 2018 jährlich um weitere 5 Milliarden Euro entlastet werden. Im Vorgriff darauf erhalten sie von 2015 bis 2017 bereits 4,5 Milliarden Euro zusätzlich. Diese Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Die Konsolidierung nützt im Übrigen auch den Bürgerinnen und Bürgern. Der Abbau der kalten Progression – auch bei geringerer Preissteigerungsrate – und die Anhebung von Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag sowie des Entlastungsbetrages für Alleinerziehende führen zu einer dauerhaften Entlastung der Arbeitnehmer und ihrer Familien von immerhin mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Trotz der Gesamtausgaben des Bundes in Höhe von 312 Milliarden Euro in 2016 bleibt es bei der schwarzen Null, und zwar nicht

nur im kommenden Jahr, sondern auch in den Folgejahren. Wir wollen nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Der Ausgabenanstieg wird im Verhältnis zur Entwicklung der Wirtschaftskraft moderat bleiben, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Wir verschieben bei den Ausgaben den Fokus verstärkt auf die Investitionen. Das ist notwendig; denn das Produktivitätswachstum hat sich in den letzten Jahren in vielen Industrieländern deutlich verlangsamt. Am wichtigsten für Produktionsfortschritte ist langfristig der technische Fortschritt, also Innovationen. Innovationen kann aber eben niemand wirklich planen. Aber in der begründeten Erwartung und Hoffnung, dass Investitionen und Innovationen Hand in Hand gehen werden, können wir öffentliche Investitionen erhöhen und private Investitionen fördern.

Bei aller Notwendigkeit öffentlicher Investitionen dürfen wir nie vergessen, dass private Investitionen für unser Wachstum entscheidend sind. Die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland betragen circa 20 Prozent des Volkseinkommens, also rund 600 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu sieht der Bundeshaushalt, wie gesagt, Gesamtausgaben von 312 Milliarden Euro vor. Private Investitionen sind also von einer viel größeren volkswirtschaftlichen Bedeutung. Deswegen ist es wichtig, neue Wege zu gehen, um mehr privates Kapital zu mobilisieren – auch privates Kapital für die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte.

Die Europäische Kommission hat eine Investitionsoffensive gestartet, bei der die Europäische Investitionsbank durch die Bereitstellung von Risikokapital in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen von über 300 Milliarden Euro freisetzen soll.

Damit Investitionen Wirkungen zeigen, müssen wir übrigens typische Fehler vermeiden. Wir sollten nicht prozyklisch und flächendeckend in die öffentliche Infrastruktur investieren, sondern stetig und vor allem zielgenau.

Um die Wirkungsorientierung des Haushalts zu verbessern, wird das Haushaltsaufstellungsverfahren erstmals um einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalysen in ausgewählten Politikbereichen – sogenannte Spending Reviews – ergänzt.

Mit der Einführung der Schuldenbremse sind wir zu einem Top-down-Verfahren übergegangen, das sich sehr bewährt hat. Mit der Festlegung von Haushaltseckwerten im März erhält jedes Ressort sein Budget, das es weitgehend selbstständig ausgestalten kann. Das erfordert aber natürlich, dass wir von Zeit zu

Zeit gemeinsam analysieren, ob die einzelnen Teilbudgets auch die angedachte Wirkung entfalten.

Bis zum März kommenden Jahres sollen nun zu den Themen „Förderung des kombinierten Verkehrs“ und „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsorientierten Jugendlichen aus Europa“ erste Reviews dieser Art durchgeführt werden, damit wir einmal sehen, ob durch die Mittel auch das gewünschte Ziel erreicht werden kann. Danach kann entschieden werden, ob eine Mittelumichtung notwendig und sinnvoll ist.

Wenn sich dieses Verfahren der Spending Reviews bewähren sollte, werden wir es natürlich auch bei der Infrastrukturplanung einsetzen. Wir schaffen mit Spending Reviews ein regelgebundenes Verfahren, um die Qualität unserer öffentlichen Ausgaben besser überprüfen zu können.

Übrigens wird auch der von meinem Kollegen Dobrindt geplante Infrastrukturbericht helfen, die Diskussion um Infrastrukturinvestitionen zu versachlichen. Dazu könnte auch eine privat-rechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft für Bundesfernstraßen beitragen, an deren Konzept die Bundesregierung arbeitet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will noch eine Bemerkung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen machen. Sie kann nur als für alle Beteiligten tragfähige Lösung gelingen. Dafür müssen Bund und Länder konstruktiv zusammenarbeiten. Die Bundesregierung hat Vorschläge vorgelegt, um den Bund-Länder-Finanzausgleich transparenter zu machen und die Gestaltungsspielräume sowohl von Zahler- als auch von Empfängerländern zu verbessern. Wenn wir uns nicht einigen sollten, ist die wahrscheinlichste Lösung, dass wir den Status quo, der bis 2019 gilt, fortschreiben müssen. Aber das wäre nicht gerade ein Ruhmesblatt für unseren Föderalismus.

Es ist sowohl bei der Flüchtlingshilfe als auch bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wichtig, Fehlanreize zu vermeiden und starke Anreize für eine wirtschaftliche und effiziente Aufgabenwahrnehmung zu setzen. Wo Aufgaben vor Ort diskretionär wahrgenommen werden können, sollte eine Abweichungsmöglichkeit für dezentrale Gestaltung möglich sein. Umgekehrt fördert eine Beteiligung an der Finanzierung durch die Ebene, die die Aufgaben erfüllt, nach aller Erfahrung eine eher sparsame Mittelverwendung. Oder um es einfacher zu sagen: Die Schwaben sind nur bei der Verwendung eigenen Geldes sparsam. Mit anderer Leute Geld sind sie viel großzügiger.

Um das zu ermöglichen, brauchen wir über die erwähnte Infrastrukturgesellschaft hinaus begrenzte Anpassungen unseres Grundgesetzes.

Das Angebot des Bundes steht. Jetzt sind die Länder am Zug, untereinander zu einer Einigung zu kommen. Aber vielleicht verbessern die aktuellen Gespräche über die Flüchtlingsproblematik auch die Chancen für eine grundsätzliche Einigung im Bund-Länder-Verhältnis. Damit könnten wir dann endlich auch Klarheit über die weiteren Regionalisierungsmittel für den ÖPNV schaffen, die dringend notwendig ist, damit die notwendigen Infrastrukturprojekte keine Verzögerungen erleiden müssen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will zusammenfassen: Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt uns in Deutschland vor große politische, aber vor allem auch gesellschaftliche Herausforderungen. Wir können sie meistern: Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Länder, Bund, auch die Flüchtlinge selbst. Gemeinsam schaffen wir das! Wir müssen auf europäischer Ebene zu dauerhaft tragfähigen Lösungen kommen. Dann können wir die schwierige Lage zum Guten wenden – für die zu uns Kommenden wie für uns selbst.

Unsere Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren hat dazu beigetragen, dass wir diese Probleme jetzt bewältigen können. Das ist das, was ich immer zu sagen versucht habe: Unsere Haushaltspolitik eröffnet Handlungsspielräume, um auf unerwartete, drängende, neue Herausforderungen reagieren zu können, ohne dass wir die langfristigen Prioritäten, mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, vernachlässigen müssen, und ohne neue Schulden zu machen. Genau das setzen wir mit dem Haushalt 2016 konsequent fort: Wir steigern die Zukunftsinvestitionen kontinuierlich weiter, entlasten zugleich die Kommunen in beispiellosem Ausmaß, damit sie ihre wichtigen Aufgaben gut erfüllen können.

Diese Politik für Wachstum ohne Neuverschuldung macht uns widerstandsfähiger, auch gegen etwaige Eintrübungen der wirtschaftlichen Lage, mit der wir ja immer rechnen müssen. Weniger Schulden, weniger Krisen, mehr nachhaltiges Wachstum, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Das ist die beste Politik, die wir in diesen Zeiten machen können.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Weg zur Regierungsbank kurz vor Beginn der Generaldebatte © dpa

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Sie machen Schulden gegenüber den Bundesbürgern



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Lassen Sie mich zunächst Gelegenheit nehmen, um Ihnen, Herr Bundestagspräsident, ganz herzlich für Ihre Worte zu Beginn zu danken, mit denen Sie es ja geschafft haben, das gesamte Haus zu einen. Herzlichen Dank dafür!

Ich will auch die Gelegenheit nutzen, um noch einmal den vielen ehrenamtlich Engagierten, den vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern – im Übrigen parteiübergreifend –, aber auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden ausdrücklich zu danken, die Hervorragendes leisten. Ich finde es übrigens auch richtig, dass beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2 000 weitere Stellen geschaffen werden. Herzlichen Dank dafür! Wir können stolz sein, was in unserem Land geschieht.

Herr Schäuble, ich will auch sagen, dass Sie der Flüchtlingsproblematik hier zu Recht eine große Aufmerksamkeit eingeräumt haben. Es ist richtig: Flüchtlinge sind Herausforderung, aber Flüchtlinge sind eben auch Chance für uns.

Ich will in dieser Debatte aber den Fokus auf die Frage richten: Warum hatten wir eigentlich vor zehn Jahren oder vor drei Jahren nicht so viele Flüchtlinge? Die Flüchtlinge sind Botschafter des schreienden Unrechts und der Kriege in dieser Welt, meine Damen und Herren.

Schauen wir uns das einmal konkret an.

Libyen. Was ist denn das Ergebnis des Engagements der sogenannten Koalition der Vernunft? Gaddafi ist weg. Jetzt haben wir einen fürchterlichen Bürgerkrieg. Von Libyen aus starten die Schiffe mit Flüchtlingen, teilweise auf drei Etagen verteilt. Wer das einmal gesehen hat, weiß: Das ist eine Katastrophe als Ergebnis von Politik.

Afghanistan. Seit 13 Jahren engagieren wir uns – jetzt Gott sei Dank auch mehr zivil – vor allen Dingen militärisch. Was ist das Ergebnis? Die Flüchtlingszahlen steigen.

Syrien. Für die Menschen in Syrien ist es völlig egal, ob sie unter dem Terror des IS, von Assad oder von al-Nusra leiden. Es ist eine Schande, dass die Weltgemeinschaft da zusieht. Ich war mit Kollegen in Flüchtlingslagern in Jordanien. Da leben 85 000 Menschen. Die Zustände sind katastrophal. Wer ein Zelt hat, ist schon privilegiert.

Der Irak ist nach der USA-Intervention ein zerfallendes Land. All das ist Ergebnis von Politik, meine Damen und Herren. Es ist auch Ergebnis des Versagens der Außenpolitik Europas und auch der deutschen Außenpolitik.

Ein wesentliches Element, meine Damen und Herren, sind eben auch die Waffenexporte. Im Gebiet des IS werden überhaupt keine Waffen produziert. Es gibt dort Waffen aus China, Russland und den USA, aber eben auch unsere Waffen. Im Übrigen produzieren die Waffenexporte von heute die Flüchtlinge von morgen. Gucken Sie sich doch einmal an, was Saudi-Arabien im Jemen tut: Das ist eine Intervention. Dazu gibt es aber kein Wort der Bundesregierung. Und natürlich werden als Nächstes Menschen von dort zu uns kommen. Auch was die Türkei mit den Kurden macht, ist doch völlig inakzeptabel.

Es muss Schluss sein mit Waffenexporten in diese Region, meine Damen und Herren.

Eine Bemerkung zu Europa. Europäische Lösung – d'accord. Während der Finanzkrise aber gab es Gipfel auf Gipfel. Mir ist nicht bekannt, dass die Kanzlerin und auch Sie, Herr Schäuble, Ihren Einfluss für eine moderne europäische Flüchtlings- und Asylpolitik mit der Hartnäckigkeit geltend gemacht haben, wie es bei den Griechenland-Hilfen der Fall war. Das ist aber notwendig. Hier sollte Deutschland Führungsstärke zeigen und das mit den Mitteln durchsetzen, die uns zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang sei mir eine Bemerkung auch zu Ungarn gestattet. Sitzen Sie nicht mit den Angehörigen der Partei von Herrn Orban im Europäischen Parlament in einer Fraktion? Können Sie da nicht auch einmal deutlichere Worte finden?

Was da geschieht, ist doch in Mitteleuropa inakzeptabel, meine Damen und Herren.

Zuletzt müssen sich diese Punkte doch auch im Haushalt widerspiegeln. Seit Jahren reden wir darüber, dass der Anteil für Entwicklungspolitik am Bruttoinlandsprodukt 0,7 Prozent betragen soll. Was tun Sie denn konkret? Es gibt minimale Erhöhungen. Jetzt wäre doch Zeit, zu handeln. Wir haben mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine Organisation, die das auch könnte. Wir müssen dort mehr tun, wenn wir wirklich Fluchtursachen bekämpfen wollen. Das wäre notwendig.

Ein weiterer Punkt, der den Haushalt betrifft: Herr Schäuble, Sie haben zu Recht gesagt, es dürfe jetzt keinen Überbietungswettbewerb geben. Aber was es auch nicht geben darf, ist ein unwürdiges Gezerre um das Geld zwischen Ländern, Kommunen und dem Bund. Der Bund sollte die Leistungen für Asylsuchende vollständig übernehmen, bis der Antrag auf Asyl jeweils rechtskräftig entschieden ist. Das wäre eine klare Aussage. Das würde zu einer Entlastung führen.

Lassen Sie mich zum Haushalt wenige Bemerkungen machen. Sie haben zum Schluss von „bester Politik“ und „erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzpolitik“ ge-

sprochen. Ich bin bei so etwas biografisch bedingt ein bisschen allergisch. Ich kann dazu nur feststellen: In der Überschrift Ihres Koalitionsvertrages heißt es „Deutschlands Zukunft gestalten“. Wo sind denn die großen Reformvorhaben? Das bewegt sich alles auf dem Niveau der Maut, bei der es so kommen wird, dass die Aussage der Kanzlerin „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben“ doch stimmt, oder des Betreuungsgeldes, das das Bundesverfassungsgericht kassiert hat. Es gibt keine großen Reformvorhaben. Sie verwalten, statt zu gestalten, und das angesichts einer problematischen Weltlage. Das ist die Situation.

Wenn Sie das DIW zitieren, dann will ich das auch einmal machen. Das DIW sagt, dass Deutschland „erhebliche Wachstumschancen verpasst“ hat. Und genau das setzen Sie fort. Das ist de facto eine Haushaltspolitik ohne Kreativität.

Wir fordern: Kein Weiter-so und kein Sonnen in der schwarzen Null. Denn wir sind doch diejenigen, die aktuell vom niedrigen Kurs des Euro, von den extrem niedrigen Zinsen und den niedrigen Rohstoffpreisen profitieren. Das sind die Ursachen der schwarzen Null, aber nicht die tolle Politik, die Sie machen.

Der DIHK-Hauptgeschäftsführer spricht von einem geliehenen Aufschwung. Das ist die Wahrheit. Es ist ein geliehener Aufschwung.

Wenn es so ist, dass Haushaltsfragen Zukunftsfragen sind, dann muss die Investitionsquote erhöht werden, und dann hilft auch kein Verweis auf Starökonomien. Einer der Autoren von Herrn Gabriels Studie zur Investitionsmüdigkeit

sagt: Wir brauchen zusätzlich zu den jetzigen Mitteln einen zweistelligen Milliardenbetrag für Investitionen in Breitbandausbau, Bildung, Energiewende und den ökologischen Umbau.

Sie machen keine Schulden gegenüber den Finanzmärkten, aber Sie machen Schulden gegenüber den Bundesbürgern, insbesondere gegenüber den jüngeren, meine Damen und Herren, weil Sie viel zu wenig in die Zukunft investieren.

Das könnten Sie übrigens, wenn Sie den Mut hätten, die ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland nicht nur zu thematisieren, sondern auch Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Es ist doch inakzeptabel, dass 0,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 17,3 Prozent des Vermögens und die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nur über 2,5 Prozent verfügen.

Wann zeigen Sie endlich die Bereitschaft, hier etwas abzuholen? Wir brauchen eine Reform der Erbschaftsteuer, um höhere Einnahmen zu generieren. Wir brauchen eine Vermögensteuer in Form einer Millionärsteuer.

Das wäre notwendig, wenn wir die Aufgaben der Zukunft wirklich realisieren wollen. Ich freue mich, dass es einen Nachtragshaushalt gibt. Aber dabei sollten Sie genau diese Fragen mit ansprechen, damit wir die vor uns liegenden Aufgaben im Hinblick auf die Flüchtlinge und die Gestaltung unseres Landes und Europas realisieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Carsten Schneider, SPD:

Die ökonomische Lage in Deutschland ist gut



Carsten Schneider (*1976)
Landesliste Thüringen

Es ist eine ungewöhnliche Haushaltsdebatte. Denn die Bundesregierung hat durch Bundesfinanzminister Schäuble

einen Haushalt eingebracht, der jedenfalls so nicht Bestand haben wird. So ist jetzt schon klar – wir Parlamentarier behalten uns natürlich generell vor, Änderungen vorzunehmen –, dass wir es in einer Größenordnung von einigen Milliarden Euro mit neuen Herausforderungen zu tun haben, die zu meistern sind.

Es ist richtig: Die ökonomische Lage in Deutschland ist gut. Für Europa würde ich das nicht sagen, aber zumindest für Deutschland gilt dies. Das hat es uns ermöglicht, in den vergangenen Jahren darauf verzichten zu können, Haushalte aufzustellen, die eine Schuldenaufnahme vorgesehen haben.

Deswegen war es auch klug, dass wir in den vergangenen Jahren umsichtig gewirtschaftet und Reserven gebildet haben, die wir jetzt in einer Situation nutzen können, in der wir uns aufgrund der bereits von vielen Kolleginnen und Kollegen genannten Flüchtlingskrise besonderen Herausforderungen, aber auch besonderen Chancen gegenübersehen. Und diese Chancen werden wir nutzen. Ich werde noch im Einzelnen darauf eingehen.

Über die Lage des Landes und die Frage, welchen Einfluss die Finanzpolitik darauf hat, gibt es,

Fortsetzung auf nächster Seite

glaube ich, unterschiedliche Analysen und Antworten, Herr Minister Schäuble. Sie haben vorhin sehr stark darauf abgehoben, dass die solide Finanzpolitik, die wir machen, Vertrauen schafft und dies die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs sei. Ich bin der Meinung, dass sie ein Teil des Erfolgs ist, aber der kleinere. Sie haben bestimmt zehn Minuten Ihrer Redezeit damit verbracht, mehr oder weniger verklausuliert die Notenbanken – die Europäische Zentralbank, die amerikanische Zentralbank, Fed, und die Bank of England – wegen ihrer expansiven Geldpolitik zu kritisieren. Das hat mich sehr an das erinnert, was Frau Wagenknecht hier immer vorträgt.

Das, was Herr Schäuble hier vorgetragen hat, war in Teilen der Analyse sehr ähnlich, insbesondere in der Antwort auf die Frage nach der Entspargung der deutschen Sparer.

Ich will dem klar entgegenhalten: Ohne die expansive Geldpolitik der Notenbanken, ohne die Tatsache, dass die EZB agiert hat und in großem Maße in die Finanzmärkte eingegriffen hat, ohne die Interventionen der Notenbanken weltweit hätten wir die Finanz- und Wirtschaftskrise niemals bewältigt.

Diese Interventionen waren Grundvoraussetzung zur Krisenbewältigung, weil wir als Staatengemeinschaft gar nicht handlungsfähig waren und weil uns auf europäischer Ebene die Instrumente, die es uns ermöglichten, gezielt, schnell und handlungsstark zu agieren, fehlten. Das ist ein Grundfehler der Euro-Politik. Wir werden vielleicht nicht in den nächsten Wochen, wohl aber in den nächsten Monaten Antworten auf die Frage zu geben haben, wie die Zukunft der Euro-Zone aussehen soll: Wird es eine stärkere Zusammenarbeit geben, oder wird

die Euro-Zone wieder in kleinere Nationalstaaten auseinanderfallen?

Zu unserem Haushalt. Warum ist er ausgeglichen? Dafür gibt es zwei Ursachen. Er ist nicht ausgeglichen, weil wir so rigide gespart haben. Das ist nicht der Fall.

Die erste Ursache ist der extrem gute Arbeitsmarkt bzw. die gute Wirtschaftslage; das ist das Allerwichtigste. Hier ist vor allem die starke Binnennachfrage zu nennen. Herr Minister, Sie haben bereits auf die Reallohnentwicklung hingewiesen. Diese ist absolut positiv. Die Arbeitnehmer werden in diesem Jahr aufgrund der niedrigen Inflation und der durch die Gewerkschaften endlich erzielten höheren Lohnabschlüsse in die Lage versetzt, mehr Geld in der Tasche zu haben und mehr konsumieren zu können. Das sehen wir an den Lohnsteuereinnahmen, die um 7,5 Prozent steigen, und an den Umsatzsteuereinnahmen, die um 2,5 Prozent steigen. Das heißt, wir haben es mit einem binnenmarktgetriebenen Aufschwung zu tun.

Wir erfahren aber auch an anderer Stelle eine enorme Entlastung, nämlich bei den Zinsen. Allein 20 Milliarden Euro an Zinsen sparen wir in diesem Jahr im Vergleich zu dem, was Sie in den Jahren 2010 und 2011 geplant hatten. Das ist ein implizierter Windfall Profit. Aber wir hätten einen Haushalt ohne Neuverschuldung niemals allein durch andere Maßnahmen erreichen können. Das ist ein Teil dessen, was uns die Notenbanken quasi geschenkt haben. Daher ist es ein bisschen wohlfeil, zu sagen: „Die sind schuld“, wenn man selbst Profiteur dieser Entwicklungen ist. Das wird dem nicht gerecht. Es ist eigentlich guter Brauch, dass sich der Finanzminister als Exekutive vor dem Bundestag nicht explizit zur Notenbankpolitik äußert; denn so wird die

Unabhängigkeit der Zentralbanken angegriffen. Ich dachte, es wäre Konsens, dass die Unabhängigkeit der Zentralbanken unabdingbar ist, um klug zu agieren.

Eine weitere Frage, auf die wir im Haushalt eine Antwort geben wollen, lautet – hier wird sich die Koalition trotz unterschiedlicher Auffassungen einigen müssen: Woher kommt das Wachstum noch? Wie ich bereits ausgeführt habe, ist die eine Ursache die binnenmarktgetriebene Entwicklung, die zu höheren Löhnen geführt hat. Ein großer Erfolg der SPD ist in diesem Zusammenhang, den Mindestlohn durchgesetzt zu haben.

Inzwischen besagen auch Studien arbeitgebernaher Institute, dass es durch den Mindestlohn keine Verdrängungseffekte gibt. Im Gegenteil: Wir haben höhere Lohnabschlüsse zu verzeichnen. So verdienen 30 Prozent der Bevölkerung in Erfurt mehr. Was Thomas Oppermann zur Einführung des Mindestlohns gesagt hat, stimmt: Das ist die größte Lohnerhöhung aller Zeiten. Des Weiteren haben wir eine Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu verzeichnen. Angesichts dessen war es richtig, hier ordnungspolitisch einzugreifen. Ich bin froh, dass an dieser Stelle die Politik der SPD und der Gewerkschaften wirkt und dass wir dafür ausreichend Unterstützung haben.

Ich wüsste nicht, wie es um die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung bestellt wäre, wenn es keinen Mindestlohn gäbe. Denn eines ist klar: Die Flüchtlinge, die nun auf unseren Arbeitsmarkt kommen und die wir schon unter demografischen Gesichtspunkten benötigen, werden – weil ihr Bildungsniveau nicht unseren Abschlüssen entspricht – vor allen Dingen im unteren Einkommensbereich einen Verdrängungswettbewerb auslösen. Ohne den Mindestlohn ginge der Trend eher nach unten. Deswegen ist es auch für die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung umso wichtiger, dass wir eine Lohnuntergrenze eingeführt haben.

Dank der Notenbanken haben wir im Vergleich zum Dollar einen extrem niedrigen Euro-Kurs. Das macht die Exporte billig, und das schafft Raum für zusätzliches Wachstum. Außerdem sorgen die Ölpreise dafür, dass die Kaufkraft steigt. Das alles sind Außenfaktoren, die wir nicht direkt beeinflussen können.

Jetzt ist die Frage, wie wir als Bundestag, als Haushaltsgesetzgeber, darauf finanzpolitisch reagieren. Sowohl was die Bekämpfung der europäischen Krise als auch was die Konjunkturstimulierung betrifft – da bin ich Ihrer Auffassung; man sollte investieren, wenn

man im Abschwung ist, nicht im Aufschwung –, sind wir zurückhaltend. Ich bin froh, dass jetzt auch im Bundesfinanzministerium klar ist, dass wir in Deutschland einen Investitionsnachholbedarf haben. Das war im vorigen Jahr noch nicht so. Da haben wir als Sozialdemokraten immer wieder gesagt, dass Investitionsnachholbedarf besteht. Sigmar Gabriel hat die Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter Leitung des DIW-Präsidenten Fratzscher ins Leben gerufen. Damit hat er das Thema gesetzt.

Es ist vollkommen richtig: Wir brauchen auch mehr private Investitionen. Ob sie dann allerdings in den Straßenbau fließen, wie es in Österreich der Fall ist, oder ob es nicht klüger ist, dafür öffentliche Mittel einzusetzen, das wird noch zu entscheiden sein. Das wird vor allem eine Frage der Effizienz sein. Zumindest bisher sind in einigen Bereichen die Antworten noch nicht schlüssig.

Der entscheidende Punkt wird sein, das anzugehen, worauf ein Zuruf abzielte, der hier eben von einem Abgeordneten der Grünenfraktion gemacht wurde. Darin wurde behauptet, Deutschland halte sich nicht an die Regeln. Herr Minister Schäuble hat gesagt: Alle müssen sich an die Regeln halten; dann können wir weitere Vertiefungsschritte in der Europäischen Union vollziehen. – Wir halten uns an die Regeln, was die Verschuldung betrifft. Aber wir haben uns neue Vorgaben im Rahmen des sogenannten Six-Pack gesetzt.

Dabei geht es auch um die Frage des Leistungsbilanzüberschusses. Wir haben in Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von über 8 Prozent. Wir haben uns dazu verpflichtet, dass er bei maximal 6 Prozent im Dreijahresdurchschnitt liegen soll. Es geht darum, dass wir hier in Deutschland mehr produzieren und verkaufen und weniger importieren. Auf Dauer geht das nicht gut. Was passiert nämlich, wenn es so weitergeht? Dann geschieht eins: Wir exportieren Waren und bekommen dafür Schuldscheine, und irgendwann platzt die damit verbundene Blase, weil die meisten nicht bezahlen können. Folglich kommt es zu immer mehr Abschreibungen, und es müssen wieder Banken gerettet werden. So war die Situation ab dem Jahr 2007.

Daher ist es nur klug, sich auch diesem Aspekt zu widmen und ihn nicht auszublenden. Das ist das, was insbesondere US-amerikanische Ökonomen und andere bemängeln. Ich finde, wir sind klug beraten, da auch die Vorschläge der Europäischen Kommission ernst zu nehmen. Das hat

ein bisschen etwas mit unseren Ausgaben zu tun.

Welche sind das? Herr Minister Schäuble hat gesagt: Wir haben jetzt eine Priorität – die Flüchtlingshilfefinanzierung. Das war's; mehr Neues gibt es nicht. – Nein, dieser Drops ist noch nicht gelutscht. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir noch einen enormen Bedarf an Infrastrukturinvestitionen haben. Insgesamt erhöhen wir diese Investitionen zwar um 10 Milliarden Euro, erhöhten Investitionsbedarf gibt es aber auch im Bereich Kitausbau, also bei der Betreuung von Kleinkindern. Hier gibt es einen enormen Nachholbedarf.

Die Europäische Kommission, der Internationale Währungsfonds, all diese Institutionen schreiben uns ins Stammbuch, dass wir dort mehr machen müssen.

Ich bin froh darüber, dass das Verfassungsgericht das Betreuungsgeld gekippt hat.

Im Jahre 2018 haben wir zusätzlich 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Es ist so, dass es nicht nur in hohem Maße integrativ wirkt, in einer Kita zu sein, die Landessprache zu lernen etc., sondern der Kitausbau ist auch ökonomisch klug, weil damit die Frauen- und auch die Männererwerbstätigkeit verbessert werden können. Deswegen sollten wir hier nicht so apodiktisch sein und einfach nur sagen: „Die Kommunen bekommen jetzt von uns 3 Milliarden Euro, und das war's“; denn das würde diesem Bereich nicht gerecht. Diese Mittel würden nicht ausreichen, um alle damit einhergehenden Kosten zu decken. Eine Kürzung der Mittel in den jeweiligen Kommunen und Ländern für Kitas und anderes, um die Notsituation von Flüchtlingen zu lindern, würde deren Akzeptanz nicht fördern. Deswegen sage ich ganz klar: Wir wollen, dass insbesondere die direkten Transfers zugunsten des Ausbaus der Kinderbetreuung in Deutschland verstärkt werden.

Vor uns liegen in den nächsten drei Monaten sehr spannende Beratungen, auch vor dem Hintergrund einer eventuellen Einigung über den Länderfinanzausgleich. Ich sehe ihnen trotz der Herausforderung, die vor uns steht, optimistisch entgegen. Wir haben gezeigt: Diese Koalition wird hier handeln. Auch wenn wir das eine oder andere Mal anderer Auffassung sind, werden wir uns im Endeffekt einigen. Ich glaube, dass Deutschland stark genug ist, diese Herausforderung anzunehmen und daraus auch eine Chance für dieses Land zu machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Der Plenarsaal während der Generaldebatte

© dpa

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Weniger Selbstlob, mehr Zukunftsorientierung



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Es stimmt – das wurde schon gesagt -: Es gibt einen Überschuss 2015. Kurzfristig scheint es ganz gut auszusehen für den Bundeshaushalt; ich will das hier auch gar nicht kleinreden. Aber ich will einmal die Frage stellen: Woher kommt eigentlich dieser Überschuss? Es gibt historisch niedrige Zinsen, einen stabilen Arbeitsmarkt, eine gute Konjunktur. Das alles hat eigentlich eher weniger mit dieser Bundesregierung zu tun, eher weniger auch mit der Haushaltspolitik. Das ist keine große Leistung, die da erbracht wurde.

Deswegen, finde ich, sollte man in dieser Debatte ernsthaft diskutieren, wie es mit der Haushaltspolitik weitergeht. Da sollte man sich nicht feiern. Da wünsche ich mir weniger Selbstlob und mehr Zukunftsorientierung, mehr Blick nach vorn. Das wäre angebracht.

Wenn man in die Zukunft schaut, wenn man sich die nächsten Jahre anschaut und wenn man die Risiken in diesem Haushalt betrachtet, dann sieht man, dass die Regierung, ohne etwas gegen Altersarmut zu tun, die Rentenkasse geleert hat. Das wird teuer werden. Man sieht, dass die Investitionen weiterhin zu gering sind. Das wird für uns teuer werden. Man sieht, dass es Milliardenrisiken bei den Zinsen gibt. Die Klimakrise wird nicht angegangen; sie verschärft sich weiterhin. Es gibt eine große Spaltung zwischen Arm und Reich in Deutschland und in der Welt. Das alles sind große Risiken für diesen Haushalt. Sie werden mit diesem Entwurf leider nicht angegangen. Hier wird leider nur mutlos verwaltet, obwohl man eine so große Mehrheit hat. Eine 80-Prozent-Mehrheit verwaltet nur mutlos, statt zu gestalten, statt jetzt wirklich in die Zukunft zu investieren und das anzupacken.

Auch in der Flüchtlingspolitik sieht man das: keine große Idee,

kein großes Konzept, nur Kurzsichtigkeit. Sie haben die letzten Jahre einfach verschlafen. Dabei war schon absehbar, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen, zum Glück, und mit Recht auch hier bleiben werden, weil es nämlich viele Kriege und viel Gewalt in der Welt gibt. Diese Kriege werden nicht einfach aus der Welt verschwinden. Deswegen werden auch noch mehr Flüchtlinge kommen. Man hätte Vorsorge treffen müssen, weil man schon seit vier Jahren weiß, dass es einen blutigen, schrecklichen Krieg in Syrien gibt.

Deswegen, finde ich, muss endlich Schluss sein mit den Notoperationen, mit den Einmaleffekten. Jetzt muss es endlich einen großen Wurf geben. Dieses kurzfristige chaotische Krisenmanagement der Bundesregierung bei der Flüchtlingspolitik muss aufhören.

Es braucht einen großen Wurf für die menschenwürdige Aufnahme und auch für die Integration, damit wir nicht die Fehler wiederholen, die wir bei den Gastarbeitern gemacht haben. Das heißt, man muss jetzt im Haushalt die Voraussetzungen dafür schaffen. Bei den Jobcentern, bei Integrationskursen, beim sozialen Wohnungsbau, bei Bildung und Ausbildung, bei der Integration in die Krankenversicherung darf man nicht kleckern; da muss man jetzt klotzen, da muss man jetzt vernünftig Geld bereitstellen. Das wäre jetzt notwendig, und zwar schnell.

Ich finde, man darf nicht wieder nur Einmaleffekte bewirken. Man muss jetzt die Kommunen strukturell und dauerhaft entlasten. Wenn man sich das Paket vom Sonntag anguckt, sieht man: Darin stehen 3 Milliarden Euro für 2016, aber nichts ist dauerhaft und strukturell angelegt. Wir wissen doch eigentlich schon jetzt: Das Geld wird nicht ausreichen. Mindestens 5 Milliarden Euro sind zur strukturellen Entlastung notwendig, und die Entlastung muss jetzt schnell kommen und dauerhaft angelegt sein.

Ein guter Schritt wäre zum Beispiel die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Integration von Flüchtlingen in das soziale Sicherungssystem. Mit Notoperationen und Einmaleffekten werden die Kommunen nicht aus der Krise kommen. Die Kommunen müssen jetzt endlich strukturell und dauerhaft entlastet werden.

Noch einen Satz zum Paket vom Sonntag. Ich finde, es gibt einige gute Punkte; das will ich gar nicht wegreden. Ich finde es auch ausdrücklich richtig, dass die Bundesregierung am Wochenende die Flüchtlinge aus Ungarn aufgenommen hat; das war richtig. Aber man muss natürlich auch sehen, dass massive Verschärfungen in dem Paket enthalten sind, dass die Union an vielen Stellen leider wieder ihre berühmte Giftliste durchgedrückt hat. Die SPD ist eingeknickt. In dem Paket stehen verfassungswidriger Bargeldentzug, Asylrechtseinschränkung durch Festlegung sogenannter sicherer Drittstaaten, Verschärfungen für Geduldete, Zwangsaufenthalte in Erstaufnahmeeinrichtungen.

Wir brauchen jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe für Flüchtlinge und Unterstützung für die Kommunen. Diese sollte man aber nicht mit Repressionen und der Abwehr von Flüchtlingen koppeln. Das finde ich unredlich. Das sollte man nicht machen.

Mit diesem Haushalt sollten auch Mittel bereitgestellt werden, um die Fluchtursachen anzugehen. Es ist richtig, dass die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit steigen. Aber insgesamt bleibt die Quote für Entwicklungszusammenarbeit bei 0,4 Prozent stabil. Sie steigt nicht, wie es eigentlich notwendig wäre. 0,7 Prozent wurden schon 1970 versprochen. Das ist 45 Jahre her. Ich finde, jetzt ist endlich die Zeit gekommen, auch international Versprechen einzulösen: beim internationalen Klimaschutz, bei der Entwicklungszusammenarbeit. Deswegen werden wir Grüne in den Haushaltsberatungen einen Aufholplan vorlegen, damit die Versprechen beim Klimaschutz und der Entwicklungszusammenarbeit eingehalten werden können. Das ist jetzt notwendig. Wir müssen die Versprechen einhalten und dürfen sie nicht wieder brechen.

Durch Umschichtungen und Einnahmeverbesserungen können wir die Gengenfinanzierung gestalten. Wir müssen dafür sorgen, dass es endlich ein vernünftiges Controlling im Bundeshaushalt gibt. Es kann nicht sein, dass sich Herr Schäuble in zentralen Investitionshaushalten daran gewöhnt hat, dass es Kostensteigerungen in Milliardenhöhe gibt, beispielsweise im Rüstungsbereich oder bei der Großbaustelle BER oder bei

neuen Autobahnen. Das ist nicht akzeptabel. Wir brauchen Good Governance, gute Regierungsführung, gutes Controlling im Haushalt. Ich finde, Herr Schäuble, hier kann man sich nicht immer wegducken. Hier muss man handeln. Man muss dafür sorgen, dass die Verschwendungen, die Kostensteigerungen im Haushalt aufhören.

Auch beim Subventionsabbau kann man viel Geld einsparen. Da muss man handeln, da muss man anpacken. Jedes Jahr werden über 52 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen ausgegeben: im Flugverkehr, bei Dienstwagen, bei Atom, bei Kohle und bei Öl. Hier ist ganz viel zu holen; kurzfristig kann man mindestens 10 Milliarden Euro einsparen. Natürlich weiß ich, dass es anstrengend ist, dass es nervig ist, dass man sich mit Lobbys anlegen muss. Aber darum geht es im Haushalt. Man muss anpacken, man muss kämpfen, man muss gestalten, man muss umbauen. Ich finde, das ist notwendig. Man sollte nicht wieder mutlos verwalten und ein bisschen Geld verteilen, sondern man sollte Strukturen verändern, damit der Haushalt in Zukunft gut aufgestellt ist.

Dann hat man auch Geld, um Investitionen zu finanzieren. Beim Thema Investitionen muss man sagen: null Konzept, null Idee. Obwohl die Ausgaben im Finanzplan bis 2019 auf 333 Milliarden Euro kräftig steigen, sinkt die Investitionsquote. Die Ausgaben verharren nominal bei 30 Milliarden Euro. Das ist ein echtes Zukunftsrisiko für diesen Haushalt. Nachfolgende Generationen werden das teuer bezahlen, wenn die Infrastruktur nicht stimmt, wenn nicht in die Zukunft investiert wird. Das verstößt unserer Ansicht

nach gegen die Generationengerechtigkeit.

Das ist auch ein Werteverzehr. Wir haben gesehen, dass sich in den letzten 20 Jahren das private Nettovermögen gerade bei den obersten 10 Prozent auf 10 Billionen Euro verdoppelt hat. Das staatliche Nettovermögen ist von 800 Milliarden Euro auf nahezu null geschrumpft. Das muss jetzt gestoppt werden. Deswegen muss man auch haushaltspolitisch handeln. Wir Grüne schlagen deshalb vor, die Schuldenbremse durch eine ehrliche Bilanzierung in den zentralen Investitionshaushalten zu ergänzen. Wir wollen eine Investitionsregel, die klarmacht, dass man nicht weiter öffentliches Vermögen abschmelzen kann, dass Werte erhalten bleiben, dass im Haushalt gut gewirtschaftet wird, dass wir für die Zukunft vorsorgen. Darum muss es jetzt gehen.

Die Frage ist: Wie soll diese Gesellschaft in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren aussehen? Was muss man dafür jetzt machen? Wenn man nicht jetzt, in diesen günstigen Zeiten, mit den glücklichen Umständen im Haushalt, wirklich gestaltet, anpackt und Veränderungen vorantreibt, dann wird man nachher große Probleme haben. Deswegen darf man nicht nur mutlos verwalten und kurzfristig agieren, sondern man muss jetzt dafür sorgen, dass man anpackt, in den Haushaltsberatungen für die Zukunft sorgt und Änderungen an dem Entwurf vornimmt. Hier werden wir uns ganz kräftig einbringen. Wir hoffen, dass Sie, wenn Sie selbst keine Idee haben, sich von unseren Ideen inspirieren lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Dietmar Bartsch (Die Linke) sprach während der allgemeinen Finanzdebatte zum Bundeshaushalt 2016.

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

Wir haben gelernt, mit dem Ausnahmezustand umzugehen



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Gestern titelte eine große deutsche Tageszeitung in ihrer Onlineausgabe: Politik im permanenten Ausnahmezustand. Lassen wir einmal die vergangenen sieben Jahre Revue passieren: 2008 die Bankenkrise, anschließend die Konjunkturkrise, daran anschließend Haushaltsentwürfe mit einer Verschuldung von 80 Milliarden Euro. Dann ging es weiter mit der großen Euro-Krise: erst Griechenland, dann Portugal, dann Irland, dann Spanien und dann Zypern. Dabei wurde uns prophezeit, dass der Euro auseinanderbrechen werde. Dann ging es weiter mit den schrecklichen Ereignissen in der Ukraine, mit dem Krieg an der dortigen Ostgrenze, der fürchterliches Leid für die Menschen bedeutete. Großes Leid für die Menschen bedeuteten aber auch die Sanktionen. Sie brachten große Einbußen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere für die

Landwirtschaft, mit sich. Wir haben das gestern anhand des Protests gesehen. Dann wiederholte sich die Griechenland-Krise ein zweites und ein drittes Mal. Jetzt sind wir wieder in einem permanenten Ausnahmezustand, weil viele Menschen vor unseren Türen stehen, die zu uns wollen. Sie möchten an unserer Freiheit, an unserem Rechtsstaat, aber auch an unserem Wohlstand partizipieren. Wenn man das alles betrachtet, kann man sagen: Politik im permanenten Ausnahmezustand.

Obwohl wir uns seit sieben Jahren im Ausnahmezustand befinden, brummt die Wirtschaft in Deutschland wie nie zuvor. Die Wirtschaftskraft ist groß. Das Wachstum ist gut. Wir erzielen hohe Steuereinnahmen. Wir haben vor allen Dingen – und das ist das allerwichtigste – gute Beschäftigungsdaten.

Das alles schlägt sich auch im Haushaltsentwurf 2016 nieder. Das schlägt sich insofern nieder, als dass das nicht nur, wie es die Opposition gesagt hat, wie es auch Herr Schneider gesagt hat, dem Zufall äußerer Umstände geschuldet ist. Da Sie mich angetriggert haben, kann ich es Ihnen und auch dem Kollegen Kahrs nicht ersparen, darauf hinzuweisen, dass für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen dieselben günstigen Umstände gelten wie für uns. Auch dort gibt es niedrige Zinsen und hohe Steuereinnahmen.

Trotzdem schafft sie es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wie wir es seit 2014 schaffen. 2014 hatten wir im Haushaltsvollzug einen ausgeglichenen Haushalt. Wir hatten 2015 einen ausgeglichenen Haushalt. Nach der Planung für 2016 haben wir auch im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt.

Wir haben das geschafft, obwohl – oder vielleicht auch weil – wir die Steuern nicht erhöht und keine neuen Steuern auf den Weg gebracht haben. Wir haben das geschafft, obwohl und weil – der Bundesfinanzminister hat es erläutert – wir Investitionen auf den Weg gebracht haben, übrigens nicht nur beim Bund mit dem 10-Milliarden-Euro-Paket, sondern auch bei den Kommunen mit dem 3,5-Milliarden-Euro-Paket, das im kommenden Jahr tatsächlich Wirkung entfalten wird.

Wir haben das geschafft – der Bundesfinanzminister hat auch das erläutert –, obwohl und weil wir die Ausgaben für Bildung und Forschung in einem bisher nie gekannten Ausmaß gesteigert haben. Wir haben das geschafft, obwohl und weil wir Steuererleichterungen auf den Weg bringen wollen, wir die kalte Progression angehen und den Kinderfreibetrag und das Kindergeld anheben.

Wir haben dies geschafft, obwohl und weil wir keine Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen haben. Im Gegenteil: Wir haben Mehrausgaben im Familien-

bereich und im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. Das alles passt zusammen.

Nichtsdestotrotz stehen wir vor einer großen Herausforderung. Das ist auch in allen Reden zuvor angeklungen. Als dieser Bundeshaushaltsentwurf im Frühling und im Sommer dieses Jahres im Bundesfinanzministerium aufgestellt worden ist, konnten wir uns alle nicht vorstellen, dass Hunderttausende von Menschen und vielleicht über Jahre hinweg Millionen von Menschen zu uns nach Deutschland kommen werden.

Deswegen werden diese Haushaltsberatungen sehr schwierige Haushaltsberatungen werden. Es ist jetzt leicht zu sagen, dass wir das lösen, indem wir das aufgeben, was wir erreicht haben, wie zum Beispiel die schwarze Null und die Nichtkürzung in anderen Bereichen. Das kann aber nicht unser Ziel sein.

Unser Ziel muss es sein, diesen Haushalt ausgeglichen hinzubekommen, obwohl wir sehr viele Mittel aufwenden müssen, um die Menschen, die zu uns kommen, nicht nur zu beherbergen, ihnen nicht nur eine medizinische Versorgung zu bieten, sondern sie auch zu integrieren.

Momentan gibt es bei uns in Deutschland wunderbare Bilder. Menschen stehen mit Luftballons an Bahnhöfen. Die Spendenbereitschaft für Erstaufnahmeeinrichtungen ist groß. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, zu sagen, dass das die ersten zehn Meter eines Marathonlaufs sind, und dieser Marathonlauf wird für uns alle verdammt lang und für uns Haushälter eine sehr große Herausforderung werden.

Ich möchte hier etwas sagen, was Haushälter an dieser Stelle immer sagen und wozu die Kollegen aus den einzelnen Fachressorts sagen: „Das ist doch irgendwie langweilig“ und „Das ist kalter Kaffee“. Ich bin jetzt fast versucht, zu sagen: „So wie die sich alljährlich wiederholenden Reden vom Kollegen Kindler“; aber das wäre etwas polemisch. Die Geschichte ist folgende – es ist nicht langweilig, was ich jetzt sage; es ist bitterer Ernst -: Wir haben in diesem Haushalt keinen Raum für zusätzliche Wünsche, für gute Ideen und für Dinge, die man immer mal tun wollte. Wir müssen uns wirklich darauf konzentrieren, die Dinge zu priorisieren. Wichtig ist, dass wir mit den Hunderttausenden von Menschen, die zu uns kommen, anständig umgehen und sie so integrieren, dass sie vielleicht tatsächlich eine Chance

für diese Gesellschaft sind, weil sie dann auch zur Wirtschaftskraft dieses Landes beitragen. Deswegen meine dringende Bitte an alle Kolleginnen und Kollegen – wir Haushälter wissen, wer bei uns vor der Tür steht, wenn es ernst wird und zur Bereinigungssitzung geht -: Wir müssen priorisieren, und Priorisierung heißt, dass wir jetzt die wichtigsten Dinge zuerst machen. Dementsprechend müssen wir den einen oder anderen Wunsch zurückstellen.

Priorisierung heißt, dass wir jetzt die wichtigsten Dinge zuerst machen.

Das ist das Tagesgeschäft. Der Kollege Kindler hat zu Recht angesprochen, dass wir über den Tag hinaus denken müssen. Wir müssen uns auch mit den strukturellen Fragen im Haushalt beschäftigen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass wir irgendwann einmal aus diesem Alarm- und Krisenmodus herauskommen, der die letzten sieben Jahre angehalten hat. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir das aufgreifen, was der Bundesfinanzminister gesagt hat: Über 50 Prozent der Mittel des Bundeshaushalts fließen in die Sozialsysteme, der größte Teil davon im Übrigen in die sozialen Sicherungssysteme. Das wird mehr werden. Demjenigen, der wieder eine Idee hat, wie man die Bereiche Rente, Krankenversicherung usw. kostenmäßig aufblasen kann, sage ich: Das geht nicht. Wir müssen gucken, dass wir die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig machen. Wir müssen sie nachhaltig gestalten. Da gibt es keinen Platz mehr für zusätzliche Wünsche. Wir müssen an dieser Stelle konsolidieren.

Eine weitere Strukturfrage, die wir uns stellen müssen, ist die der Investitionen. Wir haben zu Recht angesprochen, dass wir ab 2016 ein 10-Milliarden-Paket auf den Weg bringen. Es ist zu Recht angesprochen worden, dass wir die Kommunen unterstützen. Wir erleben als Haushälter aber momentan auch eines – die Verkehrspolitikern können das sicherlich bestätigen -: Wir stoßen langsam an die Grenzen, wenn es darum geht, das Geld auszugeben. Wenn wir in einigen Bundesländern nicht genügend planfestgestellte Straßenverkehrsprojekte und kein Baurecht haben, dann können wir dort auch nicht bauen. Deswegen reicht es nicht, nur Geld zur Verfügung zu stellen. Wir müssen auch die entsprechenden Ressourcen schaffen. Es ist insbesondere Aufgabe der Bundesländer, dass dieses Geld auch verbaut werden und somit nützliche Effekte für unsere Volkswirtschaft entfalten kann.

Wir müssen uns auch die Tatsache vor Augen halten, dass wir



Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) brachte den Haushaltsentwurf 2016 in den Bundestag ein.

© dpa

aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Situation momentan Steuereinnahmen haben wie nie. Es ist aber nicht garantiert, dass dies so bleibt; das ist auch schon mehrfach gesagt worden. Vielleicht hat der eine oder andere aufgrund dessen, was in den letzten Wochen in China passiert ist, eine ungefähre Vorstellung davon entwickelt, wie dünn das Eis ist, auf dem unsere Wirtschaft momentan steht. Wir müssen daher Vorsorge treffen. Wir müssen damit rechnen, dass die Steuereinnahmen wieder sinken. Wir müssen auf der anderen

Wir müssen an die Strukturen denken und nicht nur an das Tagesgeschäft.

Seite aber auch alles dafür tun, dass diese Wirtschaft, die die Steuereinnahmen generiert, funktioniert und dass die Steuereinnahmen, die von Menschen durch ihre Beschäftigung generiert werden und die wir dann für viele Zwecke aufwenden, auch erwirtschaftet werden können. Ich würde mir wünschen, Herr Kindler, dass wir in dieser Haushaltsdebatte ein bisschen mehr über das Erwirtschaften unserer Steuereinnahmen und unseres Wohlstandes und nicht nur über das Ausgeben sprechen.

Der Bundesfinanzminister hat noch ein weiteres Projekt angesprochen; er hat es „Spending Review“ genannt. Es gibt verschiedene andere englische Begriffe dafür, zum Beispiel „More Value for Money“. Es geht einfach darum – das ist an dieser Stelle auch schon gesagt worden –, dass wir aus jedem Euro, den wir im Bundeshaushalt ausgeben, ein Stückchen mehr herausholen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wenn wir 10 Prozent effektiver bauen und wenn wir die Leistungen, die wir für Langzeitarbeitslose aufwenden, und die Sozialausgaben mit einem um 10 Prozent höheren Wirkungsgrad einsetzen könnten, dann hätten wir schon sehr viele Probleme gelöst. Deswegen

geht es auch darum, dass wir uns in den Haushaltsberatungen nicht nur mit der Quantität der Ausgaben, der Menge, den Zahlen beschäftigen, sondern uns auch viel mehr damit beschäftigen, wie wir dieses Geld effizient oder zumindest effektiver ausgeben können. Auch das gehört zur Haushaltspolitik.

Ich schließe und fasse zusammen: Erstens. Wir sind natürlich im Ausnahmezustand, aber ich glaube, wir haben gelernt, damit umzugehen. Zweitens. Der Haushaltsplan ist gut, es gibt das dritte Mal hintereinander die schwarze Null. Drittens. Das Ziel, die zusätzlichen Belastungen in diesen Haushaltsplan einzubauen, ist sehr ambitioniert. Dabei müssen wir uns alle an-

strengen. Viertens. Wir müssen an die Strukturen denken und nicht nur an das Tagesgeschäft. Fünftens – und hier fand ich Ihre Bemerkung, Herr Bundesfinanzminister, sehr wichtig –: Die Bewältigung dieser momentanen Herausforderung im Zusammenhang mit den Flüchtlingen ist die Aufgabe unserer Generation. Wir dürfen sie nicht durch Schulden auf die nächsten Generationen übertragen, weil die nächsten Generationen wieder vor neuen Herausforderungen und Aufgaben stehen werden, denen sie sich dann stellen müssen. Das sollte der Maßstab für unsere Haushaltsberatungen sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

Keine neue Debatte über Steuererhöhungen



Eckhardt Rehberg (*1954)
Wahlkreis Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III

Stellen wir uns einmal die Herausforderung des Jahres 2015 zurückverlegt in das Jahr 2010 vor, als der Bundeshaushalt mit Schulden in Höhe von 86 Milliarden Euro im Soll war und die Konjunktur sich nur langsam erholte. Was wäre gewesen, wenn wir vor der gleichen Herausforderung wie heute gestanden hätten? Wir hier im Deutschen Bundestag sind für den Haushalt zuständig. Wir sollten einmal Revue passieren lassen, was in den letzten fünf Jahren passiert ist, und den Blick auf dieses Jahrzehnt werfen.

Erste Bemerkung: In dieser Zeit, vereinbart bis 2019 und teilweise schon vollzogen, gab es finanzielle Zugeständnisse des Bundes an Länder und Kommunen in Höhe von 150 Milliarden Euro. Dabei war die Grundsicherung im Alter der größte Brocken. Hinzu kamen

die komplette Übernahme des BAföG, der Kitausbau – der Bundesfinanzminister hat die Summe von 5,4 Milliarden Euro genannt –, der Hochschulpakt usw.

Kollege Schneider, ich wäre ein bisschen vorsichtig, ständig das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld zu zitieren. Der Bund ist auch nicht zuständig für Kitas und auch nicht für Schulen. Der Bund ist auch nicht zuständig für Hochschulen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen uns fragen: Wofür sind wir zuständig, und was tun wir politisch? Stichwort „Steuereinnahmen“: Wir werden in diesem Jahrzehnt gesamtstaatlich rund 224 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen haben. Davon entfallen auf den Bund rund 97 Milliarden Euro, auf die Länder 92 Milliarden Euro und auf die Kommunen etwa 34,4 Milliarden Euro.

Der Bund ist auch nicht zuständig für Kitas und auch nicht für Schulen.

Eines hat mich wirklich geärgert, Kollege Bartsch, nämlich wenn man sagt, dies sei alles ein Gezerre. Es bedarf doch erst einmal einer Definition dessen, was strukturell getan werden muss, um das Problem der Flüchtlinge und der Asylbewerber in den Griff zu bekommen, und welche finanziellen Mittel in einem ersten Schritt zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Gegensatz zu meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern, das nicht das strukturstarke

ist, in dem die Kommunen jedoch die Kosten für die Flüchtlinge in voller Höhe ersetzt kriegen, und zwar spitz abgerechnet, sagen jetzt schon die ersten Länder, zum Beispiel der Innenminister aus Nordrhein-Westfalen: Das alles ist viel zu wenig. Dort klagen die Kommunen, dass sie auf 70 Prozent der Kosten sitzen bleiben. Dazu kann ich nur sagen: Wenn wir das Thema Flüchtlinge als gesamtstaatliche Aufgabe ansehen, dann muss auch entsprechend gehandelt werden.

Ich sage dies auch noch aus einem anderen Grund: Auch das Land Nordrhein-Westfalen – und ich könnte noch andere Länder nennen; das ist jetzt überhaupt nicht mein Thema – hat in den letzten 18 Monaten 3 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen gehabt. Im letzten Jahr waren es 1,7 Milliarden Euro, im ersten Halbjahr dieses Jahres waren es 1,3 Milliarden Euro. Daher lautet meine Botschaft an dieser Stelle gerade zu diesem Thema: Wir sollten fair miteinander umgehen.

Ein zweiter Punkt – und hier sind wir alle gefordert; ich sage das nicht zum ersten Mal von dieser Stelle aus. Ich finde es richtig, dass sich die Bundesbauministerin Gedanken um das Thema „sozialer Wohnungsbau“ macht. Nicht richtig finde ich aber Folgendes: In den Entflechtungsmitteln sind 518 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung enthalten. Diese Summe steht den Ländern frei zur Verfügung. Gucken Sie sich aber einmal an, welches Bundesland wirklich den kompletten Betrag aus der alten Verwaltungs-

vereinbarung für den sozialen Wohnungsbau einsetzt. Wir wären miteinander gesamtstaatlich mehrere Meilen weiter, wenn die Länder die Mittel wirklich für den Zweck vereinnahmten und an die Kommunen weitergäben, den wir politisch miteinander vereinbart haben.

Deswegen ist es ganz wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir, wenn wir am 24. September mit den Ländern und Kommunen die Bereitstellung von Mitteln politisch vereinbaren und danach die entsprechenden Dinge im Bundestag umsetzen – struktureller Nachtragshaushalt und dann Ausfinanzierung im Haushalt 2016 –, wirklich Mechanismen einfügen, die sicherstellen, dass die Mittel für den vereinbarten Zweck vor Ort ankommen. Ansonsten wird es in einem halben Jahr oder in einem Jahr, auch wenn das Geld auskömmlich zur Verfügung steht, über die Parteigrenzen hinweg heißen – wir haben ganz unterschiedliche politische Farben in den Ländern –: Der Bund stellt nicht genug zur Verfügung. – Wir alle miteinander in diesem Deutschen Bundestag haben nichts gekonnt, wenn das Geld für Flüchtlinge und Asylbewerber, das politisch vereinbart worden ist, nicht für den Zweck vor Ort ankommt, den wir miteinander vereinbart haben. Dass es dort ankommt, muss eine Grundbedingung für die Verhandlungen am 24. September sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein dritter Punkt ist mir wichtig: Wir werden das umsetzen, was wir miteinander politisch vereinbart haben. Kollege Kindler, die Frage im Verkehrsinfrastrukturbereich, bei Schiene, Straße, Wasser-

straße und darüber hinaus, wird nicht mehr sein, ob genug Geld zur Verfügung steht; es wird eine Frage der Umsetzung sein. Das heißt, die Bahn wird gefordert sein, der Bund wird bei der Wasserstraße gefordert sein und die Länder werden beim Straßenbau gefordert sein, dass das Geld – auch das Geld, was gerade im Einzelplan 12 steht – auch wirklich ausgegeben wird. Deswegen war es gut und richtig, die Entscheidung zu treffen, die Bereitstellung der ganzen Verkehrsinfrastrukturmittel überjährig zu gestalten.

Wir werden das umsetzen, was wir miteinander politisch vereinbart haben.

Kollege Kindler, Sie sollten mal den neuen Straßenbauplan lesen. Ich nehme nur mal das Beispiel der A¹⁴, bei dem Sie von Kostensteigerungen reden. Mittlerweile ist ein Drittel der gesamten Kostensteigerungen ökologischen Maßnahmen anzulasten: Ausgleichsmaßnahmen, Wildbrücken, Krötentunnel usw. Gucken Sie sich die Kostensteigerungen bei der A 14 an: 30 Prozent basieren auf diesem Bereich.

Wenn die Gesellschaft das will, dann müssen wir das auch ausfinanzieren. Aber Sie sollten sich nicht hierhinsetzen und dem Bundesfinanzminister vorwerfen, er hätte an dieser Stelle ein mangelndes Controlling. Das halte ich für unredlich.

Sie sagen, wir dächten nicht an die Zukunft. Natürlich denken wir an die Zukunft. Ich will Ihnen nur sagen: Der Familienetat steigt in dieser Legislaturperiode von 6 Milliarden auf über 9 Milliarden Euro.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zu dem Thema sagen, weil der Kollege Schneider damit angefangen hat. Lieber Kollege Schneider, ich bin Haushälter, und in den zukünftigen Jahren

möchte ich eines nicht erleben: dass wir beim Elterngeld ständig Geld nachschieben. Der Vorwurf, dass der Bundesfinanzminister kein Herz für Kinder hat, trifft nicht. Wir haben allein in den letzten vier Jahren über 1 Milliarde Euro aus dem Gesamthaushalt für das Elterngeld nachgeschoben.

Meine Priorität ist, dass das Elterngeld vernünftig ausfinanziert wird. Wir haben steigende Nominaleinkommen, wir haben verbesserte gesetzliche Leistungen, und deswegen sollten wir erst mal die Etats ausfinanzieren, ehe wir dann über neue Projekte reden, für die der Bund zudem nicht zuständig ist.

Auch der Vorwurf, dass wir für Forschung und Entwicklung nicht genug Geld ausgegeben haben, trifft nicht. Seitdem Angela Merkel

Bundeskanzlerin ist, hat sich der Etat des Einzelplanes 30, der Etat für Bildung und Forschung, schlichtweg verdoppelt. Die Renditen fahren wir mittlerweile ein: Wissenschaftler aus der ganzen Welt kommen nach Deutschland, die Zahl der Patente nimmt zu, und die Forschungs- und Bildungslandschaft blüht wirklich. Hier hat der Bund – nehmen wir den Hochschulpakt, den Qualitätspakt Lehre, den Pakt für Forschung und Innovation – keine unmittelbare Zuständigkeit. Ich will jetzt gar nicht davon reden, was das eine oder andere Land mit den Mitteln aus dem Hochschulpakt macht. Aber wenn der Bund hier nicht massiv eingestiegen wäre, dann wären wir im Forschungs- und Bildungsbereich nicht so weit, wie wir heute sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mit dem Kollegen Kahrs völlig einer Meinung – bei dem, was du, lieber Johannes, heute in der Welt hast verlauten lassen -: Wir werden keine neuen Schulden machen. – Das hat nichts mit einem Fetisch zu tun, mit einem Hobby von irgendwem. Keine neuen Schulden – das ist Generationengerechtigkeit, das ist Basis für die Zukunft, für zukünftige Generationen in Deutschland.

In dieser Hinsicht gab es einen Tabubruch in der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009. 2009 wurde dann die Schuldenbremse vereinbart. Die sollten wir wirklich einhalten und nicht nach dem Motto verfahren, das in den vergangenen Jahrzehnten galt: Es ist uns wurschtegal, wie viele

Schulden wir aktuell machen, die nachfolgenden Generationen werden sie schon abbezahlen. – Das ist der Tabubruch, den wir begangen haben.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Flüchtlingsproblematik werden lösen können, und zwar ohne neue Steuern und neue Abgaben. Wir dürfen keine neue Steuererhöhungsdebatte anfangen. Herr Ramelow fordert jetzt, dass die Einnahmen aus dem Soli, rund 20 Milliarden Euro jährlich, umgewidmet werden sollen. Die Hälfte der Einnahmen aus dem Soli soll in die Bund-Länder-Finanzbeziehungen gesteckt und die andere Hälfte für die Flüchtlinge ausgegeben werden, dann sei man bei null. Ich kann dazu nur sagen: Kollege Ramelow, so macht man vielleicht in Thüringen Haushalts-

politik, aber nicht im Deutschen Bundestag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf keine Abstriche bei den vereinbarten politischen Leistungen im Infrastrukturbereich geben. Ich sage auch ganz klar und deutlich: Wir werden die Bürgerinnen und Bürger weiterhin entlasten, vor allem die Familien, Stichworte: Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und kalte Progression. Ich glaube, mit dem Dreiklang – keine neuen Schulden machen trotz der Herausforderungen durch die Flüchtlingsproblematik, politische Zusagen einhalten und Bürger entlasten – sind wir gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Gesine Löttsch, DIE LINKE:

Es braucht ein Integrationskonjunkturprogramm



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

eingesetzt hat. Ich finde, das verdient unser aller Hochachtung.

Gleichzeitig haben wir wieder erleben müssen, dass die Zuständigen in der Bundesregierung sehr lange versagt haben. Sie haben die Städte und Gemeinden sehr lange allein gelassen und damit Chaos produziert. Aber Abschreckung funktioniert nicht. Flüchtlinge, die aus Krisengebieten kommen, lassen sich nicht von überfüllten Heimen und auch nicht von „Sachleistung statt Geld“ abschrecken. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

Es ist gut, dass auf dem Koalitionstreffen vom Wochenende 6 Milliarden Euro zusätzlich für die Flüchtlingshilfe versprochen wurden. Allerdings wissen wir, dass damit längst noch nicht alle Probleme gelöst sind. Viele der zuständigen Verwaltungen sind personell hoffnungslos überfordert. Nur ein Beispiel: Hier in Berlin lässt der zuständige CDU-Senator Hotelgutscheine für Flüchtlinge ausgeben. Die Hotels nehmen aber keine Flüchtlinge mehr auf, weil der Senat über Monate die Rechnungen nicht bezahlt hat. Es fehlte einfach Personal, das die Rechnungen bearbeitet. Das darf so nicht

Die Kürzungspolitik der vergangenen Jahre hat zu einem drastischen Stellenabbau im Bereich der bürgernahen Verwaltung geführt. Der öffentliche Dienst ist in vielen Bereichen nicht mehr in der Lage, seine gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Dazu kommt noch die Privatisierungspolitik in vielen Bereichen.

In Krisensituationen wie dieser wird besonders deutlich, wie falsch es ist, staatliche Aufgaben zu privatisieren und öffentliches Eigentum zu verkaufen. Jetzt müssen für viel Geld Grundstücke gemietet oder zurückgekauft bzw. Dienstleistungen eingekauft werden. Es gibt leider auch einige windige Geschäftemacher, die sich am Elend der Flüchtlinge bereichern wollen. Ich sage ganz deutlich: Es wird Zeit, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben endlich wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Ungeplante Ereignisse sind in dem Haushaltsentwurf, so wie er jetzt vorliegt, nicht vorgesehen. Alles ist auf Kante genäht. Alles wird der schwarzen Null untergeordnet. Das führt in eine Sackgasse.

Wir wissen alle, dass die Flüchtlingshilfe nur ein erster kleiner Schritt ist. Die Integration der Menschen in unsere Gesellschaft wird uns mehr abverlangen. Ich sage es ganz deutlich – wir als Linke sind davon überzeugt: Als eines der reichsten Länder Europas können wir diese Aufgabe auch erfüllen.

Darum schlage ich vor, dass wir ein Integrationskonjunkturprogramm auflegen. Das wäre nämlich für alle gut. Es geht ja nicht nur um fehlende sanitäre Einrichtungen und Sprachkurse. Wir müssen in Kitas, Schulen, Wohnungen und Krankenhäuser investieren. Mit solch einem Programm könnten Tausende Arbeitsplätze geschaffen werden, auch für Langzeitarbeitslose.

Wäre es nicht an der Zeit, dass

der Wirtschaftsminister die Unternehmensverbände an den Tisch holt? Am Wochenende sagte der Chef von Porsche, Herr Müller, dass die Wirtschaft mehr Verantwortung übernehmen müsse. Ich finde, das klingt nach einem Angebot, und das muss man aufgreifen. Wer in Zukunft Fachkräfte braucht, der muss sich jetzt um Integrationsprogramme kümmern. Man kann nicht alles den Steuerzahlern überlassen. Hier sind auch die Unternehmen gefragt.

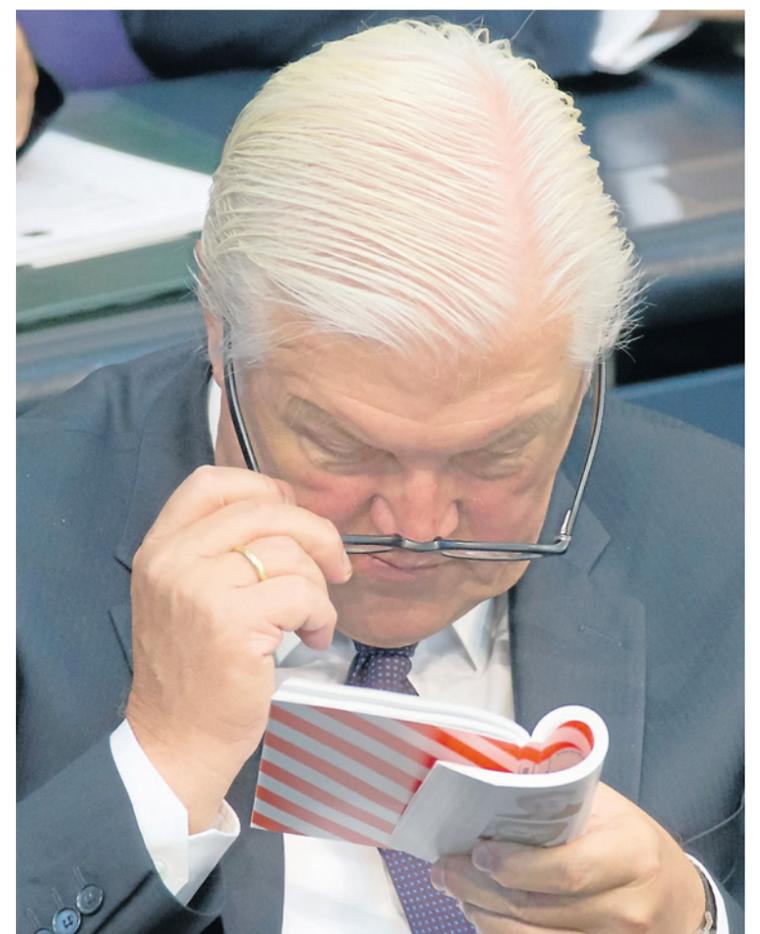
Wäre es nicht an der Zeit, dass sich die Arbeitsministerin dafür einsetzt, dass Flüchtlinge, wie es in Schweden der Fall ist, ab dem ersten Tag arbeiten dürfen und nicht

drei Monate warten müssen?

Ich könnte hier für jeden Minister eine sinnvolle Aufgabe im Rahmen eines solchen Integrationskonjunkturprogramms nennen. Ich setze mich dafür ein, dass wir während der Haushaltsberatungen die finanziellen Grundlagen für ein solches sinnvolles Programm schaffen.

Meine Damen und Herren aus der Koalition: Sie wollen doch keinen Nach-mir-die-Sintflut-Haushalt, kein Testament vorlegen. Wir müssen jetzt an einem Zukunftspaket arbeiten. Die Linke ist dazu bereit.

(Beifall bei der LINKEN)



Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) studiert den „Kürschner“, das Abgeordnetenbuch des Bundestages, während einer Debatte. © dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Johannes Kahrs (SPD), Tobias Lindner (B90/Die Grünen), Bartholomäus Kalb (CDU/CSU), Lothar Binding (SPD), Antje Tillmann (CDU/CSU) und Kerstin Radomski (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Asyl

Asyl-Recht in Deutschland



Die Heimat verlassen

In den Nachrichten hört man es im Moment häufig.

Viele Menschen aus anderen Ländern kommen nach Deutschland.

Sie haben ihr Heimat-Land verlassen.

Das kann verschiedene Gründe haben:

- Vielleicht fühlen sie sich dort nicht sicher, weil sie verfolgt werden.
- Oder es gibt dort einen Krieg.
- Oder sie hoffen auf ein besseres Leben in Deutschland.



Was ist Asyl?

Auf jeden Fall können sie nicht mehr in ihr Heimat-Land zurück.

Dann können sie in einem anderen Land um Asyl bitten.

Das Wort „Asyl“ ist schwere Sprache und bedeutet:

Eine Person bekommt in einem fremden Land Schutz und Hilfe.



Asyl suchen

Eine Bitte um Asyl läuft in Deutschland immer nach den gleichen Regeln ab.

Und zwar so:

Eine Person möchte in Deutschland Asyl haben.

Dann muss sie das sagen.

Entweder, wenn sie an die Grenze kommt.

Oder wenn sie schon im Land ist.

Sie kann dafür zu jedem Amt gehen.

Zum Beispiel zur Polizei.



Verteilung

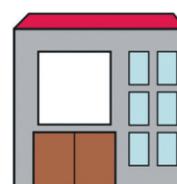
Die Person kommt dann in eine Erstaufnahme-Einrichtung.

Das ist ein großes Gebäude.

Zum Beispiel mit:

- Schlafräumen,
- einem Arzt,
- und einer Kantine.

Dort leben viele Menschen, die Asyl haben möchten.



Antrag



Nun muss die Person Asyl beantragen.

Das heißt: Sie muss bei einem ganz bestimmten Amt darum bitten.

Genauer: Beim „Bundes-Amt für Migration und Flüchtlinge“.
Abgekürzt heißt das Amt: BAMF.

Ein Büro vom BAMF gibt es in jeder Erstaufnahme-Einrichtung.

Die Person muss selbst zum Amt gehen.

Sie kann zum Beispiel nicht in einem Brief um Asyl bitten.

Personal-Daten und Finger-Abdrücke

Ein Beamter schreibt die persönlichen Informationen der Person auf.

Zum Beispiel:

- Den Namen,
- das Geburts-Datum,
- und das Land, aus dem sie kommt.



Und er nimmt ihre Finger-Abdrücke.

Dann guckt er im Computer, ob die Person schon einmal in Deutschland um Asyl gebeten hat.

Oder in einem anderen Land in der Europäischen Union.

Jeder Mensch darf nämlich nur in einem Land in der Europäischen Union um Asyl bitten.

Wenn alles in Ordnung ist, ist die Person ein: Asyl-Bewerber.



Das heißt:
Das BAMF muss jetzt entscheiden, ob es der Bitte zustimmt.
Oder ob es sie ablehnt.

Leben und Arbeiten in Deutschland

Meistens dauert es mehrere Monate, bis sich das BAMF entscheidet.

In dieser Zeit kann der Asyl-Bewerber in Deutschland bleiben.

In den ersten drei Monaten darf er aber nicht arbeiten.

Dann darf er eine Arbeit annehmen.

Aber: Nur wenn es zum Beispiel keinen Deutschen gibt, der die Arbeit auch machen kann.

Darum ist es schwierig für Asyl-Bewerber, Arbeit zu finden.



Hilfe für Asyl-Bewerber



Wenn ein Asyl-Bewerber genug Geld hat, muss er damit alle Dinge kaufen, die er zum Leben braucht.

Oft haben Asyl-Bewerber aber nicht viel Geld.

Zum Beispiel, weil sie es für die Flucht ausgegeben haben.

Oder weil sie auch zuhause arm waren.

Und weil sie in Deutschland nicht richtig arbeiten dürfen.

Dann können sie die Dinge, die sie zum Leben brauchen, nicht selbst bezahlen.

Und bekommen deswegen Hilfe von Deutschland.



Zum einen bekommen sie einen Ort, an dem sie wohnen können.

Zum Beispiel in einer Erstaufnahme-Einrichtung.

Oder in einer Flüchtlings-Unterkunft.

Als zweites bekommen sie die wichtigsten Dinge, die man zum Leben braucht.

Zum Beispiel:



- Lebensmittel,
- Sachen fürs Bade-Zimmer,
- oder Kleidung.

Manchmal bekommen sie diese Sachen einfach geschenkt.

Zum Beispiel in den Erstaufnahme-Einrichtungen.

Manchmal bekommen sie auch Geld.



Und zwar: Zwischen 133 und 216 Euro. Das hängt von ihrem Alter ab.

Dann können sie die Sachen selbst kaufen.

Außerdem bekommen sie ein „Taschen-Geld“.

Und zwar zwischen 84 und 143 Euro. Auch das hängt von ihrem Alter ab.

Davon können sie andere Dinge für den Alltag bezahlen.

Zum Beispiel:



- Zeitungen und Zeitschriften,
- Fahr-Karten für Bus und Bahn,
- oder Telefon-Kosten.

Gespräch mit dem BAMF

Das BAMF muss also entscheiden, ob ein Asyl-Bewerber Asyl bekommt.

Das muss das Amt für jeden Fall einzeln entscheiden.

Denn jeder Fall ist ganz anders.

Darum trifft sich ein Mitarbeiter vom BAMF mit dem Asyl-Bewerber.

Der muss nun genau erklären, warum er Asyl haben möchte.



Asyl-Gründe

Eine Person bekommt nur unter einer Bedingung Asyl:

Sie wird politisch verfolgt.

Und zwar von der eigenen Regierung.

Das heißt, sie hat große Nachteile im Leben.

Und ihre Rechte werden immer wieder verletzt.

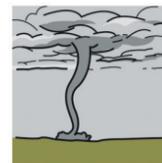
Zum Beispiel:

- Wegen ihrer Religion.
- Weil sie eine bestimmte Politik gut findet.
- Weil sie eine bestimmte Hautfarbe hat.



Eine Person bekommt zum Beispiel kein Asyl:

- Wenn es in ihrem Land eine Natur-Katastrophe gab.
- Wenn es dort eine Hungers-Not gab.
- Wenn sie dort keine Arbeit findet.
- Wenn sie nicht von ihrer eigenen Regierung verfolgt wird. Sondern zum Beispiel von einer anderen Gruppe.



Flüchtlinge

Es kann auch sein, dass eine Person kein Recht auf Asyl hat.

Aber sie darf trotzdem in Deutschland bleiben.

Zum Beispiel, weil sie ein Flüchtling ist.

Ein Flüchtling kann auch nicht in seinem Heimat-Land leben.

Zum Beispiel, weil es dort Krieg gibt.

Oder weil die Regierung ihn nicht beschützen kann.

Das BAMF stellt fest, ob eine Person ein Flüchtling ist.

Dann hat sie fast die gleichen Rechte wie eine Person, die Asyl bekommt.



Entscheidung

Das BAMF kann unterschiedliche Entscheidungen treffen.

Zum Beispiel:

- Es stimmt der Bitte um Asyl zu.
- Es bestimmt, dass der Asyl-Bewerber ein Flüchtling ist.
- Oder: Es lehnt die Bitte um Asyl ab.



Abgelehnte Bitte

Das BAMF hat die Bitte abgelehnt.

Dann muss der Asyl-Bewerber Deutschland wieder verlassen.

Manchmal bleibt die Person trotzdem in Deutschland.

Dann muss die Ausländer-Behörde sie aus dem Land bringen.

Das nennt man: Abschiebung.



Bei einer abgelehnten Bitte kann die Person die Entscheidung noch einmal überprüfen lassen.

Zum einen vom BAMF.

Und auch von einem Gericht.

Dann wird der Bitte vielleicht doch noch zugestimmt.



Der Bitte zugestimmt

Das BAMF hat der Bitte zugestimmt.

Die Person ist nun ein: Asyl-Berechtigter.

Sie bekommt eine Aufenthalts-Erlaubnis. Und eine Arbeits-Erlaubnis.

Das bedeutet:

- Sie darf in Deutschland leben.
- Und sie darf hier arbeiten.



Niederlassungs-Erlaubnis

Die Aufenthalts-Erlaubnis zählt drei Jahre lang.

Dann muss das BAMF prüfen, ob die Person noch immer ein Recht auf Asyl hat.

Lautet die Antwort nein, dann muss die Person Deutschland verlassen

Lautet die Antwort ja, dann bekommt die Person meist eine: Niederlassungs-Erlaubnis.

Das bedeutet: Die Person darf in Deutschland leben und arbeiten.

Und die Erlaubnis ist nicht zeitlich begrenzt.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 38-39/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
28. September 2015